A5800F

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

12. JAHRGANG, JUNI 1976, HEFT 2

ARNO HERZIG: Die Einigung der SPD 1875. Zum Identitätsproblem der deutschen Sozialdemokratie

HELMUTH HÄGEL: Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik

FELIKS TYCH: Georg W. Strobels Geschichte der polnischen Sozialdemokratie und ihrer Beziehungen zur SPD und SDAPR

HANS JOACHIM LIEBER UND BERND WIRKUS: Neuere Literatur zu Marx und speziellen Aspekten der Marxschen Theorie

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN

NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHTE

Anzeige

FRÜHSOZIALISTISCHE ZEITSCHRIFTEN

Demokratisches Wochenblatt. Organ der Deutschen Volkspartei und des Verbandes deutscher Arbeitervereine; seit Aug. 1869: der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
Leipzig 1868 - 1869. 4° Neudruck Leipzig 1969. 934 S. Lwd. DM 250,–

Der deutsche Eidgenosse. Hrsg. unter Mitwirkung von Karl Blind usw. für den Verein Deutsche Freiheit und Einheit.
London, Hamburg März 1865 - Mai 1867. 8° Neudruck 1973
371 S. Hldr. DM 95,–

Deutsches Bürgerbuch für 1845; für 1846. Hrsg. Hermann Püttmann.
Darmstadt 1845, Mannheim 1846. 8° Neudruck 1975. 2 Bde
mit 720 S. Lwd. DM 120,–

Der Geächtete. Zeitschrift in Verbindung mit mehreren deutschen Volksfreunden hrsg. von J. Venedey. Paris 1834 - 1836. 8°
Beigegeben: **Friedrich Brügel,** Aus den Anfängen der deutschen sozialistischen Presse. Wien 1929. 8° Neudruck 1972. 2 Bde mit 580 S. Hldr. und 1 Pappbd. mit 51 S. DM 150,–

Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart.
Elberfeld 1845 - 1846. 8° Neudruck 1971. 677 S. Hldr./Lwd. DM 150,–

Der Hülferuf der deutschen Jugend. Hrsg. von einigen deutschen Arbeitern (Wilhelm Weitling). Fortsetzung unter dem Titel: **Die junge Generation.**
Mit einer Einleitung von Werner Kowalski, Die Schweizer Weitling-Zeitschriften und die Weitling-Forschung.
Genf, Bern Sept. - Nov. 1841 (4 Lief.), Bern, Vevey, Langenthal Jan. 1842 - Mai 1843 (17 Nrn.). 8° Neudruck 1973. 393 S. Hldr. DM 60,–

Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie.
Köln 1.6.1848 - 19.5.1849. 2° Neudruck 1973. 2 Bde und 1 Registerbd.
mit 2100 S. Lwd. DM 950,–

Das Nordlicht. Ein Volksblatt in zwanglosen Heften.
Zürich Neujahr - Sept. 1835 (3 Nrn.). 8° Neudruck 1974.
48 S. Lwd.DM 22,–

Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform.
Hrsg. Hermann Püttmann. Darmstadt 1845, Bellevue 1846. 8°
Neudruck 1975. 2 Bde mit 719 S. Lwd. DM 150,–

Der Urwähler. Organ des Befreiungsbundes. Eine Wochenschrift
Red. von Wilhelm Weitling. Mit Anhang: Bundesbuch des Befreiungsbundes (1848). Mit einer Einleitung von E. Th. Mohl.
einer Einleitung von E. Th. Mohl.
Berlin Okt. 1848. 4° Neudruck 1972. 85 S. Lwd. DM 65,–

Das Volk. Organ des Central-Komitees für Arbeiter. Hrsg. Stephan Born.
Berlin 25.5. - 29.8.1848. 2°
Mit einer Einleitung von **Wilhelm Friedensburg,** Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiter-Kongreß (1840 - 1848). Leipzig 1923. 8°
Neudruck 1973. 1 Bd. mit 385 S. Lwd. DM 60,–

Das Westphälische Dampfboot. Eine Monatsschrift. Red. Otto Lüning.
Bielefeld, Paderborn 1845 - 1848. 4° Neudruck 1972. 5 Bde. mit
2180 S. Hlwd. DM 450,–

Verlag Detlev Auvermann KG
Zum Talblick 2, D-6246 Glashütten 1 im Taunus. Tel. (06174) 6 15 60

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak
Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Erich Matthias, Hans Mommsen, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt

ARNO HERZIG: Die Einigung der SPD 1875. Zum Identitätsproblem der deutschen Sozialdemokratie . . . . . S. 155

HELMUTH HÄGEL: Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik . . . . . S. 166

FELIKS TYCH: Georg W. Strobels Geschichte der polnischen Sozialdemokratie und ihrer Beziehungen zur SPD und SDAPR . . . . . S. 217

ROBERT SIGEL: Beziehungsgeschichtliche Probleme der deutschen und der ost- sowie südosteuropäischen Arbeiterbewegung (1889-1920/21). Internationales Symposion der Historischen Kommission zu Berlin . . . . . S. 228

SIGRID KRÜGER: 6. Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) vom 18. bis 21. Juni 1975 in Amsterdam . . . . . S. 235

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (28). Bearbeitet von Ursel Fadle . . . . . S. 237

HANS JOACHIM LIEBER und BERND WIRKUS: Neuere Literatur zu Marx und speziellen Aspekten der Marxschen Theorie . . . . . S. 251

NEUE LITERATUR

Claudio Pozzoli (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1-3, Frankfurt/M., 1973 ff. *(Monika Kramme)* . . . . . S. 265

Thomas Blanke u.a., Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, 2 Bde, Reinbek 1975 *(Wolfgang Däubler und Burchard Bösche)* . . . . . S. 267

Kurt Koszyk und Karl Obermann (Hrsg.), Zeitgenossen von Marx und Engels. Ausgewählte Briefe aus den Jahren 1844-1852, Assen 1975 *(Walter Grab)* . . . . . S. 269

Fritz J. Raddatz (Hrsg.), Franz Mehring Werkauswahl, 3 Bde, Darmstadt und Neuwied 1974 f. *(Monika Kramme)* . . . . . S. 270

Gerhard Armanski, Entstehung des Wissenschaftlichen Sozialismus, Darmstadt und Neuwied 1974 *(Alexander Brandenburg)* . . . . . S. 272

2/76
Juni

Veit-Michael Bader u.a., Krise und Kapitalismus bei Marx, 2 Bde, Köln 1975 *(Paul Mattick)* . . . . . S. 273

Johann Wolfgang Görlich, Semantik und dialektischer Materialismus, Wiesbaden 1969; Ansgar Weymann, Gesellschaftswissenschaften und Marxismus, Düsseldorf 1972 *(Volker Gransow)* . . . . . S. 276

Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975 *(Gerhard Beier)* . . . . . S. 278

Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 bis 1914, München 1975 *(Helga Grebing)* . . . . . S. 279

Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974 *(Peter Lösche)* . . . . . S. 280

Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973 *(Peter Lösche)* . . . . . S. 284

Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975 *(Eberhard Heupel)* . . . . . S. 286

Kurt G.P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929, Düsseldorf 1975 *(Hartmann Wunderer)* . . . . . S. 289

Manfred Brauneck (Hrsg.), Die Rote Fahne. Kritik, Theorie, Feuilleton 1918-1933, München 1973 *(Bodo Rollka)* . . . . . S. 291

Edward Mendel, Stosunki społeczne i polityczne w Opolu w latach 1918-1933 [Die sozialen und politischen Zustände in Oppeln in den Jahren 1918-1933], Warszawa und Wrocław 1975 *(Franciszek Hawranek)* . . . . . S. 292

BERICHTIGUNGEN . . . . . S. 293

Autoren dieses Heftes:

Helmut Hägel, Studienreferendar, Wattstr. 4, 85 Nürnberg.

Dr. Arno Herzig, Dozent für Geschichte an der Universität Essen, Liebigstr. 8, 586 Iserlohn.

Sigrid Krüger, Bibliothekarin der Historischen Kommission zu Berlin.

Prof. Dr. Hans Joachim Lieber, Leiter des Philosophischen Seminars der Deutschen Sporthochschule Köln, Spitzangerweg 11, 5053 Lövenich.

Dr. Robert Sigel, Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Erhardstr. 9, 8 München 5.

Prof. Dr. Feliks Tych, ul. chopina 5b m, PL 00-559 Warszawa.

Dr. Bernd Wirkus, Wissenschaftlicher Assistenz am Philosophischen Seminar der Deutschen Sporthochschule Köln, Ägidiusstr. 41, 5 Köln 41.

DIE EINIGUNG DER SPD 1875. ZUM IDENTITÄTSPROBLEM DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Von Arno Herzig

Am 25. Mai 1875 schlossen sich in Gotha die beiden sozialistischen Arbeiterparteien, der 1863 von Lassalle gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein" (ADAV) und die von Bebel und Liebknecht 1869 ins Leben gerufene „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP) zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (SAPD) zusammen. Damit endete ein langjähriger Prozeß interner Rivalitäten, der die Arbeiterbewegung Deutschlands erheblich geschwächt und die sozialistische Zielsetzung beider Parteien unglaubwürdig gemacht hatte. Gotha bildet zwar nicht den Beginn der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, ist aber die Geburtsstunde der SPD. Die Rivalität zwischen den Eisenachern – so genannt nach dem Eisenacher Programm der SDAP – und dem ADAV hatte weniger ideologische, vielmehr organisatorische und politische Gründe. Während der ADAV seit Lassalles Zeiten eine straffe zentralistische Organisation besaß – nur so glaubte man sich in einem autoritären Staate behaupten zu können – war die SDAP demokratischer strukturiert. An ihrer Spitze stand nicht wie im ADAV ein Präsident mit unbeschränkten Vollmachten, sondern ein Ausschuß von 5 Mitgliedern, über den eine Kontrollkommission von 11 Mitgliedern bestellt wurde. [1] Die Differenzen im politischen Bereich bezogen sich in erster Linie auf die Frage der groß- oder kleindeutschen Lösung, der Rolle Preußens in Deutschland also. In ihrem ideologischen Gehalt basierten beide Parteien auf Lassalles sozialistischen Anschauungen, Ansätze zu einer Marxismus-Rezeption sind sowohl bei den Eisenachern als auch im ADAV zu beobachten. Worin lag nun der spezifische Unterschied ?

Lassalles ökonomische und politische Anschauungen waren im ADAV auf sehr einprägsame, einfache Formeln gebracht worden, auf den sogenannten 'spezifischen Lassalleanismus', das „mechanische Nachbeten einiger äußerlicher Agitationslosungen und Organisationsformeln", wie Shlomo Na'aman diese ideologische Basis bezeichnet. [2] Dazu zählte die Berufung auf das „eherne Lohngesetz". Bereits für Lassalle war dieses angebliche Gesetz mehr Agitationsformel als Fazit seiner ökonomischen Studien. Die Feststellung, daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert werde, war ein gutes Argument gegen die Selbsthilfeprogramme von Schulze-Delitzsch. [3] Die aus diesem ökonomischen Prinzip resultierende Forderung nach dem „vollen Arbeitsertrag", die die ökonomischen Verhältnisse total simplifizierte, begründeten die Lasalleaner in der öffentlichen Diskussion nicht ökonomisch sondern moralisch. Diese Formel hatte den Vorteil, daß sie leicht einsichtig und nur schwer widerlegbar war. Sie bildete die Basis für die Behauptung der Lassalleaner, daß so von Schweitzer, „die Produktionsweise in ihrer Grundlage geändert werden muß". [4] Im Prinzip war sie die Grundformel für die Auseinandersetzung mit den Liberalen. Wo diese Formel jedoch der eigenen politischen Aktion im Wege stand, in der Gewerkschaftsfrage z.B., negierte man sie. In den 70er Jahren, nachdem von Schweitzer den ADAV verlassen hatte, relativierte man dieses „eherne" Gesetz. Marx' Feststellung in

1 Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Zweiter Teil, *Von Lassalles „Offenem Antwortschreiben" bis zum Erfurter Programm 1863 bis 1891*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, 15 Bde, Berlin 1960 ff., Bd. 1 und 2, hier Bd. 2, S. 347.

2 Shlomo Na'aman, *Lassalle* (= Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig), Hannover 1970, S. 750.

3 Hans Mommsen, *Lassalle*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Freiburg i.B. 1966 ff., Bd. 3, Sp. 1332-1373, hier Sp. 1353.

4 Johann Baptist von Schweitzer, *Politische Aufsätze und Reden*, hrsg. von Franz Mehring, Berlin 1912, S. 75.

seiner Kritik am Gothaer Programm: Lege man dem Gesetz die Malthussche Bevölkerungstheorie zugrunde, wie es Lassalle ja getan hatte, so beherrsche dieses System nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System, [5] wurde von den Lassalleanern nicht akzeptiert. 1874 hatte Hasselmann in den „Social-Politischen Blättern" geschrieben: „Sobald aber zu einer neuen Grundlage der Gesellschaft Capital und Arbeitskraft verbunden sind, fehlen die Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Lohngesetzes, fällt also dieselbe überhaupt weg". [6]

Einen ähnlich agitatorischen, weniger grundsätzlichen Charakter hatte Lassalles Forderung nach Produktivassoziationen mit Staatskredit. [7] Für die Agitation der Lassalleaner erwies sich diese als wahre Zauberformel. Ohne große Abstrahierungen wies sie den Weg von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft. Brackes Kritik, in diesem Vorschlag dokumentiere sich „der vergebliche nach Hoffähigkeit strebende königlich preußische Regierungssozialismus", [8] konnte die Lassalleaner kaum treffen. Nach dem Erlebnis der Pariser Kommune war es auch von Schweitzer, Hasselmann und Tölcke klar, daß diese Staatshilfe nur von einem Staat kommen konnte, der auf dem Weg über die Wahlen zu einem Staat des Proletariats geworden war. Die „Social-Politischen Blätter", die zur Belehrung der Lassalleaner herausgegeben wurden, sahen 1874 diesen Vorgang folgendermaßen: „Die sociale Aufklärung des arbeitenden Volkes und die bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Ausbeutung und planlose Spekulation der Kapitalmacht werden schließlich einen Zeitpunkt herbeiführen, wo die große Mehrheit des Volkes dem ein Ende machen will und die Staatsgewalt und Gesetzgebung socialistisch anwendet. . . An den Hauptpunkten der industriellen Produktion werden sodann die Fabrikarbeiter. . . sich zu Produktiv-Assoziationen verbinden, und je nachdem, ob die Produktion belebt oder still ist, neue Assoziationsfabriken durch Staatshülfe gründen oder alte Fabriken nach Abfindung der Fabrikanten übernehmen". [9] Die Produktivassoziationen verstanden die Lasalleaner als ersten wesentlichen Schritt zum Sozialismus, zum Staatssozialismus freilich. Lassalles Lehre bot eine konkrete Vorstellung von der Entstehung der sozialistischen Gesellschaft. Wenn sich in der Diskussion um das Erfurter Programm 1891 Engels gegen die Vorstellung der Partei vom Hineinwachsen „der heutigen Gesellschaft. . . in den Sozialismus" wandte, [10] eine Formel, die von Liebknecht und dem Lassalleaner Tölcke immer wieder gebraucht wurde, so wandte er sich letzlich gegen die Relikte der lassalleanischen Auffassung von der Übergangsgesellschaft. Die eben zitierte Stelle aus den „Social-Politischen Blättern" stellt den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als eine Folge demokratischer Willensbildung in einem demokratischen Staat dar. Voraussetzung war, „daß die Arbeiterklasse sich Gesetze gibt". [11] Lassalle hatte die Arbeiterbewegung von vornherein als politische Partei verstanden, als „Massenbewegung mit straffer Organisation". [12]

5 Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms,* in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke,* hrsg. vom IML beim ZK der SED (im folgenden zitiert: *MEW),* 39 Bde, Berlin 1956-1968, Bd. 19, S. 13-32, hier S. 25.

6 *Social-Politische Blätter,* Jg. 2 (1874), S. 26 f.

7 Hans Mommsen, *a.a.O.,* Sp. 1354.

8 Wilhelm Bracke, *Der Lassallesche Vorschlag,* Braunschweig 1873, S. 45.

9 Social-Politische Blätter, Jg. 2 (1874), S. 54 f.

10 Friedrich Engels, *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891,* in: *MEW,* Bd. 22, S. 225-238, hier S. 234.

11 *Social-Politische Blätter,* Jg. 2 (1874), S. 196.

12 Hans Mommsen, *a.a.O.,* Sp. 1358.

13 *A.a.O.,* Sp. 1361.

Nachdem es der Partei nicht gelungen war, sich mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts den Staat in kürzester Zeit zu unterwerfen, – darauf hatte vor allem Lassalle gehofft – war nach dem plötzlichen Tod Lassalles eine Krise unvermeidlich. Der straffe Parteiaufbau erwies sich als wenig integrationsfähig. Ein Jahr nach Lassalles Tod, nachdem sein Nachfolger, Bernhard Becker, total gescheitert war, mehrten sich in der Partei die Stimmen, die für eine Demokratisierung der Parteistruktur eintraten. Diese Struktur war von Lassalle für eine Volksbewegung, nicht für eine Klassenpartei gedacht, zudem sehr stark auf seine eigene Person zugeschnitten. [13] Für seine Nachfolger waren diese Schuhe zu groß. So bestand die Geschichte des ADAV von Lassalles Tod bis zur Einigung 1875 in einer einzigen Organisationskrise, wobei die orthodoxen Vertreter des Lassalleanismus sich stur an Lassalles Aufforderung hielten: „Haltet fest an der Organisation, sie wird Euch zum Siege führen", während einsichtigere Kräfte die Partei verließen, als von Schweitzer das Amt des Präsidenten immer mehr als persönliche Diktatur auffaßte. Das, was die Organisation als integrierende Kraft schuldig blieb, konnte nur auf Umwegen erreicht werden, einmal durch den Lassallekult, zum andern durch die schroffe Abgrenzung der Partei gegenüber allen anderen Parteien. Die Formel von der „einen reaktionären Masse" ist der Ausdruck für diese Pseudointegration. Der Lassallekult hatte pseudoreligiösen Charakter. Lassalle als der Messias, so feiert ihn Hasselmann noch 1874 in einem Zeitungsartikel, [14] sein Tod als Opfertod, „planmäßig angelegt und durchgeführt, in der Absicht, ihn zu beseitigen", so sieht es Tölcke noch 1873, [15] der Lassallekult als „Parteikitt", so deutete es Lassalles Nachfolger Bernhard Becker. Wie C.W. Tölcke, der zweite Nachfolger Lassalles, so sieht auch er die Notwendigkeit dieses Kults in dem niedrigen Reifegrad der Arbeiter. [16] „Die große Masse der Menschheit", so führte Tölcke auf einer Hagener Lassalle-Gedenkfeier im September 1865 aus, „ist leider von Jugend auf so sehr an Götzendienst gewöhnt, daß sie, um für eine große Idee. . . begeistert, im Kampfe dafür zusammengehalten werden muß, und deshalb eines Bindemittels äußerst bedürftig ist". [17] Lassalle als das Symbol, die Liberalen als Antisymbol, das waren die Integrationsfaktoren des ADAV. Marx hat für den Satz der Lassalleaner: „Im Vergleich zu uns bilden alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse", kein Verständnis aufbringen können. Für ihn war auch die Bourgeoisie eine revolutionäre Klasse. [18] Für die Lassalleaner aber enthielt diese Formel gleichsam die Quintessenz des Klassenkampfes. Auch wenn dieser Satz nicht von Lassalle selbst stammt, so drückt er doch dessen konsequente Ablehnung des bürgerlichen parlamentarischen Prinzips aus. [19] Daß Marx dagegen polemisierte, machte ihn den Lassalleanern nur als Parteigänger des Bürgertums verdächtig, ein Vorwurf, den sie auch gleich gegen die Eisenacher erhoben. [20]

14 Zitiert nach Günter Bers, *Wilhelm Hasselmann 1844-1916. Sozialrevolutionärer Agitator und Abgeordneter des Deutschen Reichstages*, Köln 1973, S. 125 ff.

15 Carl Wilhelm Tölcke, *Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins. Ein Leitfaden für die Agitatoren, Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins*, Berlin 1873, S. 24.

16 Bernhard Becker, *Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles*, Nürnberg 1892, S. 223.

17 Social-Demokrat vom 10.9.1865.

18 Vgl. Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, in: *MEW*, Bd. 19, S. 23.

19 Hans Mommsen, *a.a.O.*, Sp. 1362; Wolfgang Schieder, *Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt/M. 1974, S. 17-34, hier S. 24 ff.

20 Ernst Schraepler, *Der Zerfall der Ersten Internationale im Spiegel des Neuen Social-Demokrat*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 3 (1963), S. 509-559, hier S. 549.

Die Konkurrenz zwischen beiden Parteien verschärfte die Abgrenzungstaktik der Lassalleaner und ließ den 'spezifischen Lassalleanismus' zu einer sterilen Ideologie werden, die kaum Schweitzer und Bracke eingeleitet worden waren, versackten, nachdem Bracke 1869 die Eisenacher Partei mitgegründet hatte und von Schweitzer 1871/72 mit Schimpf und Schande aus dem ADAV ausgeschieden war. In der Auseinandersetzung mit den Eisenachern wurde der ADAV immer mehr zur Sekte in dem Sinne, wie es Marx 1868 in seinem Brief an von Schweitzer verstand, als sich ihm die Alternative: Partei – Gewerkschaft stellte und er sich für die Gewerkschaft als Klassenbewegung entschied.[21] Was Marx 1868 am ADAV kritisierte, traf freilich erst für die 70er Jahre zu. Die sterile Abgrenzungstaktik hatte u.a. auch soziologische Gründe. Die Kader des ADAV stellten nicht die Industriearbeiter – sie orientierten sich in Berlin noch weitgehend an der Fortschrittspartei –, sondern die Handwerker und Bauarbeiter.[22] Ein militanter Anti-Intellektualismus, der in den 70er Jahren auch starke antisemitische Züge annahm, ist nicht zu übersehen. Man schloß sich ab gegen alle Einflüsse von außen. Obgleich es auch im ADAV Kräfte gab, die seit 1873 zur Einigung mit den Eisenachern rieten, sperrte sich die Spitze der Partei ganz entschieden gegen diesen Schritt. Für sie kam nur eine bedingungslose Integration der Eisenacher in den ADAV in Frage. Unter den Eisenachern war dagegen der Einigungswille stärker ausgeprägt. Fast auf allen Parteitagen wurde der Beschluß gefaßt, „ein prinzipielles Zusammengehen mit dem ADAV immer wieder von neuem zu versuchen".[23] Den gravierenden Unterschied zum ADAV sah man weniger in politischen und ideologischen Auffassungen, sondern in der grundsätzlich unterschiedlichen Parteistruktur. Gerade die ehemaligen Lassalleaner, allen voran Bracke, riefen diesen Unterschied immer wieder ins Bewußtsein. Im übrigen vertraten jedoch auch die Eisenacher im Prinzip nichts anderes als den 'spezifischen Lassalleanismus'.[24] Brackes Versuch, mit seiner Schrift von 1973: „Der Lassallesche Vorschlag", die Partei zu einer Streichung der Lassalleschen Forderung nach Produktivassoziationen mit Staatskredit zu bewegen, mißlang völlig. Bernsteins Einschätzung mag den Sachverhalt richt wiedergeben, wenn er schreibt: „Überhaupt waren die Grundgedanken der Marxschen Geschichts- und Gesellschaftstheorie zu jener Zeit in ihrer tieferen Bedeutung auch im Lager der Eisenacher noch wenig erfaßt. Die Mehrzahl von ihnen war theoretisch-sozialistisch noch in höherem Grade von Lassalle beeinflußt, als von Marx. Sie lehnte zwar bestimmte Forderungen und Vorschläge Lassalles ab, fußte aber bei der Begründung des Sozialismus auf Sätzen, die der vormarxschen Epoche der sozialistischen Bewegung entstammten und sich daher auch bei Lassalle finden."[25] Das schließt natürlich nicht aus, daß es auch unter den Eisenachern Ansätze zu einer Marxismus-Rezeption gab. Als Liebknecht am 21.7.1874 auf dem Coburger Kongreß den Unterschied zwischen ADAV und SDAP wie folgt umriß: . . . „und nicht blos die Organisation trennt uns von den Mitgliedern des ADAV – und bei dem förmlichen Organisationskultus, der unter ihnen gepflegt, ist dies ein sehr wesentliches Moment –, sondern auch das Programm. In der Verschiedenheit der Organisation drückt sich die Verschiedenheit

21 Karl Marx an Johann Baptist von Schweitzer, Brief vom 13.10.1868 (Entwurf), in: *MEW*, Bd. 32, S. 568-571.

22 Siehe den Bericht des Polizei-Amtmann v. Zernicki vom 11.5.1874. Staatsarchiv Potsdam Rep. 30 c, Lit. A Nr. 212 II (8597), Bl. 5 und 6.

23 Vgl. *Protokoll über den 3. Congreß der social-demokratischen Arbeiter-Partei abgehalten zu Mainz am 7.-11. September 1872*, Braunschweig o.J., S. 42.

24 Eduard Bernstein, *Zur Vorgeschichte des Gothaer Programms*, in: *Neue Zeit*, Jg. 15 (1896/97), Nr. 15, S.466-472, hier S. 467 f.; Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg*, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 16 f.; Georg Eckert, *Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Sozialdemokratie. . .*, S. 35-51, hier S. 46.

25 Eduard Bernstein, *Sozialdemokratische Lehrjahre*, Berlin 1928, S. 46.

der Prinzipien aus. Das strenge Lassalleanerthum ist national und autoritär, hält sektenartig mit Lassalle, der zum Heiligen gestempelt wird, den Sozialismus für abgeschlossen, jedes Weiterforschen für vom Übel – während wir international sind, jede Autorität verwerfen, jeden Personenkultus bekämpfen und den Sozialismus nach seiner theoretischen Seite hin als eine Wissenschaft betrachten, die keinen Augenblick stille steht, die sich stets weiterentwickelt", [26] da charakterisierte er einen Standpunkt, den man im ADAV unter dem Druck der politischen Verhältnisse gerade revidierte. Wenn freilich Liebknecht mit als einen wesentlichen Differenzpunkt zwischen SDAP und ADAV die Fähigkeit der SDAP sieht, den Sozialismus weiter zu entwickeln, so meinte er damit nicht nur die Rezeption des Marxismus, sondern auch den Eklektizismus pseudosozialistischer Ideen, zu dem zahlreiche Vertreter der SDAP neigten. – Die innerparteiliche Einigungsdiskussion darf nicht isoliert gesehen, sondern muß in den Zusammenhang der allgemeinen sozio-ökonomischen Situation in Deutschland gestellt werden. Die Krise der Gründerzeit veranlaßte das Bürgertum und die reaktionäre Regierung zu einem restriktiven Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung. War es für Bismarck bis 1870 durchaus noch möglich, den ADAV als taktisches Mittel gegen die Liberalen zu benutzen, so versuchte er jetzt, die Sozialdemokratie als Antisymbol für seine politischen Zwecke, u.a. die Reichseinigung, aufzubauen. [27] Die Bourgeoisie schloß sich ihm bereitwillig an, galt es doch, die in die Krise geratene Wirtschaft gegen die sozialen Forderungen der Arbeiter zu „schützen". In Vollzug dieser Politik setzte Bismarck u.a. die Justiz gegen die Arbeiterbewegung ein. Staatsanwalt Tessendorff vertrat am konsequentesten Bismarcks Klassenjustiz. Nicht erst nach der Verabschiedung des Sozialistengesetzes von 1878 arbeiteten Unternehmer und Justiz Hand in Hand, indem beide die sozialdemokratische Agitation im Betrieb und in der Öffentlichkeit mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten; bereits seit 1871 ist dieses Vorgehen festzustellen.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1874 überrollten die theoretischen Erörterungen der Generalversammlung des ADAV in Hannover (1874) und des Coburger Kongresses der SDAP (1874). Am 10.6.1874 löste die Polizei in Berlin den ADAV für Preußen auf. Der Präsident Hasenclever verlegte daraufhin den Hauptsitz des Vereins nach Bremen. Damit war jedoch die Organisation, das A und O des ADAV vernichtet, die Krise perfekt. Trotz der internen Querelen in der Führungsspitze des ADAV nahm Tölcke im Oktober 1874 die Vereinigungsverhandlungen mit Liebknecht in Leipzig auf. Bei den Eisenachern muß diese Nachricht wie eine Bombe eingeschlagen haben. Liebknecht berichtet darüber am 11. Oktober 1874 in einem Brief an Bebel, der zu dieser Zeit im Gefängnis saß: „Gestern war Tölcke hier; er will Vereinigung mit uns. Im selben Sinne schrieb mir heute Fritzsche. Auch Reimer und Hasselmann wollen, so schreibt Fritzsche, mindestens Verbündung; Verschmelzung sei noch unmöglich. Mehr mündlich – acht Tage vor Eröffnung des Reichstags besuche ich Dich. Nur so viel! Feststeht, daß die Deutschen Allgemeinen vollständig en deroute [in Auflösung] sind; Tölcke das Zusammentreffen mit ihm war zum Malen – gab zerknirscht zu, daß die heilige Organisation sich nicht bewährt habe. . . Daß wir nicht gleich einen Einigungsprozeß auf den 15. November berufen wollten, war ihm eine bittere Enttäuschung und nöch mehr meine Erklärung, daß wir unmöglich den Rückschritt zu dem Lassalleschen Programm, auch einem reformierten, machen könnten. Tölcke meinte, man brauche ja Lassalle gar nicht zu

26 Vgl. *Protokoll über den sechsten Congress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abgehalten zu Coburg am 18.-21. Juli 1874*, Leipzig 1874, S. 92.

27 Vgl. Wolfgang Sauer, *Das Problem des deutschen Nationalstaates*, in: Hans Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1968, S. 407-436, hier S. 434 f.

nennen überhaupt sei der Lassallekultus rein aus taktischen Gründen getrieben worden usw. usw. Tölcke kam im Auftrag Hasenclevers . . ." [28] Die führenden Vertreter des ADAV hatten erkannt, daß die alten Integrationsfaktoren, nämlich Lassallekult und Abschließung nach außen, keine Kraft mehr besaßen. Sie wagten den Schritt nach vorn. Es soll hier nicht näher auf den Streit eingegangen werden, der in den folgenden Wochen den Einigungsprozeß sehr belastete, der Streit um die Frage nämlich, ob die Gründung der Partei eine Neugründung sein oder ob die Partei als Nachfolgeorganisation der beiden alten Parteien entstehen sollte. Tölcke plädierte für die erstere Lösung, um die Neugründung nicht sofort Tessendorf auszuliefern Doch er wurde von seinem Rivalen Hasselmann, dem Berliner Marat, wie Marx ihn verächtlich nannte, an die Wand gespielt. Hasselmann schloß die Basis beider Parteien aus und betrieb die Einigung auf der Ebene der Reichstagsabgeordneten, zu denen er selbst gehörte. Am 15. Dezember 1874 trat in Berlin eine Vorkonferenz der sozialistischen Reichstagsabgeordneten zusammen, um „die Grundbedingungen dieser Einigung zu verhandeln". [29] Zur Vorkonferenz kamen die sieben sozialistischen Abgeordneten, die sich zu dieser Zeit auf freiem Fuß befanden, nämlich Hasenclever, Hasselmann und Reimer vom ADAV, Liebknecht, Geib, Motteler und Vahlteich von den Eisennachern, dazu drei Vertrauensmänner aus den beiden Parteien. Auf dieser Vorkonferenz wurde das gemeinsame Fundament herausgestellt, Von Geib dazu aufgefordert, seine Gedanken darüber zu äußern, antwortete Hasselmann, die unerläßliche erste Voraussetzung einer beiderseitigen Einigung sei die rückhaltslose Anerkennung des Klassenkampfes. [30] Den Vertretern der SDAP mußte dies wie ein taktischer Schachzug vorkommen, dahinter steckte jedoch nichts anderes als Hasselmanns Mißtrauen gegenüber den Eisenachern, die er offensichtlich immer noch für „korrupte Bourgeois" hielt. Der Klassenkampf, das Klassenbewußtsein, aber war einer der wichtigsten Punkte in der Agitation des ADAV, freilich verstanden als Kampf der Partei gegen die eine reaktionäre Masse. Eduard Bernstein erinnerte sich später, daß es auf dieser Konferenz in prinzipieller Hinsicht keine Differenzen gab. Liebknecht und Geib hatten ihre Positionen, die sie noch auf dem Coburger Kongreß 1874 vertreten hatten, schon lange aufgegeben. Die Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus in der SDAP aber nahmen an dieser Konferenz nicht teil. So einigte man sich auch über Verfahrensfragen des Einigungskongresses, der im Frühjahr 1875 stattfinden sollte. Die Mitglieder der beiden sozialistischen Parteien wünschten fast ausschließlich die Einigung. Es gab keine ideologischen Differenzen zwischen beiden Parteien. Als deshalb am 14.2.1875 in Gotha die Programmkommission zusammentrat, hatte lediglich Liebknecht einen Programmentwurf vorzuweisen. Nach Bernstein, der an dieser Konferenz teilnahm, brachten die sechs Vertreter des ADAV „nicht einmal einen Ansatz zu einer eigenen Vorlage mit". [31] Das, was hier als Programm und Statutenentwurf verabschiedet wurde, entsprach voll und ganz der Vorlage von Liebknecht. Die Lassalleaner brauchten dem nur wenig hinzuzufügen, um bestimmte Punkte des Lassalleanismus, von denen sie in den letzten Jahren langsam abgerückt waren, hier wieder einzubringen. [32] Ein Kompromiß war

28 August Bebel, *Aus meinem Leben*, 3 Bde, Stuttgart 1920, Bd. 2, S. 312.

29 Eduard Bernstein, *Zur Vorgeschichte . . .*, S. 469. Die Quellenbasis für dieses wichtige und umstrittene Ereignis ist sehr schwach. Wir sind fast ausschließlich auf Bernsteins Erinnerungen angewiesen und auf einzelne Briefe, so den Bernsteins an Bebel vom 19.1.1875, in: August Bebel, *Aus meinem Leben*, Bd. 2, S. 315.

30 Eduard Bernstein, *Zur Vorgeschichte. . .*, S. 469.

31 *A.a.O.*, S. 470.

32 So z.B. von der Formel der einen reaktionären Masse. Vgl. *Programm der deutschen Arbeiter für die nächsten Reichstagswahlen* (1874). Faksimile abgedruckt in: Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung*, 3 Bde, Berlin 1907, Bd. 1, S. 275.

dieses Programm „weit mehr der Form als dem Wesen nach", so kennzeichnet Mehring diese Übereinkunft. [33] Nach außen hin schienen sich die Lassalleaner im Grundsatzprogramm, die Eisenacher in der Formulierung des Organisationsstatuts durchgesetzt zu haben, aber nur nach außen hin, denn im Prinzip offenbarten beide Parteien ihr Ideologiedefizit im Marxschen Sinne. Erst viel später gab das auch Engels zu: „Du wunderst Dich, woher die unklaren und verworrenen Phrasen im Programm stammen?" schrieb er 1891 an Bebel. „Aber die sind ja alle grade der leibhaftige Liebknecht, wegen deren wir uns mit ihm jahrelang herumgestritten und für die er schwärmt". [34] Der Protest von Marx, Engels und Bebel gegen den Programmentwurf fruchtete nichts. [35]

Auf dem Parteikongreß in Gotha nahm am 25.5.1875 die neue Partei ein Programm an, das in seinen wesentlichen Punkten – zum Ärger von Marx – Lassallesches Gedankengut enthielt, das aber durchaus dem ideologischen Stand beider Parteien entsprach. Eine Marx-Rezeption hatte trotz Marx' epochalem Werk, das 1867 erschienen war, noch nicht stattgefunden. Engels' Einschätzung der Situation: „Unsere Partei hätte von den Lassalleanern in theoretischer Beziehung, also in dem, was für das Programm entscheidend ist, absolut nichts zu lernen", geht total an der Realität vorbei. [36] Der Dühring-Streit, der zwei Jahre später auf

33 Franz Mehring, *Geschichte . . .*, Bd. 2, S. 448. Die bedeutendste Publikation, die in der DDR zu dem Thema der Einigung von 1875 erschien, nämlich Erich Kundel, *Marx und Engels im Kampf um die revolutionäre Arbeitereinheit*, Berlin 1962, versucht, die Zugeständnisse der Eisenacher an die Lassalleaner damit zu erklären, daß Geib und Auer von der Annahme ausgingen, die „Lassalleaner [seien] sozusagen über Nacht Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus geworden", (S. 111). Das trifft jedoch nicht den Sachverhalt, da sich beide Parteien kaum in ihren ideologischen Positionen unterscheiden. Auch geht es kaum an, die Vertreter der SDAP als Opfer des „raffinierte[n] Auftreten[s] der Lassalleschen Führer" hinzustellen, (a.a.O., S. 112). Hasselmann und Hasenclever waren zwar geschickte Agitatoren, aber keine geschickten Taktiker. Hasselmanns Vorgehen bei seinem Versuch, nach 1875 die Partei wieder zu spalten, zeigt das deutlich. Tölcke, für den das noch am ehesten gelten könnte, blieb von den Verhandlungen ausgeschlossen. Die Vertreter des ADAV hatten das auch gar nicht nötig. Die Eisenacher brachten von sich aus die Lassalleschen Forderungen ins Programm.

34 Friedrich Engels an August Bebel, Brief vom 1.5.1891, in: *MEW*, Bd. 38, S. 89-97.

35 Marx' berühmte *Randglossen zum Gothaer Programm*, die er im Mai 1875 an Bracke geschickt hatte, waren nur Auer, Geib und Liebknecht bekannt. Liebknecht hatte sie selbst Bebel, der am 1.4.1875 aus dem Gefängnis entlassen worden war, vorenthalten. Vgl. Engels' Brief an Bebel vom 1.5.1891. Der Parteiöffentlichkeit wurden sie erst bekannt, als sie Engels und Kautsky 1891 in der *Neuen Zeit* veröffentlichten.

36 Friedrich Engels an August Bebel, Brief vom 18./28.3.1875, in: *MEW*, Bd. 34, S. 125-131, hier S. 125. Zur Rezeption des Marxismus durch die Eisenacher Partei vgl. Georg Eckert, *Die Konsolidierung . . .*, S. 46. Erich Kundel, *Marx und Engels. . .*, S. 282, konstatiert zwar auch, „daß er [Liebknecht] in einer Reihe wichtiger theoretischer Fragen, vor allem im Hinblick auf die Überwindung vulgärsozialistischer Auffassungen, noch nicht völlig auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stand", zollt ihm aber doch für seinen Antrag an den Gothaer Kongreß 1875, den Liebknecht ohne seinen Namen zu nennen, als Antrag der Leipziger Parteigenossen einsandte (Protokoll S. 11 f.), „Anerkennung" für den „Versuch . . . sozusagen in allerletzter Minute die Vereinigung auf der Grundlage eines revolutionären Parteiprogramms durchzuführen". (S. 284). Mit diesem Antrag wollte sich Liebknecht jedoch nur ein Alibi gegenüber den Londonern verschaffen. In seiner Programmrede vor dem Kongreß (vgl. *Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875*, Leipzig 1875, S. 33-38), ist von dem von Kundel erwähnten Versuch nichts zu finden. Wäre es Liebknecht wirklich darum gegangen, in letzter Minute die Partei auf die Grundlage eines revolutionären Parteiprogramms zu stellen, hätte er die Lassalleschen Losungen kaum so vehement verteidigt, wie er es in dieser Rede tat. Von den Formulierungen seines Antrags ist hier keine Spur zu finden. Hasselmann, der als Korreferent der Lassalleaner vorgesehen war, verzichtete deshalb auf sein Referat, „da er mit Liebknechts Rede völlig einverstanden" war. (*A.a.O.*, S. 38). Auf dem Erfurter Parteitag 1891 versuchte Liebknecht seine Position von 1875 damit zu entschuldigen, daß ihm die Partei höher stehe als Marx. Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891*, Berlin 1891, S. 327.

dem Gothaer Kongreß von 1877 ausgetragen wurde, zeigt, daß nicht die Lassalleaner, wohl aber die ehemaligen Eisenacher für Dührings pseudo-sozialistische Theorien anfällig waren. [37] Der 'spezifische Lassalleanismus' war für die neue Partei nicht problematisch, wenn Marx und Engels das auch glaubten. Mehring schätzt die Situation richtig ein, wenn er zu Gotha schreibt: „Der Lassalleanismus erlosch in diesen Gothaer Tagen für immer". [38] Er meinte damit u.a. den Lassalle-Kult und die Lassallesche Organisationsform der Arbeiterbewegung. –

SPD und SED, die beide in ihrer Geschichte auf die Partei von Gotha zurückgehen, haben Schwierigkeiten, sich mit dieser Partei und ihrem Programm zu identifizieren. Für die offizielle Geschichtsschreibung der SED ist das Gothaer Programm „durchdrungen von opportunistischem Gedankengut des Lassalleanismus . . . Dadurch wurden opportunistische Auffassungen in der Sozialdemokratie bewahrt, an die zwei Jahrzehnte später die Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung anknüpfen konnten. Die Lassallesche Anbetung des Parlamentarismus, Ferdinand Lassalles Negieren der Bündnispolitik und seine nationalistischen Tendenzen wirkten sich in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor allem nach der Jahrhundertwende verhängnisvoll aus. Die deutschen Arbeiter hielten im Gegensatz zu dem opportunistischen Kompromißprogramm auch nach der Vereinigung an der bewährten Arbeiterpolitik fest und interpretierten das Programm im revolutionären Sinn". [39] Diese Versuche, revolutionären Geist in das Programm von Gotha hineinzuinterpretieren, sind nicht überzeugend. Marx' und Engels' Feststellungen zum ideologischen Stand der Eisenacher 1875 lassen sich historisch nicht halten.

Aber auch die SPD hat erhebliche Schwierigkeiten, Identifikationspunkte im Gothaer Programm, dem Programm der Sozialdemokratie, in dem zum ersten Mal die Forderung nach Befreiung der Arbeiterklasse durch Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum gefordert wurde, zu finden. Die Einigung von Gotha 1875 spielt im historischen Bewußtsein der modernen Sozialdemokratie nur eine untergeordnete Rolle, wie überhaupt das historische Interesse der SPD an der eigenen Geschichte nur sehr unvollkommen entwickelt ist. Die Auseinandersetzung um die Abfassung des Godesberger Programms von 1959 macht diesen Sachverhalt recht deutlich. Das Geschichtsdefizit, das bei dieser Gelegenheit offenkundig wurde, hat mehrere Ursachen. Die Programmdebatte wurde von den Nelsonianern weitgehend sozialphilosophisch geführt, nicht historisch. [40] Zwar greift ihr Hauptvertreter Willi Eichler auf die Ausgangsbasis der Marxschen Kritik zurück und zieht daraus das

37 Vgl. *Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877*, Hamburg 1877, S. 70 ff.

38 Franz Mehring, *Geschichte . . .*, Bd. 2, S. 453.

39 Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden*, Berlin 1966, Bd. 1, *Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts*, S. 342. Dem liegt die negative Einschätzung Lassalles durch die DDR-Geschichtsschreibung zugrunde, die dessen Jakobinismus nicht berücksichtigt und ihm deshalb „Opportunismus" unterstellt. Weder Lassalle noch ein Vertreter des ADAV verstehen unter Staat den bestehenden, sondern den sozialistischen Staat. Forderungen, die sie an den bestehenden Staat stellen, zielen immer auf den sozialistischen Staat hin.

40 Vgl. Lothar F. Neumann, *Prolegomena zu den sozial-philosophischen, wissenschaftstheoretischen und sozial-psychologischen Grundlagen des freiheitlichen demokratischen Sozialismus*, in: Heiner Flohr u.a. (Hrsg.), *Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis*, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 61-77, hier S. 62.

Fazit, daß es verkehrt sei, „ohne eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse alle Menschen zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft [zu] machen", begründet aber im weiteren diese Forderung nicht historisch, sondern philosophisch [41] Tatsächlich ist dann auch im Godesberger Programm die historische Begründung der Forderung sehr knapp ausgefallen und an den Schluß des Programms gesetzt worden, wobei die Entwicklung der SPD „von einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes" als logische Konsequenz ihrer historischen Entwicklung herausgestellt wird. In der Reflexion zum Godesberger Programm kritisiert Wolfgang Abendroth, selbst Mitglied der Programmkommission, 1959 zu Recht: „Im Programmentwurf ist . . . von der wirklichen, also geschichtlichen Erfahrung des deutschen Volkes mit dem Verhältnis von Staatsgewalt und Demokratie keine Rede. Statt dessen wird die philosophische Spekulation von Adolf Arndt über das Wesen' der Demokratie und des Staats angeboten". [42]

Der Verzicht auf die historische Reflexion hat tiefere Gründe. Mit dem Godesberger Programm hatte die Partei „den Marxismus als ein philosophisches, ökonomisches und soziologisches Lehrgebäude. . . zu den Akten ihrer Geschichte gelegt", so Ulrich Lohmar. [43] Gleichzeitig glaubte man sich auch von Marx' „Geschichtsmetaphysik", wie man es nannte, befreit, meinte aber weniger die Geschichtsmetaphysik als die Geschichte überhaupt. „Form und Inhalt der neuen Parteiprogrammatik stimmen sehr viel stärker mit der politischen Praxis der Sozialdemokratie überein als die älteren Programme", stellt Lothar Neumann in diesem Zusammenhang fest und läßt dabei außer acht, daß die sozialdemokratischen Parteiprogramme der Vergangenheit nicht nur Zeitanalysen, sondern vor allem Zielvorstellungen auf der Basis der Gesellschafts- und Zeitanalyse enthielten. Das Godesberger Programm schließe die Kluft zwischen Programmatik und politischer Praxis, meint Neumann, und stehe damit Bernsteins Argumentation in der Revisionismusdebatte näher als dem Marxismus bzw. den früheren Parteiprogrammen. [44]

Damit wird einer der wesentlichen Gründe dafür deutlich, warum das historische Bewußtsein in der SPD weitgehend unterentwickelt ist. Mit der Orientierung an Bernsteins Revisionismus bricht die SPD mit ihrer historischen Tradition im 19. Jahrhundert. Dieser Schritt führte zu einer gebrochenen Identität mit der eigenen Geschichte bzw. zu einem unkritischen Eklektizismus ja zur Verfälschung der Ideen Lassalles. Letzteres ist besonders deutlich bei Carlo Schmidt zu beobachten. [45] Historische Reminiszenzen führender SPD-Politiker fallen meist recht pauschal und ungenau aus. So wenn Helmut Schmidt in seiner Rede über „Das geistige Profil der Sozialdemokratie" (1965) die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zugleich als „Geschichte des Kampfes um einen demokratischen Staat in Deutschland schlechthin" sieht, [46] oder aber Erich Ollenhauer in der Debatte um das Godesberger Programm gegen den Vorwurf, das neue Programm verleugne die Tradition der deutschen

41 Willi Eichler, *Gedanken zu einem Grundsatzprogramm der SPD*, in: *Neue Gesellschaft*, Jg. 5 (1958), S. 250-257, hier S. 253 f.

42 Wolfgang Abendroth, *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung*, in: *Neue Gesellschaft*, Jg. 6 (1959), S. 42-45.

43 Ulrich Lohmar, *Zum Godesberger Programm der Sozialdemokratie*, in: *Neue Gesellschaft*, Jg. 6 (1959), S. 415-421, hier S. 416.

44 Lothar F. Neumann, *Prolegomena* . . ., S. 61 ff.

45 Vgl. Carlo Schmidt, *Der ideologische Standort des deutschen Sozialismus in der Gegenwart*, in: ders., *Politik und Geist*, Stuttgart 1961, S. 245-278. Hier vor allem seine Bemerkung zur Praxis der Gewerkschaften, S. 264.

46 Helmut Schmidt, *Beiträge*, Stuttgart 1967, S. 118.

Sozialdemokratie, diese Tradition auf den Kampf der Arbeiterbewegung um Recht und Freiheit reduziert: Die große Tradition liege „im Bekenntnis zur Arbeiterschaft als Vorkämpferin und Kerntruppe der Freiheitsbewegung unserer modernen Zeit". [47] Noch weiter geht Willi Eichler, wenn er die Geschichte der SPD als „Kampf um . . . Gerechtigkeit, in dem unablässigen Streben nach Befreiung des Menschen aus wirtschaftlicher Unterdrückung, sozialer Ungerechtigkeit, kultureller Rückständigkeit und politischer Bevormundung , . . . [als] ständig erweiterte Demokratisierung von Staat und Gesellschaft" sieht. [48] Dieser historischen Reflexion liegt jedoch kaum eine historische Analyse der eigenen Geschichte in ihrem hundertjährigen Prozeß zugrunde, konkrete Verweise auf historische Ereignisse fehlen fast durchgehend. So sucht man weitgehend vergebens nach einer Einschätzung des Gothaer Parteitags und Programms und seiner Relevanz für das heutige Verständnis der SPD. Jedes Programm der deutschen Sozialdemokratie sei „eine erregende Dokumentation über die geistige Entwicklung des demokratischen Sozialismus in unserem Lande", betonte Erich Ollenhauer in seiner Grundsatzrede zum Godesberger Programm 1959. [49] Welchen Stellenwert aber die einzelnen Programme in der Entwicklung der SPD haben, welche Kontinuität bzw. Diskontinuität zu ihnen besteht, darauf geht er nicht ein.

Eine solche Einschätzung findet sich lediglich bei Adolf Arndt und Ulrich Lohmar. In seinem Vortrag über „Sozialistische Staatspolitik heute", den Arndt 1958 vor der katholischen Akademie in Bayern hielt, versuchte er, die Bedeutung des Gothaer Programms für die historische Entwicklung der Sozialdemokratie zu umreißen. [50] Für Arndt brachte das Gothaer Programm von 1875 „eine geschichtliche Entscheidung gegen ein staatsverneinendes Denken nach Art der Theorien von Karl Marx". Es fiel die geschichtliche Entscheidung für die Staatsauffassung von Ferdinand Lassalle, „der den Staat zum Verbündeten der Arbeiter machen wollte." [51] Seit Gotha so sieht es Arndt, ist die Sozialdemokratie mit dem Bekenntnis zur Demokratie unlösbar verknüpft. Einschränkend bemerkt er freilich, daß in der Auffassung der Sozialdemokratie von der Demokratie der Mechanismus der großen Zahl, die Auffassung vom bloßen Mittel zum Zweck, von der Demokratie als Instrument zur Herrschaft, überwog. Seit Gotha, so sieht es Ulrich Lohmar, sei der Staat für die Sozialdemokratie „nicht lediglich ein Instrument der herrschenden Klasse, dessen man sich zur Ausbeutung der Unterdrückten bediente, sondern es gilt vielmehr, ihn nach den eigenen Vorstellungen umzuformen". Eine Forderung, die nach Lohmar auch heute noch Gültigkeit hat. [52] Arndt und Lohmar berufen sich in ihrer Argumentation auf Kurt Schumacher, der 1926 in seiner Dissertation „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie" im Gothaer Programm von 1875 zum ersten Mal ein „richtiges Staatsideal" der Sozialdemokratie" definiert findet: [53] Der Staat als Ausgangspunkt, von dem aus die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umgewandelt werden könnte. Skeptischer als Arndt und Loh-

47 Erich Ollenhauer, *Zum Godesberger Grundsatzprogramm*, in: ders., *Reden und Aufsätze*, Hannover 1964, S. 275 ff.

48 Willi Eichler, *Hundert Jahre Kampf und Bewährung*, in: ders., *Weltanschauung und Politik. Reden und Aufsätze*, Frankfurt/M. 1967, S. 208-225, hier S. 215.

49 Erich Ollenhauer, *a.a.O.*, S. 276.

50 Adolf Arndt, *Sozialistische Staatspolitik heute*, in: *Neue Gesellschaft*, Jg. 5 (1958), S. 99 ff., wiederabgedruckt in: ders., *Geist und Politik. Reden*, Berlin 1965, S. 129-148.

51 *A.a.O.*, S. 134.

52 Ulrich Lohmar, *Christentum und demokratischer Sozialismus*, in: *Neue Gesellschaft*, Jg. 5 (1958), S. 59 ff.

53 Kurt Schumacher, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, Stuttgart 1973, S. 46.

mar kennzeichnet er freilich den Staatsgedanken des Gothaer Programms als reinen Opportunismus, als „Haltung der Praktiker, insbesondere der Parlamentarier". Es fehle diesem Staatsgedanken eine wahrhaft wissenschaftliche Fundierung. [54] In Gotha, so sieht es Adolf Arndt, fiel die geschichtliche Entscheidung für die Staatsauffassung von Ferdinand Lassalle, der den Staat zum Verbündeten der Arbeiter machen wollte. Wenn auch nicht für das historische Ereignis von Gotha, so sieht auch Carlo Schmidt es generell als Verdienst Lassalles an, einem „vertieften Verständnis der geschichtlichen Funktion des parlamentarisch-demokratischen Staates, die in der Industriegesellschaft vorhandenen Klassengegensätze auszugleichen und zu versöhnen, die Bahn gebrochen zu haben". Der Lassalleanismus, so meint er, habe „gleichsam unterirdisch die konkreten politischen Vorstellungen der Sozialdemokratie . . . zunehmend befruchtet". [55]

Es ist zweifelhaft, ob man vom modernen Staats- und Demokratieverständnis der heutigen Sozialdemokratie ausgehend, zu einer Identität mit dem Gothaer Programm kommen kann. Wenn Willy Brandt 1972 feststellt, „daß für die Sozialdemokratie. . . der Staat und seine Insituationen niemals – früher nicht und heute nicht – ein Mittel zum Zweck gewesen ist, sondern der Rahmen, in dem eine menschenwürdige Politik zugunsten der ganzen Gesellschaft zu leisten ist", [56] so charakterisiert er damit kaum die Staatsauffassung der Sozialdemokratie von Gotha, die eben doch im Staat ein Mittel zum Zweck sah. Nicht erst seit dem Erlebnis der Pariser Kommune war auch den Lassalleanern, selbst Tölcke, der den preußischen Staat stark idealisierte, klar, daß es nicht für den bestehenden Staat, sondern erst für den zukünftigen sozialistischen zu kämpfen gelte. Erst der sozialistische Staat könnte „Politik zugunsten der ganzen Gesellschaft . . . leisten". Seit Gotha ist für die Sozialdemokratie Staat nicht gleich Staat, seit Gotha gibt es für die Sozialdemokratie den wichtigen Dualismus von Gegenwarts- und Zukunftszielen, gerade was die Staatsidee betrifft. [57] Wenn auch das Gothaer Programm konkrete Forderungen an den bestehenden Staat stellt, so zeigt doch die Debatte um den gesetzlichen Arbeiterschutz auf dem Gothaer Parteitag von 1876, wie wenig man von dem bestehenden kapitalistischen Staat erwartete. Es ist kein Zufall, daß gerade der ehemalige Lassalleaner und Gewerkschaftler August Kapell erklärte: „Unser Programm ist das einzige Arbeiter-Schutzgesetz. Man darf nicht von dem heutigen Staate ein derartiges Palliativmittel verlangen". [58] Die sozialdemokratische Staatsauffassung, wie sie Willy Brandt charakterisiert, gibt es in der SPD erst seit der Herausbildung des Reformismus bzw. des Revisionismus. Auch für Lassalle war sozialistische Politik im kapitalistischen Staat nicht möglich. Erst Vollmar und Bernstein revidierten diese Auffassung. Auf Bernsteins Positionen stützt sich jedoch das Godesberger Programm. Seine Verfasser waren der Ansicht, daß die Geschichte Bernsteins Theorien voll und ganz bestätigt habe. [59] Diese Einstellung erschwert eine Identifizierung mit dem Gothaer Programm. Und so räumt das Godesberger Programm mit fast allen Forderungen des Gothaer Programms auf: Mit dem freidenkerischen Antiklerikalismus, mit der Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel, mit der Vor-

54 *A.a.O.*, S. 48.

55 Carlo Schmidt, *a.a.O.*, S. 263.

56 Willy Brandt, *Reden und Interviews II*, Bonn 1973, S. 452. Der Artikel erschien zuerst im *Vorwärts*, vom 19.10.1972.

57 Hans Mommsen, *Lassalle, a.a.O.*, Sp. 1359.

58 Vgl. *Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha vom 19.-23. August 1876*, Berlin 1876, S. 32.

59 Susanne Miller und August Rathmann, *Von der Freiheit im Sozialismus. Ein Briefwechsel über Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Geist und Tat*, Jg. 19 (1964), S. 208-216. Hier der Brief Rathmanns an S. Miller, S. 210.

stellung von einer Weltanschauungs-, bzw. Klassenpartei zugunsten der Vorstellung von der demokratischen Volkspartei. 60 Was aber bleibt, ist, grob vereinfacht, das historische Bild von einer Partei, die nach jahrzehntelangem Irrtum von Bernstein auf den richtigen Weg gebracht wurde. Was davor war, wird mit einigen weitgefaßten historischen Bekenntnisformeln in Erinnerung gehalten, Bekenntnisformeln, die sich häufig mit den historischen Fakten nicht decken.

60 Peter von Oertzen, *Die Zukunft des Godesberger Programms. Zur innerparteilichen Diskussion der SPD*, in: Heiner Flohr u.a. (Hrsg.), *Freiheitlicher Sozialismus* (siehe Anm. 40), S. 89-109, S. 90 f.

DIE STELLUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN JUGENDORGANISATIONEN ZU STAAT UND PARTEI IN DEN ANFANGSJAHREN DER WEIMARER REPUBLIK

Von Helmuth Hägel

1. Vorbemerkung

Die Geschichte der SPD in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ist von zwei Momenten geprägt: der veränderten Stellung der Partei im und zum Staat und der Expansion und Vervollkommnung der Parteiorganisation. Zwar war der Wandel in der Stellung zum Staat schon am 4.8.1914 (Bewilligung der Kriegskredite) und – noch früher – in den theoretischen Ansätzen der Revisionisten sichtbar geworden, doch erst in der Aufbauphase der Weimarer Republik konnte sich dieses neue Staatsbewußtsein durch praktisches Wirken so sehr entfalten, daß Friedrich Stampfer nicht übertrieb, als er 1922 schrieb: „Die Sozialdemokratische Partei ist in der demokratischen Republik als sozialistische Partei die eigentliche Staatspartei geworden." 1

Parallel zu dieser Entwicklung lief der weitere Ausbau der Organisation. In die ersten fünf Jahre der Republik fiel die Gründung der Arbeiterwohlfahrt, des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, des Sozialistischen Kulturbundes, der Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten, der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen und die Neuorganisierung der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung (im folgenden abgekürzt: AJB), von kleineren Zusammenschlüssen ganz abgesehen. Mit der wachsenden Zahl von Unterabteilungen in der Parteistruktur setzte sich eine bereits in der Vorkriegssozialdemokratie sichtbar gewordene Tendenz fort, die die Partei immer mehr zu einer „Lebens- und Schicksalsgemeinschaft", zu einem

Abkürzungen:

AJB:	sozialdemokratische Jugendbewegung
Jusos:	Jungsozialisten
Jusobew.:	jungsozialistische Bewegung
KJVD:	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
RdJ:	Reichsausschuß deutscher Jugendverbände
SAJ:	Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands
SPJ:	Sozialistische Proletarier-Jugend
VAJV:	Verband der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands

1 Friedrich Stampfer, *Das Görlitzer Programm*, Berlin 1922, S. 32.

„in sich abgeschlossenen Lebensbereich mit seinen eigenen Gesetzen" [2] erhob. Die Integrierung dieser verschiedenen, speziellen Zwecken dienenden Arbeitsgemeinschaften in die Gesamtpartei erforderte von der Parteileitung viel taktisches Geschick und vor allem die Propagierung einer alle Mitglieder verpflichtenden Idee.
In dem hier zu behandelnden Zeitraum waren – neben einem emotional aufgeladenen, abstrakten Antikapitalismus und einem in der Auseinandersetzung mit der KPD immer schärfer werdenden Antikommunismus [3] – vor allem das Bekenntnis zur demokratischen Republik sowie die Verpflichtung, die Parteiorganisation vor Spaltungen zu bewahren, die zentralen Elemente der Integration von potentiell oppositionellen Strömungen innerhalb der Partei. – Das Ziel der folgenden Untersuchung soll sein, am Beispiel der Stellung der AJB und der Jungsozialisten zu Staat und Partei in den ersten fünf Jahren der Weimarer Republik aufzuzeigen, inwieweit dieser Integrationsmechanismus erfolgreich angewandt wurde.

2. Die sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung im Ersten Weltkrieg

Natürlich vollzog sich die Hinwendung zum Staat auch in der AJB nicht schlagartig seit dem 9.11.1918. Wesentlich vorbereitet wurde diese Wandlung der Einstellung zum Staat durch das Erlebnis des Ersten Weltkrieges. So wie große Teile der erwachsenen Arbeiterschaft in den Augusttagen des Jahres 1914 der allgemeinen begeisterten Stimmung verfielen, so wurden auch weite Kreise der Arbeiterjugend von der Kriegspsychose erfaßt, was die Zahl der Kriegsfreiwilligen aus den Reihen der AJB dokumentiert. [4] Die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" versuchte, die Arbeiterjugend von einer Diskussion um die Stellung der SPD zum Krieg abzuhalten. So erschienen im Verbandsorgan der AJB, in der „Arbeiter-Jugend", immer wieder Artikel und Stellungnahmen, die darauf verwiesen, daß die Kriegsdebatte nicht die Sache der Jugend sei: „Diese Auseinandersetzungen über Ursachen, Zweck und Folgen dieses furchtbaren Völkerschlachtens gehören nicht vor die Jugend. Die Theoretiker und Politiker der Arbeiterklasse werden diese unendlich schwierigen und verwickelten Fragen gewissenhaft erörtern und zu lösen versuchen." [5]
Predigte man so einerseits der Jugend Abstinenz in Bezug auf die Diskussion der Kriegsproblematik, so unterließ es die Redaktion der „Arbeiter-Jugend" andererseits doch nicht, fortwährend patriotische Artikel zur Kriegsfrage abzudrucken. Meist wurde der Krieg in solchen Artikeln mystifiziert: etwa als ein „Kampf ums Futter und um den Futterplatz, das uralte Ziel aller menschlichen wie tierischen Triebe" [6] oder als ein „Zurückkommen auf urmenschliche Triebe und Handlungen" [7] interpretiert. Die Verklärung des Krieges zu einem schicksalshaften und naturwüchsigen Phänomen [8] korrespondierte mit der zunehmenden Beto-

2 Erich Matthias, *Kautsky und der Kautskyanismus*, in: *Marxismusstudien*, hrsg. von Iring Fetscher, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 183.
3 Vgl.: Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 29), Berlin 1967, S. 257.
4 Im ersten Kriegsjahr meldeten sich nach den Angaben von 229 berichtenden Jugendausschüssen (Gesamtzahl der Ausschüsse um diese Zeit: 740) 783 jugendliche Gruppenleiter freiwillig zum Heeresdienst. Vgl. Karl Korn *Die Arbeiterjugendbewegung*, Berlin 1922, S. 263.
5 *Arbeiter-Jugend* (künftig zitiert: *AJ*), Jg. 7 (1915), Nr. 7, S. 55.
6 *AJ*, Jg. 8 (1916), Nr. 1, S. 1.
7 *A.a.O.*, Jg. 7 (1915), Nr. 14, S. 107.
8 So das Mitglied der „Zentralstelle" Heinrich Schulz: *„Was war, ist der Geschichte ehernes Muß gewesen*, in: *AJ*, Jg. 7 (1915), Nr. 9, S. 65.

nung nationaler Werte und Verpflichtungen. Noch ausschlaggebender für diese Hinwendung zu nationalem Denken war die Interpretation des Krieges als eines Verteidigungskrieges: Deutschland ringsum von Feinden umgeben, vor allem vom russischen Zarismus bedroht – da durfte sich die deutsche Arbeiterschaft ihrer nationalen Aufgabe nicht entziehen. So und ähnlich lauteten die Argumente der Artikel in der „Arbeiter-Jugend" der Kriegsjahre. [9] Als „Belohnung" für die Einhaltung des Burgfriedens, für das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, für die geleisteten Opfer zur Verteidigung des Vaterlandes erwartete man die gesellschaftliche und politische Anerkennung der Partei und ihrer Unterabteilungen durch den Staat.
Dem von einem Teil der SPD-Mitglieder getragenen Verlangen nach Integration in das staatliche Leben kamen die Regierungskräfte geschickt entgegen. Im September 1916 sicherte das Eisenbahnministerium der „Zentralstelle" Fahrpreisermäßigungen für Gruppenfahrten der AJB zu. Die Begründung der Behörde, daß diese Vergünstigungen nicht nur den der staatlichen Jugendpflege angeschlossenen Jugendverbänden zustehe, sondern auch den Organisationen, „die die Erziehung im vaterländischem Sinne fördern", veranlaßte die „Leipziger Volkszeitung", von einer Neuorientierung der Jugendbewegung zu schreiben: „Billiger war offenbar die staatliche Anerkennung der 'freien Jugend' nicht zu erreichen. Schade nur, daß die Parteigenossen erst auf Umwegen erfahren, um welchen Preis die von der Sozialdemokratischen Partei gegründeten Jugendorganisationen staatlich anerkannt worden sind." [10]
Auch das am 30.1.1917 gegebene Versprechen des preußischen Kultusministers Trott zu Solz, die Jugendheime der „Freien Jugendbewegung" [11] mit staatlichen Geldern zu unterstützen, fand zumindest in der „Zentralstelle" freudigen Widerhall. Denn diese Gesten der Regierungsstellen zeigten den um Integration bemühten Sozialdemokraten, daß die bürgerliche Welt zu der Einsicht gekommen war, „daß man der Arbeiterklasse, die in der Verteidigung des Landes so gewaltige Opfer bringt, fürderhin unmöglich in dem früher beliebten Sinn die Vaterlandsliebe absprechen und ihre Angehörigen als Staatsbürger zweiter Garnitur behandeln könne". [12]
Bei der Einschätzung der Beziehungen der AJB zum Staat während des Krieges darf natürlich nicht außer Acht gelassen werden, daß es seit 1908 eigentlich keine Arbeiterjugendbewegung mehr gab; vielmehr handelte es sich bei der Arbeit der „Zentralstelle" sowie bei der der örtlichen Jugendausschüsse der Partei um Jugendpflege. Dadurch, daß die erwachsenen Parteigenossen in den Jugendausschüssen die Zweidrittelmehrheit besaßen, war von vornherein gewährleistet, daß die Politik der SPD zur Richtschnur für das Verhalten der organisierten Arbeiterjugend wurde. Die Artikel in der „Arbeiter-Jugend" wurden von Erwachsenen geschrieben. Bezirksleiterversammlungen fanden während des Krieges nur selten und sporadisch statt. So war es für die Jugendlichen kaum möglich, eine eigenständige Politik im Rahmen der Organisation zu betreiben. Daß aber innerhalb der Arbeiterjugend eine oppositionelle Stimmung gegenüber dieser von der Verbandsspitze betriebenen Annäherung an staat-

9 *AJ*, Jg. 7 (1915), Nr. 1, S. 1: „Was Weltpolitik und Kolonialwirtschaft – als in diesen Augusttagen die Kriegsansagen auf Deutschland niederhagelten wie Schloßen auf die Maissaat, als von Ost und West und Nord eine Welt von Feinden gegen Deutschlands Grenzen sich in Bewegung setzte und auf der anderen Seite der Erde der Japaner sein Messer wetzte, uns den Genickstoß zu geben – da war für unsere Jugend die 'Theorie des Weltkriegs' entschieden. Denn die Herzen der Jugend sind immer da, wo ein Held gegen Tod und Teufel kämpft."

10 Zitiert nach *AJ*, Jg. 9 (1917), Nr. 6, S. 41.

11 „Freie Jugendbewegung" war der Sammelname für die von der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" erfaßten Jugendlichen.

12 *AJ*, Jg. 9 (1917), Nr. 5, S. 33.

liche Instanzen vorhanden war, zeigte das Entstehen der oppositionellen Jugendgruppen (schon seit 1915) und der zahlenmäßige Rückgang der Bewegung, [13] der nicht nur auf die direkten Auswirkungen des Krieges zurückzuführen war, sondern auch auf die Austritte von unzufriedenen Mitgliedern.

3. Die Neuorganisierung der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung nach der Revolution

Die ersten Jahre nach der Revolution waren geprägt durch das Anpassen von Form und Inhalt der AJB an die neue politische Situation. Dabei ist zu beachten, daß die Initiativen für den „Umbau" der Bewegung nicht von der Partei (der in diesen stürmischen Monaten verständlicherweise wenig Zeit für die Behandlung der Probleme der AJB blieb), sondern von der Jugend selbst ausgingen, später dann allerdings von der Partei aufgegriffen und in den Intentionen der Parteileitung genehme Bahnen gelenkt wurden.
Eine der Ursachen des Mitgliederschwundes lag im Unbehagen der jugendlichen Arbeiter an der dominierenden Stellung der Erwachsenen in den Jugendausschüssen. Seit 1916 mehrten sich die Stimmen, die eine neue Organisationsform mit mehr Entfaltungsmöglichkeiten für die jungen Mitglieder forderten. Doch es blieb nicht bei den jugendlichen Forderungen nach selbständigen Jugendvereinen. 1916 wurde in Neukölln, 1918 in Groß-Berlin und Magdeburg ein Jugendverein der Arbeiterjugend gegründet. Die Mitglieder proklamierten die Selbstbestimmung der Jugend. Durch die Berichte der lokalen Jugendausschüsse in der „Arbeiter-Jugend" zog sich seit 1917 wie ein roter Faden die überall auftauchende Forderung nach mehr Mitspracherechten für die Jugendlichen. Zum Teil wurde das Mitbestimmungsrecht der Partei völlig in Frage gestellt, so daß die Mahnung des sozialdemokratischen Bildungsexperten Richard Weimann: „Selbstverständlich muß die Mitarbeit der Erwachsenen im Rahmen der geltenden Parteitagsbeschlüsse gewährleistet werden", [14] vom Standpunkt des Parteivorstandes aus notwendig war. Als im Zuge der Revolution auch das letzte formale Argument gegen die Gründung von sozialdemokratischen Jugendvereinen, das Schreckgespenst des § 17 des Reichsvereinsgesetzes nämlich, fiel, [15] konnte die „Zentralstelle" nicht länger umhin, die Forderungen der Basis nach Änderung der Organisationsstruktur aufzunehmen. Auf der ersten Reichskonferenz der Jugendbezirksleitungen nach dem Krieg (25.5. 1919) wurde die Umwandlung der bisherigen Organisation in den „Verband der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands" (im folgenden abgekürzt: VAJV) vollzogen.
„Im vergangenen Geschäftsjahr machten sich an verschiedenen Orten Bestrebungen geltend, unsere Organisation auf eine festere Grundlage zu stellen. Mit großem Eifer trat die Jugend für die Gründung geschlossener Jugendvereine ein. Diese Bestrebungen sind begreiflich und durchaus zu begrüßen. Die bisherige lose Form unserer Bewegung hat für die Vergangenheit ihre Berechtigung gehabt, für die Zukunft genügt sie nicht. Neue Kräfte sind unter der Jugend

13 Die Zahl der Abonnenten der *Arbeiter-Jugend* fiel von 108 300 (1.8.1914) auf 28 000 (Nov. 1918). Die Zahl der Jugendausschüsse sank von 837 (1.4.1914) auf weniger als 200 (Ende 1918). Vgl. Karl Korn, *Die Arbeiterjugendbewegung*, Berlin 1922, S. 273.

14 *AJ*, Jg. 11 (1919), Nr. 5, S. 29.

15 Am 8.4.1908 verabschiedete der Reichstag mit 195 gegen 168 Stimmen ein neues Reichsvereinsgesetz. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Gesetzes war der § 17, der sogen. „Jugendparagraph". Durch ihn wurde den Jugendlichen unter 18 Jahren die Mitgliedschaft in politischen Vereinen sowie die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten.

lebendig und verlangen nach neuen Ausdrucksformen, nach einer festeren Gestaltung unseres Organisationsrahmens. (. . .) Diese von innen heraus kommende neue Entwicklung unserer Jugendbewegung ist ein Zeichen der frischen, vorwärtsdrängenden Kraft der Jugend, die mit Begeisterung und zäher Entschlossenheit für die Verbreitung unserer Ideen wirkt." [16] – In diesem Kommentar der „Zentralstelle" wurde zwar unterschlagen, daß hinter den Forderungen der jugendlichen Mitglieder nach Änderung der Organisationsstruktur nicht nur der Gedanke der festen Vereinsform, sondern vor allem die Idee der Selbstverwaltung stand; gleichwohl gingen diese Intentionen in das neue Organisationsmodell ein. Für die Zusammensetzung der Vereinsleitungen, der Bezirksvorstände und des Hauptvorstandes in Berlin wurde auf der oben erwähnten Reichskonferenz die Parität von Jugendlichen und Erwachsenen beschlossen. Allerdings konnte man auch jetzt noch nicht von einer echten Gleichberechtigung der Jugend sprechen, da das Verbandsorgan „Arbeiter-Jugend" weiterhin von Erwachsenen redigiert und gestaltet wurde und der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Heinrich Schulz, letzten Endes entscheidenden Einfluß auf die Politik der AJB hatte. Aber bei der Analyse der folgenden Entwicklung des VAJV kann man doch davon ausgehen, daß sich in den Resolutionen, Diskussionen und Aktionen des Verbandes die Ansichten der jugendlichen Mitglieder widerspiegelten.

Parallel zu diesen Bemühungen um mehr Selbstbestimmungsrechte für die Jugend lief die Diskussion um die Achtzehnjährigen-Grenze, d.h. die Diskussion um die Frage, ob ein Jugendlicher nach dem Erreichen des 18. Lebensjahres aus der Bewegung ausscheiden mußte oder nicht. Diese Diskussion hat sowohl die AJB als auch die bürgerliche Jugendbewegung vom Anfang bis zum Ende begleitet. Zwar argumentierten die Befürworter der Achtzehnjährigen-Grenze meist psychologisch-pädagogisch: die Älteren würden der Bewegung ihren Stempel aufdrücken, so daß den Jüngeren keine Möglichkeit zu einem ihrem Alter entsprechenden Verhalten bliebe; doch letzten Endes war die Achtzehnjährigen-Debatte auch eine politische Frage. Denn die über Achtzehnjährigen waren es gewesen, die die Beschäftigung mit politischen Fragen in die AJB hineingetragen hatten. Als daher die Reichskonferenz der Jugendbezirksleitungen (Juni 1917) mit Mehrheit die Achtzehnjährigen-Grenze beschloß, standen zwei Motive hinter dieser Entscheidung: einerseits eine pädagogische und psychologische Umstellung in der Erziehungsarbeit, auf die später noch eingegangen werden soll, andererseits die Absicht, den schlechten Erfahrungen, die die Jugendfunktionäre während der Zeit der Spaltung der AJB im Ersten Weltkrieg gemacht hatten, für die Zukunft vorzubeugen. Damals waren es nämlich in der Regel die älteren Jugendlichen gewesen, die sich von der Bewegung trennten. Allerdings wurde dieser Beschluß der Reichskonferenz in der Praxis kaum verwirklicht. Den Berichten der Ortsgruppen in der „Arbeiter-Jugend" ist zu entnehmen, daß sich die lokalen Organisationen meist nicht an diese Entscheidung hielten, sondern ihre über 18 Jahre alten Mitglieder in der Gruppe behielten. Im Verlauf der nächsten zwei Jahre kamen aber zu dieser ablehnenden Haltung der Basis noch weitere Gründe hinzu, die schließlich sogar die Mitglieder der „Zentralstelle" zu einer Revision ihrer Anschauung bewegten.

Durch den Krieg ging der AJB eine wachsende Zahl von Jugendfunktionären verloren; dies machte die Heranziehung der über Achtzehnjährigen zu Führungsaufgaben nötig. Außerdem

16 *AJ*, Jg. 10 (1918), Nr. 20, S. 162.

fanden diese der Jugendbewegung entwachsenen Achtzehnjährigen vielfach keine Betätigungsmöglichkeiten innerhalb der Partei, was dann später bei der Entstehung der jungsozialistischen Gruppen ganz deutlich zutage treten sollte. „In der schematischen Parteiarbeit, dem Kleinkram der Zahlabende und Mitgliederversammlungen, der Kommunalpolitik usw. fand das lebhafte geistige Streben, der oft hochgespannte Idealismus dieser Benjamine der Partei keine volle Befriedigung. Verschloß man ihnen jetzt auch noch die Jugendbewegung, so wurden sie heimatlos in der sozialistischen Welt. Es entstand sozusagen ein leerer Raum zwischen Jugendbewegung und Partei, in den diese Altersklassen verwiesen wurden. Damit erhob sich aber die Gefahr, daß so der Partei ihr wertvollster Nachwuchs verloren ging, daß diese Schichten schließlich Anschluß nach links suchten, denn die linksradikale Jugendbewegung kannte einen solchen Abschluß nach oben nicht." [17] Hinzu kam noch, daß das Wahlalter nach der Revolution von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt worden war. Angesichts der Bedeutung, die die SPD den Wahlergebnissen zumaß, mußte die Jugend nun viel schneller (und zwar hauptsächlich im Alter von 18-20 Jahren) durch politische Schulung zu selbständiger politischer Entscheidungsfähigkeit geleitet werden. Diese Gründe – drohender Verlust jugendlicher Mitglieder für die Partei und die Notwendigkeit verstärkter politischer Schulung – waren wohl diejenigen, die die „Zentralstelle" sowie auch die leitenden Parteiinstanzen bewogen, die Mitgliedschaft in der AJB auf die Zwanzigjährigen auszudehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß es dadurch zu einer Politisierung der AJB kommen könnte. Der SPD-Parteitag in Weimar (Juni 1919), dem die Richtlinien für den Neuaufbau der AJB (verabschiedet von der Reichskonferenz der Jugendbezirksleitungen am 25. Mai 1919) zur Genehmigung vorgelegt werden mußten, widersprach aber dieser Ausdehnung der Altersgrenze und legte sie wieder auf das 18. Lebensjahr fest. Dieser Parteitagsbeschluß löste mehrere heftige Protestresolutionen in der AJB aus; [18] selbst die „Zentralstelle" erklärte sich nur unter Vorbehalten bereit, sich nach dieser Entscheidung zu richten. [19] Die jugendliche Forderung nach Aufhebung der Achtzehnjährigen-Grenze blieb auch in den folgenden Jahren ein steter Begleitton der AJB.

Die oben angedeutete Gefahr einer Politisierung der Bewegung durch die über Achtzehnjährigen wurde allerdings schon zu dem Zeitpunkt, als die Reichskonferenz die Erhöhung der Altersgrenze beschloß (25.5.1919), durch eine gegenläufige Tendenz aufgehoben. Diese Tendenz, die Karl Korn [20] rückblickend als „psychologische und pädagogische Umstellung" der Erziehungsarbeit, als „Abkehr von dem wesentlich rationalistisch orientierten Erziehungsprinzip" definierte, [21] die sich aber objektiv als Entpolitisierung der AJB darstellte, zeichnete sich eigentlich schon seit 1908 ab, als die Partei die Jugendarbeit selbst in die Hand nahm. Offensichtlich aber wurde diese Wandlung erst in den Kriegsjahren, als noch einige Faktoren verstärkend hinzukamen. Durch den Krieg wurden der „Freien Jugendbewegung" zahlreiche Jugendleiter und Referenten entzogen. Die Folge war, daß der zahlenmäßige Rückgang der Bewegung während des Krieges von einer Abnahme der Bildungsver-

17 Karl Korn, *Die Arbeiterjugendbewegung*, Berlin 1922, S. 384.

18 *AJ*, Jg. 11 (1919), Nr. 13, 14, 16, 17, 18.

19 *A.a.O.*, Nr. 18, S. 155.

20 Karl Korn war von 1909 bis 1923 Redakteur der *Arbeiter-Jugend*. Von 1920 bis 1922 redigierte er zusammen mit Richard Weimann das Verbandsorgan der sozialdemokratischen Bildungsausschüsse, die *Arbeiter-Bildung*.

21 Karl Korn, *Die Arbeiterjugendbewegung*, Berlin 1922, S. 375.

anstaltungen begleitet wurde. [22] Parallel dazu ergab sich eine Überbetonung des geselligen Lebens in den einzelnen Gruppen. Das unterhaltende Element (Wandern, Spiele, Gesang, künstlerische Veranstaltungen), das einst als Beiwerk zur sozialistischen Erziehung gegolten hatte, entwickelte sich vielerorts zum Selbstzweck der Bewegung. Keineswegs absurd war es also, wenn in einem Artikel der „Arbeiter-Jugend" gefordert wurde, den „Jugendpolitikparagraphen" aus dem Reichsvereinsgesetz zu entfernen, da sich die Arbeiterjugend ohnehin nicht für Politik interessiere. [23] Dieses Zurücktreten des politischen Moments innerhalb der Erziehungsarbeit war natürlich auch auf die seit 1915 wachsende Zahl von sich abspaltenden oppositionellen Jugendlichen zurückzuführen, die naturgemäß die politisch am meisten engagierten Mitglieder der jeweiligen Gruppen gewesen waren.
Zu der Erfahrung des ständig wachsenden Anteils der geselligen Unterhaltung am Organisationsleben kam bei den verantwortlichen Leitern des VAJV die Einschätzung hinzu, die sie von den Ursachen der Spaltung der AJB hatten. Sie glaubten nämlich, daß die Ursachen der Krise auf einem „Konstruktionsfehler" der Bewegung beruht hätten. Dieser Fehler in der Erziehungsarbeit lag für sie in der zu rationalistisch ausgerichteten Vermittlung der sozialistischen Gedanken. Dies habe dazu geführt, daß die Älteren, deren Interessen eher auf die Beschäftigung mit politischen Fragen ausgerichtet seien, in der Bewegung dominierten und die Bedürfnisse der jüngeren Mitglieder unterdrückt würden. Statt dessen forderte man nun, den Sozialismus mehr in seinen emotionalen Elementen zu lehren. „Erziehung zur sozialistischen Weltanschauung" hieß das neue Schlagwort für die Erziehungsarbeit. Unter Weltanschauung verstand man dabei einen „psychologischen Komplex", der „ in jene Region des Bewußtseins gehört, in der das Gefühlsleben dominiert". [24]
Am Anfang der Weimarer Republik stand der Rohbau einer formal und inhaltlich neu organisierten AJB. Bemerkenswert für ihre weitere Entwicklung war die von ihren führenden Mitgliedern immer wieder betonte zeitliche Parallelität der Aufbauphase von Republik und AJB. Dadurch, daß in vielen Verlautbarungen dem Staat gleichsam die Rolle des Geburtshelfers bei der Wiedergeburt der AJB zugeschrieben wurde (Wegfall des Vereinsparagraphen, 8-stündiger Arbeitstag), war den Jugendlichen von vornherein eine Identifikationsmöglichkeit mit diesem Staat gegeben. Diese genuine Beziehung der Arbeiterjugend zum Staat wurde durch verschiedene, die Funktion des Staates interpretierende Artikel in der „Arbeiter-Jugend" noch stärker ausgebaut. Im ersten Jahr nach der Revolution wurde die demokratische Staatsform als der erste Abschnitt auf dem Weg zum Sozialismus gefeiert, das deutsche Volk zum freiesten Volk der Welt deklariert und die Jugend als im Staatsleben mitbestimmend bezeichnet. Im Verlauf des Jahres 1919 trat zunehmend die Erkenntnis zutage, daß durch die Revolution zwar die politische Gleichheit errungen, die soziale Unterdrückung aber nicht beseitigt worden sei. Doch die Weimarer Republik wurde weiterhin als der Ausgangspunkt zur Überwindung der Klassengegensätze interpretiert: „Eine Tribüne ist errichtet, auf der die Ringenden unter gleichen Bedingungen ihre Kräfte messen können. Und auch das ist erreicht, nachdem der besitzenden Klasse ihre Zwangswerkzeuge entwunden sind, daß dieser Kampf sich fürderhin unter menschlichen Formen, nicht mehr mit dem Rüst-

22 Die Zahl der Vorträge fiel von 4756 (1914) auf 2956 (1915). Bei den Themen der Vorträge fand eine Verschiebung zuungunsten der Gebiete „Geschichte" und „Volkswirtschaft" statt. Vgl.: *AJ*, Jg. 7 (1915), Nr. 22, S. 169.

23 *A.a.O.*, Nr. 19, S. 145 f.

24 Karl Korn, *Die Arbeiterjugendbewegung*, Berlin 1922, S. 381.

zeug der Barbaren, sondern mit den Waffen des Geistes vollziehen wird." [25] Bei der Analyse der Beziehung des VAJV zum Staat im ersten Jahr der Weimarer Republik darf natürlich nicht übersehen werden, daß die angeführten Einschätzungen sich ausschließlich auf Verlautbarungen der zentralen Leitung oder auf Beiträge von Erwachsenen in der „Arbeiter-Jugend" beziehen. Von der Basis sind in dieser Zeit keine Stellungnahmen zu dieser Problematik bekanntgeworden. Hier stand die Aufgabe des Wieder- oder Neuaufbaus der Bewegung, die Verteilung der Gewichte zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, die Achtzehnjährigen-Frage sowie die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen und mit der linksradikalen Jugendbewegung im Vordergrund. Von den wöchentlichen Vorträgen des Nürnberger Arbeiterjugendvereins z.B. hatte 1919 kein einziger das Thema „Staat", „Republik" oder „Demokratie" zum Inhalt.

So wie die theoretischen Stellungnahmen zur Weimarer Republik und die Aufforderungen zu staatsbürgerlicher Erziehungsarbeit zunächst wenig Widerhall in den lokalen Arbeiterjugendvereinen fanden, so war auch keine größere Reaktion an der Basis zu verzeichnen, als sich sowohl der Staat als auch die zentrale Leitung des VAJV um verstärkte Integrierung des Verbandes in das staatliche Leben bemühten. Schon am 17.12.1918 versuchte die Regierung, durch einen Erlaß die Einigung sämtlicher Jugendorganisationen herbeizuführen. In diesem und im folgenden Erlaß vom 22.11.1919 wurde die Bildung von „Ortsausschüssen für Jugendpflege" verfügt, in denen die bestehenden Jugendvereine zusammengefaßt werden und die mittels staatlicher und städtischer Finanzierung verschiedene jugendpflegerische Leistungen erbringen sollten. Die integrierende Funktion dieser Einrichtungen lag auf der Hand: „Die bezeichneten Jugendpflegeausschüsse und die Jugendpfleger aller Richtungen, namentlich auch die Kreis- und Bezirksjugendpfleger, werden sich ein besonderes Verdienst um unser Vaterland dadurch erwerben, daß sie durch persönliche Aufklärung das zwischen den einzelnen etwa noch vorhandene Mißtrauen beseitigen, Gegensätze ausgleichen und ein vertrauensvolles Zusammenwirken im Interesse der Jugend herbeiführen." [26]

Die meisten Arbeiterjugendvereine lehnten die Beteiligung an diesen „Ortsausschüssen für Jugendpflege" zunächst ab. Doch bald ging durch die SPD-Presse die Aufforderung, in diesen Ortsausschüssen mitzuwirken, um die vorgesehenen Vergünstigungen zu erhalten und Einfluß in den Ausschüssen zu gewinnen. So nahm der VAJV auch an der Gründung des preußischen Landesausschusses für Jugendpflege teil, die im Dezember 1919 bei einer Konferenz der Vertreter von Jugend- und Jugendpflegeverbänden aller Richtungen im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt stattfand. Die Frage der Beteiligung der lokalen Gruppen des VAJV an der staatlichen Jugendpflege stand auch im Mittelpunkt der 1. Tagung des Reichsausschusses und des Hauptvorstandes des VAJV am 25.1.1920 in Berlin: „Man war allgemein der Ansicht, daß wir uns positiv an der Arbeit in jenen Ausschüssen beteiligen müssen, schon auch deshalb, um bei der Verteilung der staatlichen Mittel und der Ausgestaltung für die Allgemeinheit bestimmter Einrichtungen in unserem Sinne entscheidend mitwirken zu können." [27]

25 *AJ*, Jg. 11 (1919), Nr. 22, S. 198.

26 Aus dem „Allgemeinen Erlaß vom 17. Dezember 1918", zitiert nach: Max Westphal, *Handbuch für sozialistische Jugendarbeit*, 2. Aufl., Berlin 1930, S. 213.

27 *AJ*, Jg. 12 (1920), Nr. 3, S. 31.

4. Der Weimarer Reichsjugendtag (1920) und seine Folgen

Stellt man die Äußerungen verschiedener führender Funktionäre des VAJV über Zweck und Ziel der Bewegung nebeneinander, so werden zwei Komponenten deutlich, die das Wesen der AJB in der Zeit ihres Wiederaufbaus bis zum 1. Reichsjugendtag (August 1920) konstituierten. Wiederholt wurde betont, daß der VAJV keine politische Kampforganisation sei, die sich mit tages- oder parteipolitischen Themen beschäftige. Statt dessen sei er eine Bildungsorganisation, die den jugendlichen Mitgliedern sowohl das sozialistische Grundwissen in altersgemäßer Form als auch allgemeinbildendes Gedankengut vermittle. Nach der Erkenntnis, daß die Weimarer Republik nicht sofort in einen sozialistischen Staat verwandelt werden konnte (Erfahrung der Niederlage bei den Wahlen zur Nationalversammlung), kam zum allgemeinen Bildungsziel die Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung als zweites Element der AJB hinzu. Diese beiden Zielbestimmungen tauchten auch in den vorbereitenden Stellungnahmen zum 1. Reichsjugendtag des VAJV und der damit verbundenen Reichskonferenz in Weimar (28.-30.8.1920) auf. – Johannes Schult, ein Hamburger Lehrer und eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der sozialdemokratischen Bildungsbewegung, war es, der als Tagungsort Weimar und als Datum den Geburtstag Goethes ausgesucht hatte. Hinter dieser Wahl stand die Konzeption, die deutsche Arbeiterklasse und speziell die deutsche Arbeiterjugend als würdige Erben des progressiven bürgerlichen Kulturgutes zu propagieren. „Ort und Zeit des Jugendtages ist [sie!] von hoher sinnbildlicher Bedeutung für unseren Verband und sein innerstes Wesen. Lebt doch, wie Ihr alle wißt, in der deutschen Geistesgeschichte Weimar als das Bethlehem ihrer, vom Gedanken der Humanität, des Weltbürgertums, getragenen klassischen Dichtung." [28] Diese Rückbesinnung auf deutsche Kulturgüter aus der Zeit des aufsteigenden Bürgertums entsprach der neuen Linie in der Bildungsarbeit des VAJV. Man wollte den 14-18-jährigen anstelle von schwer verständlichen marxistischen Theorien mehr die allgemeinen humanistischen Ideale in altersgemäßer Form vermitteln. Für die Beschreibung des sozialistischen Idealzustandes, wo Freiheit, Gleichheit, Weltbürgertum ihre Verwirklichung finden sollten, griff man daher häufig auf Goethe, Schiller, Lessing usw. zurück. [29] Die zweite Zielsetzung des VAJV, die staatsbürgerliche Erziehung, berücksichtigte Erich Ollenhauer, [30] als er in seinem Artikel zum bevorstehenden Reichsjugendtag darauf hinwies, daß die bisherigen Beschlüsse des Parteitages und der Jugendleiterkonferenzen zwar das allgemeine Ziel (Erziehung zur sozialistischen Weltanschauung) und den organisatorischen Aufbau des VAJV festgelegt hätten, daß die politische Entwicklung der letzten Monate (Bedrohung der demokratischen Republik durch den Kapp-Putsch!) aber eine zusätzliche Aufgabe für die AJB stelle: das Bekenntnis zur demokratischen Republik. Natürlich bot sich Weimar, wo ein

28 *A.a.O.*, Nr. 10, S. 101.

29 Mitunter freilich wurden die Verbindungslinien zwischen Arbeiterjugend und deutschem klassischen Bildungsgut allzu krampfhaft gezogen; so z.B. wenn über Goethe zu lesen ist: „Lebte er heute, der Weise von Weimar, der Weltbürger und Menschheitsführer, er träte auf unsere Seite mit der ganzen Macht seiner edlen Persönlichkeit," in: *AJ*, Jg. 12 (1920), Nr. 17, S. 186.

30 Erich Ollenhauer war einer der führenden Funktionäre der Magdeburger Arbeiterjugendbewegung. Ebenso wie Max Westphal wurde er auf dem 1. Reichsjugendtag in Weimar als Vertreter der Jugend in den Hauptvorstand des VAJV gewählt und war seitdem nicht mehr aus der AJB wegzudenken. Am 1.12.1920 wurde er als Verbandssekretär eingestellt. Sein weiterer Weg über die Leitung des Büros der „Sozialistischen Jugend-Internationale", die Redaktion des *Führer* und ab 1924 auch der *Arbeiter-Jugend* bis zu seiner Wahl zum Hauptvorsitzenden der SAJ im April 1928 machte ihn zur Schlüsselfigur der sozialdemokratischen Jugendarbeit.

Jahr vorher (11.8.1919) die deutsche Verfassung entstanden war, für ein solches Bekenntnis an: „An der Geburtsstätte der deutschen Republik muß sich die deutsche Arbeiterjugend zu der Republik und ihrer Verfassung bekennen, sich verpflichten, ihre Mitglieder zu Staatsbürgern zu erziehen, die die Verfassung vor jeder Verschlechterung schützen, weil sie die Möglichkeit gibt, auf dem Wege der Demokratie den Sozialismus zu erreichen. Ein solches Bekenntnis wäre gleichzeitig ein Bekenntnis zum deutschen Volk und zur deutschen Heimat." [31]

Mit Weimar als dem Bethlehem der deutschen Kultur und Weimar als dem Geburtsort der deutschen Republik war gleichzeitig das Motto gegeben, unter dem man den Reichsjugendtag ankündigte: Bildung und Demokratie! Allerdings stellte sich im Verlauf des Jugendtages heraus, daß zumindest das Interesse für die Republik nicht in dem Maße vorhanden war, wie einige Funktionäre dies intendiert hatten. Eigentlich wurde dieses Bekenntnis zur Weimarer Republik nur in Ollenhauers Rede bei der Kranzniederlegung am Goethe-Schiller-Denkmal artikuliert, wo er darauf hinwies, daß erst die Republik die Entfaltung der AJB ermöglicht habe.

Der vom Verbandsvorstand offensichtlich intendierte politische Demonstrationscharakter des Reichsjugendtages erfüllte sich eher in einer anderen Richtung: in eindrucksvollen pazifistischen Gelöbnissen der versammelten Arbeiterjugend. Im übrigen stand der Weimarer Jugendtag sowie die sich anschließende Reichskonferenz des Verbandes im Zeichen von zwei anderen Problemen: dem Bekenntnis zur Jugendbewegung und der Betonung des kulturellen Faktors innerhalb der sozialistischen Bewegung. Diese beiden Elemente waren es, die sich hinter dem Schlagwort des „Geistes von Weimar" verbargen; der „Geist von Weimar" prägte zumindest für die Dauer des folgenden Jahres die Diskussionen in der AJB und fand zum Teil auch Eingang in die innerparteiliche Diskussion. Die in Weimar zutage tretende Hinwendung zur Jugendbewegung, die Verherrlichung der Jugend als selbständige Kraft, als Erneuererin der proletarischen Bewegung, entsprach einer in diesen Jahren über die AJB hinaus allgemein verbreiteten Stimmung. Hinter den überall ertönenden emotionalen Appellen an die Jugend als der berufenen Führerin zu neuen Ufern stand die Erfahrung des aufwühlenden Kriegserlebnisses und der damit verbundenen Fehler der Alten. Diesem neuen Selbstgefühl der Jugend kam auch der Verbandsvorsitzende Heinrich Schulz [32] entgegen, dem die Propagierung der Selbsterziehung der Jugend, die Pflege einer Jugendkultur

31 *AJ*, Jg. 12 (1920), Nr. 15, S. 161.

32 Heinrich Schulz war nach der Revolution persönlicher Referent bei Friedrich Ebert und Chef der Reichskanzlei (November 1918 bis Februar 1919), Mitglied der Nationalversammlung in Weimar (18.1.1919-21.5.1920), Unterstaatssekretär im Innenministerium (seit Juni 1919), Staatssekretär im Innenministerium (1920 bis März 1927); außerdem war er in den ersten Jahren der Republik: Beisitzer im zentralen Parteivorstand, Vorstandsmitglied des Vereins Arbeiterpresse, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, des Sozialistischen Kulturbundes und bis Mitte 1921 Vorsitzender des Verbandes der Arbeiterjugendvereine. Vgl.: Hinrich Wulff, *Heinrich Schulz (1872-1932) – Ein Leben im Spannungsfelde zwischen Pädagogik und Politik*, in: *Bremisches Jahrbuch*, Bd. 48 (1962), S. 319-374. Sicherlich war es für die weitere Entwicklung der AJB von entscheidender Bedeutung, daß in den ersten drei Jahren nach der Revolution an der Spitze ihrer Organisation ein Mann stand, der auf Grund seiner Ämterhäufung eine dominierende Stellung innerhalb der Partei besaß und der auf Grund seiner Rolle als staatlicher Funktionsträger prädestiniert war, die AJB an den Staat zu binden. Das Beispiel Heinrich Schulz' zeigt auch, wie die Parteispitze mittels geschickter Personalpolitik den gesamten kulturellen und erzieherischen Sektor der sozialdemokratischen Bewegung auf eine einheitliche Linie festlegen konnte.

als die besten Mittel dünkten, um eine politische Radikalisierung des Verbandes zu verhindern. So verlangte er in seiner Begrüßungsrede zum Weimarer Reichsjugendtag, die Politik aus der AJB herauszuhalten, „weil uns diese Jahre der Jugend zu schade für das politische Getriebe sind. Wir müssen der Jugend geben, was ihr gemäß ist. Die Jugend soll nicht eine Vorstufe der Erwachsenen sein, sondern sie ist um ihrer selbst willen da." [33] Diese Ansicht von Heinrich Schulz fand ihre Verkörperung im Verhalten der Arbeiterjugendgruppen, die den Ablauf und das Bild des Jugendtages hauptsächlich prägten. Es handelte sich dabei vor allem um die Hamburger und um die Dresdener Gruppe. Wenn man deren personale Zusammensetzung, deren vorangegangene „Vereinspolitik", deren Gestaltung des Vereinslebens näher analysiert, so tritt eine weitere Quelle der Jugendverherrlichung klar zutage: der Einfluß der bürgerlichen, insbesondere der freideutschen Jugendbewegung.

Die formalen und inhaltlichen Beziehungen zwischen AJB und bürgerlicher Jugendbewegung waren für die Integration des VAJV in das gesellschaftliche Leben der Weimarer Republik sowie für sein Verhältnis zu diesem Staat von großer Bedeutung. Schon gegen Ende des Krieges plädierten führende erwachsene Vertreter der AJB (Wilhelm Sollmann, Richard Weimann, Karl Korn, Heinrich Schulz) für die Zusammenarbeit mit dem autonomen Teil der bürgerlichen Jugendbewegung auf bestimmten Gebieten. Sie riefen zu gemeinsamen Aktionen gegen die konfessionellen und die militaristischen Jugendorganisationen auf, zu gemeinsamen Forderungen nach Jugendheimen und -herbergen, nach Schulreformen und Veränderung des Jugendvereinsrechts. Nach der Revolution institutionalisierte sich diese Zusammenarbeit an vielen Orten in Form von „Jugendringen". Deren Tätigkeiten beschränkten sich meist auf Agitation und Demonstrationen gegen Schundliteratur, Kino, Alkohol und Nikotin. Seit 1921 zogen sich allerdings die Vertreter der Arbeiterjugend häufig aus diesen gemischten Jugendausschüssen zurück. Länger währte die Zusammenarbeit des VAJV mit bürgerlichen Jugendvereinen im „Verband für deutsche Jugendherbergen" und vor allem im „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände" (im folgenden abgekürzt: RdJ) [34]. Am 16.1.1921 hatte eine Reichsausschußsitzung des VAJV die Bildung eines zentralen Ausschusses grundsätzlich begrüßt, die Mitgliedschaft im damaligen RdJ aber abgelehnt, da einige Ausschußmitglieder nicht als Vertreter der deutschen Jugendbewegung betrachtet werden könnten. Im Laufe des Jahres 1921 änderte sich aber die Zusammensetzung des RdJ, so daß der VAJV nun mit Erich Ollenhauer als Delegierten dem Ausschuß beitrat. Die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Jugendorganisationen im RdJ ist natürlich vor dem Hintergrund der Koalitionspolitik der SPD zu sehen. Diese Parallele zur „großen Politik" wurde auch von Ollenhauer angedeutet: „. . . der Ausschuß will lediglich das Forum sein, auf dem sich trotz dieser unüberbrückbaren Gegensätze die Vertreter der Jugend die Hände reichen zu gemeinsamer sachlicher Arbeit für die Jugend. Wir haben die Pflicht, in diesem 'Parlament der Jugend' der sozialistischen Jugendbewegung den Platz zu erarbei-

33 *AJ*, Jg. 12 (1920), Nr. 18, S. 196.

34 Der „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände" war hervorgegangen aus der 1906 gegründeten „Zentralstelle für Volkswohlfahrt", einer Vereinigung von Vertretern der Industrie, der Bundesstaaten und des Reichs. 1920 konstituierte sich die RdJ als Nachfolgeorganisation der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt". Sein Ziel war die Förderung der gemeinsamen Interessen aller deutschen Jugendverbände und die Vertretung der deutschen Jugend gegenüber der Öffentlichkeit und den amtlichen Stellen. Der Vorsitzende des RdJ war Karl Mosterts vom katholischen Jungmännerbund, seit 1927 Erich Ollenhauer von der SAJ. 1928 gehörten rund 90 Jugendorganisationen mit etwa 4 Millionen Mitgliedern dem RdJ an.

ten, der ihr heute zusteht." [35] Aber nicht nur solche mehr äußerlichen Kontakte und Beziehungen zur bürgerlichen Jugendbewegung verstärkten die Bindung der organisierten Arbeiterjugend an bürgerlichen Organisationen und damit die Verflechtung in das gesellschaftliche Leben der Weimarer Republik; dazu trugen auch die inneren Gemeinsamkeiten zwischen AJB und bürgerliche Organisationen und damit die Verflechtung in das gesellschaftlichen Jugendbewegung begann schon in den Kriegsjahren, als der Anteil des unterhaltenden Elements das Bildungselement in der Jugendarbeit der AJB weit übertraf. Die Überbetonung von Spiel, Tanz, Wandern traf schon 1915 auf parteiinterne Kritik. So schrieb die „Arbeiter-Turnzeitung": „Wir haben heute einen sozialdemokratischen Wandervogel mit freideutschem Einschlag, der das Entzücken eines jeden Vortrupplers erregen muß." [36]
Die Nachahmung von Ausdrucksformen der bürgerlichen Jugendbewegung verstärkte sich nach der Revolution, als vor allem freideutsche Jugendliche Kontakt zur proletarischen Jugendbewegung suchten oder sich ihr anschlossen. Das aufwühlende Erlebnis der Revolutionswochen hatte einen großen Teil der bürgerlichen Jugend politisiert und Sympathien für die SPD und deren Jugendorganisation geweckt. Die Integrierung dieser aus dem bürgerlichen Lager kommenden Jugendlichen gelang örtlich verschieden. So wurde in der „Arbeiter-Jugend" als eine der wichtigsten Aufgaben für die Wintermonate 1919/20 die Schulung der neuen Mitglieder, „die zumeist jugendliche 'Novembersozialisten' sind", [37] genannt. Anderswo konnten die Neuzugänge so fest Fuß fassen, daß freideutsche Ideen das jeweilige Organisationsleben weitgehend bestimmten. So waren vor allem die Hamburger und die Dresdener Gruppen von diesem freideutschen „Bazillus" infiziert. Ein Hamburger Arbeiterjugendfunktionär berichtete rückblickend von einer dadurch entstandenen Zerrüttung des Abteilungslebens: „Der freideutsche Typ schlich in unserer Bewegung umher." [38] Im allgemeinen aber stand man im rechten sozialdemokratischen Lager der freideutschen Jugendbewegung sehr wohlwollend gegenüber und forderte weitere Annäherung: „Es wäre von Wichtigkeit, wenn auch die jungen Proletarier des aufbauenden Sozialismus mehr Fühlung mit den Kreisen der freideutschen Jugendbewegung gewännen. Der Drang, ganz real die Volksgemeinschaft durch engsten Zusammenschluß mit der proletarischen Jugend herzustellen, ist im freideutschen Lager sehr groß." [39] Am deutlichsten wurde der Einfluß der bürgerlichen Jugendbewegung auf die AJB beim Weimarer Reichsjugendtag sichtbar. Dort bestimmten die Arbeiterjugendgruppen aus Hamburg, Dresden, Magdeburg und Frankfurt das Geschehen, indem sie wiederholt mit Stilmitteln des „Wandervogels" oder der „Freideutschen Jugend" das von den erwachsenen Parteifunktionären festgelegte Programm durchbrachen. Gegenüber den von den Jugendlichen veranstalteten Reigen- und Volkstänzen, Dichterlesungen und Theaterspielen, ihren spontanen Gesängen und ihren gelockerten Umgangsformen trat der von den Erwachsenen getragene Teil der Veranstaltungen in den Hintergrund. Diese praktische Vorführung von sogenannter Ausdruckskultur (Reformkleidung, Pflege von Volks- und Reigentänzen, Volkslieder, romantische Wanderungen etc.), die man von der bürgerlichen Jugendbewegung übernommen hatte, fand ihre theoretische Parallele in der sich anschließenden Reichskonferenz. In der Debatte wurde mehr Selbstän-

35 *Unser Wirken. Die Arbeiterjugendbewegung 1921*, Berlin 1922, S. 34.
36 *Arbeiter-Turnzeitung*, Jg. 23 (1915), Nr. 5. Zitiert nach: *AJ*, Jg. 7 (1915), Nr. 13, S. 105.
37 *AJ*, Jg. 11 (1919), Nr. 23, S. 214.
38 *A.a.O.*, Jg. 15 (1923), Nr. 1, S. 10.
39 Walther Koch, *Jugendbewegung*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 25 (1919), Bd. 2, S. 927.

digkeit für die Jugend gefordert und empfohlen, dort, wo es möglich sei, die Leitung der Bewegung den Jugendlichen zu übertragen.
Das sprunghafte Mitgliederwachstum gerade im Quartal nach dem Weimarer Jugendtag [40] läßt vermuten, daß der jugendbewegte Geist dieses Festes, die Übernahme freideutscher Ausdrucksformen auch zahlreiche bürgerliche Jugendliche dem VAJV zuführten. Der Reichsjugendtag von Weimar hatte einer größeren Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß die AJB unter den Einfluß der bürgerlichen Jugendbewegung gekommen war. Nahezu alle bürgerlichen Chronisten der Jugendbewegung priesen dann auch das Weimarer Fest als den Durchbruch der AJB zur echten Jugendbewegung, als Brückenschlag zur bürgerlichen Jugend. Noch größer war die Freude in nationalistischen Kreisen; dort interpretierte man den Weimarer Jugendtag als ein Zeichen deutschen Gemeingeistes. [41] Die begeisterte Resonanz der bürgerlichen Presse machte deutlich, wie weit die Integration der einstmals staatsfeindlichen AJB in das gesellschaftliche und staatliche Leben der Weimarer Republik schon fortgeschritten war.
Die zweite Tendenz, die in Weimar zum Ausdruck kam, war die Propagierung des Sozialismus als Kulturbewegung. Die wirtschaftlichen und politischen Seiten des Sozialismus sollten nicht mehr oder zumindest nicht mehr ausschließlich im Mittelpunkt stehen; statt dessen sollte jetzt mehr darauf geachtet werden, die Kulturideale des Sozialismus zu verwirklichen. „Der Kampf um den Sozialismus ist nicht mehr ein Kampf des Proletariats um die Besserung seiner wirtschaftlichen Lage, sondern der Kampf großer Volksmassen aus allen Bevölkerungsschichten um kulturelle Hebung." [42] Die entpolitisierende Wirkung dieser Verlagerung des sozialistischen Kampfes von der materiellen, wirtschaftlichen auf die ideelle, kulturelle Ebene war zweifelsohne intendiert. So schrieb Erich Ollenhauer schon im März 1919, man solle die Tatsache, daß die meisten jungen Arbeiter den VAJV als Lohn- und Kampforganisation der Arbeiterjugend ansähen, als Aufhänger benutzen, um sie für den Verband zu werben und sie dann „in das lichte Land unserer Kulturideale" [43] hinüberführen zu können. Auf der Reichskonferenz in Weimar wurde dementsprechend auch eine Aufgabenteilung vorgenommen: die wirtschaftlichen Probleme sollten den gewerkschaftlichen Jugendsektionen übertragen werden, während dem VAJV das kulturelle Gebiet überlassen werden sollte. [44]

40 Im Quartal des Weimarer Reichsjugendtages traten rund 10 000 neue Mitglieder dem VAJV bei. (Nach: *Von Weimar bis Bielefeld. Ein Jahr Arbeiterjugendbewegung*, bearbeitet von Erich Ollenhauer, Berlin 1921, S. 20). Leider gibt es keine Quellen über die soziologische Zusammensetzung des VAJV.

41 „Den Weimarer Reichsjugendtag der S.P.D. hat man vielleicht nicht ganz mit Unrecht das Wandervogelerlebnis, das Meißnerfest der deutschen Arbeiterjugend genannt . . . Da gab's kein 'Dogmatisieren', kein 'intellektuelles Tüfteln' um 2. oder 3. Internationale – da war kraftvolles, junges, deutsches Menschentum. Die Wandervogelkultur, die unverbesserliche Parteifanatiker als bourgeois ablehnen, hat dort in Weimar der Jugend eine Reihe von Tagen verschönern und vertiefen helfen, allem Widerstreben und allen Hemmungen des älteren Geschlechts zum Trotz. Weimar war der Rückschlag auf den zum Dogma erstarrten Marxismus, war ein Zeichen deutschen Gemeingeistes, der unbewußt seinen Ausdruck zu finden strebte." *Das junge Deutschland*, Nr. 50/51, vom 23.12.1920, zitiert nach *AJ*, Jg. 13 (1921), Nr. 1, S. 23.

42 *AJ*, Jg. 14 (1921), Nr. 1, S. 25.

43 *A.a.O.*, Jg. 11 (1919), Nr. 6, S. 43.

44 Über die Ursachen dieser Hinwendung zum kulturellen Sozialismus vgl. den entsprechenden Absatz bei der Behandlung der jungsozialistischen Bewegung.

Ähnlich gelagert wie die Frage kultureller oder wirtschaftlicher Kampf um den Sozialismus war der andere Problemkreis, der in jenen Monaten (1920-1921) in der AJB diskutiert wurde. Es ging dabei letzten Endes um die Überlegung, ob es erst in einer sozialistischen Gesellschaft einen sozialistischen Menschen geben könne, oder ob eine Veränderung der Gesellschaftsordnung nur dann möglich sei, wenn schon in der kapitalistischen Gesellschaft sozialistische Menschen agieren würden. Die Entscheidung fiel in der AJB dieser Zeit klar aus: Erst muß der sozialistische Mensch geschaffen werden – dann erst ist eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft möglich. Unter den Begriff des neuen, des sozialistischen Menschen wurden die verschiedenartigsten Vorstellungen subsumiert. E.R. Müller versuchte nachzuweisen, daß selbst das Spielen und das Wandern den Anfang der Herausbildung sozialistischer Menschen bedeuten kann. [45] Auch die Formen der übernommenen Ausdruckskultur betrachtete man als typisch für einen sozialistischen Lebensstil. Andere verstanden darunter „Veredelung des einzelnen Menschen", „Entwicklung zur Persönlichkeit", [46] „Erziehung zur vollendeten Humanität", „Erhebung zu den Höhen selbständigen Denkens, reifen Urteilens, gerechten Wollens und sittlichen Handelns" [47] usw. Auch in die Prinzipienerklärung der Gründungskonferenz der „Arbeiter-Jugend-Internationale" (12./13.5.1921 in Amsterdam) floß die Vorstellung von der verändernden Kraft der Erziehung mit ein: „Erneuerung der Persönlichkeit, Tatsozialismus, das Heranbilden von sozialistisch handelnden Menschen für die Zukunftsgesellschaft soll und muß die Parole der proletarischen Jugendbewegung sein." [48] Das konkrete Ziel dieser Anschauungen war, in den Arbeiterjugendvereinen sozialistische Umgangsformen, sozialistische „Tatmenschen" zu entwickeln, so daß diese Vereine – gleichsam als sozialistische Inseln im kapitalistischen Meer – der Ausgangspunkt für eine innere Umwandlung der Gesellschaft sein konnten.

Die Monate nach dem Weimarer Jugendtag standen ganz im Zeichen der Verbreitung des „Geistes von Weimar" in der AJB. Allerorts wurden Bezirksjugendtage abgehalten, deren Gestaltung man an der des Reichsjugendtages orientierte; in den Berichten war von den Bemühungen die Rede, das in Weimar erlebte Gemeinschaftsgefühl auf das heimatliche Vereinsleben zu übertragen; in verschiedenen Bezirken wurden die Bezirksleitungen durch Resolutionen der Mitglieder aufgefordert, den „Geist von Weimar" einzuführen. Allerdings hatte die Wendung zur Jugendbewegung auch eine Polarisierung innerhalb des VAJV zur Folge, denn nicht alle Arbeiterjugendvereine waren bereit, die in Weimar verkündeten Ideale zu übernehmen. An verschiedenen Orten kam es sogar zur Spaltung von lokalen Arbeiterjugendorganisationen (so z.B. in Frankfurt/M., wo Erich Ollenhauer vom Hauptvorstand beauftragt wurde, eine Einigung herbeizuführen). Im Geschäftsbericht, den der Verbandssekretär August Albrecht auf der Reichsausschußsitzung am 16.1.1921 gab, kamen diese Tendenzen zum Ausdruck: „Wir haben Vereine, die sich sehr stark auf den politischen Kampf eingestellt haben und solche, die mit Politik gar nichts mehr zu tun haben wollen, beides Extreme . . . Wir sind uns im Hauptvorstand darüber klar, daß eingegriffen werden muß, wenn die Extreme die Führung erhalten." [49] Im übrigen stellte sich die Ausbreitung und

45 *AJ*, Jg. 12 (1920), Nr. 17, S. 191.
46 *A.a.O.*, Nr. 23, S. 267.
47 Hans Müller, *Erziehung zum Sozialismus*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 27 (1921), Bd. 2, S. 1035.
48 *Von Weimar bis Bielefeld. Ein Jahr Arbeiterjugendbewegung*, bearbeitet von Erich Ollenhauer, Berlin 1921, S. 77.
49 *A.a.O.*, S. 29 f. .

Nachahmung des „Geistes von Weimar" in den Bezirken für die Verbandsleitung als ein zweischneidiges Schwert dar. Zum einen bot die Propagierung einer eigenständigen Jugendkultur, die Definition der Jugendzeit als einer in sich abgeschlossenen, für sich selbst existierenden Periode die Gewähr dafür, daß politische Radikalisierungstendenzen von der Jugend ferngehalten würden; andererseits bestand die Gefahr, daß es bei einer Übertreibung der jugendbewegten Ideale, bei verstärkter Hinwendung zu den Formen der bürgerlichen Jugendbewegung, zu einer inneren Loslösung von der Partei der Erwachsenen kommen konnte. Hinzu kam die Möglichkeit, daß sich angesichts einer solchen Entwicklung des Verbandes die mehr politisch interessierten Jugendlichen abspalten könnten. Diese drohenden Konsequenzen bildeten den Hintergrund für die nach Weimar sofort einsetzende und vehement geführte Diskussion über den „Geist von Weimar", über die zukünftigen Ziele des Verbandes. Diese Debatten, die die Seiten der „Arbeiter-Jugend" füllten, die auf Bezirkskonferenzen, Reichsausschußsitzungen und vor allem bei einer Führeraussprache in Dresden (Ostern 1921) geführt wurden, währten bis zum 2. Reichsjugendtag in Bielefeld (30.7.-1.8.1921). Dabei zeichneten sich drei Fraktionen ab. In der linken Fraktion profilierten sich vor allem die Kieler (Otto Jakobsen) und ein Teil der Berliner Gruppe (u.a. Walter Rüdiger, jugendlicher Vertreter im Hauptvorstand). Sie forderten einen entschiedenen Kampf gegen die Auswüchse der Ausdruckskultur und gegen die Nachahmung der Freideutschen. Im übrigen betrachteten sie es als die Hauptaufgabe der AJB, die Jugendlichen auf den Klassenkampf vorzubereiten. Sie bekannten sich zur festen Verbindung der Arbeiterjugend mit der erwachsenen Arbeiterschaft. Auf dem rechten Flügel standen vor allem die Hamburger Gruppe sowie Einzelpersönlichkeiten wie Herbert Heiland und Franz Osterroth. Bei ihnen stand die Forderung nach verstärkter Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Jugendbewegung, nach „Freiheit vom Wissensballast", nach mehr Selbständigkeit für die Jugend im Vordergrund. Man betonte einen Gegensatz zwischen Alten und Jungen und verlangte, den Hauptvorstand, der ja zur Hälfte aus erwachsenen SPD-Mitgliedern bestand, selbst besetzen zu dürfen.Zwischen diesen beiden Fraktionen agierte die erfahrene Riege der Funktionäre, der es relativ schnell gelang, die auseinanderstrebenden Gruppierungen durch eine integrierende Synthese der verschiedenen Anschauungen wieder zu vereinen. Die programmatischen Artikel der „Arbeiter-Jugend", die sich mit dem „Geist von Weimar" auseinandersetzten, stammten mit nur einer Ausnahme aus den Federn dieser Funktionäre. Karl Korn, der Redakteur der „Arbeiter-Jugend", betonte zunächst noch die Gleichwertigkeit von Gemeinschaftserlebnis (= Erlebnis des Sozialismus) und Erkenntnis des Sozialismus, [50] forderte aber im nächsten Heft als Parole des VAJV: Bildung von Klassenbewußtsein an Stelle von Gemeinschaftserlebnis. [51] Richard Lohmann plädierte für eine Synthese aus einem Sozialismus des Gefühls und einem Sozialismus des Wissens, die sich für ihn als Sozialismus des Willens darstellte. [52] Richard Weimann, Mitglied des VAJV-Hauptvorstandes und gemeinsam mit Karl Korn Redakteur der „Arbeiter-Bildung", kritisierte vorsichtig „eine im Verhältnis zum übrigen vielleicht zuweilen über das Ziel hinausschießende Betonung des Wesensinhalts unserer Bewegung als einer Bewegung der Jugend." [53] Am geschicktesten verstand es Erich Ollenhauer, in jugendbewegter Sprache zu einer Synthese von Jugendkultur und Bekenntnis zur Partei

50 *AJ*, Jg. 13 (1921), Nr. 1, S. 4.
51 *A.a.O.*, Nr. 2, S. 44 f.
52 *A.a.O.*, Nr. 1, S. 7.
53 *A.a.O.*, Nr. 1, S. 20.

aufzurufen. Auf der Reichsausschußsitzung am 16.1.1921 in Berlin mahnte auch er, „daß wir fest in der Masse der Arbeiterjugend wurzeln müssen und 'Gemeinschaftsduseleien' nicht mitmachen dürfen." [54]

Parallel zur Proklamierung der einenden Formel: sozialistisches Erleben *und* sozialistisches Erkennen (Gemeinschaftserlebnis *und* Aneignung von sozialistischemWissen) wurde das Organisationsdenken als einigendes Moment wieder stärker hervorgehoben. Ollenhauer erhob den Kampf um die Organisation („Die Organisation muß der Fels sein, auf dem wir das neue Reich aufbauen" [55]) zur primären Aufgabe der AJB. Karl Korn mahnte, daß über allen „Geistern" (= Anspielung auf den „Geist von Weimar") „der Geist der Bewegung zu stehen hat ". [56] So war, zumindest nach außen hin, die Gefahr gebannt worden, daß die Wendung zur Jugendbewegung für einen Teil der VAJV-Mitglieder eine Loslösung von der Partei bedeuten würde. Das Kräfteverhältnis der beiden Fraktionen innerhalb des VAJV kann nicht exakt rekonstruiert werden. Hinweise geben allenfalls die Bemerkungen von Karl Raloff und August Albrecht auf der Dresdener Führeraussprache. Raloff gab an, da- die Masse der jugendlichen Mitglieder zwischen Otto Jakobsen (linker Flügel) und Franz Osterroth (rechter Flügel) stehe, [57] während Albrecht bemerkte, von den bestehenden 1000 Arbeiterjugendvereinen seien ca. 50 als Jugendbewegung zu bezeichnen. [58]

Der 2. Reichsjugendtag und die sich anschließende 2. Reichskonferenz des VAJV in Bielefeld setzten die Intentionen der Funktionäre in die Praxis um. Schon allein der äußere Ablauf des Jugendtages brachte die gewünschten Ergebnisse: „Versöhnung" von Jung und Alt, Stärkung des Organisationsdenkens. Die Solidarität von jungen und alten Genossen zeigte sich in gewaltigen gemeinsamen Demonstrationen junger und alter Arbeiter und in der Beherbergung der ca. 10 000 jugendlichen Teilnehmer in den Privatquartieren der Bielefelder Arbeiterschaft. Diese praktische Erfahrung der Solidarität zwischen Alt und Jung, die ganz im Gegensatz zu der Erfahrung des kleinbürgerlichen Weimar stand, wo die Jugend unter sich und quasi ein Fremdkörper in der Stadt gewesen war, verfehlte ihre Wirkung auf die Arbeiterjugend nicht. Die in Bielefeld erfolgte Wahl des jugendlichen Max Westphal zum Verbandsvorsitzenden des VAJV war ein Ausdruck der nun im größten Teil der AJB überwundenen Entfremdung von den erwachsenen Parteigenossen. Westphal war einer der Führer des Hamburger „Arbeiterjugendbundes" gewesen und hatte sich auf dem Reichsjugendtag in Weimar dermaßen profiliert, daß er von da an nicht mehr aus der AJB wegzudenken war. Trotz seiner Herkunft aus der vom freideutschen Geist infiltrierten Hamburger Arbeiterjugend gelang es ihm, den VAJV an die Partei zu binden und die in den folgenden Jahren auftretenden Spannungen innerhalb der Bewegung zu neutralisieren. Die massenhafte Beteiligung der Arbeiterjugend am Bielefelder Jugendtag, die die Zerstreuung der Jugendlichen in spielerische Einzelszenen (wie in Weimar) von vornherein ausschloß, bot den geeigneten Hintergrund für die Propagierung des Organisationsdenkens. Schon in den vorbereitenden Stellungnahmen zum Bielefelder Treffen war darauf hingewiesen worden, daß zum Weimarer Fest als Ergänzung der Alltag der Verbandsarbeit treten müsse. Bielefeld wurde insofern schon als Ausdruck der praktischen Arbeit angekündigt. Ähnliches klang im Haupt-

54 *A.a.O.*, Nr. 2, S. 52.
55 *A.a.O.*, Nr. 1, S. 27.
56 *A.a.O.*, Nr. 7, S. 221.
57 *Von Weimar bis Bielefeld. Ein Jahr Arbeiterjugendbewegung*, bearbeitet von Erich Ollenhauer, Berlin 1921, S. 49.
58 *A.a.O.*, S. 54.

referat des Reichsjugendtages an (Max Westphal: „Die wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgaben der Arbeiterjugend"), das kaum etwas vom „Geist von Weimar", viel mehr aber von der Verpflichtung zur Kleinarbeit in der Organisation enthielt. Bezeichnenderweise sah es Westphal nicht als die hauptsächliche Verbandsarbeit an, für diese wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgaben zu wirken, sondern mit ihrer Hilfe neue jugendliche Mitglieder zu gewinnen. [59] So setzte der Bielefelder Jugendtag einen Schlußpunkt unter die vorangegangenen Auseinandersetzungen um Inhalt und Ziel der AJB. Statt theoretischer Diskussion wurde nun die praktische Vereinsarbeit zum Zweck, zum „Rückgrat" der Bewegung erhoben. Vehement und energisch verkündete der neue Verbandsvorsitzende die Aufgaben für 1922: Verstärkung der Agitationsarbeit, um die Mitgliederzahl von 100 000 zu erreichen; ab 1.1.1922 Arbeiterjugend-Korrespondenz für die Jugendbeilagen der Parteipresse; Einrichtung von Jugendleiter- und Funktionärskursen; Sammlung für den Bau eines Reichsferienheimes usw.

5. Die sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung in den Krisenjahren 1922 und 1923

Betrachtet man die folgenden Krisenjahre der Weimarer Republik, so erfolgte die Konsolidierung des Verbandes gerade noch zur rechten Zeit. Das Erstarken der Reaktion, die zunehmenden Gewalttaten konterrevolutionärer Elemente, die wirtschaftliche Notlage und der wachsende Unmut der Arbeiterschaft über die Entwicklung der Republik waren die Ursachen für eine Politisierung des VAJV in den Jahren 1922 und 1923. Diese Politisierung, die sich meistens nur in Form eines Bekenntnisses zur Verteidigung der demokratischen Republik darstellte, ging anfangs noch von den Funktionären aus. Schon im September 1921 trafen sich Vertreter der „Demokratischen Jugend" und des VAJV zu einer Besprechung über eine mögliche Zusammenarbeit zum Schutz der Republik. Unmittelbarer Anlaß dazu war die Ermordung Matthias Erzbergers (26.8.1921) gewesen. Der im September 1921 gegründeten „Republikanischen Arbeitsgemeinschaft", der sich kurz darauf die Jungsozialisten und die „Demokratischen Studenten" anschlossen, lag die Zielsetzung zugrunde, „bei geeigneten Anlässen, vor allen Dingen aber bei drohenden Gefahren für die Republik, die republikanische Jugend zusammen aufzurufen und in Aktion treten zu lassen." [60] Das erste Mal trat die „Republikanische Arbeitsgemeinschaft" mit einem Aufruf anläßlich des 18. März (Jahrestag der Märzrevolution 1848) an die deutsche Öffentlichkeit. In dieser Resolution legte sie ein Treuebekenntnis zur Weimarer Republik ab und appellierte an den Idealismus der deutschen Jugend, „unermüdlich den republikanischen Gedanken in alle Kreise der deutschen Jugend zu tragen und der jungen demokratischen Republik in ihren Reihen einen festen Rückhalt zu schaffen." [61] Des weiteren dokumentierte sich die Zusammenarbeit des VAJV, der Jungsozialisten und der „Demokratischen Jugend" in einer gemeinsamen Resolution und gemeinsamen Demonstrationen anläßlich der Ermordung Walter Rathenaus (24.6.1922) und in der gemeinsamen Gestaltung der Jugendverfassungsfeiern in mehreren deutschen Städten (11.8.1922). Die imposanteste der von der „Republikanischen Arbeitsgemeinschaft" veranstalteten Verfassungsfeiern fand in Berlin statt, wo sich ein drei Kilometer langer Demonstrationszug der Berliner republikanisch gesinnten Jugend durch die Straßen bewegte und auf der abschließenden Kundgebung Reichspräsi-

59 *AJ*, Jg. 13 (1921), Nr. 7, S. 226.
60 *Unsere Arbeit. Die Arbeiterjugendbewegung 1922*, Berlin 1923, S. 52.
61 *AJ*, Jg. 14 (1922), Nr. 4, S. 121.

dent Ebert und Reichskanzler Wirth die Jugend zur Stützung und Festigung der Republik verpflichteten. Allerdings war das Bündnis mit der „Demokratischen Jugend" innerhalb des VAJV nicht unumstritten. Auf der Reichsausschußsitzung des VAJV am 29.10.1922 in Leipzig forderte der Berliner Arbeiterjugendverein den Austritt des Verbandes aus der „Republikanischen Arbeitsgemeinschaft", was aber von der Mehrheit der versammelten Reichsausschußmitglieder abgelehnt wurde.

Die seit Bielefeld sich andeutende Tendenz der Verbandsführung, den VAJV im Sinne einer Verpflichtung zur demokratischen Republik zu politisieren, fand ihren eindeutigsten Ausdruck auf der 3. Reichskonferenz des VAJV in Wernigerode (30.6.-2.7.1922). Ihre besondere politische Note erhielt die Konferenz durch das unmittelbar vorher stattgefundene Attentat auf Walter Rathenau und die sich anschließenden machtvollen republikanischen Demonstrationen. Im Mittelpunkt der Tagung stand Erich Ollenhauers Referat „Arbeiterjugend und Republik", auf das später noch eingegangen wird. Der Inhalt dieses Referats floß in komprimierter Form in die von der Konferenz beschlossene Resolution ein, die das positive Bekenntnis zur Weimarer Republik mit Forderungen nach Erfüllung von in der Reichsverfassung festgelegten Rechten für die Jugend verband. So zeichnete sich diese Reichskonferenz aus durch eine von oppositionellen Stimmen ungetrübte, positive Stellung zum Staat und durch die Festlegung auf „die Erziehung der arbeitenden Jugend zu aktiven Staatsbürgern der demokratischen Republik" [62] als Teilaufgabe des VAJV. – Die ernste Gefahr, in die die Republik durch das Treiben reaktionärer Kräfte geraten war, führte zur Formulierung von Verbandszielen, die ein Jahr vorher noch unvorstellbar gewesen wären: „bewußte Voranstellung des Erziehungsgedankens, ohne dabei allerdings auf die Teilnahme an großen politischen Aktionen der Arbeiterschaft zu verzichten, soweit ihr Kampfobjekt die Jugend mitzureißen imstande ist." [63]

Die 1922 einsetzende Politisierung des VAJV beschränkte sich nicht nur auf solche vom Vorstand angeregte Resolutionen und auf entsprechende Stellungnahmen der leitenden Funktionäre; wichtiger noch für diese Tendenz war, daß sich die Basis des Verbandes in zunehmendem Maße für politische Probleme interessierte. So stand die Beschäftigung mit politischen Tagesfragen im Mittelpunkt der 28 Bezirksjugendtage mit zusammen mehr als 100 000 Teilnehmern, die zu Pfingsten 1922 stattfanden. Besonders engagiert waren die Resolutionen, die auf den Treffen in Bonn und in Elberfeld verabschiedet wurden. Die dort versammelte Arbeiterjugend aus den besetzten Gebieten erklärte sich einstimmig für die Erhaltung der deutschen Einheitsrepublik. Allgemein gepriesen wurde das republikanische Verhalten der Münchener Arbeiterjugend, die wiederholt die schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Straßen der Hochburg der Rechtsextremisten trug, wobei mehrere jugendliche Arbeiter verletzt worden waren.

Der seit 1922 durchgängig festzustellenden Hinwendung des VAJV zu den das Bestehen und die Fortentwicklung der Weimarer Republik betreffenden Problemen, ihrer Beschäftigung mit dem Wesen des Staates, lagen als theoretische Fundamente im wesentlichen nur zwei ausführliche Stellungnahmen zugrunde. Es waren dies die Staatsinterpretationen von Karl Korn und Erich Ollenhauer. Karl Korns Einschätzung der Weimarer Republik, die unter dem Titel „Proletariat und Revolution" im Oktober und November 1921 in der „Arbei-

62 *A.a.O.*, Nr. 8, S. 225.
63 *A.a.O.*, Nr. 8, S. 225 f.

ter-Jugend" erschien, war konkreter und in ihren Schlußfolgerungen radikaler als Ollenhauers Analyse. Korns Staatsinterpretation betont den bürgerlichen Charakter des Weimarer Staates. Aus der deutschen Revolution, aus dem Sieg der bürgerlichen über die feudale Klasse heraus entstanden, habe die Republik die staatsrechtliche Gestalt bekommen, die der wirtschaftlichen Machtgruppierung (Herrschaft des Industrie-, Finanz- und Handelskapitals) entsprach. Aber da es nach Korn das Wesen des Weimarer Staates ist, daß in ihm alle gesellschaftlichen Kräfte die ihrer Stärke angemessene Vertretung haben, hat sich auch die starke Arbeiterschaft einen wichtigen Platz innerhalb des Staates erkämpft. Obwohl die verschiedenen Klassen eine unterschiedliche Einstellung zur parlamentarischen Demokratie haben – für das Bürgertum ist sie das Endziel seiner politischen Absichten, während sie für das Proletariat nur eine Etappenstation auf dem Weg zum Sozialismus darstellt –, kann es zu einer zeitweiligen Interessenidentität zwischen Bourgeoisie und Proletariat kommen; dann nämlich, wenn es gilt, die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie gegen die feudale Reaktion zu verteidigen. Da nach Korns Einschätzung die Weimarer Republik akut gefährdet war durch die Aktivitäten von Vertretern der alten Ordnung in der Verwaltung, der Justiz, dem Militär, an den Universitäten und in der Presse, schien ihm eine Zusammenarbeit von Bürgertum und Proletariat zum Schutz der Republik eine aktuelle Notwendigkeit zu sein. Korn sieht drei Ursachen für die positive Einstellung der Arbeiterschaft zum Staat: Die Arbeiterklasse betrachtet die Weimarer Republik als die Schöpfung ihrer Hände, als Bollwerk gegen die Vergangenheit und als Arena für die geistigen Kämpfe der Zukunft. In bezug auf die Weiterentwicklung der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie hielt Korn, der als Kautsky-Anhänger einstmals zum orthodoxen Zentrum der SPD gehört hatte, eine Stärkung des subjektiven Faktors parallel zur stetigen Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus für notwendig. Die Aktivitäten des subjektiven Faktors sollen sich aber „unter dem Gesetz der Demokratie, des unblutigen Ringens der Geister" [64] abspielen. Aufgrund dieser Analyse der Weimarer Republik und ihrer zukünftigen Entwicklung stellt Korn der Arbeiterjugend zwei Aufgaben: Verteidigung der demokratischen Republik, gegebenenfalls zusammen mit dem republikanisch gesinnten Bürgertum und unermüdliche Agitation für den Sozialismus.

Gegenüber Korns Staatsinterpretation war die Broschüre „Arbeiterjugend und Republik" von Erich Ollenhauer, [65] die den Inhalt seines gleichnamigen Referats auf der 3. Reichskonferenz in Wernigerode wiedergab, wesentlich pragmatischer und appellierte mehr an die Emotionen. Auch Ollenhauer betont, daß die Weimarer Demokratie nicht das letzte Ziel der sozialistischen Bewegung sei, daß das Eintreten für die Demokratie ein Wirken für den Sozialismus bedeute. Allerdings findet sich bei ihm kein Ansatz einer soziologischen Analyse der die Weimarer Staatsverfassung prägenden gesellschaftlichen Struktur, wie es bei Korn der Fall war. Das von Ollenhauer stets geforderte Bekenntnis zum Staat wirkt verschwommen, da sein Staatsbegriff völlig abstrakt ist. Konkreter wird er allenfalls in seinen Forderungen an die Arbeiterjugend, die sich in zwei Aufgaben zusammenfassen lassen: Aufklärung der Jugend über ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und Erziehung der Jugend zu einem gesunden Nationalgefühl. Nicht nur Bekenntnis zur demokratischen Republik, sondern auch Bekenntnis zum eigenen Volk, zum Vaterland und zur deutschen Kultur – das war ein neuer Aspekt, der die AJB in den nächsten Jahren begleiten sollte. Bezeichnenderweise verbindet Ollenhauer die Einbeziehung des nationalen Gedankens nicht

64 *A.a.O.*, Jg. 13 (1921), Nr. 11, S. 355.

65 Erich Ollenhauer, *Arbeiterjugend und Republik*, Berlin 1922.

mit historischen oder politischen Argumenten, sondern mit Appellen an das Fühlen, an die Emotionen der Arbeiterjugend: „Soll die Republik fest und unerschütterlich gebaut werden, soll sie zum felsenfesten Fundament unseres Reiches verbreitert werden, dann müssen wir ihr auch die Herzen erobern. Die deutsche Arbeiterjugend muß sich verbunden fühlen mit ihrem Volke. . . die Arbeiterjugend muß mehr als bisher das natürliche Gefühl in jedem Menschen bewußt und offen bejahen, das uns alle zuerst mit unserem Volk verbindet." 66
Ollenhauers Staatsbegriff ist dadurch gekennzeichnet, daß er Staat und Volk identisch setzt. Das Bekenntnis zum eigenen Volk impliziert für ihn das Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatsordnung und umgekehrt. Die nationale Erneuerung schreibt er nicht der sozialistischen Jugend zu, sondern der gesamten deutschen Jugendbewegung, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Ziele: „Die deutsche Jugendbewegung sollte es als ihre historische Mission betrachten, mit allen guten Kräften in ernster, verantwortungsbewußter Zusammenarbeit aller Weltanschauungsgruppen auf dem Boden der Republik dem deutschen Volke einen Aufstieg zu bereiten, der uns weit hinausführt über die Früchte der nationalen Erhebung von 1813 zu einem Staatsgebilde, das durch seine wirtschaftliche, geistige und sittliche Kraft dem deutschen Volk von neuem eine beachtenswerte Stellung im Kreise der Völker zuweist, damit es dort friedlich wirken kann zum eigenen Wohl und zum Segen der Menschheit". 67
Ollenhauers Ermahnung zu nationalem Denken und Handeln war zum einen natürlich eine Reaktion auf die erste Besetzung deutscher Städte durch die Truppen der Entente im März 1921, auf die andauernde Reparationskrise sowie auf die Tatsache, daß die nationalistischen Jugendverbände zunehmend anwuchsen; zum anderen bedeutete diese Verpflichtung auf das Vaterland eine Möglichkeit, die in dieser Zeit betriebene Tolerierungs- und Koalitionspolitik der SPD zu legitimieren.
Unter dem Eindruck des Erstarkens der reaktionären Kräfte sowie der zunehmenden wirtschaftlichen Not der Arbeiterschaft kam es seit Anfang 1922 zu Kontaktgesprächen zwischen SPD und USPD. Die Ermordung Rathenaus und die damit offenbar werdende Gefährdung der Weimarer Republik verstärkten den objektiven Zwang zur Zusammenarbeit für die beiden sozialdemokratischen Parteien. Der Vereinigung der beiden Parteien zur VSPD folgte am 29.10.1922 die Vereinigung des VAJV und der „Sozialistischen Proletarier-Jugend" (im folgenden abgekürzt SPJ) zum „Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands" (im folgenden abgekürzt SAJ). Dieser Zusammenschluß brachte für die Struktur des Verbandes einige Veränderungen: Die paritätische Besetzunh des Hauptvorstandes wurde aufgegeben. Den fünf Vertretern aus der SPD standen nun sieben jugendliche Vertreter der SAJ gegenüber, von denen drei der ehemaligen SPJ entstammten. 1. Vorsitzender blieb Max Westphal; sein Stellvertreter wurde Otto Schröter (ehemals SPJ). Zu den 90 000 Mitgliedern des VAJV kamen noch ca. 15 000 SPJ-Mitglieder hinzu, so daß Ende 1922 ein neuer Höchststand von ca. 105 000 Mitgliedern erreicht wurde. Doch wichtiger als diese organisatorischen Veränderungen waren die theoretischen Diskussionen, die mit dem Eintritt der SPJ-Mitglieder die Entwicklung der SAJ prägten. Das neue Grundsatzprogramm, das sich der vereinigte Verband gab, war zwar verbal radikaler gehalten als das ehemalige VAJV-Programm, blieb letzten Endes aber genauso abstrakt und dehnbar wie dieses: „Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands erzieht seine Mitglieder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu Kämpfern für die sozialistischen Ideale. Er vertritt die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen der proletarischen Jugend." 68

66 *A.a.O.*, S. 12.
67 *A.a.O.*, S. 18.
68 Max Westphal, *Handbuch für sozialistische Jugendarbeit*, 2. Aufl., Berlin 1930, S. 17.

Welche Gestalt sollte der Kampf für die sozialistischen Ideale annehmen? Diese Frage prägte die Diskussionen innerhalb der SAJ während der nächsten zwei Jahre und brachte den Verband nahe an den Rand der Spaltung. Denn durch das Hinzukommen der radikaleren SPJ-Mitglieder hatten die oppositionellen Gruppen innerhalb des VAJV, die eine stärkere Politisierung der Verbandsarbeit forderten, Verstärkung bekommen. Die Verbandsleitung mußte nun ihre Politik gegenüber einer zwar relativ kleinen, doch nicht zu übersehenden Opposition, die sich vor allem auf die Bezirke Sachsen und Thüringen konzentrierte, verteidigen. Im wesentlichen ging es bei diesem verbandsinternen Streit um die Frage der Erziehungsinhalte und -ziele der SAJ und um die Einschätzung des Weimarer Staates.
Bei der inhaltlichen Festlegung der Erziehungsarbeit kam es zu einer Kontroverse zwischen denjenigen, die darunter Beschäftigung mit politischen Fragen und die Beteiligung an politischen Aktionen (Demonstrationen, Kundgebungen etc.) verstanden und den anderen, die die Arbeiterjugend durch die Vermittlung der sozialistischen Weltanschauung lediglich auf das politische Handeln vorbereiten wollten. Der letztgenannte Standpunkt wurde von der Majorität der Verbandsleitung und von der Mehrheit der Mitglieder vertreten. Als die Rechtsentwicklung in der deutschen Politik und bei einigen Jugendverbänden dazu führte, daß es von seiten der evangelischen Jungmännervereine oder von nationalsozialistischen Studentenvereinigungen zu offenen Aggressionen gegen die SAJ kam, mehrten sich in ihren Reihen die Stimmen, die den politischen Kampf gegen die reaktionären Jugendorganisationen forderten. Doch die führenden Funktionäre, wie z.B. Erich Ollenhauer, warnten davor, sich nach außen zu orientieren oder eine negative Abwehrhaltung einzunehmen. Sie verpflichteten vielmehr die Mitglieder auf ihre „ureigensten Aufgaben", d.h. zu einer innerhalb des Verbandes und unbeeinflußt von den tagespolitischen Streitfragen stattfindenden Erziehungsarbeit, die die Arbeiterjugend nicht zu politischem Handeln aufrufen, sondern ihr nur das theoretische Wissen vermitteln sollte, welches sie für ihr späteres sozialistisches Wirken benötigen würde. 69
Den Anhängern der mehr politisch ausgerichteten Erziehungsarbeit stand kein Sprachrohr zur Verfügung. Weder in der „Arbeiter-Jugend" noch im „Führer" erschienen Artikel von Vertretern der verbandsinternen Opposition. So konnten sie ihre Vorstellungen erst auf der 4. Reichskonferenz der SAJ am 12./13.5.1923 in Görlitz einer größeren Öffentlichkeit vermitteln. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Referate „Die sozialistische Erziehungsarbeit" von Conrad Hahnewald (Dresden) und „Die arbeitende Jugend im wirtschaftlichen und politischen Leben" von Otto Schröter (Leipzig). Hahnewald, in der Tradition des Weimarer Reichsjugendtages stehend, forderte als vorrangige Aufgabe der AJB die Erziehung zum sozialistischen Menschen, worunter er Erziehung zu Gemeinschaftsgeist, Opfersinn und Gerechtigkeitsliebe verstand. Als zweite Aufgabe sah er die sozialistische Bildungsarbeit an, die aber Diskussionen über politische Tagesfragen und Parteitaktik sowie politisches Handeln ausschließen müsse. Der zweite Redner, Otto Schröter, vertrat die oppositionelle Fraktion, als er die verstärkte Teilnahme der SAJ am politischen Leben forderte. Aus seinen Ausführungen wurde deutlich, daß die nach Weimar geführte Auseinandersetzung über die Rolle der Erziehung bei der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft noch immer latent vorhanden war und durch das Hinzukommen der SPJ-Mitglieder wieder neu belebt wurde. Während Hahnewald die Transzendierung des Kapitalismus von der Erziehung des sozialistischen Menschen abhängig machte, erklärte Schröter: „Wir können unserer wirtschaft-

69 Vgl. die Artikel: *Neues Jahr – neues Schaffen*, in: *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 1, S. 1-3; *Trotz alledem!*, in: *Der Führer*, Jg. 5 (1923), Nr. 1, S. 1-2.

lichen Grundlage nicht zwangsweise ein geistiges Leben aufpfropfen und glauben, danach das Wirtschaftsleben umzugestalten. Der sozialistische Mensch, den wir in die kapitalistische Welt stellen wollen, ist ein künstliches Gebilde, wird täglich angefressen, kann sich nicht halten." [70] Die innerverbandliche Polarisierung wurde auch bei den Forderungen bezüglich der „Arbeiter-Jugend" deutlich. Ein Teil der Delegierten verlangte mehr leichter verständliche, auf den Geschmack der Jugend zugeschnittene Artikel; die Vertreter der sächsischen Bezirke forderten dagegen eine stärkere Betonung des proletarisch-politischen Elements sowie mehr Artikel über Volkswirtschaftslehre, Antimilitarismus, über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend sowie über den Gedanken der Internationale. Auch in der alljährlich wiederkehrenden Diskussion um die Aufhebung der Achtzehnjährigen-Grenze exponierte sich die linke Opposition. Der Verbandsvorstand plädierte für die Aufrechterhaltung der bestehenden oberen Altersgrenze und für den Übertritt der Älteren in die jungsozialistische Bewegung. Er sah zwar die Mängel der jungsozialistischen Organisationen, glaubte aber, durch eine engere organisatorische Verflechtung beider Verbände eventuelle Fehlentwicklungen bei den Jungsozialisten verhindern zu können. Die Delegierten, die den Wegfall der Altersgrenze forderten, sahen die Gefahr, daß die der SAJ entwachsenen Mitglieder der SPD verloren gehen würden, da die jungsozialistische Bewegung keinen Anreiz auf sie ausübe.

Die Zusammenfassung der Vorstellungen, die die linke Opposition von der Arbeit der SAJ hatte, fand sich in einem neuen Grundsatzprogramm, das von Bräuer (Erfurt), Polenz (Königsberg) und anderen zur Abstimmung vorgelegt wurde. Darin wurden als Aufgaben der SAJ genannt: Bildung und Förderung eines proletarischen Klassenbewußtseins, „Vorbereitung zum und unter bestimmten Verhältnissen auch die Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Kampf". [71] So wie dieser wurden sämtliche anderen Anträge der linken Fraktion von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Auch der Antrag, den Mitgliedern des Hauptvorstandes und des Reichsausschusses kein Stimmrecht in der Reichskonferenz zuzugestehen, was eine Aufwertung der Basis und eine Zurückdrängung des Parteieinflusses bedeutet hätte, wurde niedergestimmt. Das Ergebnis der Wahlen zum Hauptvorstand entsprach ungefähr der tatsächlichen Kräfteverteilung in der SAJ im Mai 1923. Von den 13 Sitzen fielen drei auf ehemalige SPJ-Mitglieder, die dem linken Flügel der SAJ angehörten. Statt Otto Schröter wurde nun wieder Heinrich Schulz zum 2. Vorsitzenden gewählt. Obwohl also die gemäßigte Richtung der alten Verbandsführung die Entscheidungen der Reichskonferenz bestimmen konnte, wurden die Verbandsfunktionäre doch durch den Auftritt einer nicht zu übersehenden oppositionellen Fraktion darauf aufmerksam gemacht, daß sie durch unvorsichtige Politik diese Opposition vergrößern würden. Die durch die Vereinigung mit der SPJ sowie durch die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung bewirkte Politisierung der Reichskonferenz war jedenfalls nicht nach dem Geschmack der führenden SAJ-Funktionäre, die politische Diskussionen am liebsten von der Konferenz verbannt hätten: „Im kleineren Kreis einer Arbeitsgemeinschaft hätten sich die auf der Konferenz gegenüberstehenden Meinungen sicher auf eine gemeinsame Linie vereinigen lassen. Eine Reichskonferenz ist nicht der Ort, wo derartige Streitfragen glücklich diskutiert werden." [72]

Die Stellung der in der SAJ organisierten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Weimarer Republik, die bis dahin einmütig positiv gewesen war, verlor im Laufe

70 *Bericht über die 4. Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 12. und 13. Mai 1923 in Görlitz*, Berlin 1923, S. 31.

71 *A.a.O.*, S. 37.

72 *Der Führer*, Jg. 5 (1923), Nr. 6, S. 49.

des Jahres 1923 ihren einheitlichen Charakter. Die turbulenten Ereignisse des Krisenjahres 1923 wie Ruhrbesetzung, Inflation, wirtschaftliche Verelendung großer Volksmassen, kommunistische Aufstandsbewegungen und reaktionäre Putschversuche sowie die damit verbundenen parteitaktischen Probleme wie Einheitsfront mit der KPD, Große Koalition, Tolerierungspolitik etc. prägten auch die innere Entwicklung der SAJ, indem sie die Polarisierung sowohl unter den Mitgliedern als auch zwischen einem Teil der Mitglieder und dem Vorstand verschärften. Die Bandbreite der in der SAJ vertretenen Auffassungen wurde in den Reaktionen auf die im Januar 1923 beginnende Ruhrbesetzung deutlich. Die Skala reichte hier von nationalen Appellen bis zu historisch-materialistischen Analysen. Karl Raloff (Trier) interpretierte die Ruhrbesetzung als den Versuch einer fremden Kultur, die deutsche Kultur mit Gewalt zu unterdrücken. Er rief seine Parteigenossen zur Verwurzelung im eigenen Volkstum auf und verpflichtete sie zur Achtung „vor allem Großen und Schönen, das unsere deutsche Heimat und Kultur hervorgebracht hat." [73] Auch ein gemeinsamer Aufruf der Bezirksleitungen der SAJ und der Jungsozialisten des Ruhrgebietes im Herbst 1923 war von diesem Geist geprägt. Sie verlangten die „Förderung eines gesunden nationalen Sinnes" und gelobten, „stets mit Leib und Seele einzustehen für die Ehre der Nation, die Freiheit des Volkes und die Einheit des Reiches." [74]

Neben diesen Stellungnahmen, die, auf die Ruhrbesetzung reagierend, an den nationalen Willen der deutschen Arbeiter appellierten, waren aber auch Meinungen zu lesen, die die Besetzung auf ihren politisch-ökonomischen Hintergrund hin untersuchten. Georg Engelbert Graf, einflußreicher von der USPD und SPJ zur SAJ gestoßener Publizist, führte die Ruhrbesetzung auf die internationalen Konzentrationsbewegungen des Kapitals zurück. Die militärische Aktion stellte sich ihm als das Druckmittel dar, mit dem die französischen Kapitalisten bei der geplanten Interessengemeinschaft zwischen deutscher Kohle und französischem Erz ihren finanziellen Anteil hochtreiben wollten. Beachtenswert war seine Einschätzung der Rolle des Staates gerade im Vergleich zu jenen Sozialdemokraten, die vom Staat die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erwarteten. Der demokratische Staat erschien ihm als Mittel für das konzentrierte Kapital, seine kapitalistische Expansion voranzutreiben: „. . . der Kapitalismus von heute bedient sich des Staates, aber Hoheitsgrenzen und nationales Selbstbestimmungsrecht werden von ihm nicht mehr respektiert." [75]

Wenn man diese Betrachtungsweise, in der der Kapitalismus als ein die Nation übergreifendes, ja aufhebendes Phänomen begriffen wird, mit jenen anderen Artikeln vergleicht, in denen von der Entwicklung eines Nationalbewußtseins bei der deutschen Arbeiterschaft die Lösung des Ruhrproblems abhängig gemacht wird, so wird deutlich, wie breit das Spektrum der Meinungen innerhalb der SAJ war. Die gegensätzlichen Stellungen zur Ruhrbesetzung prallten dann auch auf der 4. Reichskonferenz in Görlitz heftig aneinander. Die Schilderungen von zwei jugendlichen Genossen aus dem besetzten Gebiet, in denen die französische Besetzung scharf verurteilt wurde, stießen bei der linken Opposition auf Widerspruch. Ein sächsischer Delegierter warf den beiden Einseitigkeit vor und rief statt dessen zum Kampf gegen den französischen Militarismus *und* gegen den deutschen Kapitalismus auf. Ein anderer Vertreter der linken Opposition forderte die Überwindung des nationalen Standpunktes und erklärte: „Wenn aber gesagt wird, daß wir die jetzt bestehende Republik verteidi-

73 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 6, S. 96.
74 *Der Führer*, Jg. 5 (1923), Nr. 9, S. 77.
75 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 3, S. 37.

gen müssen, so sage ich, daß wir diese kapitalistische Republik nicht zu verteidigen haben."[76] Mit diesen Anschauungen solidarisierte sich allerdings auf der Reichskonferenz nur eine Minderheit der Delegierten.

Der Vorstand der SAJ bemühte sich in der Frage der Stellung zur Ruhrbesetzung um eine ausgleichende, die Aktivitäten der SAJler im Ruhrgebiet zurückhaltende, die linke Opposition nicht abspaltende Politik. Max Westphal, der vom 3. bis 12.3.1923 die Arbeiterjugendorganisationen des Ruhrgebietes besuchte, gab mit seiner Erklärung, daß die Arbeiterjugend im besetzten Gebiet gegen den französischen Militarismus und auch gegen den Nationalismus kämpfe,[77] das beste Beispiel für diese Taktik des Kompromisses. Gegenüber dem rechten SAJ-Flügel distanzierte er sich, indem er die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Nationalismus hinzufügte: von der linken Opposition trennte ihn die Tatsache, daß er statt vom Kampf gegen den deutschen Kapitalismus, vom Kampf gegen den deutschen Nationalismus sprach. Auch aus den Ansprachen, die Erich Ollenhauer vom 14.-16.4.1923 in Elberfeld, Barmen, Solingen und Remscheid hielt, war zu entnehmen, daß er den Mittelweg zwischen beiden Fraktionen wählte: Dem Treuegelöbnis zur Nation folgte stets auch das Bekenntnis zur Internationale.[78] Im übrigen beschränkte sich die Haltung des Verbandes zur Ruhrbesetzung auf meist recht nichtssagende Erklärungen, in denen der Arbeiterjugend des besetzten Gebietes Treue und Unterstützung versprochen wurde.

Aber nicht nur der Einmarsch fremder Truppen brachte die Weimarer Republik in Gefahr. Die Inflationskrise, der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch, das Erstarken der Reaktion, das offene Auftreten rechtsextremer Organisationen, die aufwieglerische Politik der Kommunisten bedrohten nach Meinung vieler Sozialdemokraten den Bestand der Demokratie. Von daher war es verständlich, daß das Bekenntnis zur Republik 1923 im Mittelpunkt der Verbandspolitik stand, daß „die Verankerung der Republik im sich bildenden politischen Willen der jungen Arbeiterschaft"[79] weiterhin eines der wichtigsten Erziehungsziele blieb. So standen im Leitartikel zum 1. Mai 1923 nicht die sonst üblichen Losungen wie Kampf um den Achtstundentag und Völkerfrieden, sondern das Gelübde, die Republik zu verteidigen. Denn erst in einer gesicherten Republik würden die Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt werden können.[80]

Die sich verschärfende Krise zwang nun auch den Hauptvorstand – ganz im Gegensatz zu seiner früher oftmals geäußerten Intention –, zu aktuellen politischen Problemen Stellung zu nehmen. Am 30.6.1923 wandte er sich mit einer Erklärung an die Arbeiterjugend, in der er die Gefahren, die der Republik durch rechts- und linksradikale Aktivitäten drohten, aufzeigte und die SAJ als die stärkste republikanische Jugendorganisation dazu aufrief, diesen extremen Gruppen entgegenzutreten. Die eindringliche Warnung des Hauptvorstandes, „die Einheit unseres Verbandes und die Schlagkraft der Organisation um der Republik, um des Sozialismus und um unserer eigenen Zukunft willen zu erhalten",[81] zeigte, daß die Gefahr einer Spaltung in der SAJ latent vorhanden war. Denn so sehr wie der rechte Flügel für nationalistische Schlagworte empfänglich war, so sehr sympathisierte die linke Opposition mit einer Einheitsfront mit den Kommunisten.

76 *Bericht über die 4. Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 12. und 13. Mai 1923 in Görlitz*, Berlin 1923, S. 36.
77 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 4, S. 54.
78 *A.a.O.*, Nr. 6, S. 103.
79 *Unser Weg. Bericht des Verbandes der SAJ Deutschlands über das Jahr 1923*, Berlin 1924, S. 34.
80 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 5, S. 68.
81 *Der Führer*, Jg. 5 (1923), Nr. 8, S. 62.

Um die auseinanderstrebenden Flügel wenigstens vorübergehend wieder zusammenzubringen, bot der 3. Reichsjugendtag (11./12.8.1923 in Nürnberg) eine günstige Gelegenheit. Auch die Planung des Nürnberger Arbeiterjugendtages stand wie die des Weimarer Jugendtages (1920) unter der Konzeption des Bekenntnisses zur deutschen Kultur und zur deutschen Republik. Daß das Arbeiterjugendtreffen in Nürnberg stattfand, sollte symbolisieren, daß sich die Arbeiterjugend an einer herausragenden deutschen Kulturstätte zu den geistigen und künstlerischen Traditionen des deutschen Volkes bekannte. Daß sie sich am 11. August, dem Verfassungstag der Weimarer Republik traf, sollte ihre Verbundenheit mit dieser Republik dokumentieren. So war es einerseits auf die gespannte verbandsinterne Situation, die es zu überwinden galt, andererseits auf die unsicheren politischen und wirtschaftlichen Begleitumstände zurückzuführen, daß die Verbandsführung die Stimmung für den Reichsjugendtag sehr stark anheizte. Denn angesichts der wirtschaftlichen Not, unter der vor allem die Jugend zu leiden hatte, und der explosiven politischen Lage (11.8.1923: Mißtrauensvotum der SPD-Fraktion gegen die Cuno-Regierung; 12.8.1923: Rücktritt der Cuno-Regierung) war es in der Tat riskant, diesen Jugendtag abzuhalten. Denn ein Jugendtreffen mit nur mäßiger Beteiligung der Arbeiterjugend hätte kaum eine konsolidierende Auswirkung für die weitere Entwicklung der SAJ gebracht. Deshalb also die gewaltige verbale Mobilmachung: „Auf nach Nürnberg! Wir wollen uns sammeln. Wir wollen uns stärken. Wir wollen uns rüsten für den Sieg . . . Voran! Voran! Am 11. und 12. August ist Nürnberg der Eiffelturm des Proletariats. Ein Funkenstrom wird von ihm in die Welt, in die Herzen des Proletariats hineinströmen, der, aus froher Jugendkraft und Lebensfreudigkeit erzeugt, überall neuen Lebenswillen, neue Zukunftshoffnung und neuen Kampfesmut wecken wird." [82] Das Ergebnis überraschte selbst die Verbandsleitung: 45 000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen kamen aus ganz Deutschland in Nürnberg zusammen. Zum Höhepunkt des Jugendtages wurde die republikanische Kundgebung und Verfassungsfeier am 11.8.1923, an der sich auch die erwachsene Nürnberger Arbeiterschaft beteiligte. Der Aufmarsch von 250 000 Menschen machte diese Kundgebung und Demonstration zu einer der eindrucksvollsten Feiern der Weimarer Republik. Der Inhalt der Hauptansprache, die der Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) hielt, stand allerdings merklich im Gegensatz zu der während der gewaltigen Demonstration offenbar gewordenen Stärke und Kampfbereitschaft der Republikanhänger. Löbe entwickelte das Zukunftsbild einer Volksgemeinschaft, in der alle noch einmal von unten anfangen müßten, das Bild einer neuen Volkskultur, in der die natürliche Einfachheit, wie sie bei der Arbeiterjugend zu finden sei, dominiert. [83] Weder ging Löbe auf die aktuelle politische Krisenlage ein noch rief er zum Kampf gegen die Feinde der Republik auf. Trotzdem wurde dieser 3. Arbeiterjugendtag von der Verbandsleitung im nachhinein als politische Tat gepriesen. Obwohl keine politischen Erklärungen abgegeben, keine Beschlüsse gefaßt und keine politischen Forderungen gestellt wurden, erklärte man diesen Jugendtag zum ersten Auftritt der SAJ als politischer Machtfaktor.

Der Hintergrund für diese Argumentation ist in der Fixierung der SPD-Politik an Zahlen zu suchen. Von der Steigerung der Zahl der für die SPD abgegebenen Stimmzettel, der Abonnentenzahl der Parteipresse, der Mitgliederzahl, der Zahl von Kundgebungsteilnehmern etc. erwartete man automatisch Veränderungen oder Konsequenzen. So hatten die Chronisten des 3. Arbeiterjugendtages auch entsprechende Schwierigkeiten, den Inhalt des durch die große Teilnehmerzahl zum Ausdruck kommenden politischen Willens der Arbeiterjugend

82 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 7, S. 105.
83 *A.a.O.*, Nr. 9, S. 147.

wiederzugeben: „Nicht in lärmenden Auftritten, nicht in phrasengeschwollenen Reden und Resolutionen tat sich dieser politische Wille der Arbeiterjugend kund, aber er stand lebendig und hinreißend vor aller Augen in den elastischen Gestalten, in der stolzen, selbstbewußten Haltung, der musterhaften Disziplin, mit der diese vielen tausende aus allen Gauen Deutschlands herbeigeströmten Arbeiterjungen und -mädchen als gleichberechtigte Glieder dem riesigen Demonstrationszug der Nürnberger Arbeiterschaft sich einfügten, ihm voranschritten." [84] Die starke Betonung des politischen Charakters des Jugendtages ist sicher darauf zurückzuführen, daß man den aus der Basis der SAJ kommenden Forderungen nach entschlossenerem politischen Auftreten die Spitze nehmen wollte.

Im Herbst 1923 erreichte die Krise der Weimarer Republik ihren Höhepunkt. Nach dem Abbruch des passiven Widerstandes (26.9.1923) wurde in Bayern der Ausnahmezustand erklärt; die Arbeitslosigkeit nahm rapide zu (Ende September 1923 meldete das Berufsamt Berlin 25 000 arbeitslose Jugendliche in Berlin, d.h. jeder fünfte jugendliche Berliner war arbeitslos [85]). Hinzu kamen ständige Preiserhöhungen und Knappheit der Grundnahrungsmittel. In dieser Situation trat der Hauptvorstand der SAJ am 29.9.1923 in Berlin zusammen, um die für die nächste Zeit erforderliche Verbandspolitik festzulegen. Es wurde beschlossen, daß, falls es zu einem entscheidenden Kampf um die Verteidigung der Republik kommen sollte, die Arbeiterjugend sich an die Seite der erwachsenen Arbeiterschaft stellen und an diesem Kampf teilnehmen sollte. In bezug auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten wollte man die Entscheidung der SPD abwarten. Die in diesen Beschlüssen zum Ausdruck kommende Bereitwilligkeit, die jugendlichen Mitglieder zu politischem Handeln zu veranlassen, stand ganz offensichtlich in Widerspruch zu der Verbandspolitik in den zurückliegenden Jahren, wo man die Jugend auf alle Fälle von politischen Handlungen zurückhalten wollte. Diese Widersprüchlichkeit wurde vom Vorstand auch erkannt, denn er betonte , daß man zwar in der Vergangenheit bewußt auf die aktive Teilnahme der Jugend am politischen Tageskampf verzichtet, daß man aber niemals völlige politische Abstinenz gepredigt und niemals versucht habe, „hinter dem Deckmantel schöner Erziehungsgrundsätze die arbeitende Jugend zur Vogelstraußpolitik zu erziehen". [86]

Wenngleich sich die Politik des SAJ-Hauptvorstandes insoweit „radikalisierte", daß er die Mitglieder zur Bereitschaft für eventuell notwendig werdendes politisches Handeln aufrief, vermochte er es doch nicht, die wachsende Radikalisierung einer zunehmenden Zahl von Mitgliedern einzuholen oder aufzufangen. Diese verbandsinterne Opposition wuchs parallel zur Verzweiflung der Jugend angesichts ihrer wirtschaftlichen Not und des Ärgers über die Politik der SPD- und SAJ-Führung. Der Eintritt der SPD in die Große Koalition mit Zentrum, DDP und DVP (13.8.1923) führte zur Spaltung der SAJ-Ortsgruppe Jena und zur Bildung einer lokalen „Oppositionsgruppe" der SAJ. Fritz Kühn (Leipzig), ehemaliger SPJler, lud im Oktober 1923 die oppositionellen Jugendgenossen zu einer Sonderkonferenz ein und forderte im übrigen die „alte Garde", d.h. die ehemaligen SPJ-Mitglieder in der SAJ, auf, auch in Zukunft die Verbindung untereinander aufrechtzuerhalten. Der Kern der SAJ-Opposition befand sich in Sachsen. Dies war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich auch der neue linke Flügel der SPD aus sächsischen und thüringischen Funktionären zusammensetzte, die in Opposition zur Taktik des Parteivorstandes standen. [87] Amschroff-

84 *A.a.O.*, S. 143.
85 *Der Führer*, Jg. 5 (1923), Nr. 9, S. 74.
86 *A.a.O.*, S. 73.
87 Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, 15. Aufl., Frankfurt/M. 1973, S. 138.

sten trat die Kluft zwischen den sächsischen Arbeiterjugendgruppen und dem Verbandsvorstand auf dem Jugendtag des Unterbezirks Gera (30.8.1923) zutage, wo die Einstellung des Gesamtverbandes, vor allem aber die eines großen Teils des Hauptvorstandes, zur nationalen Frage als eine schwere Gefahr für die Arbeiterschaft bezeichnet wurde. Es wurde eine Resolution verabschiedet, die die „entschiedene revolutionäre Umstellung des Gesamtverbandes mitsamt seinen Instanzen" [88] forderte. Wie es schon in den Jahren vorher häufig der Fall gewesen war, bot auch jetzt wieder der Inhalt des Verbandsorgans eine Angriffsfläche für die linke Opposition. Auf dem erwähnten Jugendtag des Unterbezirks Gera verlangte man die Veröffentlichung der politischen Meinungen der Arbeiterjugend, um den politischen Charakter der SAJ in der Öffentlichkeit zu dokumentieren. Auf einer Landesarbeitsausschußsitzung der sächsischen Bezirke (14.10. 1923) wurde der Hauptvorstand aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die „Arbeiter-Jugend" „in schärferer Form als bisher" zur Ablehnung und Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft aufrufen sollte. [89]

Die zentrale Frage aber, die die Diskussionen innerhalb der SAJ im Herbst 1923 prägte, war die Frage einer Einheitsfront mit den Kommunisten, d.h. mit dem „Kommunistischen Jugendverband" (KJVD). Vorangetrieben und aktualisiert wurde diese Diskussion durch die Bildung einer Koalitionsregierung von SPD und KPD in Sachsen und Thüringen (Mitte Oktober 1923). In der Sitzung des SAJ-Hauptvorstandes am 29.9.1923 war entschieden worden, eine Zusammenarbeit mit dem KJVD vom Verhalten der Mutterpartei zur KPD abhängig zu machen. Die Annäherung der beiden Arbeiterparteien in Sachsen und Thüringen legitimierte also entsprechend der Vorstandsentscheidung eine Kooperation von SAJ und KJVD in diesen Gebieten, wozu es im Oktober dann auch kam. Dabei wollten es aber die sächsischen SAJ-Funktionäre nicht belassen. Auf einer von ihnen beantragten Reichsausschußsitzung (11.11.1923 in Berlin) forderten sie zusammen mit den thüringischen Delegierten eine Ausdehnung der Einheitsfrontpolitik auf das übrige Reichsgebiet und eine Zusammenarbeit der SAJ-Verbandsleitung mit der KJVD-Zentrale. Dieser Antrag wurde aber von sämtlichen anderen Bezirksdelegierten abgelehnt. Der Gefahr des kommunistischen Einflusses auf die sozialdemokratische Jugend versuchte Max Westphal durch permanente Warnungen entgegenzutreten. Er setzte die „schwärzeste monarchistische Reaktion" mit dem Bolschewismus gleich, da beide die Macht im Staate erringen wollten, was das „Ende des Sozialismus für lange Zeit" [90] bedeuten würde. Die Aufstellung von gemeinsamen Aktionsprogrammen zwischen SAJ und KJVD in den sächsischen Bezirken und in Köln sowie entsprechende Verhandlungen in Berlin schienen die SAJ-Vorstandschaft zu verunsichern, denn ihre Warnungen wurden nun immer eindringlicher. Doch die Gründung von „Aktionsausschüssen" auf lokaler Ebene setzte sich weiter fort, so daß Max Westphals Appell „Konzentration auf *unsere* Aufgaben! Bleibt unbeirrbar fest bei *unserer* Arbeit!" [91] durchaus konkrete Ursachen zugrunde lagen.

Der Erfolg des KJVD bei verschiedenen Gruppen und Bezirken der SAJ war sicherlich auch auf die Empörung eines großen Teils der SAJ-Mitgliedschaft über zwei Entscheidungen der Verbandsleitung, die die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Jugendorganisationen betrafen, zurückzuführen. Diese Empörung richtete sich gegen die vom Hauptvorstand beschlossene Teilnahme an einer Kundgebung der republikanischen Jugendverbände am 4.11.1923 in Ber-

89 *Ebd.*
90 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 10, S. 158.
91 *A.a.O.*, Nr. 12, S. 193.

lin. Auf der folgenden Reichsausschußsitzung der SAJ protestierten vor allem die sächsischen, die Berliner und die Magdeburger Delegierten gegen diese Beteiligung und forderten die Lösung aller Beziehungen zu den bürgerlichen Jugendorganisationen, „damit die klare Klassenscheidung zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum auch bei der Jugend in Erscheinung trete". [92] Der Verbandsvorstand hingegen erklärte, daß im Kampf für die Erhaltung der Weimarer Republik die republikanische bürgerliche Jugend zuverlässiger sei als die kommunistische Jugend. Der Protest gegen die Entscheidung des Hauptvorstandes, an der Kundgebung teilzunehmen sowie die Ablehnung einer engeren Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Jugendverbänden, wurde von der Mehrheit der Reichsausschußmitglieder gebilligt; ein weitergehender Antrag, grundsätzlich an keinen gemeinsamen Kundgebungen mehr teilzunehmen, fand allerdings keine Mehrheit.
Noch stärker entzündete sich die Kritik am Verhalten des Vorstandes, als dieser einen am 16.11.1923 verfaßten Aufruf des „Reichsausschusses deutscher Jugendverbände" mitunterzeichnete. Dieser Appell, nach Meinung der Levi-Korrespondenz „ein wahres Sammelsurium blödester nationalistischer Phrasen", [93] war in der Tat so nationalistisch gehalten, daß die Unterschriften von nationalen Jugendverbänden wie Bismarckjugend, Deutscher Hochschulring, Reichsjugendausschuß der DVP u.ä. dem Inhalt weitaus eher angemessen waren als die der SAJ und der Jungsozialisten. Den Gegnern dieser Entscheidung bot sich allerdings erst ein halbes Jahr später auf der Reichskonferenz in Weimar (17./18.5.1924) die Möglichkeit, den Hauptvorstand wegen der Unterzeichnung dieses Aufrufs öffentlich zu kritisieren. Auf dieser Konferenz protestierten die Delegierten der Bezirke Sachsen, Thüringen, Hessen-Nassau und Ostpreußen dagegen und warnten den Hauptvorstand, daß eine Fortsetzung dieser Politik zu Mitgliederverlusten führen würde. Mit knapper Mehrheit wurde ein Antrag gebilligt, der den Hauptvorstand wegen der Unterzeichnung verurteilte und der solche Unterschriften für die Zukunft verbot. Ein weitergehender Antrag auf Austritt aus dem RdJ wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt.

6. Die Stabilisierung der SAJ

Das Jahr 1924 brachte analog zur Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik eine Konsolidierung der SAJ in dem Sinne, daß bei äußerem Wachstum der Mitgliederzahl die inneren Gegensätze sich weitgehend entschärften. Es bedurfte keiner eindringlichen Appelle mehr von seiten des Vorstandes, um den Verband zusammenzuhalten; es genügte die geschickte Taktik der Verbandsleitung, um oppositionelle Bestrebungen in die richtigen Bahnen zu lenken. Gekennzeichnet wurde die innere Entwicklung der SAJ im Jahre 1924 durch eine weitere Verselbständigung des Vorstandes. Die dadurch größer werdende Kluft zwischen der Basis und der Führung des Verbandes erzeugte aber keine explosiven Spannungen, da die politischen Verhältnisse der folgenden Monate relativ wenig Zündstoff für verbandsinterne Auseinandersetzungen boten. Der Katalysator der Richtungskämpfe innerhalb der SPD wie auch der SAJ, die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition, fiel ja nun, da die SPD seit dem 23.11.1923 wieder in der Opposition stand, weg. Der dominierende Einfluß des Vorstandes auf die politische Willensbildung der SAJ-Mitglieder verstärkte sich noch, als Erich Ollenhauer im Januar 1924 Karl Korn als Redakteur der „Arbeiter-Jugend" ablöste. Zwar war die „Arbeiter-Jugend" schon immer mehr das Sprachrohr der Verbandsführung als das der Mitglieder gewesen, doch

92 *Der Führer*, Jg. 5 (1923), Nr. 10/11, S. 81.
93 Zitiert nach: *AJ*, Jg. 16 (1924), Nr. 2, S. 47.

Korns Leitartikel hatten meistens ein theoretisches Pendant zu den pragmatischen, auf die jeweilige Parteitaktik verpflichtenden Artikeln der Verbandsvorsitzenden dargestellt. Erich Ollenhauer, der als Verbandssekretär, Redakteur des „Führer" und der „Arbeiter-Jugend", Sekretär der „Sozialistischen Jugend-Internationale" und als Hauptredner bei den verschiedenen SAJ-Bezirkstreffen die politische Entwicklung der SAJ entscheidend beeinflußte, war besser als Korn dazu geeignet, den Jugendlichen die Entscheidungen und Absichten der Verbandsleitung zu vermitteln. In seinem Redaktionsprogramm führte er die Ziele an, zu denen die „Arbeiter-Jugend" die jugendlichen Leser hinführen sollte: „Bejahung des demokratischen Einheitsstaates als der Voraussetzung des . . . freien sozialistischen Volksstaates, Bejahung auch der geistigen, sittlichen und künstlerischen Werte" der deutschen Kultur, „Pflege des proletarischen Gemeinschaftssinnes und Kämpfergeistes". [94]
Die Tendenz, sich zu verselbständigen und sich demokratischer Kontrolle zu entziehen, wurde deutlich, als der Hauptvorstand 1924 danach strebte, die Struktur der Reichskonferenz zu verändern. Die jährlich einmal tagende Reichskonferenz der SAJ war bis dahin das einzige Gremium gewesen, in dem sich die Kritik, die Forderungen und Vorstellungen der Basis artikulieren konnten. Stimmberechtigt in der Reichskonferenz waren die 12 Mitglieder des Hauptvorstandes (5 erwachsene Parteimitglieder und 7 Jugendliche), die Reichsausschußmitglieder (jede Bezirkskonferenz wählte einen Bezirksvertreter in den Reichsausschuß) und die von den Bezirkskonferenzen gewählten Delegierten zur Reichskonferenz (die Zahl der Delegierten pro Bezirk richtete sich nach der Mitgliederzahl des Bezirks). In einer Sitzung des Hauptvorstandes am 10.2.1924 wurde beschlossen, die gewöhnlich zweitägigen Beratungen der Reichskonferenz in jenem Jahr auf einen Tag zu verkürzen und am zweiten Tag die Einweihung des Reichsferienheimes vorzunehmen. Diese Planung der Konferenz veranlaßte vor allem die sächsischen Bezirke, in sieben verschiedenen Anträgen zur Tagesordnung scharf gegen diese Einteilung zu protestieren und eine Verlängerung der Tagungszeit zu fordern. Außerdem verlangten sie noch, die Tagesordnung durch Aufnahme verschiedener Referate (u.a.: „Die staatspolitische Erziehung der Jugend", „Die Stellung der proletarischen Jugend zum Staat") zu erweitern. Der Hauptvorstand berücksichtigte keinen dieser Anträge und eröffnete die Reichskonferenz mit der Ankündigung der ursprünglichen Tagesordnung, was eine Protestresolution der sächsischen Delegierten nach sich zog. [95] Letztere wurde aber mit 88 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Der Hauptvorstand machte aber einen Vorstoß von noch größerer Tragweite. Bereits in der der Reichskonferenz vorausgehenden Sitzung des Reichsausschusses mit dem Hauptvorstand hatte letzterer seinen Plan angekündigt, die Reichskonferenz in Zukunft nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von einem Teil der Reichsausschußmitglieder abgelehnt, da sie eine zu weitgehende Selbständigkeit der Verbandsleitung befürchteten. Andere verlangten bei Annahme des Antrages zumindest eine Erweiterung der Rechte der Reichsausschußmitglieder. Mit der vagen Versprechung Westphals, den Reichsausschuß künftig häufiger zusammentreten zu lassen, wurde der Antrag von der Reichskonferenz mit 78

94 *AJ*, Jg. 15 (1923), Nr. 12, S. 189.

95 „Die Delegierten der RK. stellen mit Bedauern fest, daß der HV. die von fünf Bezirken eingebrachten Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung in ungenügender Weise erledigte. . . Die RK. fordert vom HV., in Zukunft über solche weitgehenden Anträge zur Tagesordnung nicht eigenmächtig zu entscheiden und sie abzulehnen, so daß die Konferenz bereits festgelegt *ist. „Bericht über die Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 17./18. Mai 1924 in Weimar*, Berlin 1924, S. 7.

gegen 39 Stimmen angenommen. Somit hatte die Verbandsleitung für die nächsten zwei Jahre relativ freie Hand bei der Gestaltung der Verbandspolitik. Der Antrag auf Verlängerung der „Amtsperiode" des Vorstandes hatte mehrere Ursachen: der parallele Beschluß der SPD, Parteitage nur noch alle zwei Jahre einzuberufen; die schlechten Erfahrungen, die die politischen Diskussionen der Görlitzer Reichskonferenz (1923) hinterlassen hatten; die Vorahnung von hitzigen Auseinandersetzungen, die die Reichskonferenz in Weimar dann auch erfüllte.

Zwar war die Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bis zum Zeitpunkt der Reichskonferenz (Mai 1924) weiter fortgeschritten, doch in bezug auf die Stellung zur Republik zog sich weiterhin ein trennender Graben durch die Reihen der SAJ. Nicht zu übersehen waren dabei die Auswirkungen, die der gleichzeitig stattfindende große Bergarbeiterstreik, bei dem es um die Verteidigung der wichtigsten sozialen Errungenschaft der Weimarer Republik – den 8-Stunden-Tag – ging, auf die Staatseinstellung der linken SAJler hatte. Die unterschiedliche Einschätzung des Staates trat während der Reichskonferenz vor allem bei der Diskussion der Arbeitsdienstpflicht zutage. Die Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstjahres für die Jugend war seit Ende 1923 von sehr verschiedenen Interessengruppen gefordert worden. Der Hauptvorstand der SAJ hatte in einer Sitzung am 10.2.1924 erklärt, daß er die Arbeitsdienstpflicht nicht grundsätzlich ablehne, seine Zustimmung aber von der weiteren Entwicklung abhängig machen werde. [96] Zur Reichskonferenz lagen fünf Anträge vor, die die Arbeitsdienstpflicht scharf ablehnten. Als Gründe wurden die Gefahr einer möglichen heimlichen Militarisierung der Jugend sowie der Klassencharakter des Staates angeführt. „Einem Staate, der die Rechte der arbeitenden Klasse täglich kürzt und auf Kosten unserer Klasse gesunden will, können wir nicht billige Dienste leihen." [97] Schließlich wurde eine von der Verbandsleitung eingebrachte Resolution angenommen , die die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in milder Form ablehnte und die Funktion des Staates aus der Analyse der Arbeitsdienstpflicht ausklammerte. Die Stellung des Verbandsvorstandes zum Staat wurde auf der Konferenz von Max Westphal und Erich Ollenhauer mit den bereits bekannten Argumenten formuliert. Westphal wehrte sich gegen den Vorwurf des „Republikfimmels" und betonte, daß er den jetzigen Zustand der Republik als Anfangsstadium betrachte, das weiterzuentwickeln sei. [98] Starken Beifall erntete Erich Ollenhauer, als er erklärte: „Wir sind an dieses Volk gekettet.und wir müssen alle Kräfte anspannen, es lebensfähig zu erhalten, damit wir auf dem Boden geordneter wirtschaftlicher und politischer Zustände daran gehen können, die Republik zum sozialistischen Gemeinwesen auszugestalten." [99] Doch auch nationalistische Stimmen fehlten nicht, wie die Rede von Franz Osterroth verriet, der sich immer noch zur Politik des 4. August 1914 bekannte, mit seinen emotionalen Appellen zur Herbeiführung der Volksgemeinschaft aber recht isoliert blieb. Das Kräfteverhältnis zwischen der staatsbejahenden, die Politik des Hauptvorstandes unterstützenden Fraktion und der den bestehenden Staat verneinenden, zur Politik der Verbandsleitung in Opposition stehenden Fraktion betrug ziemlich genau 2:1. Da die Delegierten der Reichskonferenz in der Regel die Beschlüsse und Forderungen der vorher abgehaltenen Bezirkskonferenzen vertraten, läßt sich dieses Zahlenverhältnis wohl auch auf den Gesamtverband übertragen. Dabei ist zu beachten, daß sich die etwa ein Drittel des Verbandes umfassende Opposition hauptsächlich auf die mitglieder-

96 *AJ*, Jg. 16 (1924), Nr. 3, S. 77.

97 *Bericht über die Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 17./18. Mai 1924 in Weimar*, Berlin 1924, S. 15.

98 *A.a.O.*, S. 11.

99 *A.a.O.*, S. 21.

starken Bezirke Sachsens und Thüringens bezog. Die Verbandsleitung ging nicht nur mit größerem Handlungsspielraum aus dieser Reichskonferenz hervor, sondern auch mit größerer innerer Einheitlichkeit; bei den Wahlen zum Hauptvorstand konnte sich nämlich von den bis dahin vertretenen drei ehemaligen SPDlern nur noch einer, Otto Schröter, behaupten, so daß die Linken im Hauptvorstand zurückgedrängt waren.

7. Die jungsozialistische Bewegung 1919-1922: Suche nach Form und Inhalt

Schon vor dem Krieg bot das Drängen verschiedener, der AJB entwachsener junger Sozialdemokraten, eine selbständige politische Jugendorganisation für die über Achtzehnjährigen zu gründen, für den SPD-Parteivorstand einen ständigen Anlaß zur Sorge. Man befürchtete nicht ohne Grund, daß sich eine solche sozialistische Jugendorganisation von der Partei entfremden würde. Die Ermahnungen, einer solchen Neugründung durch entsprechende Schritte zuvorzukommen, häuften sich. [100] Durch den Krieg wurden diese Bestrebungen nur unterbrochen, aber nicht verschüttet. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1919 kam es in verschiedenen Städten (u.a. München, Berlin, Hamburg, Kiel) zu spontanen Zusammenschlüssen von älteren Arbeiterjugendlichen ohne Einflußnahme von erwachsenen Parteimitgliedern. Meist stammten die Mitglieder dieser „Jungsozialistischen Vereinigungen" aus den verschiedenen sozialistischen Lagern und auch aus der bürgerlichen Jugendbewegung. Angesichts der zunehmenden Ausbreitung dieser jungsozialistischen Bestrebungen versuchte der Parteivorstand, die Bewegung in den Griff zu bekommen und in die Partei zu integrieren. Der Parteitag zu Kassel (November 1920) verabschiedete folgende, die Jungsozialisten (im folgenden abgekürzt: Jusos) betreffende Resolution: „Der Parteitag begrüßt mit lebhafter Freude die geistige Regsamkeit der Jungsozialisten und ihr Streben nach Erringung innerer Selbständigkeit. Der Parteitag verpflichtet daher die Parteiorganisationen, die Bestrebungen der Jungsozialisten tatkräftig zu unterstützen. Insbesondere sind dort, wo sich genügend jüngere Parteimitglieder finden, im Rahmen der Parteiorganisation, deren Beschlüssen sie unterstehen, jungsozialistische Gruppen zu errichten." [101] Gleichzeitig teilte der Parteitag den Juso-Gruppen die von der Partei intendierten Aufgaben zu: Erziehung der Jugendlichen zu Sozialisten, politische Schulung der Mitglieder und rege, aktive Teilnahme am Parteileben. Die Leitung und Verwaltung der Gruppen wurde den Jugendlichen selbst überlassen, doch sollte je ein Vertreter der Partei und des Bildungsausschusses zur Beratung herangezogen werden. Die Förderung und „Beaufsichtigung" der jungsozialistischen Bewegung (im folgenden abgekürzt: Jusobew.) wurde als oberstem Organ dem Zentralbildungsausschuß anvertraut.

Auf den ersten Blick scheint es unerklärlich, was man sich in den leitenden Parteikreisen davon versprach, die Jusobew. nicht zu einer festen Teilorganisation der Partei zu gestalten, sondern die einzelnen Juso-Gruppen in der Form von losen Gemeinschaften ohne Vorstandschaft etc. bestehen zu lassen. Heinrich Schulz erwähnte jedoch, daß die Parteiinstanzen von einer festen jungsozialistischen Organisation „einen Anreiz zu organisatorischen Sonderbündeleien" [102] befürchteten. In der Tat schien die Integrierung der Jusobew. in

100 „Wie man im einzelnen eine Regelung vornehmen will, sie muß in Angriff genommen werden, ehe von selbst aus dem Bedürfnis der Achtzehnjährigen heraus etwas entsteht, auf das wir erst nach manchen unerquicklichen Verhandlungen Einfluß gewinnen werden." Franz Andresen, *Die Achtzehnjährigen*, in: *Neue Zeit*, Jg. 32 (1914), Bd. 1, Nr. 18, S. 670 f.

101 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920*, Berlin 1920, S. 318.

102 *Arbeiter-Bildung*, Jg. 1 (1920), Nr. 1, S. 3.

die Partei durch die vom Kasseler Parteitag getroffenen Beschlüsse (Abhängigkeit der Juso-Gruppen von den Beschlüssen der lokalen Parteiorganisation; fest umrissener Aufgabenkatalog; Beteiligung von beratenden Erwachsenen) gewährleistet zu sein. Allerdings entbrannte in der Folge eine permanente Auseinandersetzung um die Frage des Verhältnisses der Jusos zur Partei. Vor allem die Gruppen, die schon vor dem Parteitagsbeschluß bestanden hatten und deren Zusammensetzung meist sehr pluralistisch war, kämpften um ihre Autonomie. Richard Weimann, dem es als Vorsitzenden des Zentralbildungsausschusses oblag, die Jusobew. an die Partei zu fixieren, hatte deshalb in den Anfangsjahren alle Hände voll zu tun, den Versuchen, die Jusobew. von der Partei zu lösen, entgegenzutreten. In Reden und Schriften verpflichtete er die Jusos ständig zum Bekenntnis für die Partei: „Es ist darum auch selbstverständlich, daß wir gleichzeitig als Parteimitglieder uns den Beschlüssen der Parteiorganisation unterstellen und keine Sonderrechte verlangen. An der Geschlossenheit unserer Partei dürfen und werden wir nicht rütteln, sondern wir fügen uns hinein in das große Ganze." [103]

Im Juni 1921 mußte der Parteivorstand auf eine Anfrage der Berliner Juso-Organisation hin seinen Kasseler Beschluß erneut bekräftigen und darauf hinweisen, daß die Juso-Gruppen organisatorisch als Bestandteile der Partei anzusehen seien und daß Nichtparteimitglieder demzufolge nicht Mitglieder dieser Gruppen sein könnten. Im großen und ganzen kam es aber in der Anfangszeit der Jusobew. zu keinen größeren Zerwürfnissen zwischen Jusogruppen und SPD. Allerdings war die freudige Zustimmung, die die Jusobew. auf dem Parteitag in Kassel (1920) gefunden hatte, schon auf dem nächsten Parteitag bei Teilen der SPD einer vorsichtigen Skepsis gewichen. Friedrich Bartels, der Berichterstatter des Parteivorstandes, sprach auf dem Görlitzer Parteitag (1921) davon, daß manche der auf der ersten jungsozialistischen Reichskonferenz in Bielefeld (1921) „erörterten kühnen Theorien nicht den Beifall der durch lange Erfahrungen mehr kühl abwägenden älteren Genossen finden" könnten. [104] Doch auch hier erwies sich Heinrich Schulz als das geschickte ausgleichende Element. Er bat die Parteigenossen um Vertrauen für die Jusobew., um ihr Zeit für die Ausformung ihrer Ziele zu lassen, auch wenn sie „dabei oft ein bißchen den Blick für die Realitäten des Tages" [105] verlieren sollte.So verhielt man sich auf seiten der Partei vorerst abwartend gegenüber der weiteren jungsozialistischen Entwicklung. Das Verhältnis der Partei zu den Jusos war ohnehin differenziert. Denn während der revisionistische Parteiflügel vom ethischen Sozialismus der idealistischen Jusos Impulse für die sozialdemokratischen Theorieansätze erwartete und sie auch zu verarbeiten wußte (vgl. das Görlitzer Programm von 1921 !), spekulierte der linke, orthodox-marxistische Parteiflügel auf das Entstehen eines oppositionellen Potentials in der Jusobew.

Ähnlich wie die Anfangszeit der AJB nach dem Krieg, standen auch die ersten Jahre der Jusobew. ganz im Zeichen der Diskussion um organisationsinterne Probleme. Dabei handelte es sich in erster Linie um die Frage der Stellung der Jusos zur SPD und um die Festlegung der Ziele und Aufgaben der Jusobew., im Grunde also um die Standortbestimmung des Jungsozialismus. Die Stellung zum Staat wurde in der ersten Periode der Jusobew. (1919-1922) dagegen kaum ins Blickfeld gerückt. Sowohl die Diskussion über die Beziehungen zur Partei als auch die Erörterung der geistigen Inhalte der Jusobew. ließ von Anfang an zwei Fraktionen erkennen, die sich in der Frühzeit der Bewegung um verschiedene lokale

103 Richard Weimann, *Parteitag und Jungsozialisten,* in: *Arbeiter-Bildung,* Jg. 1 (1920), Nr. 5, S. 115.

104 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921,* Berlin 1921, S. 152.

105 *A.a.O.,* S. 159.

Organisationen bzw. deren Sprecher gruppierten. Der rechte Flügel, dessen Wortführer aus den Kreisen der Bochumer (Franz Osterroth, August Rathmann), Hamburger (Gustav Haase, Gustav Dahrendorf) und eines Teils der Berliner Jusos (Robert Keller, Erich Fäse) stammten, war stark vom freideutschen Geist und in bezug auf die Einstellung zur Partei – von Schlagworten der bürgerlichen Jugendbewegung („Überwindung der Parteien durch die Jugend!") inspiriert. Sie forderten die organisatorische und geistige Autonomie der Jusobew., betonten die Gegensätze zwischen Jugend und Alter in der sozialistischen Bewegung und verbanden all dies mit einer vehementen Kritik an der SPD. Wenn man die Liste der an die Partei gerichteten Vorwürfe durchgeht, so wird deutlich, wie stark die SPD-Kritik dieser Juso-Fraktion mit ihren programmatischen Vorstellungen von einer Neubelebung des sozialistischen Gedankens verzahnt war. Der Partei warf man vor, nur ein taktischer Zusammenschluß zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu sein, während die Jusobew. eine echte Lebensgemeinschaft junger Menschen, „das Miteinander- und Füreinanderarbeiten wesensgleicher Menschen" [106] darstelle. Die „verknöcherten Bürokraten", „Philister" und „Parteibonzen", die die Funktionärsposten bekleideten, machte man für die Erstarrung und Unbeweglichkeit der Partei verantwortlich. Eine Erneuerung der Partei wurde allein vom Einfluß der jugendbewegten Gedanken auf das Parteileben abhängig gemacht. Stark kritisiert wurde die Intoleranz der „Alten", die kein Verständnis für die neuen Ideen der Jugend aufbrächten. Einer ihrer Hauptvorwürfe richtete sich gegen eine bereits weiter oben erwähnte Erscheinung innerhalb der damaligen SPD. Mit der Entwicklung zur Massenpartei und der parallel dazu sich ausbreitenden revisionistischen Theorie vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus wuchs die Faszination, die die Vermehrung von für die SPD relevanten Zahlen (Mitglieder, Wähler, Abonnenten etc.) auf die SPD-Funktionäre ausübte. Diesem allein auf das Wachstum und die Sicherheit der Organisation gerichteten Denken, das langfristige Perspektiven in den Hintergrund treten ließ, stellte der ansonsten durchaus mit den revisionistischen Ideen sympathisierende rechte Flügel der Jusos seine „stille Kulturarbeit" gegenüber, durch die ein kleiner Kreis wesensgleicher Genossen gemeinschaftlich die Idee des Sozialismus weitertreibe. So erinnerten sie die Vertreter des oben skizzierten Zahlendenkens daran, daß der Sozialismus nicht dann erreicht sei, „wenn 50% und ein Bürger aller Wahlberechtigten sozialdemokratisch wählen, nicht dann, wenn wir die Mehrheit haben", [107] sondern wenn alle Genossen vom geistigen Band eines gemeinsamen Ideals zusammengehalten würden, wie es in den Juso-Gemeinschaften bereits der Fall sei. Ihre diesbezügliche Kritik war aber nicht nur gegen die SPD gerichtet; auch an der SAJ kritisierten sie deren „Riesenorganisationswut". Im gleichen Zusammenhang warfen sie der Partei vor, nicht mehr Mittel zur Erreichung des Ziels, sondern zum Selbstzweck der Bewegung geworden zu sein. „Der Parole: Die Partei über alles, setzen wir entgegen: Die Idee über alles." [108] Die Kritik der rechten Jusos am Organisationsfetischismus korrelierte häufig mit einer Geringschätzung der Masse der SPD-Mitglieder. Die wirtschaftspolitischen Interessen der Mitglieder, meist von ihnen als „rohe Masse" u.ä. tituliert, dünkten ihnen – gemessen am sozialistischen Ideal – von geringer geistiger, sittlicher und ästhetischer Qualität. Am meisten – weil ihnen am naheliegendsten – entrüsteten sie sich über die Umgangsformen im Parteileben. Das nüchterne, routinemäßige Zusammentreffen der Parteigenossen bei den Zahlabenden, die Nachahmung bürgerlicher

106 Erich Fäse, *Das geistige Wollen der Jungsozialisten*, in: *Arbeiter-Bildung*, Jg. 1 (1920), Nr. 1, S. 16/17.

107 *Jungsozialistische Blätter* (im folgenden abgekürzt: *J.Bl.*), Jg. 1 (1922), Nr. 10, S. 166.

108 *J.Bl.*, Jg. 1 (1922), Nr. 6, S. 100.

Geselligkeitsformen, Tabak- und Alkoholgenuß bei den Versammlungen sowie das Fehlen einer gemeinschaftlichen Begeisterung und eines verbindenden ethischen Gefühls, alle diese Momente stellten für den rechten Juso-Flügel Barrieren für eine Teilnahme am Parteileben dar. Die Kritik an der inneren und äußeren Lebensführung der Parteimitglieder kam auch deutlich in den Leitsätzen zum Ausdruck, die Johannes Schult, der wichtigste erwachsene Wortführer des rechten Juso-Flügels, einer Kieler Jungsozialisten-Tagung (1.1.1921) zur Diskussion vorlegte und die von den Versammelten auch angenommen wurden: „Die den Arbeiterjugendvereinen entwachsenen Parteigenossinnen und -genossen können ihrer ganzen seelischen Einstellung nach nicht ohne weiteres den Schritt zur allgemeinen Arbeiterbewegung machen, denn diese ist in ihrem innern und äußern Leben so einseitig verstandesmäßig und materialistisch gerichtet, daß sie die in der Jugend vorhandenen und durch den Krieg neubelebten irrationalen Regungen nicht befriedigen kann." [109]Die Konsequenzen, die die rechten Jusos aus dieser parteikritischen Haltung zogen, waren unterschiedlicher Art. Meist bestanden sie darin, daß man die Übernahme der in der Partei anfallenden Kleinarbeit verweigerte und die Parteiversammlungen mied. Zum anderen verlangte man die Autonomie der Jusobew., d.h. die Mitgliedschaft in der Juso-Gruppe sollte unabhängig vom Besitz des SPD-Parteibuches sein.

Auf dem linken Flügel der Jusobew. war das Verhältnis zur SPD keineswegs ungebrochen. Auch in dieser Fraktion, die sich in der Anfangszeit der Bewegung hauptsächlich aus den sächsischen, schlesischen und Kieler Juso-Gruppen rekrutierte, griff man im wesentlichen dieselben Erscheinungen innerhalb der SPD an, wie es die rechten Jusos taten, allerdings von einem anderen theoretischen Hintergrund aus. Doch trotz aller oft sehr tiefgehenden Kritik an Parteileben und -taktik war die Verankerung in der Partei und die aktive Mitarbeit in Partei und Gewerkschaften für die linken Jusos eine Selbstverständlichkeit. Die Klagen über verständnislose alte Parteigenossen mündeten nicht in die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Alt und Jung, sondern in die Betonung des gemeinsamen Zieles; die Entrüstung über verknöcherte Bürokraten in der Parteiverwaltung zog nicht die Absage an die Partei nach sich, sondern die Aufforderung, in die Partei zu gehen und die rückwärtsgewandten Funktionäre durch progressive junge zu ersetzen. Eine dritte Gruppe, die aber nur aus einzelnen Jusos bestand (z.B. Fritz Ebert jun., Walter Schenk) legte ein bedingungsloses Bekenntnis zur Partei ab, ohne die negativen Erscheinungen innerhalb der SPD zu reflektieren. Sie wandten sich gegen jedwede Autonomietendenzen, betrachteten die Jusobew. vielmehr als Unterabteilung der Partei.

Auch in der Diskussion über das Wesen, die Aufgaben und Ziele der Jusobew. standen sich die oben genannten zwei Fraktionen, damals schlagwortartig als „Freideutsche" und „Parteidogmatiker" bezeichnet, gegenüber. Allerdings war es nicht so, daß es zwischen ihnen keinerlei Bezugspunkte gab. Eine gewisse gemeinsame Basis war schon vorhanden: die Bedeutung der jugendlichen Energie, Begeisterungsfähigkeit und Emotionalität für die Wiederbelebung der sozialistischen Bewegung wurde von beiden unterstrichen; ebenso verband sie die Propagierung des Sozialismus als Kulturideal im Sinne einer Ergänzung des Sozialismus als wirtschaftliches und politisches Kampfziel. Die Verschiedenheit beider Fraktionen bezog sich bei manchen Anschauungen nur auf die unterschiedliche Intensität, mit der sie diese vertraten; häufiger aber waren es doch grundsätzliche Differenzen, vor allem was die

109 Zitiert bei Paul Kampffmeyer, *Jungsozialismus*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 29 (1923), S. 93.

Folgerungen für die praktische Arbeit betraf. Da in diesen Debatten über das Wesen des Jungsozialismus die Grundlagen für die Art und Weise zu suchen sind, wie die Jusos sich später mit der Problematik des Staates auseinandersetzten, sollen die verschiedenen Stellungnahmen hier kurz skizziert werden. So wie sich die AJB in der Zeit von 1919 bis 1921 die äußeren Formen der bürgerlichen Jugendbewegung (Ausdruckskultur) aneignete, so verarbeiteten die älteren Jugendlichen in der gleichen Zeit die Ideen und Anschauungen der bürgerlichen, insbesondere der freideutschen Jugendbewegung. Der Hamburger „Arbeiterjugendbund" war sowohl in seiner Jüngerenabteilung als auch in seiner Juso-Gruppe die bedeutendste „Einbruchstelle" für freideutsches Gedankengut. Um dessen Einfluß auf die Jusobew. werten zu können, ist es erforderlich, die Entwicklung der freideutschen Jugendbewegung zu umreißen.

Exkurs: Die freideutsche Jugendbewegung

Die freideutsche Jugend war eine lose Verbindung verschiedener Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung, die erstmals im Oktober 1913 anläßlich der Jahrhundertfeier der Schlacht bei Leipzig zum ersten freideutschen Jugendtag auf dem Hohen Meißner zusammentrat. Die Vertreter der dort anwesenden 13 Jugendverbände einigten sich auf folgende gemeinsame Formel: „die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten." [110] Die in der Folgezeit ausbrechenden Querelen um die Frage, ob nur politisch neutrale Verbände der freideutschen Jugend angehören durften, wurden durch den Kriegsausbruch abgebrochen. Seit dem freideutschen Führertag in Jena (Ostern 1916) beherrschte die Stellung zum Sozialismus in zunehmendem Maße die Diskussion. Als Ursache für die Beschäftigung mit dem Sozialismus führten die meist aus der kleinbürgerlichen Schicht stammenden Freideutschen zwei Erfahrungen an, die ihnen der Krieg vermittelt hatte: das Bekanntwerden mit Menschen aus einer anderen Klasse (Arbeiterschaft), die häufig der sozialistischen Bewegung angehörten, und eine kritischere Einstellung zum Staat. Die theoretische Verarbeitung der Kriegserlebnisse geschah aber nicht einheitlich. Spätestens seit dem freideutschen Führertag in Nürnberg (29.3.1918) zeichneten sich zwei Richtungen ab: die „Völkischen" und die „Menschheitler". Während die ersteren die Pflege der völkisch-kulturellen Bindung zum Ziel der Bewegung erhoben, bekannten sich die letzteren zu dem Ideal der Erziehung von neuen Menschen im Geiste der Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Brüderlichkeit. Auf der Ostertagung 1919 in Jena fand man noch eine beiden Flügeln gerecht werdende Formel, die sich zwar an die Meißner-Formel von 1913 anlehnte, aber doch durch die Einbeziehung der Kriegs- und Revolutionserfahrungen jene alte Formel auf eine höhere Stufe erhob: „Die Freideutsche Bewegung ringt um die Idee des Menschheitsreiches der Brüderlichkeit und gegenseitigen Hilfe, das allen Volksgenossen und Völkern ein Leben nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit ermöglicht." [111] Doch auch diese gemeinsame Resolution konnte nicht verhindern, daß die Differenzen in den folgenden Monaten zunahmen und immer mehr Gruppen sich abspalteten. Aus dem der Jusobew. näherstehenden linken „menschheitlichen" Flügel der Freideutschen traten viele Einzelpersonen dem KJVD bei (z.B. Karl und Mia Bittel, Karl August Wittfogel, Alfred Kurella); einige stießen auch zur Jusobew. oder waren zumindest als Gäste auf jungsozialistischen Treffen vertreten.

110 Zitiert bei August Messer, *Die Entwicklung der freideutschen Jugendbewegung*, in: Grabowsky/Koch, *Die freideutsche Jugendbewegung*, 2. Aufl., Gotha 1921, S. 3.

111 *Arbeiter-Bildung*, Jg. 2 (1921), Nr. 2, S. 36.

Für die Freideutschen des „menschheitlichen" Flügels war es eine Selbstverständlichkeit, Sozialist zu sein. Allerdings subsumierten sie unter Sozialismus weniger die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und den Klassenkampfgedanken als vielmehr die Entwicklung eines neuen Gemeinschaftsgeistes, eines aus tiefen religiösen Quellen stammenden Geistes der Brüderlichkeit. „Denn ihr Sozialismus, schon lange vor dem November aus ihren Erlebnissen gewachsen, war ein anderer als der des doktrinären Marxismus oder als der irgendeiner der sozialistischen Parteien. Wie sie immer danach gestrebt hatten, kein Verein zu werden, sondern eine Bewegung der Jugend zu bleiben, so war ihnen auch der Sozialismus ein großer geistiger Strom, eine Bewegung, kein Rezept zur Weltverbesserung und keine Doktrin." [112] Ein so verstandener „freideutscher Sozialismus" übte natürlich eine starke Anziehungskraft auf die Jusos aus, die die Erstarrung der Partei in numerischem Erfolgsdenken durch eine Neubelebung der sozialistischen Idee überwinden und den Verlust des sozialdemokratischen Bewegungscharakters [113] durch die Propagierung eines ethischen Sozialismus aufheben wollten.

Der „freideutsche" Flügel der Jusobew. unterstrich immer wieder seine zweiseitige Verankerung in der Jugendbewegung *und* in der sozialistischen Bewegung. Hamburger Jusos wiesen in einem Antwortbrief an Freideutsche darauf hin, daß sie einerseits als Sozialisten pragmatische politische Kleinarbeit leisteten, andererseits als Angehörige der Jugendbewegung sich als „eine nach den tiefsten Quellen des Menschlichen sich sehnende Gemeinschaft" [114] fühlten. Auch bei den ständigen Versuchen, ein alle Jusos befriedigendes Programm der Jusobew. aufzustellen, standen die freideutschen Ideen des öfteren Pate. So erinnerte Johannes Schults Satz: „Die Jungsozialisten wollen ihr Leben in Aufrichtigkeit und Verantwortlichkeit vor sich und der Gemeinschaft gestalten," [115] den er der Kieler Jungsozialistentagung (1.1.1921) zur Diskussion stellte, auffällig an die Meißner-Formel (1919) der Freideutschen. Karl Bröger, der Redakteur der „Jungsozialistischen Blätter" von 1922-1924, sprach ganz im Sinne der „Menschheitler", als er forderte, den Sozialismus zu einer allgemeinen menschlichen Angelegenheit zu machen und die Schaffung einer brüderlich geeinten Menchenwelt zum Ziel der Jusobew. erklärte. [116] Neben diesen mehr oberflächlichen verbalen Verbindungslinien zum freideutschen Gedankengut waren es vor allem zwei Theorieelemente, die die rechte Juso-Fraktion an die freideutschen Ideen und an die damals aktuelle Marxismus-Kritik der bürgerlichen Wissenschaft banden: die Überwindung des historischen Materialismus durch einen ethischen Idealismus und die Hinwendung zur Gemeinschaftsideologie.

Am engagiertesten kritisierte der Hamburger Juso Gustav Haase die Theorie des historischen Materialismus; deswegen seien seine Gedanken hier stellvertretend für die anderen Ansätze kurz expliziert. Er warf dem Marxismus eine Überschätzung der materiellen und Mißachtung der ideellen Kräfte vor. Insbesondere machte er den historischen Materialismus dafür verantwortlich, daß er die durch die Mechanisierung der Arbeitswelt hervorgeru-

112 Albert Kruse, *Jugendbewegung und Zeiterlebnis*, in: *Grundschriften der deutschen Jugendbewegung*, hrsg. von Werner Kindt, Düsseldorf 1963, S. 203.

113 Vgl. Hans Mommsen, *Sozialdemokratie in der Defensive*, in: *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt/M. 1974, S. 131.

114 *J.Bl.*, Jg. 1 (1922), Nr. 1, S. 10.

115 Zitiert nach Franz Osterroth, *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 4 (1964), S. 530.

116 *J.Bl.*, Jg. 1 (1922), Nr. 1, S. 16. und Nr. 10, S. 166.

fene Not der Arbeiterschaft noch verstärke; denn die Zurückführung alles Guten und Schönen auf materielle Kräfte habe zu einer Loslösung des Proletariats aus dem kulturellen Zusammenhang von Heimat, Volkstum und Religion geführt. Der historische Materialismus habe so die alten Kulturquellen verschüttet, aber keine neuen Kulturansätze entwickeln können. Demgegenüber betonte Haase die Führungsfähigkeit der ideellen Kräfte, die im allgemein Menschlichen wurzelten und die nicht von den äußeren Verhältnissen geprägt würden. Er forderte die Überwindung der Objektstellung, in die der historische Materialismus den Menschen gepreßt habe. Der Mensch solle wieder Subjekt werden, denn er sei das Wesentliche, der Beweger der Geschichte. Den Angelpunkt der Welt will er nicht mehr länger in den Produktionsverhältnissen, sondern im menschlichen Wesen sehen. Dieses menschliche Wesen sei gekennzeichnet durch seine innere Freiheit; jeder könne in sittlicher Selbstbestimmung sein Leben gestalten. Den Willen und das Gemüt erklärte er zu den lebensgestaltenden Faktoren. Dem „Sozialismus der alten Richtung", der das Geistige unterschätze, stellte er den Jungsozialismus gegenüber, der den sittlichen Idealismus, geboren aus den letzten menschlichen inneren Bestimmungen, auf seine Fahnen geschrieben habe; der vom Geist der Mechanisierung beherrschten Parteiorganisation setzte er als in die sozialistische Zukunft weisende Gemeinschaften die Juso-Gruppen, die „sozialistischen Kulturinseln unserer Zeit", entgegen. [117] Haases Materialismuskritik fand sich in der Resolution wieder, die die Hamburger Jusos der 1. Reichskonferenz der Jusos in Bielefeld (August 1921) vorlegten. Darin stellten sie „die einseitige rationale Einstellung des historischen Materialismus bewußt in Frage, denn er ist wissenschaftlicher Wegweiser, nicht aber leitende Weltanschauung. Nach unserer Überzeugung haben die Begründer des Sozialismus ihre Kraft nicht nur aus den Quellen der verstandesmäßigen Erkenntnis, sondern ebenso stark aus den innersten Quellen des Menschlichen geschöpft." [118] Der feurigste, das Denken der Jusos befruchtende Prediger des sittlichen Idealismus war Hendrik de Man, der sich seit 1919 um eine Überwindung des Marxismus bemühte. Er forderte eine Abkehr vom wirtschaftlich-deterministischen Denken und maß dem Menschen als psychologischem Reaktionsagenten die Hauptbedeutung für die Verwirklichung des Sozialismus bei. Er bestritt eine geistige Formung durch die ökonomische Gesellschaftsstruktur. Der Hebel für die Umformung der Gesellschaftsordnung war für ihn das sittliche Wollen der Menschen. [119] Weitere Wurzeln des von den „freideutschen" Jusos getragenen ethischen Sozialismus reichten zu den in den 20er Jahren populären Lehren der Neukantianer Natorp, Cohen u.a..
Die Ursachen dafür, daß die Gedanken eines ethischen Sozialismus in den ersten Jahren der Weimarer Republik nicht nur in der Jusobew., sondern auch in der SPD so stark Fuß fassen konnten, ja sogar das neue Parteiprogramm (Görlitz 1921) prägten, sind verschiedener Art. Zum einen war die Erhebung des Sozialismus zum sittlichen und willensmäßigen Ideal ein Reflex auf die verlorene Revolution, in der sich die sittliche Unreife des Proletariats für den Sozialismus – so die ethischen Sozialisten – bewiesen hatte. [120] Zu-

117 Gustav Haase, *Jungsozialismus*, in: *Arbeiter-Bildung*, Jg. 2 (1921), Nr. 8, S. 191-193; ders., *Jungsozialisten und Arbeiterjugend*, in: *J.Bl.*, Jg. 1 (1922), Nr. 5, S. 75-77 und Nr. 6, S. 91-93; ders., *Gemeinschaft oder Organisation?*, in: *a.a.O.*, Nr. 9, S. 140-141.

118 Zitiert nach Franz Osterroth, *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, S. 532.

119 Hendrik de Man, *Zur Psychologie des Sozialismus*, Jena 1926.

120 Vgl. hierzu: Konrad Haenisch, *Kulturpolitische Aufgaben*, Berlin 1919, S. 15: „Es hat sich in diesen ersten Monaten der Revolution herausgestellt, daß auch weite Arbeiterkreise leider noch nicht intellektuell und sittlich sich der großen Aufgabe würdig erwiesen haben, vor die sie von der Geschichte gestellt worden sind."

dem machten es die zunehmenden Rückschläge der sozialistischen Bewegung – Scheitern der Sozialisierung, Verluste bei den Wahlen, Stagnation der Mitgliederzahl – erforderlich, ständig an den Willen der Parteimitglieder zu appellieren, sie erneut zum Kampf für das sozialistische Ideal zu aktivieren. Außerdem lag der ethische Sozialismus auf der taktischen Linie des Görlitzer Programms, mit dem die SPD eine Öffnung zur Volkspartei versuchte. Für bürgerliche Kreise, die nicht auf Grund einer materiellen Notlage mehr oder weniger zwangsläufig zur sozialistischen Bewegung stießen, besaß der Sozialismus als ein menschheitliches Kulturideal mehr Attraktivität als ein sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig ergebender Sozialismus. Wenn man in Betracht zieht, daß der ethische Sozialismus gerade durch bürgerliche freideutsche Jugendliche in die Jusobew. hineingetragen wurde, daß in der SPD sehr viele „Novembersozialisten" den Sozialismus als sittliches Kulturideal propagierten, dann wird eine weitere Ursache für die Ausbreitung dieser Gedanken in der SPD der Nachkriegszeit deutlich. So folgerte Oskar Blum, „daß die sogenannte Begründung des Sozialismus in der Ethik weiter nichts ist als die moralische Selbstverteidigung jener sozialen Schichten, die für den Sozialismus einstehen, wenn er gleich auch nicht in ihrem direkten materiellen Interesse liegt. Hier ist der springende Punkt der ethischen Bewegung innerhalb des Sozialismus: sie ist die Ideologie der Überläufer aus dem Bürgertum. . . . Was sich als eine 'Erweiterung' des Sozialismus gibt, ist in Wirklichkeit eine Zustutzung seines Gehalts für den Gebrauch jener einzelnen, die ihm ursprünglich als der Ideologie einer fremden Klasse gegenüberstehen." 121

Der zweite Pfeiler des jungsozialistischen Wollens war das Ethos der Gemeinschaft. Die Entwicklung einer neuen Menschheit machte man von der Veränderung der zwischenmenschlichen Beziehungen abhängig. Der dem kapitalistischen Zeitgeist entsprechenden Isolierung und Individualisierung der Menschen stellte man als sozialistisches Ideal eine innere Verbundenheit, ein inneres Gemeinschaftsgefühl gegenüber. Dieses Gemeinschaftsleben, die Vorahnung der menschlichen Beziehungen im Sozialismus, glaubte man auch schon in der kapitalistischen Gesellschaft aufbauen zu können. Zu diesem Zeitpunkt dachten die Jusos – sich als natürliche Auslese fühlend – hauptsächlich noch an die Vervollkommnung ihres eigenen Gemeinschaftslebens, freilich schon mit dem Hintergedanken, daß sich diese inneren Gemeinschaften weiter ausbreiten würden. Das Streben zur Volksgemeinschaft lag noch in der Luft. Formuliert wurde es aber schon von den hauptsächlich die rechten Jusos beeinflussenden „Gemeinschaftsideologen" Gustav Radbruch und Viktor Engelhardt. Gustav Radbruchs „Kulturlehre des Sozialismus" (Berlin 1922) war das Buch, mit dem sich nahezu alle jungsozialistischen Arbeitskreise auseinandersetzten. Radbruch postulierte eine Ablösung der individualistischen Persönlichkeitskultur durch eine Gemeinschaftsethik, die er aus drei Komponenten – Kameradschaft, Gemeinsinn und Arbeitsfreude – zusammengesetzt sah. Ähnlich wie Radbruch sah Viktor Engelhardt das sozialistische Ziel in der Heranbildung innerlicher Gemeinschaftsmenschen. Beide nahmen immer wieder Bezug auf das Mittelalter als ein auch für die Zukunft sinngebendes Beispiel echter Gemeinschaftskultur.

Die „Parteidogmatiker" innerhalb der Jusobew. setzten den neuen Ideen des „freideutschen" Flügels kein geschlossenes Gedankengebäude entgegen, beschränkten sich vielmehr auf die Abwehr der idealistischen Konzeptionen und auf die Verpflichtung zur Parteiarbeit. Meist gaben sie zu, daß auch sie eine stärkere Hervorhebung der kulturellen und ethischen

121 Oskar Blum, *Max Adlers Neugestaltung des Marxismus*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, hrsg. von Carl Grünberg, Bd. 8 (1919), S. 239.

Werte des Sozialismus wünschten; doch auf keinen Fall wollten sie dabei das Fundament des historischen Materialismus verlassen. Sie verteidigten den angegriffenen „Materialismus der Alten" gegen den „Idealismus der Jungen" mit dem Hinweis darauf, daß man bei der Umsetzung des Ideals in die Wirklichkeit notwendigerweise auf materialistisches Denken stoßen werde. Die Verwirklichung kultureller Ideale sei letzten Endes eine Machtfrage; deswegen sei es eine primäre Aufgabe für die Jusos, gemeinsam mit den Alten die politische Macht im Staat zu erringen. [122] Otto Jacobsen (Kiel), in der Anfangszeit der Jusobew. noch auf deren linkem Flügel agierend, wies darauf hin, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft keinen sozialistischen Menschen geben könne. Folglich sei es sinnlos, in der hochkapitalistischen Zeit sozialistische Lebensgemeinschaften als Enklaven zu bilden. [123]
Die Kritik des „parteidogmatischen" Flügels an der „freideutschen" Richtung entzündete sich vor allem am Inhalt der „Jungsozialistischen Blätter". Die 1. Reichskonferenz der Jusos hatte die Herausgabe dieser Zeitschrift zum 1. Januar 1922 beschlossen und Karl Bröger mit knapper Mehrheit zum Redakteur gewählt. Doch Bröger, der dem „freideutschen" Flügel nahestand, gestaltete die „Jungsozialistischen Blätter" nicht – wie erwartet – zu einem Bildungsorgan. Er erklärte es vielmehr zu seinem Ziel, die Zeitschrift zu einem Spiegelbild der Bewegung zu machen, d.h. die Jusos sollten den Inhalt der Zeitschrift durch eigene Beiträge festlegen. Es ergab sich als Resultat eine Umgewichtung des Einflusses der beiden Juso-Flügel. Hatte in dem den Jusos vorbehaltenen Teil der „Arbeiter-Bildung" („Tribüne der Jugend"), die von 1920 bis 1922 das Organ der Arbeiterbildungsausschüsse und der Jusos war, bislang eindeutig der parteipolitisch orientierte Flügel dominiert, so wurde der Inhalt der „Jungsozialistischen Blätter" nun von den Gedanken der idealistisch gesinnten Jusos geprägt. Dies lag nicht nur an der Schreibfreudigkeit der führenden Jusos des rechten Flügels (Rathmann, Haase, Fäse, Spengler usw.) sondern auch daran, daß Bröger – wie es mitunter zwischen den Zeilen offenbar wurde – verschiedentlich linke Aufsätze stornierte. Seit dem Frühjahr 1922 bis zum Ende seiner Redaktionstätigkeit (1924) riß die Kritik der parteiorientierten Jusos an den „Jungsozialistischen Blättern" nicht mehr ab. In den Resolutionen verschiedener, vor allem sächsischer Bezirke wurde die einseitige Betonung ethisch-utopistischer Momente kritisiert. Die „ideell-phantastischen Artikel" wurden als gute und mäßige Belletristik abgetan, die wohl für Ästheten, aber nicht für Arbeiter befriedigend seien. Statt dessen forderte man die Umwandlung der „Jungsozialistischen Blätter" in ein Bildungsorgan, das den Jusos Material für die Bildungsarbeit in ihren Gruppen in die Hand geben und in ein Kampforgan, das das Rüstzeug für den politischen Tageskampf liefern solle. Eine jungsozialistische Führeraussprache am 1.10.1922 in Berlin, auf der von der linken Opposition gefordert wurde, den irrationalen Inhalt zu begrenzen, brachte kein Ergebnis. Die „Jungsozialistischen Blätter" blieben auch in der Folge der umstrittene Aufhänger für die Kritik der linken Jusos am idealistisch gesinnten Juso-Flügel.

Das Bild, das die „Jungsozialistischen Blätter" von der Bewegung widerspiegelten – die Dominanz der „ethischen" Jusos –, entsprach jedoch nicht dem realen Kräfteverhältnis in der Jusobew. In der gesamten Bewegung stellten die parteiorientierten Jusos, die die Juso-Gruppen als Vorbereitungsphase für die Partei betrachteten, die Mehrheit dar. [124]

122 Otto Lamm, *Jungsozialismus , Materialismus und Kultur,* in: *Arbeiter-Bildung,* Jg. 1 (1921), Nr. 4, S. 244-247.

123 Otto Jakobsen, *Marxismus und Jungsozialismus,* in: *J.Bl.,* Jg. 1 (1922), Nr. 10, S. 161-162.

124 Dies wurde u.a. aus einer Auswertung von Fragebögen deutlich, die der Reichsausschuß der Jusos im Sommer 1922 an die Juso-Gruppen verschickt hatte. Im Auswertungsbericht stand: „Es gibt zum Denken Anlaß, wenn man sieht, . . . daß die Gruppen, die rein parteipolitisch, ja dogmatisch eingestellt sind, eine viel geschlossenere Front aufweisen als die Gruppen, die sich mit Problemen beschäftigen." *J.Bl.,* Jg. 1 (1922), Nr. 10, S. 131.

Zu einem vorläufigen Höhepunkt der theoretischen Auseinandersetzung zwischen „Ethikern" und „Marxisten" gestalteten sich die Debatten auf der 1. Juso-Reichskonferenz in Bielefeld. Zum Abschluß der heftigen Diskussionen stellte jede der beiden Gruppen eine Resolution zur Abstimmung. Die Entschließung E.R. Müllers („parteidogmatischer" Flügel) machte die Pflege eines sozialistischen Gemeinschaftslebens von der sozialistischen Wirtschaftsordnung abhängig, rief zur Teilnahme am politischen Tageskampf auf und legte ein unbedingtes Treuebekenntnis zur SPD ab. Die Entschließung Hamburg-Bochum brachte die bereits erwähnte Absage an den historischen Materialismus zum Ausdruck und bekannte sich nur sehr verschwommen zur Parteiarbeit. Nach übereinstimmenden Aussagen verschiedener Teilnehmer der Tagung hätte die „linke" Resolution Müllers die Mehrheit der Stimmen erhalten. Doch Heinrich Schulz, der, wenn es galt, die Geschlossenheit und Einheit der AJB zu wahren, nie um einen Kompromiß verlegen war, griff auch dieses Mal wieder ein und brachte eine eigene, völlig nichtssagende Resolution zur Abstimmung, die niemanden verprellte und folglich auch mehrheitlich angenommen wurde. So waren die Gegensätze fürs erste übertüncht worden; der Konflikt aber schwelte weiter.

8. Die jungsozialistische Bewegung 1923-1924: Politisierung und Spaltung

Die Krisenerscheinungen des Jahres 1923 hatten wie für die SAJ so auch für die Jusobew. eine entscheidende Politisierung und damit verbunden eine Polarisierung zur Folge. Allerdings verlagerten sich die internen Auseinandersetzungen nun auf ein anderes Gebiet: der Streit um die Bedeutung der geistigen oder der materiellen Kräfte wurde nun abgelöst von einer unterschiedlichen Einschätzung des Staates. Dabei bemühten sich zuerst die „Ethiker" um eine Klärung ihrer Stellung zum Staat. Die relativ spät erfolgende Beschäftigung des linken Flügels mit der Problematik des Staates war zumindest anfangs eine Reaktion auf die Staatsdefinition des „freideutschen" Flügels. In den Kreisen der Hamburger Jusos setzte die Hinwendung zum Staat schon Mitte 1922 ein. Durchgängig ist festzustellen, daß das „freideutsche" Hamburger Juso-Lager dem Lassalleschen Staatsideal anhing. Die Hamburger nahmen meist keinen konkreten Bezug auf den Weimarer Staat, sondern huldigten einer abstrakten Staatsidee, die mit ihren ethischen Zielsetzungen korrelierte. Sie bejahten also nicht unbedingt den bestehenden Staat, sondern den Staat, wie er sein sollte: den Staat, „der die Erfüllung der sittlichen Bestimmung des Menschen bedeutet". 125 Willi Woland (Hamburg) beklagte sogar, daß der Staat in der sozialdemokratischen Diskussion stets als „Hebel des Sozialismus", also nur als Mittel zum Zweck betrachtet werde, anstatt ihn um seiner selbst willen zu fordern: „Den Staat um seiner selbst willen fordern, heißt, ihn aus der Idee heraus wollen, die staatsbürgerliche Gesinnung pflegen, die ihn trägt." 126 Die Ermordung Rathenaus war wie für den VAJV so auch für die Jusos das nachhaltigste Ereignis, das das Interesse für den Weimarer Staat weckte. Während aber aus den Resolutionen des VAJV primär das Versprechen, die Weimarer Republik zu schützen, sprach, war die Resolution, die auf der Jahreshauptversammlung der Hamburger Jusos (26.6.1922) zum Tode Rathenaus verabschiedet wurde, weitaus unrealistischer, ja weltfremd. Sie beklagten hauptsächlich, daß über der maßlosen Kritik der Rechtsextremisten an der Staatsform die Staatsidee verlorengehe. Nicht der Verteidigung der Errungenschaften der Weimarer Repu-

125 Gustav Haase, *Jungsozialisten und Arbeiterjugend*, in: *J.Bl.*, Jg. 1 (1922), Nr. 5, S. 76.
126 Willi Woland, *Der Staat in den Mittelpunkt der proletarischen Politik*, in: *a.a.O.*, Nr. 9, S. 142.

blik galt das Hauptinteresse dieser Juso-Fraktion, sondern: „Um die Verankerung einer geschichtlich notwendig gewordenen Staatsidee im Volksganzen geht . . . unser Kampf". [127] Andere Anhänger des ethischen Sozialismus, ein Teil der Berliner Jusos nämlich, entwickelten zur gleichen Zeit völkisch-nationalistische Anschauungen. Von Paul Lensch beeinflußt, [128] erklärte Walter Spengler (Berlin) den Sozialismus zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Sozialistisches Handeln bedeutete für ihn: „. . . an der Stelle, wo der Einzelne im Wirtschaftsleben steht, pflichttreu zu sein, heißt auch unermüdlich zu sein, wo es gilt, den deutschen Namen rein zu halten . . ." [129] Der Ausdruck der deutschen Volksgemeinschaft tauchte seit Ende 1922 zunehmend im Vokabular der Jusos auf. Das Interesse für das Problem der Volksgemeinschaft wuchs dabei um so mehr, je mehr die Beschäftigung mit dem Wesen der kleinen Juso-Gemeinschaften abnahm. Von einer gewissen Konsolidierung der einzelnen Gruppen, natürlich auch von einer gewissen Erschöpfung der Diskussionen um die Gemeinschaftsidee ausgehend, wandte man sich nun externen Problemen zu. Die politische Lage der Republik lenkte das Interesse auf die Volksgemeinschaft. Ein Ausdruck dieser Hinwendung zu dem Problemkreis Volk – Staat – Nation war das Februarheft 1923 der „Jungsozialistischen Blätter", das als Gruppenheft von den Berliner Jusos gestaltet wurde und ganz dem Thema „Volk" gewidmet war. Der Inhalt dieses Heftes ließ in ihm eher das Verbandsorgan einer nationalsozialistischen als das einer sozialdemokratischen Jugendorganisation vermuten. Die Berliner Jusos entwickelten darin das Bild eines vom Chaos der Interessengegensätze geschüttelten Deutschlands. [130] Den Ausweg aus der deutschen Notlage erblickten sie in der Entwicklung eines neuen Führertums. Allerdings verstanden sie unter solchen herbeigesehnten Führern nicht vom Volk gewählte Repräsentanten; ihr Führer ist nicht ein Beauftragter des Volkes, sondern „Beauftragter der Idee, letzten Endes Beauftragter Gottes". [131] Auch sozialdemokratische Parteiführer fielen für die Lösung des deutschen Problems aus, denn: „nur Führer, die hoch über den heutigen sogenannten 'Weltanschauungssätzen' stehen, die abseits von allem offenen und versteckten Doktrinarismus allein der zutiefst verstandenen Idee 'Deutsches Volk' dienen wollen, werden den gewaltig anstürmenden Aufgaben gerecht werden". [132] Den Jusos fiel nach diesen nationalistischen, undemokratischen Theorien die Aufgabe zu, dieses neue Führertum in ihren Gemeinschaften zu verwirklichen und „unser Volk zum adligsten, tapfersten und schönsten [zu] machen". [133]

Beschränkten sich die Stellungnahmen zu den Problemen Staat und Volk bis zum Frühjahr 1923 auf die Juso-Zentren Hamburg und Berlin, so sollte eine jungsozialistische Ostertagung in Hofgeismar (1923) die Frage der Stellung zu Staat und Volk zum Zentralproblem der Jusobew. machen. August Rathmann und Franz Osterroth hatten diese jungsozialistische Arbeitswoche in Hofgeismar konzipiert und unter dem Themenkreis „Volk – Staat – Nation" angekündigt. Die von ihnen intendierten Ziele der Tagung formulierten sie im Einla-

127 *A.a.O.*, Nr. 9, S. 149.
128 Paul Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution*, Berlin 1918.
129 Walter Spengler, *Volksgemeinschaft*, in: *J.Bl.*, Jg. 1 (1922), Nr. 10, S. 163.
130 „An die Stelle der politischen Idee, getragen vom Wissen um ihre letztliche Herkunft von Gott, trat die Wahlparole, (. . .), an die Stelle von verantwortungsvoller Einordnung in das wohlgeordnete, alle umhüllende Ganze trat das unschöpferische Chaos des Machtkampfes von Klassen und Parteien um Interessen und Ämter." Vgl. Kurt Bloch, *Volk und Führer*, in: *a.a.O.*, Jg. 2 (1923), Nr. 2, S. 18.
131 Erich Fäse, *Volk und Führer*, in: *a.a.O.*, Nr. 2, S. 17.
132 *Ebd.*
133 Walter Spengler, *Volk und Jugend*, in: *a.a.O.*, Nr. 2, S. 30.

dungsschreiben: Klarstellung des jungsozialistischen Verhältnisses zum deutschen Volk und Staat, Überwindung des in der sozialistischen Bewegung vorhandenen Mißtrauens gegenüber dem deutschen Volk und Staat, Entwicklung eines neuen positiven Volksbewußtseins und einer entschiedenen Staatsgesinnung. Mehr als die Hälfte der über 100 Teilnehmer kam aus dem besetzten Ruhrgebiet, wodurch die nationale Erregung, die die Stimmung des ganzen Treffens beherrschte, verständlich wurde. Als erster entfachte Karl Bröger mit seinem Vortrag „Deutscher Mensch und deutscher Geist" nationale Begeisterung, aber auch Widerspruch bei den anwesenden Internationalisten, als er den Sozialismus als die dem deutschen Wesen entsprechende Geisteshaltung definierte und abschließend angesichts der deutschen außenpolitischen Notlage zur Rückkehr zum vaterländischen Geist des 4. August 1914 aufrief. Bezeichnend für die Wandlung der einst in abstrakten idealistischen Kategorien denkenden, „freideutschen" Jusos zu realistischen, national gesinnten Tagespolitikern war die relativ geringe Resonanz, die das vom ethischen Idealismus geprägte Referat „Volk und Menschheit" des Neukantianers Prof. Paul Natorp fand. Zum Höhepunkt der Tagung wurde vielmehr das aktuelle politische Referat „Sozialistische Politik im neuen Deutschland" von Prof. Hugo Sinzheimer, der in Anlehnung an die Materialismuskritik der „ethischen" Jusos das Wirken der menschlichen geistigen Kräfte zur Grundbedingung aller geschichtlichen Bewegung erklärte und die Staats- und Volksbejahung von der sozialistischen Bewegung verlangte. Die Beiträge der Vertreter der Hofgeismar-Richtung zum Problemfeld Volk – Staat – Nation wiesen in der Regel drei allen gemeinsame Bestandteile auf. Aus ihrer Gemeinschaftsideologie heraus entwickelten sie die Gleichsetzung des Strebens nach der deutschen Volksgemeinschaft mit den Zielen der sozialistischen Bewegung. Voraussetzung für die Konstruktion dieser Beziehung war, daß sie dem Sozialismus den Charakter einer wissenschaftlichen Theorie absprachen, ihn vielmehr nebulös als „Lebensstrom" definierten und diesen „Lebensstrom" mit dem Streben nach deutscher Einheit und Größe zur Deckung brachten. [134] Ähnlich verschwommen muteten die nicht näher konkretisierten Thesen an, wonach die Idee des deutschen Volkes die Idee des Sozialismus sei und derjenige, der in echtem deutschen Geist lebe, Sozialist sein müsse. [135] Die Stellung zum Staat wurde bestimmt durch die Erkenntnis, daß Volk und Staat die objektiven Existenzformen für die sozialistische Bewegung seien. Wegen dieser Verflochtenheit in den Staat, der Abhängigkeit der Verwirklichung des Sozialismus vom Staat wurde eine unbedingte innere Staatsbejahung und Teilnahme am Staatsleben gefordert.

Aus der allen Hofgeismar-Anhängern gemeinsamen Ablehnung der materialistischen Geschichtsauffassung entwickelten sie eine ihnen eigentümliche Verherrlichung von politischen Führern als Träger der geschichtlichen Entwicklung. Da sie den menschlichen Willen als die Grundbedingung allen politischen Lebens ansahen, schien ihnen für die Verwirklichung politischer Ziele die Existenz von willensstarken Führerpersönlichkeiten Voraussetzung für politische Veränderungen zu sein. Unter echten staatsmännischen Führern verstanden sie dabei solche, die die Idee des Staates über die eigene Parteiideologie stellten. Die Legitimation solcher Führer wurde von ihnen nicht weiter hinterfragt, mitunter sogar auf ein Gottesgnadentum zurückgeführt. [136] Mit dieser Mystifizierung leitender politischer

134 Heinrich Deist, *Volk, Staat und Sozialismus*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 29 (1923), S. 272.

135 Karl Bröger, *Deutscher Mensch und deutscher Geist*, zitiert nach Franz Osterroth, *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, S. 536.

136 Heinrich Deist, *Volk, Staat und Sozialismus*, S. 273.

Persönlichkeiten [137] korrelierte eine Geringschätzung der materiellen Interessen der Massen, meist verbunden mit dem Rat an die Führer, sich nicht immer den Wünschen der Masse zu fügen, sondern gegebenenfalls autokratisch zu handeln. Von den Veranstaltern und Trägern dieser Arbeitswoche wurde das Hofgeismarer Erlebnis emphatisch als Bekenntnis der Jusos zur Politik, als Beweis für den politischen Beruf der Jusos gefeiert. In der Tat war die Hofgeismarer Tagung nicht nur „der Richtpunkt einer durch den Ruhreinfall im Ursprung verursachten vaterländischen Erregung junger Sozialisten und Sozialdemokraten", [138] sondern ein Wendepunkt für die weitere Entwicklung der Jusobew. Hofgeismar bedeutete die Abkehr von der jungsozialistischen Selbstbespiegelung und die Hinwendung zur aktiven Auseinandersetzung mit tagespolitischen Fragen. Die Beschäftigung mit aktuellen politischen Problemen führte zwangsläufig zu einer Verschärfung der beiden Fronten innerhalb der Jusobew. Als Reaktion auf die in Hofgeismar zutage getretenen völkisch-nationalen, ja mitunter nationalistischen Tendenzen, die sich im nachhinein in der Gestalt des Hofgeismar-Kreises institutionalisierten, konstituierte sich eine geschlossene marxistische, internationalistische Oppositionsbewegung. Letzten Endes wurde die Spaltung der Jusobew. (1925) in Hofgeismar vorbereitet. Der Hofgeismar-Kreis, zu dessen Kern Gustav Dahrendorf, August Ratmann, Franz Osterroth, Robert Keller, Heinrich Deist und Benedikt Obermayr zählten, konnte mit seinen Auffassungen vor allem in den Juso-Gruppen Norddeutschlands und Rheinland-Westfalens Fuß fassen. Aber auch für die Geschichte der SPD wurde er von Bedeutung, insofern er einen Sammelpunkt für nationale und religiöse Sozialisten innerhalb der SPD darstellte (Dr. Theodor Haubach, Dr. Carlo Mierendorff, Hermann Heller, Karl Bröger u.a.). Die geistige Verbindungslinie reicht bis zum Godesberger Programm der SPD. [139]

Das politische Handeln, zu dem man sich in diesem Juso-Kreis von nun an bekannte, trat in zweierlei Bestrebungen auf: einerseits in einer verstärkten Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Jugendbewegung, andererseits in Stellungnahmen zu parteitaktischen Fragen. Rathmann berichtete davon, daß an den vom Hofgeismar-Kreis ins Leben gerufenen politischen Arbeitsgemeinschaften fast überall auch Vertreter bürgerlicher Jugendverbände teilnahmen. Die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Jugendbewegung hatte allerdings im Vergleich zu den Jahren zuvor nun eine qualitative Veränderung erfahren. War früher allenfalls die republikanisch gesinnte Jugend, d.h. die „Demokratische Jugend" und der linke Flügel der „Freideutschen Jugend", für gemeinsame Aktionen in Frage gekommen, so suchte man jetzt von seiten der Hofgeismarer Jusos auch den Zusammenschluß mit der völkischen und mit der christlichen Jugendbewegung. Auch die Zielsetzung der Zusammenarbeit hatte sich verändert: standen früher kultur- und wirtschaftspolitische Forderungen der Jugend auf den Fahnen gemeinsamer Unternehmungen, so war es jetzt die Aufgabe, „durch

137 Vgl. Gustav Radbruch, *Volk im Staat*, in: *J.Bl.*, Jg. 2 (1923), Nr. 6, S. 101 f.: Der Führer als „das geweihte Werkzeug der Geschichte"; „'furchtbar' und 'erhaben' sind die Beiworte, die ihm gebühren".

138 Walther Oschilewski, *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, in: *Süddeutsche Monatshefte*, Jg. 23 (1926), Nr. 9, S. 182.

139 „In Hofgeismar (1923) taten sich junge Sozialdemokraten zusammen, die sich um neue Erkenntnis sozialer, politischer, religiöser und philosophischer Zusammenhänge mühten, insbesondere Nation und Staat zum Gegenstand ihrer theoretischen Bemühungen machten. Viele ihrer Gedanken sind in das Godesberger Programm eingegangen." Vgl. Carlo Schmid in seinem Festvortrag, *Hundert Jahre Sozialdemokratische Partei*, am 12.5.1963 in Hannover; zitiert nach Franz Osterroth, *Der Hofgeismarkreis . . .*, S. 525.

Selbstzucht und Opferbereitschaft den Weg zu einer wahren Volksgemeinschaft [zu] bereiten, . . . in der Erkenntnis, daß nur die gemeinsame Arbeit zur gegenseitigen Achtung führt". [140] So lag die Unterzeichnung des nationalistischen Aufrufs des RdJ zur deutschen Notlage (16.11.1923) durchaus im Sinne des Hofgeismar-Kreises.

Die Zuspitzung der innenpolitischen Krise im Herbst 1923 rückte die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden in den Mittelpunkt der bewegungsinternen Diskussion. Auf der Reichsausschußsitzung der Jusos am 17./18.11.1923 prallten die Gegensätze heftig aneinander. Während die Kölner, Kasseler und die sächsischen Jusos gemeinsame Aktionen mit dem „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands" befürworteten und durchführten, lehnten die Vertreter des Ruhrgebietes, Hamburgs und Berlins ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab und plädierten für verstärkte Hinwendung zu den bürgerlichen Jugendverbänden. Dieselben Jusos, die einst die Beschäftigung mit tagespolitischen Fragen als nicht dem Wesen des Jungsozialismus gemäß betrachtet hatten, stellten nun Forderungen an die Partei, wie sie sich gegenüber aktuellen politischen Fragen verhalten solle. Das reichte vom Appell an den bevorstehenden Parteitag, sich für die Koalitionspolitik der SPD zu entscheiden, bis zu der unverhüllten Aufforderung an die Adresse der Parteiführung, nicht auf die derzeitige radikale Stimmung der Massen einzugehen.

Die jungsozialistische Opposition gegen die nationalen Hofgeismarer Tendenzen formierte sich seit September 1923. Zwar war diese oppositionelle Fraktion, die sich in erster Linie auf die Bezirke Hannover und Hessen konzentrierte, von heterogener Zusammensetzung – ihr gehörten sowohl die mit der Vereinigung von SPD und USPD (1922) zu den Jusos gestoßenen jugendlichen Mitglieder der ehemaligen USPD als auch die Angehörigen des „Internationalen Jugend-Bundes" (IJB) [141] an –, doch verdankten sie ihrer übereinstimmenden Einschätzung des Weimarer Staates eine geschlossene Frontstellung gegen die Propagandisten der Volksgemeinschaft. Am Anfang der oppositionellen Aktivitäten stand ein Juso-Treffen der Provinz Hannover am 9.9. 1923. In der dort verabschiedeten Resolution bekannten sich die Versammelten zum Marxschen Klassenkampfgedanken und lehnten „eine Volksgemeinschaft, die etwa eine Überbrückung der Klassengegensätze bezwecken soll", ab. [142] Anläßlich einer Gruppenleitersitzung der Bezirke Hessen-Nassau und Hessen-Kassel unterstützte die große Mehrheit der Teilnehmer die These von Stierle (Frankfurt), „daß das Klasseninteresse des deutschen Proletariats heute noch übergeordnet ist dem deutschen Staatsinteresse", [143] da das Staatsinteresse immer noch die Verkörperung der bourgeoisen Wirtschaftsinteressen darstelle. Nachdem sich eine gleichgerichtete kritische Einstellung zum Staat in verschiedenen Bezirken herauskristallisiert hatte, ging man im linken Lager dazu über, durch die Konstituierung einer oppositionellen Fraktion dem Einfluß des Hofgeismar-Kreises, der die Reichsleitung majorisierte und durch Karl Bröger das Verbandsorgan entscheidend prägte, entgegenzuwirken. Für Pfingsten 1924 wurde eine Konferenz nach Hannoversch-Münden einberufen, auf der man sich eine gemeinsame ideologische Plattform schaffen wollte. Nach Referaten von Hermann Kranold („Die Vereinigten Staaten von Europa") und Georg Engelbert Graf („Klassenkampf und Volksgemeinschaft") einigte man sich darauf, den Gedanken des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität hochzuhalten

140 August Rathmann, *Unsere Aufgabe in der Jugendbewegung*, in: *J.Bl.*, Jg. 2 (1923), Nr. 11, S. 215.

141 Zum Einfluß der IJB-Mitglieder auf die Jusobew., vgl. Werner Link, *Die Geschichte des internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK)*, Diss. phil., Marburg 1961, S. 79-99.

142 *J.Bl.*, Jg. 2 (1923), Nr. 10, S. 207.

143 *A.a.O.*, Jg. 3 (1924), Nr. 4, S. 94.

und die bürgerliche formale Demokratie abzulehnen. Bei der Einschätzung des Weimarer Staates ging man in der linken Fraktion von folgenden Theoremen aus: [144] Das grundlegende Element ihrer Staatsanalyse war die Kennzeichnung des bestehenden Staates als Klassenstaat, in dem nach wie vor die Bourgeoisie an der Macht sei. Der Staat sei immer noch „eine Rechtsorganisation der Gesellschaft vom Standpunkt und im Interesse der herrschenden Klasse". [145] Die Hofgeismarer Gleichsetzung von Deutschtum und Sozialismus, hinter der die These stand, daß das ganze deutsche Volk den sozialistischen Menschheitsgedanken verwirklichen werde, erklärten sie durch die Existenz der Klassenherrschaft für ad absurdum geführt. Solange ein Volksteil den anderen ausbeute, könne es keine Volksgemeinschaft geben. Sie kritisierten die Parteiführer, daß sie über der Lobpreisung der Staatsform vergessen hätten, den Inhalt dieser Republik zu durchleuchten. Insbesondere warfen sie ihnen vor, daß sie durch die Verwechslung von Form und Inhalt der Illusion des „Hineinwachsens" in den sozialistischen Zukunftsstaat qua sozialpolitischer Reformen anheimgefallen wären. Gegen alle undifferenzierten staatsbejahenden Formeln gewandt, forderten sie eine entschiedene Verneinung des bestehenden Staates wegen seines Klassencharakters. Trotz aller grundsätzlichen Ablehnung des Weimarer Staates bekannten sie sich aber doch zur Staatsform der demokratischen Republik. Sie schien ihnen die geeignete Basis für den Aufbau einer sozialistischen Republik, der beste Ansatzpunkt zur Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Die Transformierung der bürgerlich-demokratischen in eine sozialistische Republik machten sie von der Eroberung der politischen Macht im Staat durch das Proletariat abhängig. Als praktische Konsequenz aus dieser Zielvorstellung stellten sie das primär an die Parteileitung gerichtete Postulat auf: „Nicht mehr das Vaterland über die Klasse setzen, nicht mehr nur Staatspolitik, sondern auch Klassenpolitik." [146]
Mit der Konstituierung des Hannoveraner Arbeitskreises (Pfingsten 1924) war der Bruch in der Jusobew. offensichtlich geworden. Durch verschiedene Anstrengungen versuchte man vor allem von seiten des Hofgeismar-Kreises, eine endgültige organisatorische Spaltung der Bewegung zu verhindern. Doch die Einheit, die man nach außen hin noch bis Anfang 1926 wahrte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den beiden Fraktionen keinerlei übereinstimmende Ansichten mehr vorhanden waren.

9. Die SPD und ihre beiden Jugendorganisationen

Für die Geschichte der SPD in der Weimarer Republik ist durchgängig eine fehlende Aufgeschlossenheit des überalterten Parteivorstandes für die Probleme und Tendenzen in der Jugend festzustellen. Diese Vernachlässigung der Jugendarbeit dokumentierte sich in der relativen Überalterung der Partei. 1930 lag der Anteil von unter 20jährigen Mitgliedern bei 1,2% der Gesamtmitgliederzahl. [147] Die Zahl der Parteimitglieder unter 25 Jahren blieb unter 10% und damit noch unter der Zahl über 60jährigen Mitglieder. [148] Aber auch die spon-

144 Zum folgenden vgl. Paul Witthöft, *Um den Jungsozialismus!*, in: *J.Bl.*, Jg. 2 (1923), Nr. 12, S. 244-248; ders., *Stellung des Proletariats zum Staat*, in: *a.a.O.*, Jg. 3 (1924), Nr. 8 S. 181-184; Karl Dörr, *Jungsozialistische Gegenwartsfragen*, in: *a.a.O.*, Nr. 4, S. 76-77; Georg Engelhart Graf, *Klassenkampf oder Volksgemeinschaft?*, in: *a.a.O.*, Nr. 8, S. 176-178.

145 *A.a.O.*, S. 176.

146 Paul Witthöft, *Die Stellung des Proletariats zum Staat*, in: *a.a.O.*, Jg. 3 (1924), Nr. 8, S. 183.

147 Zitiert nach Hans Mommsen, *Sozialdemokratie in der Defensive*, in: *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt/M. 1974, S. 124.

148 Sigmund Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart 1965, S. 36.

tanen Gründungen der sozialdemokratisch orientierten Jugendorganisationen, von denen die Parteileitung überrascht wurde, waren Anzeichen mangelnder Sensibilität der Parteiinstanzen für jugendliche Bestrebungen. Sowohl den um 1904 entstandenen Arbeiterjugendvereinen als auch den 1919 sich bildenden jungsozialistischen Vereinigungen mußte die Partei „nachlaufen", um sie in den Parteiapparat integrieren zu können. Aus diesem offensichtlichen Versagen ihrer Jugendpolitik zog die Parteileitung jedoch keine grundlegenden Konsequenzen, worunter man sich etwa die stärkere Berücksichtigung von Forderungen der Jugendlichen oder eine Vertretung der Jugendorganisationen bei Parteitagen oder eine Verjüngung des Parteivorstandes hätte vorstellen können. Die Konsequenz, die man in Parteikreisen zog, war die der Konstruktion eines organisatorischen Gebildes, durch das gewährleistet werden sollte, daß der Jugendliche nach Beendigung seiner Schulzeit seinen Weg durch die sozialdemokratischen Jugendorganisationen ohne Unterbrechung bis zur schließlichen Erfassung durch die Partei gehen konnte. Dies sollte in zwei Etappen geschehen: Die SAJ sollte den 14-18jährigen die gefühlsmäßige Verbundenheit mit der Partei vermitteln. Die Jugendarbeit in der SAJ sollte sich zusammensetzen aus der Pflege von geselligem, den jugendlichen Bedürfnissen entsprechendem Gemeinschaftsleben und der Aneignung der sozialistischen Weltanschauung mit Betonung der emotionalen Komponenten. Nach Erreichung des 18. Lebensjahres sollte der automatische Übertritt in die Juso-Gruppen erfolgen. Diesen wurde als Aufgabe zugeschrieben, die 18-25jährigen durch politische Schulung auf die Arbeit in der Partei vorzubereiten und sie auch schon zur Mithilfe bei der im Parteileben anfallenden Kleinarbeit anzuhalten. Dieses idealtypische Bild sozialdemokratischer Jugendarbeit, das den leitenden Parteifunktionären vorschwebte, konnten sie aber nicht in die Wirklichkeit umsetzen. Die Entwicklung der Jusobew. machte ihnen einen Strich durch die Rechnung.

Schon 1922, ein Jahr nach der endgültigen Konstituierung der Jusobew., waren in den SAJ-Kreisen die ersten Klagen darüber zu hören, daß die Juso-Gruppen ihrer ihnen von der Parteileitung zugeschriebenen Aufgabe, Bindeglied zwischen Jugendbewegung und Partei zu sein, nicht oder nur mangelhaft nachkamen. Der Hauptvorstand der SAJ rügte in seinem Jahresbericht für 1922 die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Ortsgruppen der SAJ und den Jusos, die an verschiedenen Orten dazu geführt habe, daß die die SAJ verlassenden 18jährigen Sondergruppen gebildet hätten. Daß diese Klage der SAJ-Funktionäre nicht mit einer Analyse oder Diskussion der Ursachen dieser fehlenden Zusammenarbeit verbunden war, sondern nur in der lapidaren Drohung mündete: „Im neuen Jahre wird der Entwicklung in diesen Bahnen wohl kaum freier Lauf gelassen werden können," [149] wirft ein bezeichnendes Licht auf die bürokratischen, die innerparteiliche Demokratie negierenden Tendenzen in der SAJ-Führung. Im folgenden Jahr verstärkten sich dann tatsächlich die Bemühungen des SAJ-Hauptvorstandes, die Homogenität der sozialdemokratischen Jugenderziehung herzustellen. Im Frühjahr 1923 gab der Hauptvorstand der SAJ der Reichsleitung der Jusos Richtlinien zur Beratung, die eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen zum Ziel hatten. In ihnen wurde die gegenseitige Teilnahme an den Vorstandssitzungen mit beratender Stimme festgelegt sowie beschlossen, daß die Mitglieder der SAJ mit vollendetem 18. Lebensjahr in die Juso-Gruppen übertreten sollten. Außerdem sollte die Geschäftsführung der Jusobew. in Zukunft vom Büro des SAJ-Hauptvorstandes

149 *Unsere Arbeit. Die Arbeiterjugendbewegung 1922*, Berlin 1923, S. 51.

ausgeübt werden. Auf der SAJ-Reichskonferenz in Görlitz (Mai 1923) sowie auf der Juso-Reichskonferenz in Erlangen (9./10.8.1923) wurden die Vereinbarungen jeweils von der Mehrheit der Delegierten angenommen. Die im Rahmen dieser Konferenzen geführten Diskusssionen offenbarten die Differenzen zwischen beiden Jugendorganisationen, die freilich von den verschiedenen Fraktionen unterschiedlich beurteilt wurden.
Die Stellung der SAJ-Leitung zu den Jusos war von zweierlei Zwängen gekennzeichnet. Einerseits gerieten die SAJ-Funktionäre unter den zunehmenden Druck der jugendlichen Forderung nach Aufhebung der 18jährigen-Altersgrenze, die vor allem auf der Görlitzer Reichskonferenz wieder stark vertreten wurde. Dahinter stand die Klage, daß der jugendliche Arbeiter nach dem 18. Lebensjahr aus der sozialdemokratischen Bewegung gestoßen werde, da weder die Partei noch die Juso-Gruppen einen Ersatz oder eine Fortführung der SAJ darstellen würden. Andererseits sah die SAJ-Leitung die Intention der Parteiführung, die jugendliche Bildungsarbeit in der Juso-Organisation fortzuführen, dadurch zunichte werden, daß immer mehr Jugendliche auf einen Übertritt in die Jusobew. verzichteten und oft der Partei ganz verlorengingen. Da die SAJ-Funktionäre von einer Aufhebung der Altersgrenze immer noch eine politische Aktivierung der SAJ durch ältere Jugendgenossen fürchteten, sie aber auch ein Überwechseln der Älteren in andere sozialistische oder kommunistische Jugendorganisationen verhindern wollten, bemühten sie sich verstärkt, die Juso-Gruppen zur Öffnung gegenüber ehemaligen SAJ-Mitgliedern zu veranlassen. Dabei ließ sich die SAJ-Leitung nicht auf eine inhaltliche Kritik an den verschiedenen Tendenzen in der Jusobew. ein, sondern ermahnte lediglich die verantwortlichen Jusos, stärker auf die Bedürfnisse der Arbeiterjugend einzugehen und die sozialistische Jugendarbeit fortzusetzen.
Der Adressat dieser Ermahnungen, die Juso-Fraktion, die sich das Mißtrauen der älteren SAJ-Mitglieder zugezogen hatte, war die „freideutsche" Richtung. Das intellektuelle Niveau der in ihren Kreisen geführten Diskussionen sowie deren Inhalt verschreckten viele aus der SAJ kommende jugendliche Arbeiter. [150] Außerdem bemühten sich die dem Organisationsdenken abholden, vielmehr dem Gemeinschaftsdenken zugeneigten „freideutschen" Jusos keineswegs um eine Vergrößerung ihrer Zirkel; ihr Ziel war, mehr in die Tiefe als in die Breite zu wirken. Die Beschränkung auf kleine Gemeinschaften setzte sich auch noch fort

150 Diese Kluft ist wahrscheinlich auf die unterschiedliche soziale Herkunft der Mehrzahl der SAJ-Mitglieder einerseits und der „freideutschen" Jusos andererseits zurückzuführen. Leider gibt es weder Untersuchungen über die soziologische Struktur der SAJ noch über die der Jusos. In der Literatur über die AJB sind nur zwei, allerdings durch kein Zahlenmaterial bewiesene Angaben über die soziologische Herkunft der SAJ-Mitglieder zu finden. Curt Bondy, *Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse*, Lauenburg 1922, wies, sich auf seine Hamburger Erfahrungen stützend, darauf hin, daß der größte Teil der AJB einer dünnen Oberschicht des Proletariats entstamme. Dabei ist allerdings zu beachten, daß der Hamburger „Arbeiterjugendbund", den Bondy zur Grundlage seiner Untersuchung machte, wegen seiner starken Affinität zur bürgerlichen Jugendbewegung nicht repräsentativ für die gesamte AJB war. Allerdings gibt auch Lisbeth Franzen-Hellersberg in ihrer Untersuchung, *Die jugendliche Arbeiterin, ihre Arbeitsweise und Lebensform*, Tübingen 1932, an, daß die SAJ-Mitglieder meist aus kleinbürgerlichen oder gehobenen Arbeiterkreisen stammen, während Kinder von ungelernten Arbeitern kaum unter ihnen vertreten sind. *A.a.O.*, S. 94. Da im „freideutschen" Juso-Flügel viele ehemalige Angehörige der freideutschen Jugendbewegung zu finden waren, die bürgerliche Jugendbewegung aber in ihrer schichtenspezifischen Zusammensetzung dem mittleren und Kleinbürgertum zugeordnet war, dürfte in diesen Juso-Gruppen der Anteil von Jugendlichen aus dem Mittelstand höher gewesen sein als in der SAJ.

als sich der idealistische Juso-Flügel 1923 zunehmend der Beschäftigung mit politischen Problemen zuwandte. Auch jetzt wehrte sich dieser Kreis gegen die Bestrebungen der SAJ-Leitung, die Jusobew. in eine Bildungsorganisation zu verwandeln. Man betonte weiterhin den unterschiedlichen Charakter von SAJ und Jusobew. und bestritt die von der Parteileitung intendierte organische Verbindung zwischen beiden. Gustav Dahrendorf, Hamburger Exponent des Hofgeismar-Kreises, prophezeite eine Zersplitterung der Jusobew. als Folge der Aufnahme von 18jährigen SAJlern: „Hie '18-jährige' und diejenigen, die an den restlosen organischen Zusammenhang glauben; hie Jungsozialisten, die in der Bewegung nicht allein und in erster Linie eine Stätte der Erziehung, sondern auch und in vorherrschendem Maße eine Bewegung sehen, die bereits praktische und auch theoretische Aufgaben unmittelbar zu erfüllen hat, – und das aus einer klaren und großen Verpflichtung –." [151]
Die linke Opposition innerhalb der SAJ stimmte auf der SAJ-Reichskonferenz in Görlitz gegen die Annahme der Richtlinien über die Zusammenarbeit zwischen Jusos und SAJ. Sie bestand auf der Aufhebung der Altersgrenze für die SAJ, da sie vom Übertritt der 18-jährigen in die Jusobew. eine Assimilierung der ehemaligen SAJler an die „freideutschen" und mittlerweile nationalen Tendenzen in der Jusobew. befürchtete. Ihre Kritik an den Jusos war eindeutig: „Die jungsozialistische Bewegung können wir nicht als eine Fortsetzung der Arbeiterjugendbewegung betrachten, denn sie ist entweder ein Konkurrenzunternehmen der Partei oder ein schöngeistiger Verein." [152] Die parteiorientierten Jusos hingegen begrüßten verständlicherweise die vereinbarten Richtlinien. Sie versprachen sich davon die Zurückdrängung des Einflusses der ethisch orientierten Jusos und eine Hinwendung zur sozialistischen Bildungs- und Erziehungsarbeit. Sie forderten überdies eine Zusammenarbeit der Redaktionen der „Jungsozialistischen Blätter" und der „Arbeiter-Jugend"; dahinter stand die Intention, auch die „Jungsozialistischen Blätter" in ein Bildungsorgan zu verwandeln. Auf der Erlangener Reichskonferenz konnten sie einen klaren Abstimmungssieg verbuchen: Die Richtlinien wurden angenommen; die Redaktion der „Jungsozialistischen Blätter" wurde verpflichtet, mehr politische Artikel aufzunehmen. Doch die Annahme dieser Richtlinien führte nicht zu der intendierten Verzahnung der beiden Organisationen. Zwischen der Massenorganisation SAJ mit über 100 000 Mitgliedern und der kleinen Gemeinschaft der Jusos mit maximal 4000 Mitgliedern blieb weiterhin eine Kluft bestehen, die mit den Polarisierungstendenzen in der Jusobew. sich eher vergrößerte als daß sie kleiner wurde.
Als nach der Jenaer Reichskonferenz der Jusos (1925) der linke Flügel Leitung und Zeitschrift der Jusobew. übernahm, beließ es der SAJ-Hauptvorstand nicht mehr bei Mahnungen, sondern antwortete mit Gegenmaßnahmen. Der Hauptvorstand der SAJ stellte auf der 6. Reichskonferenz der SAJ in Hildesheim (17./18.4.1926) den Antrag, die Altersgrenze von 18 auf 20 Jahre zu erhöhen. Jetzt, wo die Gefahr bestand, daß die über 18jährigen in der marxistisch orientierten Jusobew. zu einer oppositionellen Haltung gegenüber der offiziellen Parteilinie geführt werden könnten, überwand die SAJ-Leitung ihre jahrelang vorgetragenen Befürchtungen gegenüber einer Aufhebung der oberen Altersgrenze. Erich Ollenhauer führte in der Begründung des Antrages an, daß dieser nur deswegen gestellt worden sei, weil die Jusos ihre Aufgabe, die jugendlichen Arbeiter der Partei zuzuführen, nicht erfüllt

151 Gustav Dahrendorf, *Arbeiterjugend und Jungsozialisten*, in: *J.Bl.*, Jg. 2 (1923), Nr. 7, S. 116.
152 *Bericht über die 4. Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 12. und 13. Mai 1923 in Görlitz*, Berlin 1923, S. 43.

hätten. [153] Der der Reichskonferenz beiwohnende Vertreter der Juso-Reichsleitung, Franz Lepinski,wies demgegenüber darauf hin, daß die jungsozialisten-feindliche Stimmung nur im Hauptvorstand, aber nicht in der Arbeiterjugend bestehe. Auch die linke SAJ-Opposition stimmte nun gegen diesen Antrag, den sie drei Jahre vorher, als noch die „freideutsche" Richtung die Leitung der Jusobew. majorisierte, befürwortet hatte. Einer ihrer Vertreter, Otto Schröter (Leipzig), machte auf die Hintergründe des Antrages aufmerksam: „Es ist in diesem Kreis ein offenes Geheimnis, daß man den Jungsozialisten erst seit der Zeit so skeptisch gegenübersteht, als Jena stattgefunden hat und die Führung der Bewegung in die mehr linksgerichteten Kreise übergegangen ist. Ich mache es dem Hauptvorstand und besonders Max Westphal zum Vorwurf, daß er seit Jena die Jungsozialisten mit allen Mitteln bekämpft hat." [154] Der Antrag des Hauptvorstandes wurde mit 75 gegen 14 Stimmen angenommen. Doch dieser Beschluß bedeutete nicht das Ende der Bestrebungen der SAJ-Leitung, die Jusobew. auszuschalten. In einer „Denkschrift" an den Parteivorstand (1927) forderte sie die Beseitigung der Jusobew., da ihre „Erziehungsarbeit an der Parteijugend in einer Richtung beeinflußt wird, die wesentlichen Grundsätzen der politischen Arbeit der Partei widerspricht". [155] Die Auflösung der Jusobew. durch den Leipziger Parteitag der SPD (1931) setzte den Schlußpunkt unter diese Bemühungen, eine zur unbequemen Opposition gewordene Jugendorganisation zu liquidieren.

Die Wurzeln der unterschiedlichen Entwicklung der beiden sozialdemokratisachen Jugendorganisationen – der Entwicklung der SAJ zu einem straff geleiteten, festgefügten Parteijugendverband einerseits, der Entwicklung der Jusobew. zu einer losen Gemeinschaft „antiautoritärer" jugendlicher Parteianhänger andererseits – sind in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu finden. Es waren dies die innere Struktur der beiden Organisationen und ihre Stellung zum Weimarer Staat. Die SAJ entwickelte sich organisch aus einer reinen Parteijugendpflege (1908-1918) heraus. Mit der von der Partei „erlaubten" Teilnahme der Jugendlichen an der Gestaltung ihres Verbandslebens wurden die jugendlichen Bestrebungen nach Autonomie und Selbstverwaltung aufgefangen und kanalisiert. Das den Jugendlichen zugestandene Recht auf paritätische Verbandsleitung erwies sich jedoch als fragwürdig, wenn man berücksichtigt, daß neben den erwachsenen Vertretern in der Vorstandschaft ein Kern von auf die Taktik und Politik des Parteivorstandes eingeschworenen Jugendfunktionären saß. So war die Majorität der offiziellen Parteirichtung in der Leitung der SAJ gewährleistet. Die Willensbildung der breiten Mitgliederschaft war insofern beschränkt, als die Verbandszeitschrift „Arbeiter-Jugend" als Bildungsorgan und nicht als Stätte der innerverbandlichen Diskussion konzipiert war. (Die für die Probleme der Bewegung zur Verfügung stehende Zeitschrift „Der Führer" erschien in einer Höchstauflage von 6000 Exemplaren und war nur für die Funktionäre der SAJ gedacht.) Die starre, bürokratische Leitung der

153 „Es ist auf die Dauer nicht tragbar, daß, nachdem wir uns vier Jahre um die Seelen und Hirne tausender junger Menschen bemüht haben, diese uns dann abwandern und nicht zu den Jungsozialisten gehen. Wir finden sie bei den Naturfreunden, in Turnvereinen und beim Reichsbanner. Das ist aber nicht der Sinn unserer Bemühungen gewesen, sondern die Jugendlichen sollen ohne weitere Pause in der politischen Organisation untertauchen." Vgl. *Bericht über die 6. Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands am 17. und 18. April 1926 in der Stadthalle zu Hildesheim*, Berlin 1926, S. 11.

154 *A.a.O.*, S. 16.

155 Zitiert nach Franz Lepinski, *Die jungsozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben*, Berlin 1927, S. 23.

SAJ, die über die Jahre hinweg die Politik des Parteivorstandes übernahm, wurde garantiert durch den Mangel an Ämterfluktuation, durch Ämterhäufung und durch die Abkapselungspolitik der Vorstandschaft. Im untersuchten Zeitraum gab es niemals grundlegende Veränderungen in der personalen Zusammensetzung des Hauptvorstandes. In der Zeit von 1919-1924 wurden sechs mal je fünf erwachsene Parteimitglieder in den Hauptvorstand gewählt; diese 30 möglichen Wahlentscheidungen verteilten sich auf nur sieben Personen. Auch in dem Teil des Hauptvorstandes, der den Jugendlichen zustand (von 1919-1922: fünf Stellen; 1923: acht Stellen; ab 1924: sieben Stellen), wurde die Kontinuität gewahrt: Walter Rüdiger, Georg Spiegel, Willi Hofmann (alle 1921-1926) und Hilde Ollenhauer (1921-1924) bildeten einen festen Kern. Hinzu kamen noch die langjährigen Verbandssekretäre August Albrecht und Erich Ollenhauer, deren Einfluß auf die Politik des Verbandes den der einfachen Hauptvorstandsmitglieder noch übertraf. Die Ämterhäufung stach vor allem bei Heinrich Schulz und Erich Ollenhauer ins Auge. Auf die Intentionen des Hauptvorstandes, sich der Kritik der Basis zu entziehen, deuteten die von ihm durchgesetzte Verkürzung der Verhandlungsdauer der Reichskonferenz 1924 sowie die Verlängerung der Konferenzabstände hin. Die skizzierten Erscheinungen in der SAJ muten wie eine Widerspiegelung der in der SPD dieser Jahre vorhandenen Tendenzen an, als deren Konsequenz ein Verlust an innerparteilicher Demokratie zu konstatieren war. Diese undemokratischen Tendenzen waren sicher eine der Ursachen für das recht normierte Erscheinungsbild, das die SAJ in den späteren Jahren bot und das sehr im Gegensatz zur Anfangszeit der AJB stand.

Die lose Verbindung der zahlenmäßig kleinen Juso-Gemeinschaften stand von Anfang an unter dem Zeichen der Konfrontation zwischen den spontan entstandenen, auf Autonomie bedachten Gruppen und den von der Partei gegründeten Juso-Organisationen. Eine Folge dieser Gegenüberstellung war das Fehlen einer einheitlichen Leitung. Die ohnehin nicht fest verankerte, in sich differenzierte Führung der Jusobew. mußte sich im Gegensatz zur SAJ auch nicht ihre Kompetenz mit erwachsenen Parteigenossen teilen. Es konnte sich also von Anfang an kein fester, sich von der Bewegung absetzender Führungsblock bilden. Die Zeitschrift der Jusobew. war kein von der Partei geprägtes Bildungsorgan, sondern ein Kommunikationsorgan, in dem fast ausschließlich Jusos ihre gegensätzlichen Vorstellungen diskutierten. Eine gewisse innere Verbindung zwischen dem rechten und dem sich später konstituierenden linken Flügel wurde nicht durch die Autorität einer bürokratischen Leitung hergestellt, sondern durch die gleichlautende Kritik an der Partei, der man Bürokratisierung, fehlende politische Flexibilität und mangelnde politische Aktivierung der Mitglieder vorwarf. Angesichts dieser im Vergleich zur SAJ recht eigenständigen Entwicklung drängt sich die Frage auf, wieso die Parteileitung keine weitergehenden Anstrengungen unternahm, um die Jusobew. als eine der SAJ ähnliche Massenorganisation mit festem Vorstands- und Funktionärskörper aufzubauen. Die Ursache wird in dem zwiespältigen Verhältnis der Parteiinstanzen zu den Jusos zu suchen sein. Einerseits hatten sie die Jusobew. als das Bindeglied zwischen SAJ und Partei geplant. Andererseits galt die Altersstufe der 18-25jährigen seit jeher als das politisch aktivierende, vorantreibende Element in der Partei. Diese aktive Haltung machte diese Alterstufe zur günstigen Einbruchstelle für oppositionelle Tendenzen. Die Parteileitung befürchtete daher, daß sich aus einer Dominanz der linken Fraktion in einer fest organisierten Jusobew. der Kern einer gegen die offizielle Parteilinie gerichteten Opposition entwickeln könnte. Außerdem war zu bedenken, daß die Gegensätze der Jusos in einem fest gefügten Verband schon sehr viel früher zur Spaltung der Organisation geführt hätten; nur die lockere Form der Jusobew. hatte es ermöglicht, daß die konträren Haltungen nebeneinander bestehen blieben.

Ebenso hatte die Frage der Stellung zur Weimarer Republik unterschiedliche Konsequenzen für die Entwicklung der beiden Organisationen. Die abstrakt gehaltenen Aufrufe der SAJ-Leitung, die das Bekenntnis der Arbeiterjugend zur Republik, ihre Verpflichtung zur Verteidigung der Demokratie propagierten, waren ein geeignetes Instrument, um – sieht man einmal von der sächsischen und thüringischen Opposition ab – die Mehrzahl der SAJ-Mitglieder an die Politik des Hauptvorstandes zu binden. Indem man auf seiten des Vorstands konkreten Analysen des Weimarer Staates aus dem Weg ging, sich jeder tagespolitischen Stellungnahme enthielt und auch keine konkreten Vorstellungen von der Überführung der Weimarer Republik in eine sozialistische Republik entwickelte, gelang es über weite Strecken, die unterschiedlichen Richtungen in der SAJ zu integrieren. Die Zuspitzung der Krise im Herbst 1923 hätte diese Integrationspolitik beinahe zum Scheitern gebracht. Entscheidend für die Erhaltung der Einheit des Verbandes über die Krisenjahre 1922/23 hinweg war, daß die Polarisierung in eine kulturell-ethische und eine mehr wirtschaftspolitisch orientierte Fraktion, die nach dem Weimarer Reichsjugendtag (1920) innerhalb des VAJV aufgetreten war, schon auf dem Bielefelder Reichsjugendtag (1921) weitgehend überwunden wurde – also noch vor dem Hinzukommen der radikaleren SPJ-Mitglieder im Herbst 1922 und der etwa zur gleichen Zeit einsetzenden wirtschaftlichen und politischen Krise.

Bei den Jusos bedeutete die unterschiedliche Stellung zum Staat eine Vertiefung der Gegensätze, die von Anfang an zwischen der „freideutschen" und der „parteidogmatischen" Fraktion bestanden hatten; denn ihr Staatsbegriff war letzten Endes nur die organische Fortentwicklung ihrer in der Frühzeit der Bewegung vertretenen Theorien. Die Spaltung der Jusos war unausweichlich, da keine Führung vorhanden war, die etwa durch abstrakte Staatsbekenntnisse beide Fraktionen auf eine gemeinsame staatspolitische Aktivität hätte festlegen können. So brachte der Funke der unterschiedlichen Stellung zur Weimarer Republik, der auch in der SPD selbst gefährlich glomm, das in der Jusobew. vorhandene Gemisch von nationalem und marxistischem Staatsbegriff zur Explosion.
Die mehrfach erwähnte Integrationstaktik der Verbandsfunktionäre, ihr geschicktes Abblocken oppositioneller Strömungen, war sicherlich nicht auf irgendwelche böswilligen Machtgelüste zurückzuführen, sondern zu einem großen Teil auf ihre ständige Erfahrung der sich zersplitternden sozialistischen Bewegung. Das Resultat dieser integrativen Politik, die die Erhaltung der Organisation zum obersten Maßstab aller politischen Handlungen erhob, war freilich zwiespältig. Dem Vorteil einer starken, ständig wachsenden Jugendorganisation, die der Arbeiterbewegung neue junge Kräfte zuführte, stand der Nachteil der mangelnden innerparteilichen Demokratie und einer mangelnden Flexibilität bei der Entwicklung politischer Handlungsstrukturen gegenüber. Wenn man allerdings in der Retrospektive sieht, daß die SPD in ihrer loyalen Haltung zur Weimarer Demokratie die Macht ihrer Organisation auch dann nicht einsetzte, als die Nationalsozialisten daran gingen, diese Republik zu ruinieren, so sei die kritische Frage gestattet, ob der erwähnte Vorteil wirklich so groß war, wie er sicher manchen der AJB-Funktionäre erschien.

GEORG W. STROBELS GESCHICHTE DER POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATIE UND IHRER BEZIEHUNGEN ZUR SPD UND SDAPR *

Von Feliks Tych

Die Lage mutet einigermaßen paradox an: Der erste und bisher einzige komplexe Versuch einer monographischen Erfassung der Geschichte der polnischen Sozialdemokratie – also der SDKPiL – wurde nicht in Polen unternommen, sondern in der Bundesrepublik. Es handelt sich dabei um ein Werk von 750 Seiten, eng bedruckt und in Großformat, also viel umfangreicher als ein durchschnittliches Buch mit derselben Seitenzahl. Schon deshalb verdient es unsere Aufmerksamkeit. Der Verfasser, G. W. Strobel, hat sich beim Leserkreis der westdeutschen politologischen und historischen Publikationen als Autor zahlreicher Beiträge zur neuesten polnischen Geschichte eingeführt. Darüber hinaus kennt der interessierte Leser seinen sehr kompetent und sorgfältig gestalteten Sammelband mit Programmdokumenten der polnischen revolutionären Linken im Zeitraum von 1878 bis 1918. [1] Der Umfang und die Bedeutung des vorliegenden Werkes gebieten uns also eine besonders aufmerksame Prüfung.

Schließlich handelt es sich hier um die Geschichte einer Partei, die im Laufe des gesamten Vierteljahrhunderts von 1893 bis 1918 den linken, revolutionären Flügel der polnischen und internationalen Arbeiterbewegung bildete und gleichzeitig engste Kontakte mit der SPD unterhielt. Aus ihren Reihen stammten so bekannte Persönlichkeiten der deutschen sozialdemokratischen Linken wie Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Leo Jogiches und Karl Radek. Es ist somit ohne weiteres verständlich, welche Gründe für das Interesse sprechen, das in Deutschland diesem Thema entgegengebracht wird. Man kann aber auch andererseits verstehen, daß die polnischen Historiker dieses Buch mit besonderer Aufmerksamkeit analysieren werden.

Die erste Reaktion des Lesers, der das Werk in die Hand nimmt, ist Bewunderung für die imponierende Kenntnis der polnischen Sachliteratur und der gedruckten Quellen bis hin zu Lebenserinnerungen und einschlägigen Veröffentlichungen der Presse. Bei eingehender Lektüre jedoch erfährt dieser erste Eindruck eine gewisse Dämpfung. Die anzumeldenden Vorbehalte beziehen sich sowohl auf die Behandlung des Quellenmaterials und auf methodologische Fragen als auch auf manche faktische Ungenauigkeit. Überdies ist von vornherein festzuhalten: Ein polnischer Historiker, der über gute Kenntnis der bisherigen, vor allem der polnischen und russischen Sachliteratur und der publizierten Quellen verfügt, wird, wenn es sich um Fakten handelt, nicht viel neues aus der vorliegenden Arbeit erfahren. „Nicht viel" bedeutet aber keineswegs „gar nichts". Zahlreiche interessante, wenn auch nicht fundamentale Tatsachen hat der Autor auf der Basis amerikanischer und deutscher Archivalien zum ersten Mal in die wissenschaftliche Literatur eingebracht.

Beginnen wir die Analyse mit einigen Quellenproblemen. Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß der Autor wohl nahezu keine auf die SDKPiL Bezug nehmende Publikation übersehen hat, selbst wenn sie in entlegenen Sammelwerken oder peripheren Zeitschriften ver-

* Georg W. Strobel, *Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Der polnische „europäische" Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie.* – Wiesbaden: Franz Steiner 1974. XIV, 759 S.

1 Georg W. Strobel, *Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878-1918*, Köln 1968.

steckt war. In dieser Hinsicht hat er eine geradezu imponierende Arbeit geleistet. Andererseits muß aber auch offen festgestellt werden: Die gesamte Monographie ist *ohne* Heranziehung *wichtigster archivalischer Quellen* entstanden. Für diesen Mangel vermögen auch die sorgfältig erfaßten Archivalien aus ausländischen Beständen nicht zu entschädigen. Das für den Gegenstand entscheidende und reichhaltige Archiv der SDKPiL ist in der Untersuchung Strobels nur mittelbar und zu einem Bruchteil berücksichtigt worden, was man dem Autor freilich nicht anlasten kann, war es ihm doch – wie er im Vorwort schreibt – unmöglich, zu den in Moskau und Warschau aufbewahrten Archivalien der SDKPiL Zutritt zu erlangen.

Der Verfasser war sich augenscheinlich selbst darüber im klaren, daß die Nichtbenutzung des Parteiarchivs der SDKPiL die Aussagekraft und den wissenschaftlichen Wert seines Buches weitgehend verringert. Er hat deshalb seine Anmerkungen mit zahlreichen Hinweisen auf die Materialien dieses Archivs gespickt, in dem zu arbeiten er nie Gelegenheit hatte. Woher dann seine entsprechenden Kenntnisse? Einleitend erklärt sie der Autor mit dem Hinweis, daß ihn eine Reihe von Archivalien aus diesen Sammlungen auf Umwegen erreicht hätten. Wir haben uns der mühseligen Aufgabe unterzogen, alle Bezugnahmen auf die Dokumente des Parteiarchivs zu überprüfen. Dabei hat sich erwiesen, daß *alle* der sich auf polnische Archivalien beziehenden Quellenangaben entweder – einschließlich der betreffenden Archivsignaturen – aus Dokumentensammlungen stammen, die in Polen publiziert worden sind oder aus polnischen Arbeiten, in denen jene Dokumente angeführt werden. Buchstäblich keinen einzigen Hinweis gibt es auf ein Dokument der SDKPiL, das nicht schon früher in Polen im wissenschaftlichen Umlauf aufgetreten wäre. Ein Beispiel nur, um diese Feststellung zu untermauern: Auf den Seiten 159 bis 162 beruft sich Strobel neunzehnmal auf Dokumente des Parteiarchivs. Meine Überprüfung hat ergeben, daß alle diese Materialien bereits zwölf Jahre vor der Publikation seines Buches in Polen veröffentlicht worden sind, und zwar in *ungekürzter* Fassung und in *einem* Sammelband – „SDKPiL Materiały i Dokumenty". [2]

In diesem Fall war die Aufgabe des Rezensenten insofern erleichtert, als der Autor alle seine angeblichen Inedita aus einer einzigen Publikation geschöpft hat. Bei anderen seiner Anmerkungen, die sich auf polnische Archivalien beziehen, war der Arbeitsaufwand größer, doch führte er ausnahmslos zum selben Ergebnis. Unnötig scheint uns manchmal auch die Vielfalt der Quellen, auf die sich der Autor beruft. *Ein und dasselbe* Dokument wird einmal nach der einen und ein anderes Mal nach einer anderen Publikation angeführt. [3] Die Briefe Rosa Luxemburgs zitiert der Verfasser gelegentlich aus völlig unverständlichen Gründen mit dem Hinweis auf die Moskauer Zeitschrift „Z Pola Walki", ein anderes Mal beruft er sich auf die Warschauer Vierteljahrsschrift des-

2 *SDKPiL. Materiały i Dokumenty.* Redaktion von Feliks Tych, Bd. 1, T. 2 sowie Bd. 2, beide Warszawa 1962. Der Reihenfolge nach: Anm. 165 auf S. 159 erwähnt ein Dokument, das im angeführten Sammelbd. auf S. 212 veröffentlicht wurde; das Dokument in Anm. 167 befindet sich *a.a.O.*, S. 164-165, Anm. 169, *a.a.O.*, S. 214, während die auf S. 163-192 des Strobelschen Buchs angeführten Dokumente (Anm. 180-331) alle in Bd. 2 der angeführten Publikation veröffentlicht wurden. Und zwar: S. 8 (entspricht Anm. 180), S. 18 (betrifft die Anm. 189 und 253), S. 115 (Anm 190), S. 16 (Anm. 193 und 252), S. 121 (Anm. 195), S. 102 (Anm. 202), S. 166-167 (Anm. 211), S. 169 (Anm. 215), S. 348 (Anm. 292), S. 375 (Anm. 295) und S. 415 (Anm. 331).

3 Vgl. z.B. denselben Brief Plechanows an Engels vom 16.5.1896 auf S. 79, Anm. 32 und auf S. 80, Anm. 38. Ebenso verfährt der Autor mit den Erinnerungen von B. Koszutski, die auf derselben [!] Seite einmal nach dem polnischen Original und dann unnötigerweise wieder nach der russischen Übersetzung (S. 171) zitiert werden, wobei es sich in beiden Fällen um dasselbe Dokument handelt.

selben Namens und schließlich auch auf die Warschauer Buchausgabe, obgleich alle Briefe ungekürzt und korrekt datiert erst in dieser letzten Ausgabe zur Verfügung standen. Der Höhepunkt ist erreicht, wenn Strobel ein und denselben Brief zunächst mit falschem Datum und unter Berufung auf die Moskauer Veröffentlichung in „Z Pola Walki" anführt (S. 81, Anm. 46) und bald darauf mit dem richtigen Datum auf Grund der Buchpublikation (S. 84, Anm. 46).

Was Strobels Methodik und bestimmte Fragen seiner Interpretation anbetrifft, sei einleitend in Erinnerung gerufen, daß die Studie durch einen imposanten Reichtum an Fakten gekennzeichnet ist. Isoliert betrachtet, ist die überwiegende Mehrzahl dieser Fakten korrekt (obwohl dem Verfasser auch manche sachlichen Fehler unterlaufen, worauf wir noch zurückkommen werden). Indessen ist jeder Historiker sich darüber im klaren, daß nicht jede Zusammenfassung an sich wahrer Tatsachen das adäquate Bild einer bestimmten komplexen Erscheinung wiedergibt. Bei Strobel verläuft die Faktenauswahl entschieden mehr in der Richtung einer „Hofchronik", manchmal geradezu einer 'chronique scandaleuse', als in der Richtung einer komplexen Darstellung der Geschichte jener politischen Organisation, deren wichtige Rolle in der Entwicklung Polens während der zurückliegenden Jahrzehnte auf unübersehbare Weise deutlich geworden ist. Entscheidende Teile des Buches beziehen sich nämlich nicht auf diesen komplexen Organismus einer Partei, sondern lediglich auf die kleine Gruppe von fünfzehn bis zwanzig ihrer führenden Persönlichkeiten. Was aber noch wichtiger ist: Diese Geschichte der führenden Parteigremien wird einer recht problematisch anmutenden Betrachtung unterzogen. Ausdrücke wie „Intrige" und „Manipulationen" häufen sich, wenn es sich um die innerparteilichen Verhältnisse der SDKPiL und um ihre Beziehungen zur SDAPR handelt, in einer so überwältigenden Weise, daß der mit den *tatsächlichen* Meinungsunterschieden zwischen den einzelnen Führern der SDKPiL oder zwischen der SDKPiL und der SDAPR vertraute Leser sich des Eindrucks nicht erwehren kann, der Autor habe seine Aufgabe wohl doch reichlich einseitig aufgefaßt. Fast die gesamte Geschichte der SDKPiL wird von Strobel nicht unter dem Aspekt jener Fragen behandelt, deren Analyse der Leser von einer solchen Monographie erwarten kann, also unter dem analytischen Gesichtspunkt der Methoden und Mittel, deren sich diese Partei bei ihrer Tätigkeit gegenüber den Arbeitermassen bediente, unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Funktionsweise. Ganz im Gegenteil wird diese Analyse auf eine Chronik von Intrigen, von „Staatsstreichen", von verschiedenartigen Manövern und Rivalitäten innerhalb einer kleinen Gruppe der Parteiführung reduziert. Dabei ist es zur Genüge bekannt, daß keine einzige Partei der Zweiten Internationale eine monolithische Einheit bildete, daß innerhalb jeder dieser Parteien zahlreiche Meinungs- und Auffassungsunterschiede gegenüber verschiedenen Problemen der Bewegung bestanden. Kein Historiker hat das Recht, derartige Fragen mit Schweigen zu übergehen. Will man jedoch nahezu die gesamte Geschichte einer Partei auf die Reibungen zwischen einzelnen Klüngeln zurückführen, so betritt man einen Weg, der mit einer komplexen monographischen Untersuchung wenig gemein hat. Schließlich gab es – trotz aller Differenzen zwischen den führenden Persönlichkeiten der SDKPiL – in ihrer Tätigkeit und Einstellung eine bestimmte dominierende ideologische und politische Haltung. Und eben das war es, was ihre Rolle im Leben des Landes und in seiner gesellschaftlichen Bewegung bestimmte. Das Buch befaßt sich schließlich mit einer Partei, die bei der Verankerung des sozialistischen Ideenguts in Polen von herausragender Bedeutung gewesen ist. Gewiß kann man auch diese Probleme in der Darstellung Strobels entdecken, nur erscheinen sie dort in keineswegs angemessenen Proportionen.

In welchem Maße Strobel auf innere Antagonismen der SDKPiL fixiert ist, sei durch ein Beispiel verdeutlicht, das sich auf seine Analyse der Beratungen des 5. Parteitags im Jahre 1906 bezieht: „In der Kongreßdiskussion [wurde] bemängelt, daß die Vereinigung [mit der SDAPR] erst jetzt zustande gekommen sei, weil die eigenmächtig handelnde bisherige Führungsgruppe, womit vor allem Jogiches und Rosa Luxemburg gemeint waren, bislang die Vereinigung beider Parteien zu verhindern gewußt habe" (S. 286). Der Autor beruft sich dabei auf den „Bericht vom 5. Parteitag der SDKPiL", S. 31. Das einzige aber, was wir zu diesem Thema in der angeführten Quelle finden können, lautet folgendermaßen: „Gen. Starzycki wollte die Frage geklärt wissen, warum unsere Delegierten den 2. Parteitag der SDAPR verlassen hatten, ohne die Vereinigung mit der Partei zu Ende zu führen. Nachdem der Parteitag die entsprechenden Erklärungen erhalten hatte, wurde *einstimmig* beschlossen,daß das Vorgehen der Hauptverwaltung in dieser Frage vollkommen richtig und im Einklang mit den Interessen der Partei gewesen war."[4] Und leider ist das nicht der einzige Fall, in dem Strobel, vom Leitmotiv der „Reibungen", der „Opposition" und der „Intrigen" in der SDKPiL besessen, mehr schreibt als die Quelle es erlaubt.

Das Ergebnis ist, daß im Schlachtgetümmel der verschiedenen „Oppositionen" gegen die „Gruppe Luxemburg-Jogiches", wie Strobel sie zu nennen beliebt, bestimmte Grundwahrheiten aus seiner Arbeit verschwunden sind, die für das Verständnis einer historischen Erscheinung vom Range der SDKPiL, unumgänglich notwendig wären. Die langjährige Vertrautheit des Rezensenten mit den Quellen zur Geschichte der SDKPiL erlaubt die Feststellung, daß in dieser Partei – mit Ausnahme der kurzen Periode von 1900 bis 1902, als Stanisław Trusiewicz die Landesorganisation leitete – trotz aller Meinungsunterschiede, die in der SDKPiL hauptsächlich in der nationalen Frage tatsächlich vorhanden waren, die *ideologischen* Auffassungen Rosa Luxemburgs auf Grund eines in der Partei herrschenden *consensus* galten und angewandt wurden. Und das sogar während der Zeitspanne der offenen Spaltung in den Jahren 1911 bis 1916. Mehr noch – auch Trusiewicz hat sich nur in einer einzigen Frage von dieser allgemein akzeptierten Auslegung entfernt, und zwar in der nationalen Frage, wobei er auch hier nicht bis zu Ende ging. Für den Historiker handelt es sich nicht darum, zu entscheiden, ob diese Tatsache positiv oder negativ zu bewerten ist, sondern um die nüchterne Feststellung einer bestimmten geschichtlichen Wahrheit. Im Unterschied dazu hinterläßt Strobels Arbeit, *als Ganzes genommen* und trotz mancher, aber vereinzelter Einschränkungen, genau den entgegengesetzten Eindruck. Und eben dadurch verfehlt sie *vor allem* das Ziel, ein ausgewogenes und wirklichkeitstreues Bild der SDKPiL zu vermitteln. In der polnischen Arbeiterbewegung war die Situation anders als in der deutschen Sozialdemokratie. In Deutschland gab es eine einzige sozialistische Partei, innerhalb derer die verschiedenen Strömungen und Ideen sich bekämpften. In Polen dagegen gab es neben der SDKPiL noch eine zweite sozialistische Partei – die PPS und später sogar noch zusätzlich die PPS-Linke. Wen also die Ideologie der SDKPiL nicht befriedigte, der konnte zur PPS hinüberwechseln. Dies war in der Praxis auch manches Mal der Fall. Ansonsten sollte sich Strobel in einer bestimmten Richtung festlegen: Handelt es sich hier um die „Partei Rosa Luxemburgs" – wie der *Titel* des Buches lautet –, oder war es die „Luxemburg-Jogiches-Gruppe" (S. 177, S. 185, S. 186 und viele andere), die sich der Gesamtpartei entgegenstellte, wie es im *Text* immer wieder behauptet wird?

4 Vgl. *Sprawozdanie z V Zjazdu SDKPiL*, Warszawa 1906, S. 31. Auf derselben Seite finden wir auch die Äußerung des „Genossen Mik" zur selben Frage, aber Strobel weiß anscheinend nicht, daß sich hinter diesem Pseudonym kein Mitglied der SDKPiL verbirgt, sondern ein Vertreter des ZK der SDAPR, der Menschwik Goldman.

Darüber hinaus verfolgt fast das ganze Buch die Tendenz, den Gegensatz zwischen SDKPiL und der Partei Lenins in den Vordergrund zu rücken. Auch dies ist eines der Leitmotive von Strobels Arbeit. Doch das von ihm entworfene Bild vermittelt keinen einzigen Anhaltspunkt für zwei Umstände, die für das Verständnis der SDKPiL von fundamentaler Bedeutung sind. Und zwar handelt es sich darum, daß die SDKPiL trotz der vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen in vielen Fragen, auf internationaler Ebene die den Bolschewiki am nächsten stehende Partei war,und daß sie in den Jahren 1906 bis 1911 als ihr engster Bundesgenosse im taktischen Streit mit den Menschewiki auftrat. Auch später – also zu einem Zeitpunkt, da sie in Organisationsfragen offen gegen Lenin polemisierte – verließ sie ihre entschieden antimenschewistische Position nicht. Falls dem Leser diese Tatsachen bereits geläufig sind, kann er noch hie und da in Strobels Buch vereinzelte Sätze aufgreifen, die das Obengesagte objektiv bestätigen. Demjenigen Leser aber, dem der Gegenstand fremd ist, vermittelt der grundsätzliche Verlauf von Strobels Überlegungen keinerlei Einblick in dieser entscheidenden Frage, ja er führt ihn geradezu in die Irre.

Während Strobel die Unterschiede zwischen der SDKPiL und den Bolschewiki mit besonderer Sorgfalt herausarbeitet, schreibt er nur am Rande dieser vorherrschenden Gedankengänge euphemistisch: „Andererseits bestanden in einer Reihe von taktischen Problemen Verschiedenheiten auch zu den Menschewiken, wobei – weil noch brühwarm – die Meinungsverschiedenheiten über die Haltung zur Duma und in der Duma die wichtigsten zu sein schienen" (S. 379). Das ist nichts anderes als eine Umkehrung der wahren Proportionen in dieser Frage. Ergänzend wäre noch festzustellen, daß entgegen den Behauptungen des Buches (S. 284, S. 280, S. 347 u.a.m.) die SDKPiL schon 1906 oder 1908 keine Politiker in ihren Reihen zählte, die in irgend einer Weise mit den Menschewiki sympathisierten. Bezeichnenderweise kann Strobel in diesem Zusammenhang auch keine einzige Quelle zitieren.

Jogiches' Auffassung, daß die SDKPiL in der SDAPR als „dritte Kraft" zwischen Bolschewiki und Menschewiki zu wirken hätte, war sicherlich weit entfernt von jenen Macchiavellischen Ausmaßen, zu denen Strobel sie aufbauscht: In den *taktischen* Fragen unterstützte die SDKPiL *mit* Jogiches die Bolschewiki *uneingeschränkt* und nahm entschieden antimenschewistische Positionen ein. Hingegen wollte sie es nicht zur Spaltung der SDAPR in zwei selbständige Parteien – Bolschewiki und Menschewiki – kommen lassen und war deswegen um jeden Preis bestrebt, die *organisatorische* Einheit der gesamtrussischen Partei zu erhalten. Sie war der Meinung, daß der Kampf zwischen den ideologischen Richtungen nach dem Beispiel der SPD im organisatorischen Rahmen *einer* gemeinsamen Partei ausgetragen werden sollte. Die Rokoko-Konstruktionen aber, die Strobel bei seiner Erörterung dieser Frage errichtet, verdunkeln nur das Wesen des Streits und seine Hintergründe.

Die Polemik, mit der sich Jogiches-Tyszka auf dem 6. Parteitag der SDKPiL gegen die Anschauungen der Bolschewiki wandte, erfährt in der Darstellung Strobels eine weitgehende Verzerrung. Von den wirklich bestehenden Meinungsunterschieden erhält der Leser dadurch ein beträchtlich entstelltes Bild. Wenn Strobel z.B. schreibt, daß Jogiches die bolschewistische Theorie der Diktatur des Proletariats als „fehlerhaft und weltfremd" (S. 396) bezeichnete, wird niemand auf den Gedanken kommen, daß die *einzigen* Differenzen in dieser Frage sich auf die Rolle der Bauernschaft bezogen. Strobel *schreibt* zwar vorher darüber, erklärt aber nicht, daß Jogiches' Vorwürfe sich auf diesen einzigen Themenkomplex beschränkten. [5] Hinsichtlich der Beziehungen Lenins zu den Vertretern der „Spalter-Gruppe" in der

5 Vgl. *Sprawozdanie z VI Zjazdu SDKPiL*, Krakow 1910, S. 118.

SDKPiL im Jahre 1916 äußert sich Strobel wie folgt: „Es hat den Anschein, daß er sein Zusammengehen mit den Spaltern seit dem Herbst 1913 nur als eine manipulierbare Vernunftehe auf Zeit empfand. Eine solche Haltung war aber nicht dazu angetan, Lenin seitens der Polen besonderes Vertrauen entgegenzubringen. Das Mißtrauen wucherte auf beiden Seiten" (S. 541). Nun ist aber hinlänglich bekannt, daß Lenin ganz kurze Zeit danach, kaum ein Jahr später, *denselben* Leuten, denen gegenüber er angeblich ein solches Mißtrauen empfand, zahlreiche höchst wichtige Schlüssel- und Kommandopositionen im Verlauf der Oktoberrevolution anvertraute. Mit anderen Worten: Er muß ihnen wohl doch erhebliches Vertrauen entgegengebracht haben. Gewiß wäre es falsch, eine *Identität* der Auffassungen Lenins und denen der „Spalter-Gruppe" anzudeuten. Zwischen den wirklichen Meinungsdifferenzen aber und jenem Knäuel von Intrigen, an das Strobel uns glauben lassen möchte, besteht ein erheblicher Unterschied.

In den Briefen Lenins sind tatsächlich zahlreiche Stellen zu finden, die von seinem Mißtrauen gegenüber der einen oder anderen Maßnahme einzelner Vertreter der SDKPiL zeugen, und Strobel zitiert derartige Passagen mit Eifer und Sorgfalt. Augenscheinlich ist es ihm jedoch nicht gelungen, hierbei die wahren *Proportionen* unter dem maßgeblichen Aspekt zu erfassen: welches Gewicht die Unterschiede und welches Gewicht die Übereinstimmungen hatten. Hätten wir uns an Strobels Interpretation zu halten, so hätte die erwähnte Tatsache, daß Lenin eine Reihe der für das Schicksal der Oktoberrevolution entscheidenden Funktionen eben jenen Vertretern der SDKPiL übertragen hat, als völlig unverständlich zu gelten. Wie mehrere Stellen des Buches zeigen, scheint der Autor auch manche Anschauungen Rosa Luxemburgs, etwa ihre Theorie der „organischen Eingliederung", nicht ganz begriffen zu haben (vgl. u.a. S. 154, am deutlichsten aber der Passus auf S. 251). So schreibt Strobel im Zusammenhang mit dem politischen Programm der SDKPiL: „Die Bedeutung der Forderung nach autonomer Selbstverwaltung an Stelle der ursprünglich herausgestellten Theorie der organischen Eingliederung oder späteren Forderung nach einer nur beschränkten, kulturellen Autonomie . . ." Die „organische Eingliederung" war nie eine politische *Forderung* der SDKPiL, sondern lediglich Rosa Luxemburgs Einschätzung bestimmter *objektiver ökonomischer Prozesse,* die ihrer Überzeugung nach das Königreich Polen und Rußland wirtschaftlich aneinander ketteten. Diese Feststellung war äußerst einseitig, doch wurde sie niemals als politische *Forderung* angesehen. Daher ist es unlogisch, wenn man die betreffende Theorie mit der *Losung,* mit der *Forderung* nach politischer Autonomie zu vergleichen sucht. Hier handelt es sich um zwei verschiedene Ebenen, um zwei verschiedene Blickpunkte, wobei der eine den anderen nicht zwangsläufig ausschließt. Im Zusammenhang mit der nationalen Frage aus der Sicht der SDKPiL, wäre noch festzuhalten, daß der Autor den Standpunkt dieser Partei im Jahre 1918 in einer Weise darstellt, die über die damaligen Hauptmotivationen der polnischen Sozialdemokratie stillschweigend hinweggeht, und zwar über ihre Befürchtungen, daß ein unbhängiges Polen sich in den damaligen Verhältnissen als konterrevolutionärer Staat konstituieren könnte, der die Rolle eines Bollwerks gegen den siegreichen Vormarsch der Revolution vom Osten nach Westen übernehmen würde.

Unübersehbar läßt sich der Verfasser mehr als einmal allzu sehr von seinen persönlichen Antipathien mitreißen, was die Objektivität des Buches nicht eben erhöht. Eine Spitzenstellung in Strobels Liste der 'schwarzen Schafe' nimmt zweifellos Leo Jogiches ein: „Jogiches, ein kalter Manager der Macht, rechnete nicht mit Gefühlen, wie Treue, Dankbarkeit und Freundschaft" (S. 186); „Sein intriganter Charakterzug war im von großer Hilfe" (S. 201); „seine ängstliche Vorsicht" (S. 260); „seine Musterbeispiele einer unsauberen politischen Intrige"

(S. 372); „ein Besessener der Macht . . . voller Selbstbewußtsein, ja Selbstüberschätzung (S. 378); „sein Metier war die Intrige" (S. 436) – das sind nur einige Beispiele des Porträts, das Strobel uns zeichnet. Dabei erweist sich auch noch, daß die Streitigkeiten zwischen Jogiches und Lenin infolge ihrer angeblichen Charakterähnlichkeit verschärft wurden: „weil sie beide einander so ähnlich waren, gleiche Ziele und Methoden besaßen" (S. 379).
Leo Jogiches hatte nach allen Zeugnissen seiner Zeitgenossen keinen einfachen Charakter. Wenn aber das vorliegenden Porträt der Vielfalt seiner Wesenszüge gerecht werden sollte, bliebe es erneut ein undurchdringliches Geheimnis, warum Jogiches immer wieder zum Mitglied der obersten Parteiexekutive gewählt wurde, und zwar in geheimer Abstimmung und selbst in seiner Abwesenheit, eine Tatsache, die auch Strobel erwähnt. Auf dem 6. Parteitag der SDKPiL entfiel die größte Stimmenzahl auf ihn. Und dem wäre noch hinzuzufügen, daß dies in einer Partei geschah, der man nicht nur freiwillig beitrat, sondern deren Mitgliedschaft auch mit einem ungeheuren persönlichen Risiko verbunden war.
Aus dem Buche Strobels ist nicht zu erfahren, welchen Tatsachen Jogiches jene ungeheure Autorität verdankte, die er in der Partei genoß, obgleich ihn viele ihrer führenden Vertreter begründeterweise mit kritischen Urteilen bedachten. In diesem Zusammenhang ist Julian Marchlewski ein unverdächtiger Zeuge, der selbst nicht wenig an den Methoden von Jogiches auszusetzen hatte. [6] Doch auf sein Urteil beruft sich Strobel nur dann, wenn es sich um negative Äußerungen über Jogiches handelt. Sogar Karl Radek, dem doch Jogiches sehr viel persönliches Leid zugefügt hat und der sich im Laufe vieler Jahre in offener Opposition zu ihm befand, bestätigt das Urteil Marchlewskis. [7] Überlassen wir das Wort Karl Radek. Die folgenden Sätze stammen aus einem Brief, den er im März 1919 aus dem Berliner Gefängnis an seine Frau geschrieben hat: „Mit Rosa und Leo haben wir von Anfang an den persönlichen Dreck begraben, mit ihr sprach ich davon nicht. Erst nach ihrem schrecklichen Tode, am Vorabend meiner Verhaftung kam Leo zu mir, wir waren vier Stunden zusammen, bot mir die Herausgabe ihrer historischen und taktischen Schriften und des Nachlasses an und sagte: Wir sind um Rosa ärmer und müssen näher aneinanderrücken. Wir sprachen uns persönlich aus und ich freue mich, daß er das Bewußtsein hatte, daß die Dinge wirklich begraben sind. Jetzt ist er tod. Wir sind noch ärmer. Die beiden bedeutendsten von den Parteigründern [gemeint ist hier offensichtlich die polnische Partei, die SDKPiL] sind nicht mehr da. Ich bat zu sorgen, daß sein Leichnam besonders begraben wird, daß wir ihn nach Polen nehmen können. Rosa gehört hier, auf den Berliner Friedhof, seine historische Bedeutung gehört der polnischen Bewegung. Der Tag, als ich von seinem Tode erfuhr, war von den Gefängnistagen der schwerste. Die Erinnerung an meine Lehrjahre, die mit ihm verknüpft waren, sind so lebendig jetzt in mir." [8]

6 Vgl. Julian Marchlewski, *Dem Gedenken Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches. Aus persönlichen Erinnerungen*, in: *Die Kommunistische Internationale*, Jg. 1 (1919), Nr. 3, S. 385-398.

7 Vgl. Karl Radek, *Rosa Luxemburg–Karl Liebknecht–Leo Jogiches*, Hamburg 1921. Auch einer der Anführer der SDKPiL, Z. Leder, der Jogiches gegenüber oppositionell eingestellt war, unterstreicht in seiner bisher unveröffentlichten biographischen Arbeit über ihn die ungeheure Autorität, deren sich Jogiches in der Partei erfreute, trotz des Widerspruchs, den seine Führungsmethoden oft hervorriefen. Leders Arbeit wird in diesem Jahr in Bd. 3 des *Archivs der Arbeiterbewegung* in Warschau publiziert werden.

8 Vgl. Otto-Ernst Schüddekopf, *Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 2 (1962), S. 112 f.

Das von Strobel angewandte Verfahren liefert keinerlei Handhabe, um die Rolle und die Stellung von Jogiches sowohl in der polnischen als auch später in der deutschen Partei zu erklären. Es scheint, daß dem Autor das wichtigste Wesensmerkmal von Jogiches entgangen ist: seine Ergebenheit für die Sache der Arbeiterbewegung, seine hervorragende Kenntnis der ideologischen Probleme der internationalen sozialistischen Bewegung. So schreibt Strobel etwa: „Allerdings nahm Jogiches kaum Einfluß auf die Vorstellungen von der Rolle der Partei in der Revolution, weil er sich nicht für das Problem der Parteibedeutung interessierte, sondern auf die Frage nach der Führungszentralisierung beschränkte" (S. 202). Die publizierten Briefe Rosa Luxemburgs an Jogiches jedoch lassen ganz eindeutig folgern, daß sie kaum jemals in einer wichtigeren theoretischen Frage das Wort ergriff, ohne ihren Beitrag vorher mit ihm abgesprochen zu haben und ihn manchmal sogar von ihm redigieren zu lassen. [9] Um auf die Charakterzüge von Jogiches zurückzukommen, müssen wir hier eine offenkundige Tatsache unterstreichen: Leo Jogiches hat von der Gymnasialbank an bis hin zu seinem Märtyrertod durch die Hand der deutschen Soldateska kein anderes Ziel verfolgt, als die Sache der Arbeiterbewegung zu fördern. Selbstverständlich schöpft eine solche Haltung die Persönlichkeit eines Menschen nicht aus. Man kann schließlich den edelsten sozialen Idealen ergeben sein und gleichzeitig in der Berührung mit den Mitmenschen unleidliche Züge an den Tag legen. Zur Gruppe derartiger Persönlichkeiten hat ohne Zweifel auch Jogiches gehört. Ebenso sind seine autokratischen Führungsmethoden in der Partei unbestritten. Jedoch ist die Charakterisierung durch Strobel in dieser Hinsicht so einseitig, daß sie außerstande ist, gewisse *politische* Momente zu erklären.

Abschließend zum „Dossier Jogiches" – das wir hier vor allem als Beispiel einer gewissen Art des zeitgeschichtlichen Schrifttums betrachten – sei es erlaubt, noch eine typische Stelle aus Strobels Buch zu zitieren: „Jogiches war begeistert. Er meinte, daß mit der neuen Zeitschrift [„Przegląd Socjaldemokratyczny"] Rosa Luxemburg und er die geistige Führung des polnischen Volkes übernehmen werden, eines Volkes, dessen Sprache er nicht einmal richtig beherrschte und dessen Kultur ihm weitgehend fremd war" (S. 164 f.). Im Archiv der SDKPiL sind Dutzende von Jogiches' Briefen erhalten. Ausnahmslos sind sie in einem makellosen Polnisch geschrieben. Einige der polnischen Briefe waren übrigens Strobel aus Publikationen bekannt (vgl. z.B. S. 216, Anm. 60), seine Formulierung läßt sich also nicht einmal durch Unkenntnis erklären. Strobels Behauptung verträgt sich ebensowenig mit dem Bericht von Marchlewski über Jogiches' Tätigkeit als Redakteur des „Czerwony Sztandar" im Jahre 1906. Marchlewski schildert ihn dort als einen pedantisch präzisen Stilisten, der an seine Mitarbeiter die gleichen hohen Ansprüche stellte. Allerdings trifft es zu, daß er sich noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre lieber der russischen als der polnischen Sprache bediente, was sich aus der Tatsache erklärt, daß die jüdische Intelligenz in Wilna, woher er stammte, in starkem Maße russifiziert war. Sein Polonisierungsprozeß vollzog sich jedoch – vor allem dank Rosa Luxemburg – äußerst schnell, und 1902, also in dem Jahr, von dem Strobel spricht, beherrschte er die polnische Sprache sowohl schriftlich als auch mündlich in hervorragender Weise. Aber selbst für die frühere Periode hätte der oben zitierte emphatische Satz etwas anders formuliert werden müssen. [10]

9 Das ist im übrigen auch aus dem ersichtlich, was der Autor selbst darüber schreibt (vgl. insbes. S. 251 und Anm. 161).

10 Ich möchte noch daran erinnern, daß auch Lenin Jogiches als „Intriganten" bezeichnet hat. Aber diese Bezeichnung, im Eifer der Polemik ausgesprochen, hat ihn nicht davor zurückgehalten, denselben Jogiches später als nahen Kampfgenossen zu behandeln und einen, in warmem Ton gehaltenen Briefwechsel mit ihm zu führen (vgl. *Pisma Leninu is-sa rubieza,* Moskau 1969, S. 117). Es scheint also,daß Jogiches doch einen bestimmten moralischen Wert hatte und daß nicht jener „Intrigant" in seinem Leben vorherrschend war.

Die anfechtbaren Stellen der Monographie sollten nun aber nicht den Blick für die zahlreichen gelungenen Abschnitte trüben. Neben denjenigen Teilen, die zum Einspruch herausfordern, enthält das Buch viele treffende Beobachtungen, interessant zusammengestellte Fakten und harmonisch komponierte synthetische Aussagen, die übrigens nicht selten jenen Auffassungen widersprechen, die Gegenstand unserer Einwände waren. Zu den äußerst interessanten gehören u.a. diejenigen Teile des Werkes, die sich auf die Tätigkeit der SDKPiL unter den Arbeitern der deutschen Minderheit in Kongreßpolen beziehen und die Rolle der Deutschen in der polnischen Arbeiterbewegung behandeln. Es muß allerdings festgestellt werden, daß der Autor eine deutliche Tendenz zur Überschätzung dieser Rolle an den Tag legt. Er zählt u.a. auch solche Persönlichkeiten der SDKPiL zu den Deutschen, die mit dem Deutschtum nichts gemeinsam hatten, wie etwa Gustaw Reicher und Stephan Bratmann (S. 310), die beide Polen jüdischer Abstammung waren, was den deutschen Klang ihrer Nachnamen erklärt.

Damit sind wir zur dritten und letzten Gruppe unserer Bemerkungen übergegangen, und zwar zu den Korrekturen *faktischer* Ungenauigkeiten und Fehler. Versuchen wir, die wichtigsten aufzuführen, die sich leider nicht alle in thematische Gruppen zusammenstellen lassen. Wir sind deshalb gezwungen, sie meistens in der Reihenfolge zu behandeln, in der sie bei Strobel erscheinen. Zuerst einige biographische Berichtigungen. Generell kennt sich der Verfasser in den Personalien hervorragend aus, doch zuweilen unterlaufen ihm Irrtümer. So betätigte sich Marchlewski 1891 in Lodz nicht als Mitglied der Organisation „2. Proletariat" (S. 59 u. 62), sondern schon als eine der führenden Persönlichkeiten des Verbandes Polnischer Arbeiter. Czeszejko-Sochacki konnte der „Untersuchungskommission der SDKPiL" (S. 419) nicht angehören, da er niemals Mitglied dieser Partei gewesen ist. Żuławskis Vorname lautete Zygmunt und nicht Janusz (S. 429). Cezaryna Wojnarowska hat, obwohl sie Rosa Luxemburgs Standpunkt in der nationalen Frage nicht teilte, die Resolution der PPS auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in London,entgegen der Behauptung Strobels (S. 114), *nicht* unterstützt. Die Quelle übrigens, auf die sich der Autor in dieser Frage beruft (Anm. 89), enthält *keine* seiner Aussage entsprechende Information.

Über Rosa Luxemburg schreibt Strobel, daß sie der PPS feindlich gesonnen war, weil Daszyński sie während des Züricher Kongresses 1893 schlecht behandelt hatte. Dieses Ereignis „beeinflußte" dem Autor zufolge „die ganze künftige Haltung Rosa Luxemburgs in der Auseinandersetzung mit dem nationalorientierten polnischen Sozialismus" (S. 88). Ihre kritische Einstellung zum „Bund" wiederum sei dadurch verursacht worden, daß der Führer des Bundes, Josif Mill, ihr das versprochene Mandat zum Internationalen Kongreß in London nicht gegeben hatte (S. 112). Dies schreibt derselbe Autor, der im selben Buch feststellt, daß die Motivation ihrer Haltung zu PPS und Bund eine ideologische Genese hatte, und daß Rosa Luxemburg schon *vor* dem Züricher Kongreß von 1893 der PPS gegenüber eine kritische Position einnahm.

Marchlewski hat – entgegen der früher in der polnischen Literatur verbreiteten Annahme und entgegen der Meinung des Autors (S. 260) – an der Parteikonferenz der SDKPiL vom November 1905 in Warschau *nicht* teilgenommen, er traf dort erst am 12. Dezember ein.[11] Die auf derselben Seite zu findende Behauptung, daß diese Konferenz gegen den Wunsch

11 Vgl. Julian Marchlewski, *Listy do zony i corki*, Warszawa 1975, S. 53-62.

von Jogiches und Rosa Luxemburg stattfand und daß Jogiches sie gefürchtet hat, vermag sich auf keinerlei Quellenunterlagen zu stützen. Sie paßt zwar in das Schema, nach dem das Buch aufgebaut ist, korrespondiert aber in keiner Hinsicht mit der Wirklichkeit. Im Gegenteil spricht alles dafür, daß die Konferenz im Einvernehmen mit Jogiches anberaumt wurde und daß sie seine volle Billigung fand. Nicht weniger staunenerregend ist der Versuch, das von der Konferenz angenommene „Programm der SDKPiL" der Programmbroschüre Rosa Luxemburgs, „Was wir wollen", entgegenzustellen. Das Programm ist nämlich nichts anderes als eine Art Exzerpt aus der Broschüre (die einige Monate später erschien), und es enthält keine einzige Forderung, die dort nicht ebenfalls zu finden wäre. 12

Bei der Behandlung des 6. Parteitags der SDKPiL im Jahre 1908 schreibt Strobel, die SDAPR sei durch einen „menschewistischen Vertreter" repräsentiert, die Bolschewiki hingegen wären „nicht vertreten" gewesen (S. 341). In Wirklichkeit hatte aber die SDAPR zum Parteitag Grigorij Aleksinski entsandt, der *damals* Bolschewik-„otsowist" war. Redakteur der in Warschau im Dezember 1905 legal erscheinenden Tageszeitung der SDKPiL „Trybuna Ludowa" (die Zeitung wurde sehr bald von der zaristischen Polizei unterdrückt) war Jogiches und nicht, wie Strobel angibt (S. 270), J. Rotstadt. Ich habe einige Zweifel, ob Radek die Züricher Gruppe, die sich seit 1915 um die SDKPiL-Zeitschrift „Gazeta Robotnicza" sammelte, „patronisierte", wie Strobel meint (S. 534). Zwar war Radek ihr Hauptvertreter in der Zimmerwalder Bewegung, nicht aber ihr Leiter. Eines der Mitglieder dieser Gruppe, Mieczysław Broński-Warszawski, war auch keineswegs Adolf Warski-Warszawskis Bruder, was Strobel irrtümlich behauptet (S. 522). Warskis Bruder war Maurycy Warszawski (Pseudonym Żarski), der sich seit 1903 in der SDKPiL nicht mehr betätigte. Strobel aber baut auf dieser angeblichen Verwandtschaft von Warski und Broński eine verwinkelte Konstruktion auf, um zu erklären, wie Warski 1916 eine Annäherung an die Gruppe der „Spalter" in der SDKPiL gesucht haben soll.

Soviel zu den Personalien, und jetzt noch einige weitere Ungenauigkeiten. Ein großer Teil des Kapitels über den „Verband der Polnischen Arbeiter" (S. 62 ff.) ist eigentlich durch die neueste polnische Forschung überholt. Weder trifft es zu, daß dieser Verband (Z.R.P.) in Lodz gegründet wurde – er entstand in Warschau –, noch stimmt es, daß der „Lodzer Aufstand" im Jahre 1892 „vom ZRP geleitet worden ist" (S. 60), denn die Lawine wurde zwar unmittelbar durch den Aufruf des ZRP zum 1. Mai ausgelöst, aber der weitere Verlauf der Ereignisse erfolgte gänzlich spontan und wurde von keiner Organisation gelenkt. Strobels Behauptung, daß die SDKPiL sich bis 1903 unter dem Einfluß der „Narodnaja Wolja" befand, „mit deren blanquistischen Vorstellungen über die Anwendung des Terrors" (S. 198), und daß sie erst nach 1903 mit dieser Taktik gebrochen habe, ist ebenfalls zu bestreiten. Vom ersten Augenblick ihrer Tätigkeit an hat die SDKPiL den individuellen Terror als Waffe im Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung sowohl programmatisch als auch faktisch entschieden abgelehnt. Sie hatte im übrigen vor 1905 keinen einzigen Terrorakt auf ihrem Konto.

Strobel kommt auf dieselbe Frage im zweiten Teil seines Buches zurück und spricht dort von den terroristischen Neigungen, die, wie er meint, nach 1905 einen bedeutenden Kreis der SDKPiL-Mitglieder erfaßt hätten. (In Wirklichkeit ließen sich nur bei einer kleinen Ar-

12 Vgl. *Polskie programy socjalistyczne 1878-1918*, gesammelt und mit einem historischen Kommentar versehen von Feliks Tych, Warszawa 1975, S. 314-378.

beitergruppe solche Tendenzen feststellen, und sie übten keinen wesentlichen Einfluß auf die politische Haltung der Partei aus.) Strobel fügt dann noch hinzu: „Deutlich auszumachen waren Einflüsse, die aus dem Kreis um Bakunin herkamen" (S. 237). Bakunin lebte damals bekanntlich schon seit fast dreißig Jahren nicht mehr, woher also zu jener Zeit der „Kreis um Bakunin"? Im übrigen war der Anarchismus damals im Königreich Polen überhaupt kein Problem von größerer politischer Bedeutung. Strobel dagegen bauscht ihn auf zu einer „bedeutenden Gegenströmung in der SDKPiL". Seine Behauptung wiederum, daß die SDKPiL 1904 „Verbindungen zu japanischen Stellen aufnahm" (S. 208), ist eine unkritisch aus zaristischen Polizeiquellen übernommene Information, die sich mit der gesamten Linie und Einstellung der Partei nicht vereinbaren läßt.

Im Gegensatz zur Darstellung Strobels hat die Partei der Nationalen Demokraten 1905 *kein* „Unabhängigkeitsprogramm für Polen" aufgestellt (S. 294). Hier handelt es sich um einen Irrtum, der sich bei einem so ausgezeichneten Kenner der Quellen nur schwer verstehen läßt. Es ist weithin bekannt, daß die Partei von Roman Dmowski damals ein Programm der Autonomie des Königreichs Polen im Rahmen des russischen Zarenreiches aufgestellt hat. – Strobels Anschauung, daß die Vereinigung der SDKPiL mit der PPS-Linken im Dezember 1918 und die Gründung der Kommunistischen Partei die „polnische revolutionäre Bewegung nicht gestärkt hat", sondern sie „eher lähmte und behinderte", und das bis in die vierziger Jahre hinein (S. 692), klingt zwar wie ein äußerst effektvolles Paradox, muß aber mit Nachdruck bestritten werden. Die spätere Geschichte der KPP (die Auflösung der Partei und das tragische Schicksal ihrer Führer) hätte sicherlich denselben Verlauf genommen, ganz unabhängig davon, ob die KPP nur aus der Umbildung der SDKPiL entstanden wäre oder aus ihrer Vereinigung mit der PPS-Linken. Der Zusammenschluß beider Parteien hat aber die revolutionäre Linke in Polen weitgehend gestärkt, was ja auch völlig der elementaren Logik entspricht. – Abschließend noch zwei kleinere Berichtigungen: Die theoretische Zeitschrift der SDKPiL „Przegląd Socjaldemokratyczny" erschien nie in Zürich (S. 173), sondern in Berlin und dann in Krakau, während die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" nicht in Leipzig herauskam (S. 188 f.), sondern in Dresden.

Nach allen unseren kritischen Bemerkungen, scheint eins über alle Zweifel erhaben zu sein: die Tatsache nämlich, daß sich zum ersten Mal in *einem einzigen* Werk Hinweise auf *alle* gedruckten Quellen und Arbeiten, die unser Wissen über die SDKPiL in irgend einer Weise bereichert haben, finden. Gleichzeitig werden auch einige neue Tatsachen in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt, die in deutschen und amerikanischen Archiven überliefert sind. Dieser erste Versuch einer eingehenden Darstellung der Geschichte der SDKPiL mitsamt ihrer Vorgeschichte bildet, ganz unabhängig von den manchmal drastischen Einseitigkeiten und den sonstigen Mängeln des Buches, ein historiographisch herausragendes Faktum. Jeder ernstzunehmende Forscher auf dem Gebiet der polnischen und darüber hinaus auch der europäischen Sozialdemokratie wird in den nächsten Jahren an dieser Tatsache nicht vorbeigehen können. Und deswegen haben wir der Monographie Strobels so viel Aufmerksamkeit zugewandt.

BEZIEHUNGSGESCHICHTLICHE PROBLEME DER DEUTSCHEN UND DER OST- SOWIE SÜDOSTEUROPÄISCHEN ARBEITERBEWEGUNG (1889 - 1920/21). INTERNATIONALES SYMPOSION DER HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN

Von Robert Sigel

In Fortführung ihres von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Programms internationaler Fachtagungen über die aktuellen Forschungsvorhaben ihrer Konsultationsgäste veranstaltete die Historische Kommission zu Berlin am 19. und 20. Februar 1976 ein weiteres Symposion, an dem erstmals in größerer Zahl auch Historiker der Arbeiterbewegung aus verschiedenen ost- bzw. südosteuropäischen Ländern teilnahmen. Da die Hauptreferate in ihrer Mehrheit vorgegeben waren, hatte sich die Konferenzleitung für ein weitgespanntes Rahmenthema entschieden, das auf die Klärung beziehungsgeschichtlicher Probleme abzielte, wie sie während des Zeitraums von 1889 bis 1920/21 im Verhältnis zwischen der deutschen sowie der Arbeiterbewegung in Ost- und Südosteuropa in Erscheinung getreten sind. Der Begriff Beziehungsgeschichte, stellte Henryk SKRZYPCZAK einleitend klar, sei nicht im eingeengten Sinne bloßer Organisations- und Ideengeschichte zu verstehen. Moderne Beziehungsgeschichte richte sich grundsätzlich auf die Gesamtheit spontaner und geregelter Interdependenzen sowohl von Einzelpersonen, von Primär- und Sekundärgruppen als auch von Schichten und Institutionen. Aus der Fülle der sich hiermit verknüpfenden Fragen könne diese Tagung naturgemäß nur einen Bruchteil herausgreifen, doch wer Neuland betrete, habe dankbar zu sein für jede weiterführende Einsicht, Anregung und Information.
Daß in der Tat Neuland betreten werde, unterstrich Georges HAUPT (Paris) in seinem Eröffnungsreferat über die „Ausstrahlungen der deutschen Sozialdemokratie auf die südosteuropäische Arbeiterbewegung". Entgegen seiner ursprünglichen Annahme müsse er konstatieren, daß dieses Thema in der historiographischen Literatur teils nicht die geringste, teils nur beiläufige Beachtung gefunden habe. Dies sei um so erstaunlicher, als aus den zeitgenössischen Texten deutlich hervorgehe, welche herausragende Stellung die SPD vor 1914 im Bezugssystem der sozialistischen Bewegung gerade auch des südosteuropäischen Bereichs eingenommen habe. Bei geographischer Konzentration auf Bulgarien, Serbien und Rumänien versuchte Haupt, die Problematik des Themas vor allem unter zwei Gesichtspunkten zu beleuchten. Einerseits ging er der Frage nach, welche Motive die kleineren Parteien dazu bewogen, eine ausländische Organisation als Führungspartei anzuerkennen. Zum anderen galt sein Interesse den Auswirkungen der Hegemonie des deutschen Sozialismus in der Zweiten Internationale sowie den Gründen, aus denen die SPD ihre Führungsrolle benötigte. Ein wesentliches Moment der bereitwilligen Anerkennung Berlins als Zentrum der internationalen sozialistischen Bewegung und als „eigentliche Geburtsstätte ihres künftigen Triumphs" ist Haupt zufolge darin zu sehen, daß die Stärke des deutschen Proletariats den Genossen in den rückständigen Ländern zur Gewißheit des eigenen Sieges, zur Selbstbestätigung und Legitimierung verhalf. Erst die Revolution von 1905 löste einen Differenzierungsprozeß aus, in dessen Verlauf sich Teile der südosteuropäischen Arbeiterbewegung am russischen Beispiel zu orientieren begannen und aus den dortigen Erfahrungen Lehren zu ziehen versuchten.
Die SPD dachte jedoch „nicht im mindesten daran", ihre „begehrte, diskutierte und das heißt bedrohte Rolle aufzugeben", die sie mannigfachen Faktoren verdankte. Sie konnte eine starke Organisation mit materiell, politisch und ideologisch gewichtigen Mitteln einsetzen, um den Radius ihres Einflusses gezielt zu erweitern. Sie profitierte davon, daß in

Südosteuropa neben einer breiten Intellektuellenschicht auch viele Arbeiter und Handwerker die deutsche Sprache beherrschten. Der so behaupteten „Großmachtstellung" hat die deutsche Sozialdemokratie nach dem Eindruck Haupts in den von ihm untersuchten Bereichen nicht gerecht zu werden vermocht. „Eine sich an dem südosteuropäischen Beispiel orientierende Beurteilung läßt die SPD wie eine in einem wohlwollenden Paternalismus installierte Führungspartei erscheinen, allzu überzeugt von ihrem Prestige, allzu sicher ihrer Macht" und oftmals taub gegenüber den Appellen der kleineren Partner, deren Meinung sie zuweilen „voller Verachtung" behandelte. Es bedurfte des Kriegsausbruchs, der die Autorität der SPD zum Wanken brachte, um ihr Interesse an den einstigen Partnern neu zu beleben. Stieß sie bei ihnen nach dem 4. August auf eine distanzierte Haltung, so vollzog sich 1918 der endgültige Bruch. Die radikaleren der südosteuropäischen Sozialisten übertrugen ihre Bewunderung auf das russische Proletariat und die Partei Lenins, der sozialdemokratisch bleibende Teil vollzog zumindest in ideologischer Hinsicht die Schwenkung vom Kautskyanismus zum Austromarxismus, dessen Ausstrahlung sich paradoxerweise erst nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie bemerkbar zu machen begann.

In seinem Hauptreferat über die „Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Arbeiterbewegung 1889-1920" behandelte Feliks TYCH (Warszawa/Warschau) das Verhältnis der SPD zu den sozialistischen Organisationen der verschiedenen polnischen Teilgebiete und Rußlands sowohl unter dem Aspekt der unterschiedlichen Strategie und Taktik als auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Einschätzung der nationalen Frage. Die Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Arbeiterbewegung, insbesondere ihrer Parteien, verliefen weder auf dem Felde der Praxis noch auf dem der Theorie in nur einer Richtung. Der Bergarbeiterstreik von 1889, der von Westfalen ausging, wurde auch in den polnischen Gebieten aufgenommen. Die in der russischen Revolution von 1905 neu erprobten Kampfformen, die in den polnischen Gebieten ebenfalls ihren Widerhall fanden, prägten nachhaltig die Massenstreikdiskussionen in Deutschland. In der Theorie hatte sich ein ähnlicher Prozeß bereits abgezeichnet. Bis in die Mitte der 90er Jahre hatten die den Marxismus vulgarisierenden deutschen Theoretiker einen starken Einfluß auf die Diskussionen innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung. Danach verdankte die SPD und später der Spartakusbund eine Reihe ihrer hervorragendsten Theoretiker der polnischen Immigration, so Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski-Karski, Leo Jogiches und Karl Radek. Sie waren es, die der deutschen Arbeiterbewegung über die Ereignisse der russischen Revolution berichteten. Mit der zunehmenden strategischen sowie taktischen Differenzierung und Polarisierung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie trat ihr Verhältnis zur polnischen Bewegung in ein neues Stadium, denn auch dort ließ sich ein ähnlicher Prozeß beobachten, der allerdings einen entscheidenden Unterschied aufwies: im polnischen Sozialismus erfolgten diese Differenzierungen nicht innerhalb einer mehr oder weniger einheitlichen Bewegung, sondern sie vollzogen sich zwischen den verschiedenen Organisationen der einzelnen Teilgebiete. Am Ende dieser Entwicklung findet sich die deutsche Linke im revolutionären Bündnis vereint mit der SDKPiL, während die rechte SPD und die PPS sich insofern auf gemeinsamem Boden bewegen, als beide Parteien es ablehnen, die charakteristischen Aktionsmethoden der russischen Revolution unter anders gearteten Bedingungen zu übernehmen. Stärker als diese Klammer zwischen PPS und SPD war jedoch ihre divergierende nationale Grundhaltung, die zu einer nachhaltigen Entfremdung führte und in den Auseinandersetzungen um die Lösung der polnischen Frage nach dem Ersten Weltkrieg ihren Kulminationspunkt erreichte.

Janós ÁLMÁSI (Budapest), der über „Die ungarländische Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 1889-1914" referierte, bezog sich vor allem auf die For-

schungen der ungarischen Historiker Siklós Vincze, Tibor Erény und Domokos Kosarz. Er schilderte zunächst die Anfänge der organisierten Arbeiterbewegung noch zuzeiten der IAA, ihre Auflösung und Neugründung sowie die Auseinandersetzungen innerhalb der ungarländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zwischen Gemäßigten und Radikalen. Wesentlich war hierbei der Einfluß der beiden Deutschen Paul Engelmann (auf dem radikalen) und Daniel Stücklen (auf dem gemäßigten) Flügel. Die Politik der Partei in den Vorkriegsjahren war einerseits gekennzeichnet durch den entschiedenen antimilitaristischen Kampf, der seinen Höhepunkt in den internationalen Massenkundgebungen vom 17. November 1912 hatte, an denen in Budapest Karl Liebknecht teilnahm, auf der anderen Seite durch die immer komplizierter werdende Einschätzung des Verhältnisses von Klassenkampf und nationalem Kampf. Eine Wende bedeutete dabei der Parteitag vom Oktober 1913, als Kunfi erstmals eindeutig die südslawischen Nationalstaaten auf dem Balkan positiv vom reaktionären Staat der Doppelmonarchie abhob.

Die Reihe der Kurzbeiträge eröffnete Norbert LESER (Wien), der in seinem Referat über „Die Stellung des Austromarxismus zur nationalen Frage" den Versuch unternahm, die allgemeinen Hintergründe der von den österreichischen Sozialdemokraten betriebenen Nationalitätenpolitik als Voraussetzung ihrer konkreten Beziehungen zur Arbeiterbewegung im süd- und südosteuropäischen Raum zu skizzieren. Ausgehend von den Programmäußerungen und den Stellungnahmen der führenden Theoretiker, schien Leser die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß es der österreichischen Sozialdemokratie aufgrund ihrer spezifischen Wirkungsbedingungen nicht möglich war, auch nur zu programmatischen, geschweige denn praktischen Konsequenzen vorzudringen, ohne die Fiktion der übernationalen Gesamtpartei und die Einheit der Partei zu gefährden. Stalins Kennzeichnung der austromarxistischen Ideen als „verfeinerte Spielart des Nationalismus" treffe im Kern zu und sei gleichwohl einseitig, weil geflissentlich davon ablenkend, daß auch die marxistischen Klassiker durchaus keine ungeteilt wohlwollende Haltung gegenüber nationalen Emanzipationsbestrebungen einnahmen.

„Zum Problem der vergleichenden Behandlung nationaler Arbeiterbewegungen am Beispiel Ost- und Südostmitteleuropas" nahm Hans MOMMSEN (Bochum) das Wort, um auf beträchtliche methodologische Schwierigkeiten hinzuweisen. Zur Durchführung eines internationalen Vergleichs der Lage und Strategie der Arbeiterbewegung fehlten, wie er betonte, bislang nahezu alle Voraussetzungen. Darüber hinaus sei es auch fraglich, ob die Untersuchung der Beziehungen zwischen den nationalen Arbeiterparteien aufschlußreiche Resultate erwarten ließe. Gewiß wolle er nicht verkennen, „wie bedeutsam es ist, gerade in der gegenwärtigen Situation jene historischen Faktoren herauszuarbeiten, die gemeinsame politische Grundlagen Mitteleuropas einerseits und Ost- und Südostmitteleuropas andererseits betreffen". Gleichwohl sei es notwendig, die Rolle der sozialistischen Arbeiterbewegung in den vom Kapitalismus vergleichsweise spät erschlossenen Ländern unter dem Aspekt der originären Voraussetzungen zu schildern. Um einer vergleichenden Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wenigstens für den europäischen Raum näherzukommen, sprach sich Mommsen für eine erneute Zusammenkunft der westdeutschen Kollegen aus und empfahl, als Vergleichsebene zunächst die Tätigkeit der Gewerkschaften zu wählen.

Jürgen ROJAHN (Amsterdam) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit den „Beziehungen zwischen der SPD und der PPS in den neunziger Jahren". Er belegte den Wandel innerhalb der deutschen Sozialdemokratie von einer Haltung, die für ein unabhängiges Polen eintrat, zu einer Einstellung, die eine solche Unabhängigkeit ablehnte. Dieser sich wandelnden Grundhaltung entsprach die Entwicklung der Beziehungen zur PPS von einer zunächst poli-

tischen und materiellen Unterstützung bis zum Bruch mit der PPS 1901, als diese, beeinflußt durch das Erstarken der nationalen Komponente der russischen PPS, sich nicht mehr mit der Rolle einer Organisation innerhalb der SPD begnügen wollte.
Über die „Beziehungen zwischen der deutschen und der russischen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende" referierte Claudie WEILL (Paris), die drei Ebenen des Einflusses der SPD auf die SDAPR nachweisen konnte. Kennzeichnend für die erste dieser Ebenen sind Namen wie Axelrod und Kautsky, Plechanow und Bernstein, für die das Schweizer Exil der Ausgangspunkt langjährigen theoretischen Zusammenwirkens und persönlicher Freundschaft geworden ist. Auf der zweiten, der „klassischen" Ebene kommt mit Lenin, Potressow und Martow die jüngere Führergeneration und der eigentliche Gründerkreis der SDAPR zur Geltung, der den Beziehungen einen ausgesprochen politischen Charakter verleiht. Wie auf der oberen Ebene fiel, auch auf dem Feld der alltäglichen Praxis den aus der polnischen, russischen und jüdischen Arbeiterbewegung stammenden Sozialisten in Deutschland eine wichtige Rolle als Vermittler zu, in welchem Zusammenhang nicht zuletzt die Zirkel russischer Studenten Erwähnung verdienen. Fragt man nach den charakteristischen Impulsen, die im „Netz verwickelter Beziehungen" zwischen beiden Parteien zur Auswirkung gelangten, so wird die Antwort je nach der Kontaktebene unterschiedlich ausfallen müssen. „Je höher man in die Parteihierarchie steigt, desto komplizierter werden die Motivationen." –

Ernst WANGERMANN (Leeds) verneinte die Frage, ob der „Revisionismus in der russischen Sozialdemokratie" eine bloße Widerspiegelung der Ideen Eduard Bernsteins war und verwies hierzu auf die frühe Marx-Kritik Struves. Zu prüfen wäre vielmehr, ob Bernstein, dessen Buch dann allerdings unter den intellektuellen russischen Marxisten eine sehr starke Wirkung ausübte, nicht auch aus dieser Quelle geschöpft habe. Der positiven Aufnahme seiner zumeist nur oberflächlich studierten Marxismus-Kritik entsprach auf der anderen Seite die schärfste Zurückweisung, wie sie als erster Plechanow formulierte. Daß Lenin zunächst eine flexiblere Position einnahm, beruhte nach Wangermann durchaus nicht auf taktischen Gründen.
Mit der Intention, „die bisherige Sterilität reiner – und sei es auch als proletarisch deklarierter – Geistesgeschichte zu durchbrechen", sprach sich Peter LÖSCHE (Göttingen) in seinen methodologischen Bemerkungen zum Thema „Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920" für die Einbringung sozialpsychologischer Fragestellungen in rezeptionsgeschichtliche Analysen aus. Auf den konkreten Fall bezogen, empfahl er eine Längsschnittuntersuchung der Phänomene Anti-Zarismus, Anti-Bolschewismus und Anti-Kommunismus in der deutschen Arbeiterschaft wie auch ihrer Organisationen, und zwar eine Untersuchung, die Kategorien der Vorurteilsforschung berücksichtigen müßte. Es gelte insbesondere zu prüfen, wie die Ideologie des Anti-Bolschewismus als Ressentiment während der Novemberrevolution „zu einer restriktiven Bedingung der Veränderung von Gesellschaft" habe werden können.
Die DISKUSSION eröffnete Hans Josef STEINBERG (Bremen). Gegen Lösche bemerkte er, daß ein sozialpsychologischer Ansatz nur eine Meta-Ebene darstelle, von der man erneut zu den Grundfragen zurückkomme, wenn man die Probleme wirklich lösen wolle. Sozialpsychologische Ansätze stellten somit keinen Ausweg dar. Was die von Haupt dargestellte Heroisierung Karl Kautskys angehe, so sei zu beachten, daß sie sich in zwei Phasen vollzog: Die eigentliche Verherrlichung habe eingesetzt erst nach Verlust von Kautskys wirklichem Einfluß; was stattfand, war eine Instrumentalisierung Kautskys gegen den Bolschewismus. Anzumerken sei ferner, daß dem starken Interesse der südosteuropäischen Arbeiterbewegung für die deutsche Sozialdemokratie ein umgekehrt proportionales der deutschen Arbeiterbewegung gegenüberstand.

Georg W. STROBEL (Erfstadt-Liblar) verwies auf das jüdisch-polnische Proletariat, das eine äußerst bedeutsame und potente Kraft dargestellt habe und dessen Organisation, der „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund", zeitweise die größte Arbeiterorganisation Polens war. Strobel hob ferner hervor, daß die polnische Arbeiterbewegung den Sozialismus nicht von einer Revolution in Rußland, sondern von einer künftigen mitteleuropäisch/deutschen erwartete; die sozialistische Revolution auf den Spitzen der Bajonette der Roten Armee sei abgelehnt worden.

Feliks TYCH setzte dem entgegen, neuere polnische Forschungen hätten ergeben, daß die Mitgliederzählung des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes" teilweise recht obskur gewesen sei und daß deshalb Behauptungen über die Stärke dieser Organisation mit Vorsicht aufgenommen zu werden verdienten. Was die Frage anbelange, ob die Revolution und der Sozialismus aus Ost oder West erwartet worden seien, so sei es richtig, daß auf den Westen gehofft wurde. Der Grund dafür lag allerdings nicht in einer Aversion gegen den Osten, sondern in der Überzeugung, daß nur durch eine Revolution in Deutschland die russische Revolution gerettet werden und eine polnische stattfinden könne.

Zahlreiche weitere Diskussionsbeiträge beschäftigten sich vor allem mit dem Problem, ob und in welcher Weise sozialpsychologische Ansätze tatsächlich neue Wege bedeuteten, erörterten die Fruchtbarkeit von Ressentimentforschung im speziellen und von Mentalitätsforschung im allgemeinen. Hinzu kamen weitere Fragen und Diskussionsbeiträge zu Problemen der polnischen und ungarländischen Arbeiterbewegung.

Die drei weiteren Hauptvorträge hielten Dobrin MITSCHEV (Sofia) mit dem Thema „Dimitrov und die deutsche Sozialdemokratie bis 1919", John A. MOSES (Brisbane/Australien) zum „Internationalismus als Problem der Freien Gewerkschaften 1889-1920" und Marek SOBOLEWSKI (Kraków/Krakau) über „Konservative Reaktionen auf den Aufstieg der polnischen Arbeiterbewegung von 1889-1918". MITSCHEV zeigte, daß die bulgarische Arbeiterbewegung sowohl zur deutschen als auch zur russischen Sozialdemokratie enge Kontakte unterhielt. Neben Plechanow gehörten deshalb vor allem Schriften von Kautsky, Bebel, Mehring und Dietzgen zum Schulungsmaterial Dimitrovs. Besondere Aufmerksamkeit brachte er der deutschen Gewerkschaftsbewegung entgegen, und ohne deren Organisationsformen mechanisch zu übernehmen, erschien ihm ihr Zentralismus doch vorbildhaft für die bulgarische Arbeiterbewegung. In den Auseinandersetzungen zwischen dem revolutionären Allgemeinen Gewerkschaftsbund Bulgariens und den mit den Weitherzigen verbundenen Gewerkschaften, bemühte sich Carl Legien zu vermitteln. Gegen dessen abstrakte Einigungsforderungen stellte Dimitrov die These, daß nur auf dem Boden des Klassenkampfes eine Einigung möglich sei, und er qualifizierte deshalb Legiens Intentionen als opportunistisch ab. War durch Legiens Mission die Autorität der deutschen Arbeiter bereits beeinträchtigt worden, so brachte der Weltkrieg eine völlige Umkehrung im Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie und zu den Freien Gewerkschaften. Für Dimitrov bedeutete die Haltung der SPD und des ADGB im August 1914 klaren „Verrat", die Sympatien wandten sich der deutschen Linken zu sowie ab 1917 in verstärktem Maße den Bolschewiki.

MOSES befaßte sich mit dem Gegensatz zwischen dem internationalistischen Anspruch auf der einen Seite und der im Grunde nationalen Haltung der deutschen Freien Gewerkschaften auf der anderen. Den Widerspruch führte er vor allem auf die Politik Legiens zurück, der davon überzeugt war, daß überall zunächst starke zentralisierte, nationale Gewerkschaften errichtet werden müßten; erst wenn in allen Ländern solche existierten, könnten internationale Kampfaktionen stattfinden bzw. ernsthaft diskutiert werden. Da solche Bedingungen 1914 nicht gegeben waren, war die Burgfriedenshaltung der deutschen Gewerkschaften nur

konsequent. Auch die identische Haltung der Gewerkschaften anderer Länder akzeptierte Legien aufgrund seiner Überzeugung von der Irrealität internationaler Antikriegsaktionen. –

SOBOLEWSKI ging in seinem Beitrag differenziert den historischen Etappen des Verhältnisses der polnischen Konservativen zu den Sozialisten nach und zeigte die Unterschiede zwischen konservativer antisozialistischer Propaganda und tatsächlicher konservativer Politik. Während die antisozialistische Propaganda mit allen nur denkbaren Verleumdungsschemata arbeitete und dabei Antisemitismus und Antideutschtum ebenso mobilisierte wie sie den Vorwurf des Anarchismus mit dem des nationalen Verrats verband, war die politische Praxis der Konservativen gegenüber der Arbeiterbewegung wesentlich nuancierter. Der Sozialismus stellte für die Herrschenden keine Gefahr dar, und deshalb war, – von Ausnahmen abgesehen, wie etwa der Periode um 1905 – der Hauptgegner der Konservativen nicht die Arbeiterbewegung, sondern ihre Spitze richtete sich gegen die Bauernpartei und die Nationaldemokratische Partei. 1905/06 trat auch erstmals eine antirussische Komponente in der Verleumdung deutlich hervor. Der Erste Weltkrieg bringt dann die Wendung: Die Konservativen laden die nationalen Sozialisten zur Zusammenarbeit ein, ab 1917 wird der Bolschewismus zum Hauptgegner. Nun wird er in gleicher Weise diffamiert wie zuvor der Sozialismus, während jetzt die Sozialisten als der beste Schutz gegen den Bolschewismus erkannt und akzeptiert werden.
In der DISKUSSION wandte sich Erich MATTHIAS (Mannheim) gegen die von Mitschev verwendete Terminologie. Begriffe wie Opportunismus, Verrat usw. seien wenig hilfreich. HAUPT wies auf die Gleicharrigkeit der konservativen Propaganda in allen Ländern hin sowie auf deren Übernahme durch das Kleinbürgertum und sogar durch Teile der Arbeiterschaft (Beispiel: der gegen Rosa Luxemburg gewendete Antisemitismus der PPS). In ihren Antworten stellten SOBOLEWSKI und TYCH heraus, daß die antibolschewistische Propaganda der Konservativen zunächst zwiespältig war: Man wußte, daß man der Partei Lenins die nationale Unabhängigkeit zu verdanken hatte, lehnte die Bolschewiki jedoch im übrigen ab. MITSCHEV entgegnete Matthias, daß die von ihm benutzte Terminologie diejenige Dimitrovs gewesen sei, über den er zu referieren hatte. Auf eine diesbezügliche Frage von Siegfried BAHNE (Bochum) legte er ferner dar, daß es in der bulgarischen Arbeiterbewegung keine Konkurrenz zwischen deutschem und russischem Einfluß gegeben habe; bis 1914 sei der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie klar vorherrschend gewesen, mit Kriegsbeginn ging er stetig zurück, und von 1917 an war dann der Einfluß der Bolschewiki dominierend.
STEINBERG stellte gegenüber Moses fest, daß Ansichten Legiens nicht die einzige Grundlage gewerkschaftlicher Politik gewesen seien. Was den Zwiespalt von Internationalismus auf der einen und tatsächlicher nationaler Haltung auf der anderen Seite erkläre, sei die eindeutig auf eine nationale Volkswirtschaft und Politik ausgerichtete Interessenlage und Interessenvertretung der Mitglieder und Führung der Gewerkschaften. Zum selben Komplex führte Gerhard BEIER (Kronberg) aus, daß der Internationalismus stets auf zwei Ebenen existierte: einmal der idealistische Internationalismus der Kongresse, zum anderen der praktische, der von Arbeitern selber geübte (Wanderarbeiter usw.). Was scheiterte, war die Vermittlung dieser beiden Ebenen. Der Grund für ein solches Scheitern sei unter anderem das Fehlen einer labour diplomacy und damit eine Kompensation der Mängel offizieller Diplomatie gewesen.
Weitere fünf Kurzbeiträge wurden referiert von Heinrich POTTHOFF (Königswinter), Henryk SKRZYPCZAK, Christop KLESSMANN (Bochum, Klaus TENFELDE München) und Hans-Joachim BIEBER (Hamburg). POTTHOFF führte zum Thema „Deutsche Gewerkschaften und Oberschlesienfrage nach dem Ende des Ersten Weltkrieges" aus, wie der ADGB, obwohl vom Oberschlesienproblem eigentlich nur organisatorisch tangiert, doch in dieser Frage

weitgehend zu einem Bündnispartner von Regierung und Unternehmern wurde. Der ADGB engagierte sich mit äußerstem Einsatz für den Verbleib des gesamten oberschlesischen Gebiets bei Deutschland und scheute nicht davor zurück, mit Schreckbildern polnischer Zustände, mit der Drohung von der Nichterfüllbarkeit der Reparationsleistungen und der Warnung vor dem Entstehen einer auch die deutsche Arbeiterschaft belastenden Lohndrückerarmee dieses Ziel zu erreichen. Dieser Politik entsprach die Haltung gegenüber den polnischen Gewerkschaften ebenso wie der Versuch einer Beeinflussung des IGB. Vor einer militärischen Forcierung des Konfliktes schreckten die Gewerkschaften jedoch zurück, am Ende ihres Engagements stand das Gefühl der Enttäuschung darüber, daß Anerkennung und Dank von seiten der Regierung ausblieben.
Henryk SKRZYPCZAK schilderte pointiert den „Versuch einer deutsch-polnischen Flugblattaktion in Oberschlesien 1921", um von diesem Ausgangspunkt her einige grundlegende Erkenntnisse zum Problem des Internationalismus in völkischen Spannungsgebieten zu gewinnen. Am genannten Beispiel verdeutlichte er, wie sich sowohl die Berliner Landeszentrale des ADGB als auch die Warschauer Zentralkommission immer tiefer in die nationalen Leidenschaften verstrickten und in teilweise erschreckend grotesken Verhandlungen das Ziel einer gemeinsamen Flugblattaktion nicht erreichten, so daß schließlich das Amsterdamer Büro des IGB nach Einschaltung von Jouhaux und Fimmen den Gordischen Knoten mit einem eigenen Flugblatt zerschlug.
Zum Thema „Streikverhalten und Streikorganisation deutscher und polnischer Bergarbeiter im Vergleich 1889-1912" konzentrierte sich Klaus TENFELDE auf das Beispiel der Herner Polenrevolte vom Juni und Juli 1889. Der kurze und erfolglose Streik der polnischen Schlepper um höheren Lohn unterschied sich wegen des Fehlens kultureller, sozialer und politischer Integrationsfaktoren grundsätzlich von den organisierten Streiks der höher qualifizierten deutschen Kollegen. Er blieb lokal wie auch in der Branche isoliert und verschärfte nur die subjektiven Widersprüche zwischen des Gruppen der deutschen und polnischen Arbeiter. Tenfelde, der für eine kleinräumige Konfliktforschung eintrat, konnte überzeugend verdeutlichen, wie sich mit Hilfe regionaler Ansätze exakte und detaillierte Ergebnisse etwa zur Belegschaftstruktur gewinnen und explizite Schlußfolgerungen ziehen lassen.

Christoph KLESSMANN wies in seinem Beitrag „Polnische Berufsvereinigung (ZZP) und 'Alter Verband' im Ruhrgebiet" erneut auf die Problematik des Verhältnisses von nationaler Bindung und Klassenzugehörigkeit hin. Die 1902 gegründete polnische Bergarbeitergewerkschaft, deren Mitgliederstand sich 1912 auf ungefähr 30 000 belief, hatte zunächst eine wichtige, vor allem kulturelle Auffangfunktion wahrzunehmen, der weder der „Alte Verband" noch der katholische „Werkverein" voll gerecht werden konnte. Daß die Gründung der ZZP nicht per se mit einer Schwächung der Arbeiterbewegung gleichzusetzen war, bewies der Bergarbeiterstreik von 1912, an dem die Polnische Berufsvereinigung als aktiver Verbündeter teilnahm. – Im letzten Beitrag „Konservative Reaktionen auf den Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung in der Endphase des Wilhelminischen Reiches" zeigte Hans-Joachim BIEBER, wie in den Jahren 1916 bis 1918 der Zweifrontenkrieg nach außen und nach innen für die Herrschenden mehr und mehr unmöglich wurde, und wie deshalb vor allem die staatlichen Instanzen in dieser speziellen Situation zu Kompromissen gegenüber der Arbeiterbewegung bereit waren, während die Arbeitgeber eher intransigent blieben und bereits gewährte Zugeständnisse in der Praxis zu konterkarieren suchten.
In der abschließenden DISKUSSION wies STROBEL auf den Lösungsversuch der Kommunistischen Partei in Oberschlesien hin, die sich von einer sozialistischen Republik Oberschlesien eine revolutionäre Ausstrahlung nach Westen wie nach Osten erhoffte. Ferner hob er die bedeutende Rolle des polnischen Sozialisten B. Strzelewicz hervor, dessen humanistisches und kuturel-

les Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung noch viel zu wenig bekannt sei. – Andrzej GŁOWACKI (Szczecin/Stettin) stellte in einem längeren Diskussionsbeitrag die unterschiedliche Haltung der SPD und der USPD zu der durch den Friedensschluß aufgeworfenen Frage der Lösung des Nationalitätenproblems in Westpolen dar, insoweit deutsch-polnische Konflikte eine Rolle spielten. Der USPD ging es nicht allein um die Probleme der Grenzziehung und der Abstimmungsmodi in den national gemischten Gebieten, vielmehr sollten vorab eine gewisser Minderheitenschutz und die Autnomie im ethnisch-kulturellen Bereich garantiert werden. Nachdem ihr Versuch, die vertragsschließenden Mächte in dieser Richtung zu beeinflussen, gescheitert war, konzentrierte sie sich zusammen mit der SPD darauf, die demokratischen Prinzipien in diesem Kontext wirksam werden zu lassen. Gleichwohl sind beide Parteien, nicht anders als die polnischen Sozialisten, dem durch die Kriegszeit verfestigten Chauvinismus erlegen.
Als Beauftragter für das Konsultationsprogramm der Historischen Kommission dankte Otto BÜSCH in seinem Schlußwort allen Teilnehmern des Symposions und brachte dabei seine Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Tagung ein Auftakt zur weiteren Durchdringung des erörterten Problemkreises gewesen sein möge.

6. JAHRESTAGUNG DER INTERNATIONAL ASSOCIATION OF LABOUR HISTORY INSTITUTIONS (IALHI) VOM 18. BIS 21. JUNI 1975 IN AMSTERDAM

Von Sigrid Krüger

Die Jahrestagung der IALHI [1] wurde unter Vorsitz von Rein VAN DER LEEUW vom „International Institute of Social History" (IISH) ausgerichtet. Die Zahl der Mitgliedsinstitutionen ist inzwischen auf 38 angewachsen. Bedauernd wurde festgestellt, daß aus den sozialistischen Ländern keine Institution Mitglied ist.
Auch diesmal behandelten die Vorträge Probleme der Arbeiterbewegung des gastgebenden Landes und gaben einen Einblick in die Arbeit des IISH. Frits DE JONG sprach zum Thema: „Die politischen Ansichten Troelstras und der Sozialdemokraten im Hinblick auf die Rolle des Staates". Pieter Jelles Troelstra (1860-1930) war einer der bedeutendsten Führer der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei der Niederlande. Bereits im Jahre 1907 kritisierte er auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart, daß die Sozialdemokratie bisher keine brauchbare Staatstheorie entwickelt habe und forderte ein sozialistisches System für die Gegenwart, etwa in der Form von besonderen Arbeiterinstitutionen (Wirtschaftsparlamenten), die den Parlamenten an die Seite gestellt werden sollten, fand dafür aber keine Mehrheit. Troelstra, der in seiner Politik sowohl reformistische als auch revolutionäre Tendenzen zu vereinen wußte, war unbestritten der führende Kopf der Partei im ersten Drittel dieses Jahrhunderts. Es ist nicht zuletzt auf seine Popularität zurückzuführen, daß die Partei in den 30er Jahren eine breite Mitglieder- und Wählerbasis gewinnen konnte.
Frau Daisy DEVREESE referierte über: „Die Gründung der Ersten Internationale in Belgien". Aus der politischen und ökonomischen Situation des Landes erklärte sie den regional äußerst unterschiedlichen Grad der Organisierung der Arbeiter und legte dar, von welchen

1 Anschrift: Mrs. Irene Wagner, c/o The Labour Party, Transport House, Smith Square, London SW 1.

Einflüssen die einzelnen Arbeiterorganisationen und Personen geprägt und welche Motivationen für die Gründung (1865) und spätere Arbeit der belgischen Abteilung der Ersten Internationale bestimmend waren.

„Zur Genesis des Marxschen Geschichtsverständnisses im Lichte neuer Quellen" lautete das Thema Hans Peter HARSTICKS. Seiner Ansicht nach haben die Ergebnisse der bisherigen Marx-Engels-Forschung nur vorläufigen Charakter, da der handschriftliche Nachlaß bisher nur zur Hälfte quellenmäßig erschlossen sei. Er bezog sich dabei hauptsächlich auf die Marxschen Exzerpte und Aufzeichnungen zu seinen Geschichtsstudien, die in der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe, an deren Herausgabe das IISH beteiligt ist, publiziert werden sollen.

Anläßlich eines Empfanges beim „Niederländischen Verband der Gewerkschaften" betonte dessen Präsident, Winn KOK, daß auch für seine Organisation das gleiche gelte wir für die meisten westeuropäischen Gewerkschaften: Angesichts der gegenwärtigen Krise sei festzustellen, daß die Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zu viel Gewicht auf die Steigerung der Löhne gelegt und dabei die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer vernachlässigt haben.

Vom Plenum der IALHI wurde Irene WAGNER zur Vorsitzenden der Association einstimmig für die nächsten fünf Jahre wiedergewählt. Die nächste Konferenz findet vom 20. bis 23. September 1976 in Mailand beim „Instituto Giangiacomo Feltrinelli" statt. Als Vortragsthemen sind vorgesehen: „Die italienische Arbeiterbewegung" und „Probleme des Marxismus und der Marxisten".

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (28).

Bearbeitet von Ursel Fadle

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In dieser Rubrik werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.
Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Eine dringende Bitte an unsere Leser!

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes.

Die Redaktion dankt für freundliche Beachtung und Unterstützung.

Titelverzeichnis

Wenn Sie sich mit den Bearbeitern der Projekte in Verbindung setzen wollen, wenden Sie sich bitte an die genannten Anschriften der Institutionen, die das Projekt mitgeteilt haben, bzw. an die in der Projektmeldung aufgeführten Betreuer oder Forschungseinrichtungen.

BzG	=	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung JML, Wilhelm-Pieck-Str. 1, 1054 Berlin DDR
Deutsche Nationalbibliographie	=	VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Leipzig
„informationen"	=	informationen projektteam geschichte der arbeiterbewegung, Albertgasse 23, A 1080 Wien
Mitteilungen	=	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Altes Rathaus, Wipplingerstr. 8, 1010 Wien
Newsletter	=	Newsletter Eurpean Labor and Working Class History c/o Department of History, University of Southern California, Los Angeles, Ca. 90007
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte	=	Institut für Zeitgeschichte Leonrodstr. 46 b, 8 München 19

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

3081 BAYLEN, J.O. und Norbert J. GOSSMAN (Hrsg.): **Biographical Dictionary of Modern British Radicals, 1770-1914.** – Bd. 1 soll 1976 veröffentlicht werden. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3082 HALE, Thomas F. (McNeese State University): **H. G. Wells, Biographical Dictionary of Modern British Radicals.** – Wird bei Harvester Press veröffentlicht. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

3083 BORN, Karl Erich, Otto BRUNNER, Wolfgang KÖLLMANN, Theodor SCHIEDER und Joseph VOGT (Hrsg.): **Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867-1914.** 3 Bde. – (Bd.: II: Quellenband 1867-1914. Bd. III: Organisationsgeschichte der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bis 1914.) – Edition. – In Bearbeitung. – Bd. 1 wurde 1966 im Verlag Franz Steiner, Wiesbaden, veröffentlicht.

3084 LUTHARDT, Wolfgang (Hrsg.) (Berlin): **Otto Kirchheimer, Von der Weimarer Demokratie zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung.** – (Mit einer Einleitung des Hrsg. Schriften aus dem Zeitraum 1928-1941. Bibliographie.) – Edition. – Abgeschlossen. – Erscheint 1976 im Verlag Suhrkamp, edition suhrkamp, Bd. 821. – Die Einleitung wurde vorab publiziert in: „Kritische Justiz", H. 1 (1976).

3085 BORSDORF, Ulrich, Hans Otto HEMMER und Martin MARTINY (Universität Essen): **Das „Moskauer Tagebuch" Artur Crispiens.** – (Tagebuch über den Besuch einer USPD-Delegation im Sommer 1920 mit Crispien, Däumig, Dittmann und Stoecker in Moskau zu Verhandlungen über den Anschluß der USPD an die Komintern. Eingeleitet, abgedruckt und kommentiert.) – Edition. – In Bearbeitung. – Wird in IWK, H. 4 (1976), veröffentlicht.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

3086 **Marx-Engels-Jahrbuch.** Hrsg. von den Instituten für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und beim ZK der SED. – Hinweis in BzG 1 (1976), S. 57.

3087 LENK, Kurt (RWTH Aachen): **Der Staat ist tot. Es lebe die Ableitung.** (Arbeitstitel.) – (Vergangenheitsbewältigung im Blick auf die „Bewältiger" des Staatsproblems.) – Monographie. – In Bearbeitung. – Veröffentlichung geplant.

3088 PRUSS, Ulla (Universität Münster): **Geschichte und soziale Bewegung in der Theorie von Moses H e s s.** – (Geschichtstheorie. Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Revolutionstheo-

rie. Konstitution der kommunistischen Gesellschaft. Sozialistische Theorie und soziale Bewegung.) – Magisterarbeit. – Abgeschlossen.

3089 HASE, Klaus (Universität Wien): **Der emanzipatorische Gehalt der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie.** – Dipl. (bei Prof. Streissler). – Abgeschlossen. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3090 OPPOLZER, Alfred A. (Universität Marburg): **Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx. Untersuchung zu Systematik und Rekonstruktion der Marxschen Entfremdungskonzeption.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Deutsche Nationalbibliographie, Reihe C, H. 12 (1975), S. 144.

3091 YAMAMOTO, Jun (FU Berlin): **Die Marxsche Wertlehre: Ihre Bedeutung und ihre Grenzen als Erklärungsprinzip kapitalistischer Gesellschaften.** – Dipl. (bei Prof. Johannes Agnoli). – Abgeschlossen.

3092 WANKEL, C. (Ruhr-Universität Bochum): **Otto Bauers Stellung zum Problem des nationalen Minderheitenschutzes.** – Magisterarbeit (bei Prof. Hans Mommsen). – Abgeschlossen. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3093 GUILLOT, Isabelle (Université de Paris VIII): **Clara Zetkin und die Frauenbewegung.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Gilbert Badia). – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

3094 GUNNIN, Gerry C. (Hrsg.) (Oklahoma Baptist University): **Autobiography of Patrick J. Dollan, Labour Lord-Provost of Glasgow.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3095 MIERSCH, Klausjürgen (Neukirch): **Monographie über Emil Kaler-Reinthal (1850 bis 1897).** – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1976. – Veröffentlichung geplant. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3096 QUACK, Sibylle (TU Hannover): **Paul Levis Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung in der Frühphase der Weimarer Republik.** – (Bedeutung L.'s in der Konstitutionsphase der KPD, und seine Position in der Auseinandersetzung in KPD und Komintern bis zum Eintritt in die SPD (1922). Quellen: Levi-Nachlaß in Bonn.) – Diss. (bei Prof. Jürgen Seifert). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1977.

3097 KUTZ, Martin (Universität Hamburg): **Zur politischen Sozialisation eines typischen Arbeiterführers der Kaiserzeit: Das Beispiel H. Molkenbuhr.** – (Quellen: IISG Amsterdam, Archiv FES Bonn, Staatsarchive Hamburg und Schleswig.) – Abgeschlossen.

3098 SPEISER, Wolfgang (Ludwig Boltzmann Institut, Linz): **Paul Speiser.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3099 EVANS, Richard J. (University of Stirling): **Helene Stöcker. Social Reformer and Pacifist, 1869-1943.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3100 GUNNIN, Gerry C. (Oklahoma Baptist University): **John Wheatley.** – (Biographie des Gesundheitsministers der ersten Labour-Regierung in England.) – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3101 Ders.: **John Wheatley Catholic Socialism, and Irish Labour in the West of Scotland, 1906-1924.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

3102 LÜBBE, Peter (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn-Bad Godesberg): **Kommunismus und Sozialdemokratie.** – (Verhältnis von Komintern, Kominform, KPdSU und SED zur Sozialdemokratie.) – Monographie. – Abgeschlossen. – Soll im Herbst 1976 im Verlag Dietz, Bonn veröffentlicht werden.

3103 ULLMANN, Peter (Universtität Tübingen): **Das Tarifvertragswesen in Deutschland bis 1914.** – Diss. – Abgeschlossen.

3104 DASEY, R. (University of London): **Wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterinnen in Deutschland 1870-1914.** – (Die Rolle der Frau im Industrialisierungsprozeß.) – Diss. (bei Prof. Carsten). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3105 EVANS, Richard (University of Stirling): **The Feminist Movement in Germany, 1894-1933.** – Wird in „SAGE Studies in Twentieth Century History", Bd. VI (Dezember 1976), veröffentlicht. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3106 STORKSBERGER, Ludger: **Geschichte der deutschsprachigen proletarischen und sozialistischen Literatur.** – Geplante Diss. – Hinweis in „informationen, Nr. 4 (1976).

3107 TROMMLER, Frank (University of Pennsylvania, Philadelphia): **Sozialistische Literatur in Deutschland. Ein historischer Überblick.** – (Ansätze im Vormärz. Arbeiterbewegung als Kulturbewegung seit dem 19. Jh. Schriftsteller und Sozialismus. Arbeiterdichtung. Kulturpolitik von SPD und KPD. Deutsch-russische Literaturbeziehungen. Sozialistischer Realismus. DDR-Literatur.) – Soll im Herst 1976 im Verlag Kröner, Stuttgart, veröffentlicht werden.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

3108 GEBHARDT, Hartwig (Universität Hamburg): **Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Deutsche Nationalbibliographie, Reihe C, H. 12 (1975), S. 146.

3109 KROTT, Wolfgang (Universität Konstanz): **Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Revolution 1848/49 in Deutschland.** – (Schwerpunkt: Berlin, Leipzig, Frankfurt und Rheinprovinz.) – Diss. (bei Dr. Köhler und Prof. Groh). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3110 HENKE-GAEHME, Christine (Universität Köln): **Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen und Forderungen der Sozialdemokratie 1862-75.** – (Theoretische Positionen auf sozial- und preisökonomischem Gebiet. Einfluß der Theoriebildung auf praktische Politik, taktische und strategische Erwägungen.) – Diss. (bei Prof. Eike Henning). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1977.

3111 ENGELHARDT, Ulrich (Universität Heidelberg): **Gewerkschaftliche Interessenvertretung als „Menschenrecht". Anstöße und Entwicklung der Koalitionsrechtsforderung in der preußisch-deutschen Arbeiterbewegung 1862/63-1865 (1869).** – Aufsatz. – Abgeschlossen.

3112 ENGELHARDT, Ulrich (Universität Heidelberg): **Soziale Frage und Frauenemanzipation. Zur Sozialgeschichte der organisierten Frauenbewegung in Deutschland in ihrer Konstituierungsphase.** (Arbeitstitel.) – (Organisatorische Anfänge ca. 1865-1875. Soziale Lage der Trägergruppen und Zielschichten. Zusammenhang von Frauen- und Arbeiterbewegung. – Publizistische und statistische Quellen.) – Monographie. – Geplant.

3113 ENGELHARDT, Ulrich (Universität Heidelberg): **„Durch Einigkeit zum Sieg!" Zur Sozialgeschichte deutscher Streikbewegungen 1867-1869. Analyse und Dokumentation.** (Arbeitstitel.) – (Detaillierte tabellarische Erfassung von Streiks auf der Basis einschlägiger parteipolitischer und gewerkschaftlicher Arbeiterpresse mit systematischer Auswertung.) – Monographie. – In Bearbeitung.

3114 RADTKE, Klaus (Universität Hamburg): **Zur Kontroverse zwischen parteigebundener Arbeiterbildung und bürgerlicher Volksbildung 1869-1890.** (Arbeitstitel.) – Dipl. (bei Prof. Grumm). – Geplant.

3115 REULECKE, Jürgen (Ruhr-Universität Bochum): **Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierungsphase.** (Arbeitstitel.) – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

b) 1890-1914

3116 ULLMANN, Peter (Universität Tübingen): **Anfänge und Entwicklung des Tarifwesens in Deutschland bis 1914.** – Edition (Prof. Karl Erich Born). – Abgeschlossen.

3117 NIGGEMANN, Heinz (Ruhr-Universität Bochum): **Sozialdemokratie und Frauenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.** – (Frauen in der SPD, ihre politischen Tätigkeitsfelder, Konflikte, Richtungskämpfe, Gleichberechtigung in Partei und Familie. Abgrenzung zur bürgerlichen Frauenbewegung.) – Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3118 JANSSEN, Herbert (Universität Hamburg): **Proletarierinnen und Organisation im Kaiserreich. Zum Zusammenhang von sozialer Lage, gewerkschaftlicher Organisierung und politischer Aktivierung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in Deutschland 1890-1914.** – Diss. (bei Prof. Klaus Saul). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3119 EVANS, Richard J. (University of Stirling): **Women and Socialism in Imperial Germany.** – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3120 LANGEWIESCHE, Dieter und Klaus SCHÖNHOVEN (Universität Würzburg): **Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im Wilhelminischen Deutschland.** – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint 1976 in „Archiv für Sozialgeschichte".

3121 KRÜGER, Manfred (Universität München): **Zur Soziologie und Geschichte des Arbeitersports im Wilhelminischen Deutschland 1893-1918.** – (Spezifische Formen einer proletarischen Körperkultur. Arbeitersportbewegung als Teil der organisierten Arbeiterbewegung. Arbeitersportbewegung und SPD. Quellen: Sammlung zum ATUS im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Arno Klönne). – Abgeschlossen.

3122 NEUMANN, Robert P. (SUNY, Fredonia): **Working Class Birth Control in Wilhelmine Germany.** – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

c. Weltkrieg und Revolution

3123 RABENSCHLAG-KRÄUSSLICH, Jutta (Universität Freiburg); **Vaterländischer Hilfsdienst und War Munition Act: Die sozialpolitische Entwicklung Deutschlands im Ersten Weltkrieg im Vergleich zu England.** (Arbeitstitel.) – (Historische Konkretisierung des 'Investitionsstaates' im Hinblick auf strukturelle Bedingungen und Antriebskräfte der Sozialpolitik. Schwerpunkt: Verhältnis Staat und Gewerkschaften, Einfluß des Krieges auf ihre Strategie und Politik. Quellen: Gewerkschaftsarchive, DZA Potsdam, Bundesarchiv Koblenz, Transport House.) – Diss. (bei Prof. Zmarzlik). – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978.

d) Weimarer Republik

3124 FELDMAN, Gerald D. (University of California, Berkeley): **Iron and Steel in the German Inflation, 1916-1928.** – Soll 1976 bei Princeton University Press veröffentlicht werden. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3125 FELDMAN, Gerald D. und Irmgard STEINISCH (University of California, Berkeley): **Employer Mobilization and Strikes in Germany Between 1922 and 1928.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3126 SCHÜTZE, Friedhelm (Universität Marburg): **Der Deutsche Metallarbeiterverband in der Weimarer Republik.** – (Schwerpunkt: 1924-1933. Innergewerkschaftliche Entwicklung. Beziehungen zwischen den Sozialparteien der Metallindustrie, der Gewerkschaft und der staatlichen Bürokratie. DMV und SPD.) – Diss. (bei Prof. Gerd Hardach). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3127 SIPPEL, Roman (Universität Göttingen): **Bildungspolitik der KPD in der Weimarer Republik.** – (Kritische Auseinandersetzung mit der Erziehungsgeschichtsschreibung der DDR.) – Diss. (bei Prof. Herrlitz). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3128 LERSCH, Edgar (Universität Tübingen): **Medien und Tendenzen der sowjetischen Selbstdarstellung in Deutschland, 1921-1928/29.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", H. 1 (1976), S. 29, Fu. 80.

e) 1933-1945

3129 MANN, Reinhard (Universität Köln): **Zur Soziologie des Widerstandes im nationalsozialistischen Deutschland. Eine quantitative Dokumentenanalyse von Gestapo-Personenakten.** – (Sample der Gestapo-Personenakten für den Regierungsbezirk Düsseldorf. Soziale Herkunft der Widerständler, ihre Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken und Verkehrskreisen. Umstände, die zu ihrer Erfassung, speziell Denunziationen, führten. Quellenbasis: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf.) – Diss. (bei Prof. Erwin K. Scheuch). Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978.

3130 LANGKAU-ALEX, Ursula (Amsterdam): **Volksfront für Deutschland?** 2 Bde. – (Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront", 1933-1936. Bd. 2: 1936-1939.) – Monographie. – Bd. 1 soll Ende 1976 unter Auspizien des IISG, Amsterdam, veröffentlicht werden. – Bd. 2 in Bearbeitung.

3131 BORSDORF, Ulrich (Universität Essen): **Die Programmdebatte der Gewerkschafter in Widerstand und Emigration: Einheitsgewerkschaft.** – (Politische und organisatorische Niederlage der Gewerkschaften 1933. Taktik und Programmatik des Leuschner-Kreises, der KPD und verschiedener Emigrationsgruppen. Schwerpunkt: Großbritannien (Gottfurcht) und Schweden (Tarnow). Quellen: Gedrucktes Material, Material Gottfurcht und Unterlagen des amerikanischen Geheimdienstes OSS.) – Aufsatz. – Endstadium der Bearbeitung.

3132 LIEDERS, Kurt (Universität Oldenburg): **Die Ernsten Bibelforscher als Verfolgte und Widerstandsgruppe 1930-1945.** (Arbeitstitel.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. H. M Barth).

3133 RABINBACH, Anson G. (Hampshire College, Amherst Mass.): **Beauty of Labour: The Aesthetics of Production in the Third Reich.** – (Analyse der sozialen und ideologischen Aufgaben des Amtes Schönheit der Arbeit im Dritten Reich.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Soll im November 1976 im „Journal of Contemporary History" erscheinen.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

3134 REESE, Hartmut (Universität Münster): **Rekonstruktion von Arbeiterbewegung als Restauration des deutschen Kapitalismus 1945-1949.** (Arbeitstitel.) – (Theorie- und Methodengrundlage in Arbeiten aus der organisierten Arbeiterbewegung zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung nach 1945.) – Magisterarbeit (bei Prof. Arno Klönne). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3135 SCHULZ, Horst-Peter (Universität Bonn): **Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund auf dem Wege zum 'demokratischen Zentralismus'. Die Entwicklung des FDGB von 1945-1950.** – (Quellen: DGB-Archiv Düsseldorf.) – Magisterarbeit. – Abgeschlossen.

g) BRD

3136 THOMAE, Rolf-Peter (FU Berlin): **Vergleich gewerkschaftlicher Strategien (GB-BRD) am Beispiel unterschiedlicher Konzepte der Partizipation.** – Dipl. (bei Prof. Michael Bolle.) – Abgeschlossen.

3137 KRÄTKE, Michael (FU Berlin): **Finanzsystem der BRD und Finanzpolitik der SPD.** – (Empirische Analyse der sozialen Budgetinzidenz. Begründung der Steuerreformprogramme der SPD in Steuerdebatten seit 1949.) – Diss. (bei Prof. Gerhard Huber). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3138 PLÄNITZ, Günther (FU Berlin): **Sozialdemokratische Politik im „Orientierungsrahmen 1985". Eine kritische Untersuchung einiger Schlüsselkategorien.** – Dipl. (bei Prof. Albrecht.) – Abgeschlossen.

h) DDR

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

3139 DENK, Hans-Dieter (Universität Regensburg): **Die christlische Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg.** – Diss. – In Bearbeitung.

3140 INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE, München (Hrsg.): **Widerstand und Verfolgung in Bayern.** 3 Bde. – (Bd. 1: Landratsämter im Staatsarchiv München, Bd. 2: NSDAP und Gestapo-Leitstelle München, Bd. 3: Sondergericht München.) – In Bearbeitung. – Hinweis in Mitteilungen, Folge 24 (1976).

3141 LEIBENGUTH, Peter (Universität Köln): **Gewerbe und Industrie im Großherzogtum Berg. Napoleonische Herrschaft und Frühindustrialisierung.** (Arbeitstitel.) – Habil. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3142 VOGLER, Wilhelm (Universität Halle): **Probleme des Klassenkampfes zwischen den Landarbeitern und Gutsbesitzern im Regierungsbezirk Merseburg 1918-1923.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Deutsche Nationalbibliographie, Reihe C, H. 12 (1975), S. 149.

3143 BERLIN, Jörg (Universität Hamburg): **Novemberrevolution und Rätebewegung in den Küstenstädten Norddeutschlands.** – (Arbeiterbewegung in Emden, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Cuxhaven 1912-1920. Quellen: Archive in Freiburg i.B., Hannover, Osnabrück, Stade, Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Wilhelmshaven, Oldenburg, Emden und Aurich.) – Diss. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3144 FELDMAN, Gerald D. (University of California, Berkeley): **The 1928 Ruhr Lockout in the Iron and Steel Industry.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3145 AMES, Gerhard (Universität des Saarlandes, Saarbrücken): **Die Anfänge der Sozialdemokratie im Industrierevier an der Saar.** – (Frühe Entwicklung von SPD und freien Gewerkschaften. Sozio-ökonomische und politische Bedingungen, die die Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterbewegung erschwerten. – Parteioffizielles Quellenmaterial.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Peter Blickle). Wird als Diss. weitergeführt. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3146 HAUTHAL, Günter (PH Potsdam): **Der Kampf der Arbeiterbewegung gegen Militarismus und Imperialismus im Land Sachsen-Altenburg 1890-1917.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Deutsche Nationalbibliographie, Reihe C, H. 12 (1975), S. 146.

3147 DANKLEFIEN, Gunther (PH Kiel): **Stellung der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein zur Zeit der Aufhebung des Sozialistengesetzes.** – Staatsexamensarbeit. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3148 HUSS, Hans Peter (Universität Tübingen): **Gründung und Entwicklung der württembergischen Konsumvereine bis zum Jahre 1871.** – Diss. – Abgeschlossen.

3149 RIEBER, Christof (Universität Tübingen): **Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes in Württemberg 1878-90.** – (Staatliche Verfolgungspraxis. Aktivitäten der Sozialisten. Stellungnahmen der herrschenden Kreise in Staat, Kirche und Gesellschaft. Vergleich zu benachbarten süddeutschen Staaten. Quellen: Zentrale staatliche Akten, Stadtarchive, Gerichtsakten.) – Diss. (bei Prof. Hansmartin Decker-Hauff). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1978.

b) Lokal

3150 WÖLKE, Claudia (PH Rheinland, Abt. Köln): **Der sozialdemokratische Verein Aachen (Stadt und Land) von 1904 (Mitte) bis Ende 1909.** (Arbeitstitel.) – (Quellenbasis: „Rheinische Zeitung", Jg. 1904-1909.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. G. Bers). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3151 LEIN, Albrecht (Universität Göttingen): **Die antifaschistische Aktion Braunschweig.** (Arbeitstitel.) – Diss. (bei Prof. E.-A. Roloff). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Dezember 1976.

3152 DEHNKAMP, Willy: **Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften im heutigen Bremen-Nord (dem früheren preußischen Kreise Blumenthal).** – (Quellen: Staatsarchive Hamburg, Bremen und Stade. Tageszeitungen seit 1860 und Gewerkschaftszeitungen.) – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978.

3153 MEYER-RENSCHHAUSEN, Elisabeth (Universität Bremen): **Die Reaktion der Arbeiter auf die Weltwirtschaftskrise am Beispiel der AG „Weser" in Bremen.** – (Quellenbasis: Staatsarchiv Bremen.) – Dipl. (bei Prof. Wilfried Gottschalch). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1976.

3154 FREIMUTH, Kurt (Universität Bremen): **Die Rote Hilfe in Bremen 1920-1933.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen.

3155 DIHLE, Ulf-Christian (Universität Bremen): **Die Politik der Bremer Lehrerbewegung – ihr Scheitern zu Beginn der Weimarer Republik, dargestellt am Beispiel des „Vereins sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen in Bremen" in Zusammenhang mit der Bremer Lehrerkammer.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Wilfried Gottschalch). – Abgeschlossen Oktober 1974.

3156 MILES, Allan (Stanford University): **School Reform and Educational Policy in Bremen 1945-1951.** – (SPD-Schulpolitik, Probleme der SPD bei der Zusammenarbeit mit der Militärregierung. Quellen: Nationalarchiv Washington, Staatsarchiv Bremen.) – Diss. (bei Prof. Gordon A. Craig und Prof. Peter Paret). – Abgeschlossen.

3157 NOLAN, Mary (Sommerville, Massachusetts): **The Socialist Movement in Düsseldorf, 1890-1914.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3158 BUNSE, Klaus (Ruhr-Universität Bochum): **Essener Bergarbeiterstreik von 1872.** – Aufsatz. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3159 LUCAS, Erhard (Oldenburg): **Vergleich der revolutionären Bewegung 1918/19 in Hamborn und Solingen.** (Arbeitstitel.) – Aufsatz.– Soll im Herbst 1976 im Verlag Rote Fahne veröffentlicht werden.

3160 SCHULZE-THIEMIG, Silvia (Universität Hamburg): **Arbeiterbildungsvereine in Hamburg und Altona 1845-50.** – Dipl. (bei Prof. Grumm). – Geplant.

3161 RABE, Bernd (TU Hannover): **Zur Soziologie zweier Abteilungen der SPD in einem Arbeiterwohnbereich. Eine empirische Untersuchung.** – (Konstitution und Entwicklung der Sozialdemokratie ab 1840 in **Hannover**-Linden. Verschichtung in spezifische Generations„typen" von der Weimarer Republik bis zu den Jahrgängen 1940 ff. Charakter lokaler Politik, Terminologie in der Literatur. Quellen: lokale Arbeiterpresse, Protokolle, Fragebogenerhebungen, Interviews.) – Diss. (bei Prof. Peter v. Oertzen). – Abgeschlossen. – Veröffentlichung geplant.

3162 KATZSCHKE, Gundula (Universität Göttingen): **Soldatenrat in Kiel. November 1918.** – Staatsexamensarbeit (bei Dr. v. Pezold-Hüningen).

3163 BRANDT, Heinz-Dieter (PH Rheinland, Abt. Köln): **Der Kölner Ortsverein der SPD von 1909-1911.** – (Auswertung der „Rheinischen Zeitung", Organ für den Agitationsbezirk Obere Rheinprovinz; Vereinsorganisation und Entwicklung; Frauen- und Jugendbewegung, Kader und Mitgliederliste.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. Günter Bers). – Abgeschlossen April 1976.

3164 LINDEMANN, Anna-Maria (Universität Heidelberg): **Revolution 1918/19 in Mannheim.** – (Strukturwandel der Arbeiterklasse 1890-1918. Arbeits- und Lebensbedingungen, Organisations- und Aktionsformen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Quellen: Polizei- und Zeitungsberichte.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Klaus v. Beyme). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1976.

3165 ROSSMEISSL, Dieter (Universität Erlangen-Nürnberg): **Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890-1914** –. (Zusammensetzung der SPD und die soziale Lage der von ihr erreichten Arbeiterschichten. Innerparteiliche Willensbildung und Politik der Parteiorganisationen.) – Diss. (bei Prof. Michael Stürmer). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1977.

3166 HUBER, Rudolf Günter (Universität Frankfurt/M.): **Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1898-1914.** – (Quellen: Stadtarchiv Offenbach, Tagebücher in Privatbesitz, Zeitungen und Zeitschriften, Agitationsschriften, Memoiren und Biographien.) – Diss. (bei Prof. Horst Stuke und Dr. Dieter Rebentisch). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1976.

3167 ENGELHARDT, Ulrich (Universität Heidelberg): **Der Waldenburger Bergarbeiterstreik im Winter 1869/70. Zur Verhaltensanalyse eines sozialen Konflikts in der Spätphase der Frühindustrialisierung.** – (Analyse des Streikverlaufs in seinen einzelnen Stadien mit Hilfe von Leon Festingers „Theorie der kognitiven Dissonanz".) – Aufsatz. – Abgeschlossen.

3168 SCHÖNHOVEN, Klaus (Universität Würzburg): **Zwischen Revolution und Sozialistengesetz. Die Frühgeschichte der Würzburger Arbeiterbewegung 1848 bis 1878.** – (Gewerkschaftliche und parteipolitische Vorstellungen und praktische Erfahrungen der Arbeiter. Quellen: Staatsarchiv Würzburg, Zeitungen.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Soll im „Mainfränkischen Jahrbuch" veröffentlicht werden.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND VERGLEICHENDER DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

3169 HERMES, Ina (Universität Köln): **Die Gewerkschaften in der II. Internationale 1889-1914.** – (Britische, französische und deutsche Gewerkschaften als Hauptvertreter dreier Gewerkschaftstypen. Zusammenarbeit und Einflußnahme bei sozialistischen Kongressen. Tätigkeit auf nationaler Ebene. Befolgung und Nichtbefolgung internationaler Beschlüsse. Bedeutung der Gewerkschaften für die Entwicklung der II. Internationale. Quellen: Protokolle nationaler Gewerkschaftskongresse und Kongresse der II. Internationale, Parteitagsprotokolle, Gewerkschaftszeitungen.) – Diss. (bei Prof. Erwin Oberländer). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.

3170 WESTERGARD-THORPE, Wayne (University of British Columbia): **The Syndicalist International, 1913-1939. A Study of the International Working Men's Association.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3171 HAHN, Manfred (Universität Bremen): **Sozialistisch-kommunistische Mustersiedlungen des 19. Jahrhunderts in Nordamerika und Großbritannien (owenistisch, fourieristisch, ikarisch).** – (Entstehungsursachen, wirtschaftliche-soziale Verfaßtheit, Propagandafunktion, Gründe des Scheiterns.) – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

3172 CREW, David (Columbia University): **Industrialization and Labor in the Northern European Coalfield: A Comparative Regional Analysis.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3173 ZELNIK, Reginald (University of California, Berkeley): **A Comparative Study of Factory Workers and the Labor Question in Continental Europe During Periods of Early Industrialization.** – (Schwerpunkte: St. Petersburg, Berlin und Paris in der Zeit von 1870-1914.) – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3174 HAMBURGER, Karl-Heinz (FU Berlin): **Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung – ausgewählte Konfliktstrukturen.** – Dipl. (bei Prof. Martin Jänicke). – Abgeschlossen.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Afrika

3175 METZE, Klaus Rüdiger (Universität Marburg): **Zur Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Tansania.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Deutsche Nationalbibliographie, Reihe C, H. 12 (1975), S. 144.

Belgien

3176 LORWIN, Val (University of Oregon): **Labor and Power in Economy and Society. Belgium in Comparative Focus.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „Newsletter", Nr. 8 (1975).

England

3177 BOHSTEDT, John (Harvard University): **Riots in England: 1790-1810.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3178 PRICE, Richard N. (Northern Illinois University): **Industrial Conflict in Nineteenth-Century Britain.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3179 PARSSINEN, Terry M. (Temple University): **The London Tailors' Strike of 1834 and the Collapse of the Grand National Consolidated Trades' Union: A Police Spy's Report.** – Soll in „International Review of Social History" veröffentlicht werden. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3180 HALE, Thomas F. (McNeese State University): **Labour Party Republicanism.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3181 HALE, Thomas F. (McNeese State University): **Victorian Working-Class Republicanism.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3182 HALE, Thomas F.(McNeese State University): **Victorian Socialism and the Republican Tradition.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3183 SCHMIECHEN, James A. (Illinois State University): **Women Workers in the Sweated Trades of London.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3184 VANDEPAER, Lisa (New York University): **Fabian Society Concepts of Labor before 1914.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3185 BARRET, James R. (Pittsburgh): **Busman's Punch: Rank and File Activism Among London Busmen, 1913-1937.** – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

Frankreich

3186 PRUSS, Ulla (Universität Münster): **Theoriebildungsprozesse in der französischen Arbeiterbewegung 1830-1848 und ihre Rezeption im deutschen zeitgenössischen Sozialismus.** – Promotion (bei Prof. S. Papcke). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

3187 NEWMAN, Edgar L. (New Mexico State University): **Voices From Below. The French Worker Poet Movement of the July Monarchy, 1830-1848. An Example of Revolutionary Consciousness?** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3188 FRADER, Laura Levine (University of Rochester): **Working-class Life in the Wine Industry of Lower Languedoc. Coursan 1850-1913.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3189 MOODIE, Thomas (Lake Forste College): **The Reorientation of French Socialism, 1888-1890.** – Soll in „International Review of Social History" veröffentlicht werden. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3190 BAKER, Anthony S. (University of Texas): **Fernand Pelloutier and the Bourses du Travail, 1892-1901.** – Diss. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3191 DÖRR, Gerlinde (FU Berlin): **Die Entwicklung der Idee von und der Auseinandersetzungen um Arbeiterkontrolle in der französischen Arbeiterbewegung in den 60er Jahren.** – Dipl. (bei Prof. Elmar Altvater). – Abgeschlossen.

Irland

3192 BAKER, William J. (University of Maine at Orono): **The Intellectual Origins of Irish Radicalism (1775-1825).** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

Italien

3193 TILLY, Louise A. (University of Michigan): **The Working Class of Milan.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3194 TILLY, Louise A. (University of Michigan): **Formation of the Labor Force of Milan, Italy 1880-1910.** – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3195 TILLY, Louise A. (University of Michigan): **Women Workers and the Traditional Sector in the Formation of a Modern Labor Force.** – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

Norwegen

3196 MEZ, Lutz: **Ziviler Widerstand in Norwegen. Untersuchung zu Organisation und Form der sozialen Bewegung in Norwegen unter besonderer Berücksichtigung von Konzeption Sozialer Verteidigung.** – Diss. – Abgeschlossen.

Österreich

3197 BOTZ, Gerhard (Universität Linz): **Austromarxistische Faschismustheorien (1922-1950).** – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1977. – Eine Kurzfassung wird in „Journal of Contemporary History", Nr. 4 (1976), veröffentlicht.

3198 KLUCSARITS, Richard (Wien): **Kirche und Austromarxismus.** – Abgeschlossen. – Veröffentlichung 1976 als Sonderdruck der Zeitschrift „Geist und Gesellschaft" geplant.

3199 GLASER, Ernst (Wien): **Einfluß des Austromarxismus auf die geistesgeschichtliche Entwicklung und die Pädagogik.** (Arbeitstitel.) – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3200 VOGT, Christa (Universität Salzburg): **Frauenemanzipation und politische Theorie. Eine Untersuchung der Emanzipationstheorien der klassischen sozialistischen Theoretiker und deren Auswirkungen auf die Anfänge der sozialistischen Frauenbewegung in Österreich.**– Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3201 GLASER, Ernst: **Otto Neurath und der Austromarxismus.** – Abgeschlossen. – Veröffentlichung geplant. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3202 WIESINGER, Udo B. (Universität Linz): **Die Entwicklung ausgewählter Preise und Löhne in der österreichischen Reichshälfte von 1848 bis 1913.** – Diss. (bei Prof. Otruba). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3203 INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN, Abt. für Soziologie: **Strukturen der sozialen Ungleichheit. Grundlagen für eine Analyse der sozialen Schichtung in Österreich.** – In Bearbeitung.– Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3204 WEISSER, Renate Ch. (Universität Linz): **Der Wandel der Frauenerwerbstätigkeit in Österreich unter dem Einfluß der Industrialisierung.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3205 HEITER, Hannes (Universität Linz): **Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich.** – Diss. (bei Prof. Otruba). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3206 MIERSCH, Klausjürgen (Neukirch): **Sozialrevolutionäre und Anarchisten der achtziger Jahre im Spiegel ihrer Flugschriftenpropaganda.** – Aufsatz. – Veröffentlichung in „Archiv" geplant. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3207 BROUSEK, Karl (Universität Wien): **Die tschechischen Sokoln in Wien in der Zwischenkriegszeit.** – Diss. (bei Prof. Plaschka). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3208 FASTENBAUER (Universität Wien): **Das Zionismusbild der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie von der Poale-Zion bis zum 2. Weltkrieg.** – Diss. (bei Prof. Schubert). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3209 BOTZ, Gerhard (Universität Linz): **Die Deutsche Verkehrsgewerkschaft und der österreichische Nationalsozialismus (1903-1934).** – Aufsatz. – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1977.

3210 OWERDIECK, R. (Ruhr-Universität Bochum): **Die österreichischen Sozialdemokraten und das Koalitionsproblem 1918-1938.** – Magisterarbeit (bei Prof. Hans Mommsen). – Abgeschlossen. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3211 LIST, Eveline (Universität Wien): **Die austromarxistische Propaganda am Beispiel der sozialdemokratischen Anschlußbewegung zwischen 1918 bis 1933.** – Diss. (bei Prof. Paupié). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3212 WEILGUNY, Edeltraud M. (Universität Linz): **Arbeitslosigkeit in Österreich während der Weltwirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeitslosigkeit.** – Dipl. (bei Prof. Otruba). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3213 BOTZ, Gerhard (Universität Linz): **Schutzbündler und Nationalsozialismus (1932-1938).** – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Ms.-Abschluß 1977.

3214 TIDL, Marie: **Die roten Studenten 1938-1945.** – Publikation in Vorbereitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3215 OWERDIECK, R. (Ruhr-Universität Bochum): **Die Genesis der österreichischen Bundesverfassung.** – Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3216 BALAURAS, Stavros (Universität Linz): **Soziale und ökonomische Aspekte der Fremdarbeiterbeschäftigung.**– In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3217 KLUCSARITS, Richard (Wien): **Die burgenländischen Kroaten im Jahre 1938.** – (Minderheitsfrage in Österreich und der „Anschluß" an Deutschland.) – Abgeschlossen. – Veröffentlichung in Edition VSSTÖ geplant.

3218 HÖLZL, Heinz (Universität Linz): **Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Kärnten.** – Diss. (bei Prof. Otruba). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3219 ROITHNER, Hans Michael (Universität Linz): **NS-Herrschaft und Widerstand im Salzkammergut.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3220 KLEMM, Anton (Universität Wien): **Die slovenische Sozialdemokratie vom Hainfelder bis zum Brünner Parteitag.** – Diss. (bei Prof. Plaschka). – Abgeschlossen. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

3221 GOLLING, Karl (Universität Innsbruck): **Einstellungsmessung an Tiroler Industriearbeitern.** – Diss. (bei Prof. Kohler). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1976. – Hinweis in „informationen", Nr. 4 (1976).

Schweiz

3222 WIRTH, Franz (Universität Basel): **Züricher Arbeiterbewegung 1845 bis ca. 1860.** – (Wirtschaftsgeschichtlicher Hintergrund. Rezeption der Ideen und Aktionen. Quellen: Zeitungen, Nachlässe, Staatsarchivakten.) – Diss. (bei Prof. Markus Mattmüller). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977/Anfang 1978.

Spanien

3223 KAPLAN, Temma (University of California, Los Angeles): **Women's Lack of Community in Spanish Anarchism.** – Soll in „Becoming Visible: Women in European History" veröffentlicht werden. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3224 KAPLAN, Temma (University of California, Los Angeles): **Anarchy and Sherry Wine: The Organization of Andalusian Anarchism.** – Soll im Winter

1976 bei Princeton University Press veröffentlicht werden. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3225 KERN, Robert W. (University of New Mexico): **Red Years – Black Years: Buenaventura Durruti and the Spanish Anarchists, 1911-1937.** – Abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

UdSSR

3226 DICKERSON, Connie Jo (Columbia University): **Workers in Moscow in the Revolution of 1905.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3227 ELFFERDING, Wieland (FU Berlin): **Die Einbeziehung der Werktätigen in die Planung und Leitung des sozialistischen Industriebetriebs seit den Wirtschaftsreformen von 1965 in der UdSSR.** – Dipl. (bei Prof. Elmar Altvater). – Abgeschlossen.

USA

3228 McLEOD, Richard (Shippensburg State College): **The Philadelphia Working Class, 1790-1850.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3229 BRIER, Steve (University of California, Los Angeles): **The Participation of Black Mine Workers in Union Struggles in West Virginia, 1886-1903.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

3230 BRIER, Steve, Pam BRIER und Jon AMSDEN (University of California, Los Angeles): **The Impact of Mechanization and Technology on the U.S. Coal Industry, 1896-1920.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter, Nr. 8 (1975).

Berichtigungen und Ergänzungen zum Titelverzeichnis

774 NEUGEBAUER, Wolfgang: **Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung.** – Wien: Europaverlag 1975.

1148 ULLRICH, Volker: **Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19.** – Hamburg: Hartmut Lüdke (= Geistes- und Sozialwissenschaftliche Dissertationen, Bd. 37) 1976.

1212 STEINER, Herbert: **Käthe Leichter. Leben und Werk.** – Wien: Europaverlag 1973.

1288 PELINKA, Anton: **Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938.** – Wien: Europaverlag 1972.

1640 MISGELD, Klaus: **Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm (1942-1945). Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges.** – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1976. [Ergänzung zu den „Berichtigungen. . ." in: IWK, H. 1 (1976).]

1642 SCHROTH, Hans und Herbert EXENBERGER: **Max Adler. Eine Bibliographie.** – Wien: Europaverlag 1973.

1722 KONRAD, Helmut: **KPÖ und KSC zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts.** (Arbeitstitel). – Publikation in Vorbereitung.

1787 KNOPP, Guido F.: **Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917-1920. Unter besonderer Berücksichtigung der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie" (ZfE).** – Diss. Würzburg 1975.

2081 HERMES, Ina: **Die Gewerkschaften in der II. Internationale 1889-1914.** – Abgeschlossen. – Wird als Diss. fortgesetzt., s. Titelverzeichnis Nr. 3169 in diesem Heft.

2166 HUBER, Rudolf Günter: **Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1904/14.** – Abgeschlossen. – Wird als Diss. fortgesetzt, s. Titelverzeichnis Nr. 3166 in diesem Heft.

2269 KONRAD, Helmut: **Nationalismus und Internationalismus am Beispiel des Nationalitätenkonflikts der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.** – Publikation in Vorbereitung.

2297 HOFSCHEN, Gerd, Erich OTT und Hans Karl RUPP: **SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD.** – Köln: Pahl-Rugenstein 1975.

2424 KYKAL, Inez und Karl R. STADLER: **Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen.** – Wien: Europaverlag 1976.

2426 KNOLL, Joachim H. und Julius SCHOEPS (Hrsg.): **Friedrich Albert Lange. Leben und Werk.** – Duisburg: Walter Braun 1975.

2465 SCHMIDT, Rudi: **Konflikterfahrung und Konfliktbewußtsein. Der bayerische Metallarbeiterstreik von 1954 und seine Auswirkungen auf die Interessenorientierung von Arbeitern.** – Diss. Bremen 1975.

2512 BENZ, Wolfgang und Hermann GRAML (Hrsg.): **Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USP. Erinnerungen von Curt Geyer.** – Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 33) 1976.

2522 KLUCSARITS, Richard und Friedhelm C. KÜRBIS (Hrsg.): **Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht.** – Wuppertal: Peter Hammer 1976.

2526 FOCKE, Franz: **Die Idee eines Christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU.** – Abgeschlossen.

2542 RECKE, Dietrich: Titel geändert: **Das Verhältnis von sozialdemokratischer Arbeiterbewegung Deutschlands und Reichswehr nach dem Kapp-Putsch bis zum Rücktritt Geßlers.** – Problemstellung, Akzente, Quellenbasis unverändert.

2597 HOLTMANN, Everhard: **Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933 bis 1938.** – Abgeschlossen. Veröffentlichung geplant.

2606 BRIER, Steve und Jon AMSDEN: **Coal Miners on Strike: The Transformation of Strike Demands and the Formation of National Union in the U.S. Coal Industry, 1881-1894.** – Wird veröffentlicht in: „Journal of Interdisciplinary History" [ohne nähere Angaben].

2636 KLÖCKER, Michael: **Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland: Überlegungen zur Behandlung im historisch-politischen Unterricht.** – „Siegener Pädagogische Studien", 19 (WS 1975/76), S. 35-49.

2673 MAGIN, Erhard: **Die Rätebewegung in Baden (November 1918 bis Januar 1919).** – Abgeschlossen.

2753 BOTZ, Gerhard, Gerfried BRANDSTETTER und Michael POLLAK: **Individualistischer Anarchismus als proletarisch-kleinbürgerliche Subkultur.** – Publikation in Vorbereitung.

2812 KESPER, Hans-Heinrich: Thema geändert: **Das Englandbild der SPD 1898-1914 und sein Einfluß auf Theorie und Praxis der Partei.**

2830 ROITHNER, Hans Michael: **Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Wien - Favoriten.** – Linz: Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung 1975.

2836 WEISSEL, Erwin: **Die Ohnmacht des Sieges. Revolution und Sozialisierung in Österreich nach 1918.** – Publikation in Vorbereitung.

2846 HERLITZKA, Ernst K.: **Zur Geschichte der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Favoriten. I. Die ersten 40 Jahre (1894-1934).** – „Archiv", H. 1, [o.J.].

2847 HINDELS, Josef: **Österreichische Gewerkschaften im Widerstand 1934-1945.** – Wien: Europaverlag 1976.

2852 MOSER, Aurel B. J.: **Die Stellung der Kommunistischen Partei Österreichs zur österreichischen Neutralitätspolitik 1955-1972.** – Wien und Salzburg: Geyer 1975.

NEUERE LITERATUR ZU MARX UND SPEZIELLEN ASPEKTEN DER MARXSCHEN THEORIE *

Von Hans Joachim Lieber und Bernd Wirkus

Als Franz Mehring, der Historiograph der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, 1918 die erste grundlegende Marxbiographie verfaßte, fühlte er sich allein an die „geschichtliche Wahrheit" und nicht an irgendwelche „Parteilegenden" gebunden, wie sie seiner Meinung nach vom orthodoxen „Marxpfaffentum" eines Karl Kautsky verbreitet wurden, um Marx als „langweiligen Musterknaben" der Öffentlichkeit zu präsentieren. Mehring hielt es für das erste Gebot einer „guten Biographie" neben der Bewunderung auch die Kritik zu Wort kommen zu lassen, neben die Darstellung der geschichtlichen Leistung auch die der menschlichen Schwächen zu stellen. Beides machte für ihn erst den „großen Menschen", die „unvergleichliche Größe" des Kämpfers und Denkers Karl Marx aus, und er betont dabei, daß ja Marxens Lieblingsmaxime jener Vers des Terenz: Nihil humani a me alienum puto (Nichts Menschliches ist mir fremd) – gewesen sei. [1] Für die Marxbiographik der folgenden Jahrzehnte blieb diese Art der biographischen Darstellung Orientierungs- und Ausgangspunkt zu neuen Ansätzen, die historische Persönlichkeit Karl Marx im „allgemeinen geschichtlichen Horizont" zu bestimmen. Durch die Publizierung der bis dahin unbekannten Pariser Manuskripte und anderer Frühschriften von Karl Marx sowie seines Briefwechsels in der Marx-Engels-Gesamtausgabe durch D. Rjazanov [2] und, wie in anderer Weise, durch Landshut und Mayer Anfang der dreißiger Jahre entstand eine völlig neue Situation in der Marxforschung. Auf der einen Seite – in der philosophischen Theorie – entdeckte man den „jungen" Marx, den Marx eines „universalen Humanismus" (so schon Herbert Marcuse 1932), [3] auf der anderen Seite kristallisierten sich aber aufgrund des neuen Materials mehr und mehr negative

* Sammelrezension von: Fritz J. Raddatz: *Karl Marx. Eine politische Biographie.* – Hamburg: Hoffmann & Campe 1975. 540 S.; David McLellan: *Karl Marx. Leben und Werk.* – München: Edition Praeger 1974. 570 S.; (Originalausgabe: *Karl Marx. Life and Thought.* London 1973); Boris Ivanovich Nikolaevsky und Otto Maenchen-Helfen: *Karl Marx – Eine Biographie* (= Internationale Bibliothek, Bd. 86). – Berlin und Bonn-Bad Godesberg: Dietz Nachf., 2. Aufl., 1975. 420 S.; Richard N. Hunt: *The Political Ideas of Marx and Engels,* Bd. 1: *Marxism and Totalitarian Democracy 1818-1850.* – Pittsburgh, Pa.: University of Pittsburgh Press 1974. XIV, 363 S.; Karl Korsch: *Karl Marx.* Im Auftrage des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, hrsg. von Götz Langkau. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, 4. Aufl., 1967. 282 S.; Maximilien Rubel und Margaret Manale: *Marx without Myth. A chronological study of his life and work.* – Oxford: Basil Blackwell 1975. 368 S.; Nikolai Lapin: *Der junge Marx.* – Berlin: Dietz 1974. 456 S.; Günther Herre: *Verelendung und Proletariat bei Marx. Entstehung einer Theorie und ihre Quellen* (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, 2). – Düsseldorf: Droste 1973. 200 S.; Wilhelm Backhaus: *Marx, Engels und die Sklaverei. Zur ökonomischen Problematik der Unfreiheit* (= Geschichte und Gesellschaft, Bochumer Historische Studien). – Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann 1974. 267 S.; Karl Marx und Friedrich Engels: *Über Historischen Materialismus.* – Frankfurt/M.: Materialismus-Verlag 1972. 160 S.

1 Vgl. Franz Mehring, *Karl Marx. Geschichte seines Lebens,* Leipzig 1918, Vorwort.

2 Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke, Schriften, Briefe. Historisch-Kritische Gesamtausgabe* (MEGA). Im Auftrage des Marx-Engels-Instituts Moskau, hrsg. von D. Rjazanov (seit 1931 von W. Adoratskij), Berlin und Moskau 1927 ff.; geplant 42 Bde; erschienen 11 Bde und 2 Sonderbde.

3 Herbert Marcuse, *Neue Quellen zur Grundlegung des historischen Materialismus. Interpretationen der neuveröffentlichten Manuskripte von Marx,* in: *Die Gesellschaft,* Jg. 9 (1932), S. 136-174.

Züge des Marxschen Wesens und Charakters, die schon früher von einigen Forschern festgestellt worden waren (Werner Sombart, Otto Rühle), [4] heraus. In Zusammenhang mit den realen geschichtlichen Erfahrungen eines praktizierten Marxismus qua Stalinismus verstärkten sich in der nichtkommunistischen Marxbiographik die negativen Akzente der Bewertung. Als Beispiele seien genannt Leopold Schwarzschild, Werner Blumenberg, Isaiah Berlin, Arnold Künzli. [5] Auch die beiden umfassendsten Marxbiographien der siebziger Jahre stehen in dieser Entwicklungslinie der Marxbiographik und rechtfertigen daraus ihren Ansatz. Trotz ihrer großen Verschiedenheit nach Anlage und Tendenz berufen sich beide im Klappentext auf denselben biographischen Stammvater Franz Mehring. Danach soll Raddatz' Marxbiographie „die erste umfassende deutsche Marx-Biographie seit 1918" sein und McLellan tritt mit dem Anspruch auf, „die erste überzeugende Marx-Biographie seit dem 1918 erschienenen Klassiker von Franz Mehring" vorgelegt zu haben. McLellan kann sich dabei mit größerem Recht auf Mehring beziehen, weil er von einer „sympathisierend-kritischen Warte" aus Marx zu beschreiben versucht. Er möchte die „Extreme der Hagiographie wie der Schmähschrift" meiden und verfolgt ein Methodenideal der Sine-ira-et-stuio-Objektivität, das möglichst auf eigene Wertung verzichtet, um „direkte Zitate sprechen" zu lassen. Damit gelingt McLellan zwar ein „einigermaßen ausgewogenes Bild" (Vgl. Vorwort); dies enthält aber keine neuen und aufregenden Aspekte für das Phänomen Marx. Es werden nur die bekannten Quellen sorgsam ventiliert und dargeboten; McLellans goldener Mittelweg rundet die Details zu einer soliden Bestandsaufnahme von Marx' Leben und Werk ab. Am überzeugendsten wirken in seinem Buch die Passagen der reinen Werkinterpretation, deren Entwicklung von der Dissertation bis zum „Kapital" McLellan instruktiv nachvollzieht. Die Wesens- und Charakterschilderung von Karl Marx ist dagegen nur schemenhaft vorhanden. Samptomatisch dafür ist es, daß McLellan persönliche Äußerungen von Zeitgenossen, die Marx' charakterliche Schründe und Widersprüche offenbaren, kommentarlos in einem Anhang beigibt. Statt einer geplanten Synthese von Mensch, Politiker und Denker erhält Marx der Denker die Priorität. Die Biographie soll letztlich eine Einführung in das Werk sein. –

Anders dagegen die Biographie von Raddatz: ihre primäre Absicht ist die Entmythologisierung des „Führers des Proletariats", die Demaskierung eines Mythos. Hier geht es gerade nicht um distanzierte Betrachtung, sondern um engagierte und parteiliche Zuordnung. Polemik wird deshalb zum kalkulierten Stilmittel. So gibt Raddatz überall dem historischen Präsens den Vorzug vor dem Präteritum, um die Schilderung der Ereignisse dramatisch zu verlebendigen. Seine Biographie erhält dadurch romanhafte Züge, die besonders die Marxbiographie von Schwarzschild auszeichneten. Raddatz' Arbeit rief gleich nach Erscheinen heftige Gegenreaktionen im „Spiegel" (Vgl. „Der Spiegel", Jg. 29 (1975), Nr. 15, Nr. 18, Nr. 20 und Nr. 21) hervor. Der Ostberliner Philosoph Wolfgang Harich warf Raddatz in einer sarkastischen Polemik die „ignorante Unverschämtheit eines Noten austeilenden Oberlehrers" vor und forderte unsanft, Raddatz sein „Machwerk um die Ohren" zu schlagen. Entrüstete Leserbriefe gingen,ein und die Sache wuchs schließlich in die Dimension eines

4 Vgl. Werner Sombart, *Der proletarische Sozialismus*, Jena, 10. Aufl. 1924; Otto Rühle, *Karl Marx. Leben und Werk*, Hellerau 1928.

5 Leopold Schwarzschild, *Der Rote Preuße. Leben und Legende von Karl Marx*, Stuttgart 1954; Werner Blumenberg, *Karl Marx in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek b. Hamburg 1962; Isaiah Berlin, *Karl Marx. Sein Leben und sein Werk*, München o.J. (1959); Arnold Künzli, *Karl Marx. Eine Psychographie*, Wien 1966.

homerischen Streits hinein, als Günter Grass im selben Journal die Partei des angeschlagenen Raddatz ergriff und an Gewissen und Moral des Kritikers appellierte, den Gegner nicht zu vernichten. Harich, in seiner Treffsicherheit sichtlich geschmeichelt, betrat noch einmal das Proszenium, um mit einem Hinweis auf die Traditionen aufklärerischer Kritik eines Lessing und Heine seine Philippika zu rechtfertigen, um die Erkenntnisse eines „wahren" d.h. orthodoxen Marxismus gegen die Verunglimpfungen und den „Galimathias" eines „Mietlings des Kapitals", als den er Raddatz devouvriert, zu verteidigen.

Die schwerwiegendendsten Worwürfe Harichs gegen Raddatz sind Geschichtsklitterung und Plagiierung. Harich behauptet, 30 Seiten Exzerpte mit Geschichtsschnitzern aus Raddatz gesammelt zu haben. Als Beweis hält er jedoch nur zwei läppische Beispiele bereit. Der eine, daß „Lassalle 1843 'zu Hegel nach Berlin' " ging, „auf den Dorotheenstädtischen Friedhof vermutlich" wie Harich suffisant hinzufügt. Als hätte Raddatz nicht den Gemeinplatz gewußt, daß Hegel 1831 gestorben war, was bei ihm im übrigen auch nachzulesen ist (S. 47). Diese und ähnliche Formulierungen bei Raddatz sind mehr stilistische Schludrigkeiten als echte Fehler aus Unkenntnis. So heißt es z.B. bezüglich des Jahres 1843: Marx „hat Deutschland verlassen. Endgültig kehrt er nie mehr zurück" (S. 60). Und S. 158 lesen wir: „Marx weiß nun definitiv, daß er nicht in Deutschland bleiben kann" (bezogen auf 1849). Für Marx' Leben gibt es chronologische Tabellarien, mit deren Hilfe die exakte Datierung der Marxschen Biographie kein besonderes Problem mehr darstellt. Dieser Mangel an wirklicher Durcharbeitung zeigt sich auch noch in anderer Hinsicht. Die „erzählerische Verve", die dem Leser versprochen wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen an vielen Stellen als inhaltlich leer. Worthülsen wie „Raster" und „Filter" verraten es: da ist die Rede vom „Raster für ein Soziogramm" (Raddatz, S. 91), „Wortraster" (S. 83 und S. 146), „Raster des Wunschdenkens" (S. 223), „hochkarätiges Filtersystem" (S. 199) etc. Diese stilistischen Stereotypen spiegeln letztlich nur den Inhalt wider.

Das schwerste Geschütz fährt Harich auf, wenn er behauptet, Raddatz habe „fremdes Geistesgut unverdaut" abgetippt. Das Gerüst seines Marxbildes sei der Neurotiker Marx, wie ihn der linkskommunistische Pädagoge Otto Rühle mit den Kategorien der Individualpsychologie Alfred Adlers in seinem Marxbuch beschrieben hatte. Günter Grass hat darin sicherlich recht, diese Behauptung als unzutreffend zu bezeichnen, auch wenn Harich seinen Plagiatsvorwurf mit dem merkwürdigen Argument rechtfertigt, ihm sei von seiten des Verlags „nach Prüfung des Sachverhalts" recht gegeben worden. Hat er das nicht selber getan? Es hätte z.B. Harich auffallen müssen, daß bei Rühle die Neurose eine qualitativ vollkommen andere Funktion hat, als Raddatz ihr zuerkennt. Von Rühle wird sie als der entscheidende Motor, der Marx überhaupt erst zu seinen „schier übermenschlichen Leistungen" befähigte (Rühle, S. 465), gedeutet. Die Quelle von Marx' Genie sei seine Neurose. Im Gegensatz dazu betrachtet sie Raddatz vom psychosomatischen Standpunkt. Für das Werk erhält die Neurose hier keinerlei innervierende Funktion mehr: psychische Destruktivität, somatische Krankheiten und die Widerstände der Gesellschaft bilden einen Teufelskreis negativer Ursachen, die sich gegenseitig potenzieren: ein Teufelskreis, in dem sich Marx sein Leben lang „als arbeitslos kränkelnder Philosoph" (Raddatz, S. 356) bewegte. Wenn auch Rühle nicht die Hauptquelle ist, so sind doch insgesamt Raddatz' Anschauungen über die psychosomatischen Bedingungen des Marxschen Schaffens nicht original. Sie entstammen der Marx-Psychographie des Schweizers Arnold Künzli, der die Ambivalenz des Marxschen Wesens und Werks total aus seinen psychischen Komplexen erklären will. Künzlis Marx-Psychogramm stellt in einer eindeutigen Hierarchie das Psychische als das Primäre hin, von dem die Kritik des Kapitalismus als das Sekundäre und die Vision des Kommunismus als das Dritte abzu-

leiten seien (Künzli, S. 394). Nach Künzli waren Marx' dominante psychische Defekte seine negative Mutterbindung, seine unbewußte Vaterverachtung und sein „jüdischer Selbsthaß", den er durch sein permanent kritisches Nein-Verhalten auf seine Umwelt projizierte (Künzli, S. 305). Zur „Versteinerung" sei sein Nein-Verhalten allerdings erst durch das Zusammentreffen seiner subjektiven Entfremdung mit objektiven Fakten seiner Gesellschaft, dem sozialen Arbeiterelend des 19. Jahrhunderts, gelangt. Von diesem psychischen Mechanismus unbewußt gesteuert, habe dann Marx sein fiktives Ziel mit totaler Monomanie verfolgt (Künzli, S. 393-397). Künzli wartet mit einer Fülle von Beweisen auf, um seine Thesen zu untermauern, verfällt aber zuletzt in einen ebenso monomanischen Psychologismus, durch den seine Arbeit de facto einen großen Teil ihrer wissenschaftlichen Überzeugungskraft wieder verliert. Wenn Künzli z.B. Marxens Verelendungstheorie aus seiner lebenslangen Fixierung auf die Mutterbrust, die sich in „säuglingshafter Arbeitsunfähigkeit" manifestierte (Künzli, S. 591 ff.), reduzieren will, so wirkt das eher komisch als wissenschaftlich treffend. Von solchen Extremen der Argumentation ist in der psychologischen Analyse von Raddatz auch nichts mehr zu finden. Bei Raddatz ist Marx ein Egozentriker, ja mehr, ein „Egomane" (Raddatz, S. 232), dessen „Lebensplan von der Idee des Souveräns, des jahwehaften obersten Richters, der seine Gesetze schafft, die für ihn gelten und nach dem sich die anderen zu richten haben, geprägt" (Raddatz, S. 25) ist. Kurz und bündig: „Moses" (Raddatz, S. 61). Diese Definition findet sich auch bereits bei Künzli, er nannte Marx den Moses, der sein Israel sucht (Künzli, S. 560 und S. 572). Stellvertretend erlebte Marx die Entfremdung als Folge der jüdischen Diaspora, als Kollektiverlebnis: „Er war nicht Kommunist aus Liebe zum Proletariat, sondern aus Leiden an der eigenen Entfremdung und aus mosaischer Berufung " (Künzli, S. 574).

Künzli sieht in Marx einen reinen Aprioriker, der „mit seinem advokatorischen, nicht forschenden Denken" seine Erkenntnisse nicht aus der empirischen Wirklichkeit deduzierte, sondern „wie ein Talmudist immer über Büchern saß und nur durch sie die Welt kennen lernte" (Künzli, S. 291) und aus seiner negativen Identifizierung mit der Welt dies aprioriorisch auf die Wirklichkeit übertrug. Wie Künzli meint, wohne diesen kompensatorischen Projektionen immer die Tendenz zur Verabsolutierung inne (Künzli, S. 626). Hieraus habe sich Marx' „dämonischer Wille zur Vollkommenheit", der ihn zu immer neuer Aus- und Umarbeitung seiner Theorie zwang und die Herausgabe des „Kapitals" um Jahrzehnte verzögerte, genährt (Künzli, S. 283). Die meisten dieser Argumentationstopoi finden sich auch bei Raddatz wieder, nur nicht mehr eingebettet in die Konsequenzlogik einer in sich kohärenten Theorie, sondern im Sinne des Hegelschen Beiherspielens bastelt Raddatz aus isolierten Versatzstücken sein Marxbild. Denn es ist nicht viel mehr als eine Metapher übriggeblieben, wenn Raddatz befindet: „Marx mußte die Beweise finden für die Untaten der Historie, alle Beweise: solange einer fehlte, konnte er weder das Plädoyer halten, noch das Urteil verkünden" (Raddatz, S. 364), oder: „Seinen Eros erlebte dieser Mann im Denken, seine Libido war gerichtet auf einen Menschen, der noch entstehen mußte. . ." (Raddatz, S. 195). Künzli attestiert Marx eine richtige Diagnose, aber eine fragwürdige Therapie (Künzli, S. 757), und Raddatz nennt die Analyse „glanzvoll und richtig, die Folgerungen seien jedoch vage und falsch (Raddatz, S. 382). – Wie Künzli sieht Raddatz kausale Verbindungen zwischen Marx' Leberleiden, Augenkrankheiten, Furunkulose und seinen Arbeits- Finanz- und Familienkrisen und betont zugleich mit diesem, daß doch die Psychosomatik noch eine zu wenig wissenschaftlich abgesicherte Disziplin sei, um unumstößliche Behauptungen und Resultate erwarten zu können (Raddatz, S. 356 und Künzli, S. 446). Doch Raddatz wagt sich auf diesem Gebiet sowieso nicht so weit wie Künzli vor, daß seine Behauptungen allzu paradox wirken könnten.

Eine weitere Affinität zwischen Raddatz und Künzli besteht in ihrer Bewertung der Virulenz der Marxschen Persönlichkeit und Theorie. Doch dürften beider Anschauungen hier auf Schwarzschilds „Roten Preußen" zurückdatieren, der für sich in Anspruch nahm, aufgrund der erstmaligen Auswertung des kompletten Briefwechsels die Legenden und Fiktionen, die sich seit Marxens Tod um seine Person gerankt hatten, zu zerstören. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen: das hieß für Schwarzschild, den Mythos der Marxschen „Wissenschaft" zu zerstören und den praktischen Politiker Marx als genuine Quelle der „Sowjet-Despotie" (vgl. L. Schwarzschild, Vorwort S. 9-14) zu entlarven. Marx' politische Untersuchungen, Machenschaften und Intrigen werden als Muster für Lenins politische Handlungsweise aufgezeigt. Künzli macht daraus den „dämonischen Vernichtungswillen" (Künzli, S. 369). Und Raddatz notiert, der Redakteur der „Rheinischen Zeitung", Karl Marx, habe in geselliger Runde zu vorgerückter Stunde jeweils die Gepflogenheit gehabt, „mit vor königlichem Vergnügen boshaft funkelnden Augen die Runde" abzuschätzen, um dann „jäh auf einen der schockierten Freunde" zu zeigen: „Dich werde ich vernichten " (Raddatz, S. 56). Diesen Satz habe Marx quasi als seine politische Maxime später gegen Bakunin wiederholt. Und ähnlich sei später Stalin gegen Tito verfahren. Nur stützt sich Raddatz offensichtlich nicht auf den von ihm zitierten Originaltext, sondern auf die schon etwas zusammengemixte Version von Schwarzschild, was auch schon aus seinen falschen Seitenangaben hervorgeht. Karl Heinzen, der ehemalige Stellvertreter von Marx in der „Rheinischen Zeitung", berichtet in seinen Erinnerungen lediglich, daß Marx nur ihn mit dieser halb scherzhaften Drohung wegen seines Buchs „Die preußische Bürokratie" attackiert habe. [6] Nach Raddatz betätigte sich Marx als „Mischung aus Familiendiktator und Reformhausrevolutionär" (Raddatz, S. 405). In vollkommener Rücksichtslosigkeit gegen sich und seine Mitwelt trachtete Marx, allein seine Vorstellungen durchzusetzen und verfolgte diejenigen mit grimmiger und unerbittlicher Feindschaft, die sich seinen Ideen widersetzten. Wie auch Schwarzschild und Künzli widmet Raddatz einen großen Teil seiner Biographie der Schilderung der Intrigen und Denunziationen gegen ehemalige Freunde, die ihm in seinem Machttrieb im Wege standen: Arnold Ruge, Ferdinand Freiligrath, Ferdinand Lassalle, Michael Bakunin, um nur die wichtigsten zu nennen, gegen die der „Monopolist der Weltbewegung" (Heinzen, S. 414) in seinen Briefen und in der politischen Praxis mit Feuer und Schwert vorgeht. Künzli mutmaßt noch, daß hinter der mutwilligen Zerstörung aller Kommunikationen Marx als der „willenlose Sklave seiner Komplexdämonen" (Künzli, S. 365) steht, während Raddatz für die „jähen Abgründe" in Marx' Verhalten, sein „rasches Umschlagen von freundlicher Kumpanei zu erigierter Feindseligkeit", die leichter annehmbare Erklärung bereithält, Marx sei „bis in die tiefsten Gesteinsschichten seines Wesens Politiker" gewesen (Raddatz, S. 78 f.). Die Nutzanwendung dieses Satzes auf den Aufbau der Biographie sucht man allerdings vergeblich. Sicherlich darf man die negativen Äußerungen von Zeitgenossen wie Ruge, Schurz, Heinzen, Bakunin usw. über Marx nicht einfach achselzukkend abtun. Aber in subjektiver Akzentuierung werden Details, die, wie gezeigt, gar nicht stimmen, überproportioniert und erhalten eine Schlüsselstellung, die ihnen nicht zukommt. Es „überwuchert das Private", wie Harich feststellt, die Darstellung der politischen Gesamtentwicklung bleibt blaß, bruchstückhaft und in sich weder kohärent noch folgerichtig, hier Gegenstück zu McLellan.

6 Karl Heinzen, *Erlebtes*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, 5 Bde, Bd. 4, Boston 1874, S. 432.

Der Machtkampf zwischen Marx und Bakunin, den Künzli als „erschreckende Präfiguration dessen, was wir in unseren Tagen an innerkommunistischen Machtkämpfen – Stalin – Trotzki erlebt haben" (Künzli, S. 358), dieses „Mäander der Verdächtigungen, Illoyalitäten, Halbwahrheiten" ist auch für Raddatz „keineswegs Historie. Dieser Kampf ist innerstes, fast intimstes Zentrum aller Debatten über die Geschichte der Arbeiterbewegung bis heute. Diese Linien nachziehen, heißt, sich der Frage stellen nach der gleichsam eingebauten Möglichkeit von Inhumanität im großen Entwurf der sozialistischen neuen Menschlichkeit; kein Weg führt um die Antwort herum, und sie scheidet die Geister – seit nunmehr 100 Jahren. Marx und Bakunin: das ist Stalin und Trotzkij". (Raddatz, S. 315). In der Überzeugung der Deszendenz der Marxschen Kategorien von der Geschichtsphilosophie Hegels ist sich Raddatz – freilich ohne näher darauf einzugehen – mit den meisten Marx-Interpreten (abgesehen von wenigen Ausnahmen wie etwa Althusser [7]) einig. Marx sei „unleugbar Hegelschüler geblieben", wenn er sich auf die Fragestellung nach dem Eigenwert der Individualität nicht einläßt, sondern die Menschen als Vollstrecker der Geschichte sieht, als historische Kategorien (Raddatz, S. 389).

Das ist die Quintessenz der „politischen Biographie" von Raddatz. Kann sie diesen Titel für sich in Anspruch nehmen? Was darunter zu verstehen wäre, kann hier nicht weiter erörtert werden. Sicherlich ist sie aber nicht das „Politikum", für das Harich sie hält. Harich verwechselt hier die Fronten. Eine Staatsaffäre wäre eine solche Biographie nur, wenn ihre Beurteilung nicht der Urteilskraft des Lesers, sondern politischen Instanzen zustände. Und sicherlich ist sie auch nicht der „neue Typ" von Biographie, den Raddatz entworfen haben will. Es ist alter Wein in neuen Schläuchen, ein biographischer Eklektizismus mit modischem Tonfall, zum Bestseller programmiert. –

Ist also das Versprechen einer *politischen* Biographie durch Raddatz keineswegs eingelöst, weil der Politiker Marx in dem Buch eigentlich nicht vorkommt, so liegt eine politische Biographie, die diesen Namen verdient, nunmehr in deutscher Sprache in dem Buch von Boris Nikolaevsky und Otto Maenchen-Helfen vor, das zunächst 1937 in französischer Sprache erschienen war. Unter Benutzung reichhaltigen Archivmaterials (insbesondere aus dem Archiv der deutschen Sozialdemokratie) konzentrieren sich die beiden Verfasser darauf, Marx in seiner politischen Tätigkeit darzustellen. Sie verzichten dabei bewußt darauf, die ökonomische Theorie ausführlich mitzubehandeln oder gar zu analysieren. Auch das Ringen des frühen Marx um eine Neubestimmung seines Verhältnisses zur Philosophie in der Auseinandersetzung mit Hegel und den Junghegelianern ist nur am Rande erwähnt. Im Vordergrund steht ausschließlich der politische „Kämpfer Karl Marx". Es ist demzufolge nur konsequent, wenn sich die Darstellung auf die beiden Perioden im Leben Marxens konzentriert, in denen er unmittelbar politisch tätig war: auf die Zeit des Kommunistenbundes (1847-52) und auf die Zeit der Ersten Internationale (1864-72). Und es ist ebenso konsequent, daß in der Darstellung und Analyse des politischen Wirkens in diesen beiden Perioden ein Thema zentral wird, das sowohl die Periode des Kommunistenbundes als auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Ersten Internationale,insbesondere mit Bakunin nachhaltig bestimmt hat: das Verhältnis Marxens zum Geheimbundwesen. Indem dieses Verhältnis thematisiert wird, ist das Buch zugleich ein Stück Darstellung des Marxschen Verhältnisses zur Frage der politisch-revolutionären Organisation; einer Frage, die Marx ja theoretisch nie ausdrücklich behandelt hat. –

7 Vgl. Louis Althusser, *Für Marx*, Frankfurt/M. 1968 S. 35.

Nicht dem aktiven politischen Leben Marxens, sondern seiner und Hegels politischer Theorie widmet Richard N. Hunt eine groß angelegte Monographie, von der bisher der erste Teil vorliegt. Der Pittsburgher Historiker will Irrtümer über den angeblichen Totalitarismus von Marx und Engels, die vor allem eine Frucht der ideologischen Vorurteile des Kalten Krieges gewesen seien, beseitigen. Bisher seien in Untersuchungen über den jungen Marx vor allem die humanistischen Wurzeln seines philosophischen Wertsystems freigelegt worden. Ähnliches sei aber für die politischen Kategorien des Marx-Engelsschen Denkens, ihre politischen Ideen und Vorstellungen nicht vorhanden (Hunt, S. XI). Hunt hält es aber für dringend geboten, über Marx' und Engels' Stellung zu so entscheidenden Fragen wie ihre Revolutionsstrategie, Diktatur des Proletariats, Bejahung oder Ablehnung einer Parteiendiktatur, revolutionären Terrorismus usw. Klarheit zu bringen. Wie schon der Untertitel seiner Arbeit verrät, grenzt Hunt den Marxismus gegenüber dem Begriff einer „totalitären Demokratie", wie er von J.L. Talmon in seinem Buch „The Origins of totalitarian democracy" [8] vertreten wird, ab. Hunt betont gegenüber Talmon, daß Marx' und Engels' Lehren ebensowenig in die Linie des totalitären Denkens von Rousseau und Robespierre über Babeuf, Buonarroti bis zu Blanqui gestellt werden dürften (Hunt, S. XII), wie sie ebenso streng von der späteren Avantgardedoktrin Lenins (Hunt, S. XIV) zu trennen wären. Hunt sieht in Marx und Engels weder Totalitaristen noch Wald-und-Wiesen-Parlamentarier, weder „Kommunisten" noch „Sozialisten", sondern Politiker, die versucht hätten, die abstrakte Trennung zwischen Denken und Handeln, Theorie und Praxis im Sinne einer „participatory democracy" (Hunt S. XIII) aufzuheben. Talmon habe dagegen nur pauschal Marx und Engels unter die von Babeuf ausgehende und in Blanqui kulminierende Bewegung der radikalen und sektiererischen Verschwörerpartei subsumiert, wo es darauf ankam, zu differenzieren. Dies unternimmt Hunt, indem er zunächst Marx und Engels als ein Arbeitsteam, eine denkerische Einheit behandelt und dann mit „germanischer Gründlichkeit", wie er betont, eine Analyse der politischen Hauptbegriffe gibt, wie sie von Marx und Engels bis 1850 gebraucht worden seien. Dabei gelangt er zu dem Ergebnis, daß Marx und Engels bis 1850 weder den Begriff der „permanenten Revolution" noch den der „Diktatur des Proletariats" verwendet hätten (Hunt, S. XIII).
Hunt stellt zwar bei Marx und Engels im Gefolge der Revolutionsereignisse von 1848/49 eine vorübergehende Radikalisierung ihrer politischen Ansichten fest. Dies interpretiert er jedoch nur als einen Ausdruck der Wut und Enttäuschung über die verlorene Revolution und den Terror der Konterrevolution. Marx' Parolen über den „revolutionären Terrorismus" seien eine Antwort der Verzweiflung auf das Verbot der „Neuen Rheinischen Zeitung" gewesen und kein Aktionsprogramm. Weil Marx und Engels ihr ganzes Leben lang der Idee einer Majoritätsrevolution angehangen hätten, konnte es bei ihnen keine systematische Politik des Terrors und der Verschwörungspraktiken wie bei Blanqui geben. Hunt räumt allenfalls ein, daß sie bis 1850 den Gedanken einer blanquistischen Minderheitenrevolution ventiliert hätten. Ebenso sei die Rede von der „permanenten Revolution" eine politische Tagesformel gewesen und nach 1850 nur noch einmal im Spätwerk Engels' gebraucht worden. Lediglich die „Diktatur des Proletariats" spiele auch noch nach 1850 eine Rolle, als sie als „taktischer Kompromißslogan" mit den Blanquisten bei der Gründung einer „Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten" entstanden sei, als „terminologische Hochzeit" der Marxschen „Herrschaft des Proletariats" und Blanquis Diktatur eines klei-

8 Dt. Übersetzung unter dem Titel *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln 1961.

nen Komitees (S. 297) und später in eine Devise gegen Anarchisten und Reformisten umgemünzt wurde. Von Marx und Engels sei die „Diktatur des Proletariats" jedoch immer als ein Provisorium, etwa im Sinne der römischen dictatura, der zeitweisen Außerkraftsetzung der demokratischen Herrschaftsverhältnisse infolge einer staatspolitischen Notsituation, verstanden worden (S. 296). Hunt folgt damit der Interpretation Karl Kautskys, der in dem für ihn unklaren Wort zwar eine „starke Regierung", nicht aber das „Verwerfen der Idee der Demokratie" gemeint sah. [9] Auf der Argumentationslinie Kautskys betont auch Hunt, daß Marx und Engels immer für eine interne Parteidemokratie und eine offene Massenpartei gestritten hätten (S. 339 f.). Ihre wissenschaftliche Methode als Prozeß des Findens und der permanenten Revision von Erkenntnissen angesichts neuer wissenschaftlicher Evidenz habe sie am sichersten vor dogmatischen Erstarrungen und Intoleranz (Hunt, S. 336) bewahrt. Durch ihre Theorie der Volksrevolution als einer spontanen Mehrheitsrevolution ständen Marx und Engels in der demokratischen Tradition des 19. Jahrhunderts (Hunt, S. 134 und S. 147). Mit seiner These, daß bei Marx der Emanzipationsprozeß der Massen nicht über eine Erziehungsdiktatur zur kontrollierten Umerziehung der Massen, sondern nur über deren Selbsterziehungs- und Selbstorganisierungs- und Selbstbefreiungsprozeß erreicht werden könnte, erweist sich Hunt der Gedankenwelt Rosa Luxemburgs verpflichtet. Von ihr stammt das letzte Zitat seiner Arbeit, die „Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten 'Zentralkomitees' ". [10]

Obwohl eine Gesamtbeurteilung der Arbeit von Hunt anhand des vorliegenden ersten Teils noch nicht möglich ist, lassen sich dennoch einige Anmerkungen zur Gesamtkonzeption machen, zumal Hunt ja betont, daß er trotz oder gerade wegen bestimmter, in politischer Taktik begründeter Differenzen, eine Kontinuität der Entwicklung der politischen Theorien von Marx und Engels sieht.

So wertvoll und aufschlußreich Monographien über bestimmte Einzelbegriffe und Teilgebiete einer Gesamttheorie oder Persönlichkeit auch sein mögen, so ist gerade ihnen auch die Gefahr inhärent, ihren Bezirk zu isolieren und vielleicht so zu verabsolutieren, daß dadurch das Ganze nicht erhellt wird, sondern neue Unklarheiten und Verzerrungen auf die alten gehäuft werden. Dies wird bei Hunts Behandlung der Politiker Marx und Engels leider nur zu deutlich:

1.) Hunt zeichnet Marx und Engels als Politiker, ohne recht deutlich werden zu lassen, daß sie ihrem Selbstverständnis nach gerade nicht als Dogmatiker irgendwelche voluntaristisch aufgestellten politischen Programme und Ziele zu verwirklichen trachteten, sondern überhaupt erst aus einer Analyse der ökonomischen Verhältnisse die Notwendigkeit einer politischen Praxis der Emanzipation des Proletariats nachzuweisen suchten. Marx setzte Politik und Ökonomie in einen Kausalzusammenhang, den er die Dialektik der Produktionsverhältnisse nannte und dessen Kern die Revolution des Proletariats war. Diese Grundhaltung spiegelt bereits der Briefwechsel des jungen, noch nicht kommunistischen Marx mit A. Ruge

9 Karl Kautsky, *Der Marxismus und die Diktatur des Proletariats*, in: *Karl Kautsky über Sozialdemokratie und Kommunismus*, hrsg. von David Shub und Joseph Shaplen, mit einer Einführung von Sidney Hook, München 1948.

10 Vgl. Richard N. Hunt, *a.a.O.*, S. 342 und Rosa Luxemburg, *Schriften zur Theorie der Spontaneität*, hrsg. von Susanne Hillmann, Reinbek b. Hamburg 1970, S. 88.

von 1843 wider,und dieses Prinzip ist voll ausformuliert in seinem berühmten Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von 1856, wo Marx zu dem Ergebnis gelangt, daß Rechtsverhältnisse und Staatsformen weder aus sich selbst noch einer sogenannten allgemeinen Entwicklung, sondern nur aus den materiellen Lebensverhältnissen zu begreifen seien. [11] Und in einer Rezension zu dieser Schrift bemerkt Fr. Engels, daß das „ganze theoretische Dasein" der „deutschen proletarischen Partei" aus dem Studium der politischen Ökonomie hervorging (*MEW*, Bd. 13, S. 469).

2.) Hunt bewertet teilweise zu stark nach philologisch-statistischen Gesichtspunkten: Bedeutung oder Geringfügigkeit von Begriffen wie „revolutionärer Terrorismus", „Diktatur des Proletariats" etc. werden allein nach ihrem rein numerischen Vorkommen abgeschätzt. Sinnadäquate Aussagen erhalten dagegen keinen Stellenwert mehr. So gelangt Hunt aufgrund seiner ausgesuchten Zitate zu dem Schluß, Marx/Engels hätte die Rolle der Partei darin erblickt, die revolutionäre Wut der Massen zu dämpfen und die revolutionäre Gewalt auf ein Minimum zu beschränken (Hunt, S. 146). Daß es sich dabei aber nur um die halbe Wahrheit handeln kann, zeigen Äußerungen von Marx wie z.B. diese aus der „Ansprache der Zentralbehörde": „Die Arbeiter müssen vor allen Dingen während des Konfliktes und unmittelbar nach dem Kampfe, soviel nur irgend möglich, der bürgerlichen Abwiegelung entgegenwirken und die Demokraten zur Ausführung ihrer jetzigen terroristischen Phrasen zwingen. Sie müssen dahin arbeiten, daß die unmittelbare revolutionäre Aufregung nicht sogleich nach dem Siege wieder unterdrückt wird. Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volksrache an verhaßten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen." (*MEW*, Bd. 7, S. 249). Dieses sogenannte März-Zirkular möchte Hunt überhaupt nicht als Quelle des klassischen Marxismus anerkennen, weil nicht zu ermitteln sei, wieweit darin Marx und Engels dem Druck ihrer Rivalen, vor allem der Willich-Fraktion, nachgegeben hätten, was aber in Fr. Engels Rückschau „Zur Geschichte des Bunds der Kommunisten" keine Bestätigung erfährt (Hunt, S. 246), (*MEW*, Bd. 21, S. 220 f.).

3.) Hunt stellt Marx und Engels zwischen die „tough-minded elitists" Babeuf, Blanqui und die „tender-minded democrats" (Blanc) als „tought-minded democrats" (Hunt, S. 16). Diese Klassifizierung ist rein politisch motiviert, in Anbetracht der Divergenzen ihrer Theorien jedoch nicht aufrechtzuerhalten. Denn Marx/Engels' aus der politischen Ökonomie geborenes Verständnis von politischer Praxis läßt sich nicht als Kombination des bloßen „Sozialismus des Instinkts", wie Engels den revolutionären Aktionismus im Unterschied zu ihrem „wissenschaftlichen Sozialismus" nannte, und dem politischen Reformismus begreifen. Das Verhältnis von Marx und Engels ist darum mehr postulativ als reflektiert dargelegt. Weder bietet Hunt eine kritische Untersuchung der angeblichen innerparteilichen Demokratie des Proletariats, wie Marx/Engels sie propagierten, in der es ja bereits den Führungsanspruch der Kommunisten gab, weil sie „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" hätten (*MEW*, Bd. 4, S. 474) noch eine befriedigende Analyse des Mehrheitsbegriffs, der den demokratischen Charakter der Emanzipationsbewegung qua Revolution aus-

11 Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 39 Bde, Berlin 1956-68, (zitiert: *MEW*), Bd. 13, S. 8.

machen soll. Trotz dieser Einwände jedoch ist die Arbeit von Hunt ein nicht mehr zu übersehender Beitrag zum Thema „Demokratie und avantgardistische Diktatur" im Denken von Marx und Engels. –

Gegenüber den bisher genannten Marx-Biographien hebt sich das Marx-Buch von Karl Korsch deutlich ab. Zunächst in englischer Sprache 1938 erschienen, war die Arbeit doch ursprünglich in der Emigration in deutscher Sprache niedergeschrieben worden, blieb aber – aus bekannten Gründen – in Deutschland zunächst weitgehend unbekannt und hat auch die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland wieder einsetzende Marx-Interpretation nicht nennenswert beeinflußt. Diese stand wesentlich unter dem Bemühen, die 1933 abgebrochene, jedoch durch die kurz davor erfolgte Publikation der Frühschriften veränderte Interpretationslage zunächst einmal aufzuarbeiten. Sie ist deshalb auch nicht zu unrecht von Langkau als eine vor allem akademische Marx-Interpretation bezeichnet worden. Korschs Buch, obwohl der Darstellung der Marxschen Theorie gewidmet und zwar unter den systematischen Gliederungsgesichtspunkten „bürgerliche Gesellschaft – politische Ökonomie – Geschichte" steht einer solchen akademischen Interpretation nur äußerlich nahe. Ihrem Kern und ihrer Absicht nach zielt sie konsequent auf eine Analyse des für Marxens Denken zentralen Spannungsverhältnisses von Theorie und Praxis, Denken und Handeln und seiner dialektischen Vermittlung. Es ist deshalb eigentlich verwunderlich, daß in einer Zeit, in der etwa Ende der 60er Jahre die Beschäftigung mit Marx und der marxistischen Theorie immer nachhaltiger über die akademische Interpretation hinausdrängte und eben Einheit von materialistischer Theorie und verändernder politischer Praxis (wenn auch oft nur verbal oder in aktivistischem Mißverständnis) thematisiert wurde, Korschs in der gleichen Zeit publiziertes Marx-Buch so relativ wenig Einfluß auf die diesbezügliche Diskussion gewann. Ein Grund dafür kann wohl nur darin vermutet werden, daß die Korschsche Interpretation des Verhältnisses von Theorie und Parxis im Marxschen Denken, die zugleich immer auch eine problematisierende Frage nach der Rolle und der objektiven Möglichkeit des Proletariats als revolutionärem Subjekt mit in sich einschloß, in einer Tradition verblieb, die schon die wichtigste Schrift Korschs aus den 20er Jahren „Marxismus und Philosophie" bestimmt hat und in ihrer distanzierenden Fragestellung den Diskussionen der ausgehenden 60er Jahre weitgehend verlorengegangen war: die Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung als Methode auf die materialistische Geschichtsauffassung selber – eine Perspektive der Interpretation, in der Korsch bei aller sonstigen Unterschiedlichkeit dem Lukács von „Geschichte und Klassenbewußtsein" verbunden war. Einer solchen Auffassung der Marxschen Geschichtstheorie als auf sich selbst anwendbarer Methode ist natürlich die bei Marx selbst noch als geschichtsnotwendig sich herstellende Identität von materialistischer Theorie und revolutionärem proletarischem Klassenbewußtsein nicht mehr selbstverständlich, weswegen ja dann auch die Möglichkeit der geschichtlich-gesellschaftlichen Verwirklichung solcher Identität und ihrer objetiven wie subjektiven Voraussetzungen gerade das zentrale Thema einer darauf bezogenen Marx-Interpretation werden muß. Das Marx-Buch von Korsch knüpft an diese schon in den 20er Jahren von ihm behandelte Thematik an. Die dialektisch-materialistische Methode wird als eine solche verstanden und dargestellt, die durch die Kategorie der „Erfahrung durch Handeln" empirisch zu erweitern und historisch so zu verfeinern ist, daß sie dem Erkenntnisgegenstand der Gesellschaftswissenschaften angemessen wird. In dieser und durch diese Veränderung der Methode erschließt sie dem Proletariat die Möglichkeit, aber eben auch nur die Möglichkeit, historisch vermitteltes revolutionäres Subjekt zu werden. Die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus ist für solche Marx-Interpretation nicht mehr eindeutig nachzuweisen, sondern nur noch als etwas zu postulieren, was sich aus der Spannung zwi-

schen Möglichkeiten und Risiken eines theoriebestimmten Handelns des Proletariats ergeben *kann*. In diesem Sinne ist das Marx-Buch von 1938 noch zurückhaltender als die Studie der 20er Jahre und gerade dadurch mehr ein Beleg für die Veränderung oder doch Neuakzentuierung der Korschschen Marxdeutung als Marx-Biographie im herkömmlichen Sinne. Dem widerspricht auch nicht, daß im Marx-Buch die Aspekte einer Marx-Kritik deutlich hinter der Absicht einer Marx-Darstellung zurücktreten. Wertvoll für jeden Leser, der sich mit Korsch und seinem Verhältnis zu Marx bzw. dem Marxismus beschäftigen will, ist vor allem die von Götz Langkau unter breiter Mitteilung der unterschiedlichen Lesarten verschiedener Fassungen besorgte Textgestaltung. –

Die bisher gekennzeichneten Marx-Biographien ändern an dem Urteil kaum etwas, das Peter Ludz Ende der 50er Jahre in einer Studie zur „Situation der Marxforschung" abgab: daß in der Engelsbiographie von Gustav Mayer „noch immer die kritisch-geschlossenste, tiefste und gerechteste Marxbiographie mitenthalten" [12] sei. Mayer verfuhr nach den für die Biographie aufgestellten Postulaten der geisteswissenschaftlichen Methodik Wilhelm Diltheys, für den sich die Kunstform der Biographie aus dem „Bewußtsein der Grenzenlosigkeit" ergab, die nach allen Seiten sich ausbreitet", und die dennoch den „Beziehungspunkt in diesem Individuum" festhält. [13] So setzte sich Mayer die Aufgabe, unter „ständiger Berücksichtigung des 'allgemeinen historischen Horizonts', das 'besondere Ganze', das Friedrich Engels heißt", [14] zu bestimmen. An solcher Aufgabenbestimmung gemessen, hat der französische Marxforscher Maximilien Rubel sicher Recht, wenn er in seiner neuen Arbeit „Marx without Myth" davon ausgeht, daß eine definitive Biographie über Marx noch nicht geschrieben sei. Es wäre hier jedoch ganz grundsätzlich zu fragen, wie eine solche Biographie beschaffen sein sollte und was sie leisten könnte. Wollte sie Endgültigkeit für sich reklamieren, so müßte zumindest ein wissenschaftlicher Konsens über ihren Wert herstellbar sein. Dies ist aber gerade an Werk und Person von Karl Marx fragwürdig. Denn gerade er hat zu einem wesentlichen Teil den unser Jahrhundert bestimmenden Antagonismus von Wissenschaft und Ideologie heraufbeschworen. Und eine Beschäftigung mit Marx kommt deshalb heute um die Frage Wissenschaft und/oder Ideologie nicht herum – wie immer diese Frage beantwortet wird. Unter den herrschenden Bedingungen aber scheint ein solches Projekt eher utopisch. Realisationschancen hätte es am ehesten, wenn es keinen politisch doktrinären Marxismus mehr gäbe. Rubel deutet auch nicht weiter an, was er sich letztlich unter einer solchen „definitiven Biographie" vorstellt. Seiner Arbeit setzt er zunächst nur die bescheidenen Ziele, die Grundlage dazu zu legen und die Legende um Marx zu zerstören, die den „wahren" Marx in den Dienst eines politischen Systems materieller Exploitation und moralischer Sklaverei zwängte. Seiner chronologisch angelegten Marx-Biographie traut Rubel zu, den wahren, originären Marx aus dem ideologischen Schutt hervorholen und verteidigen zu können. Seine Arbeit stellt jedoch nur eine Überarbeitung und Ergänzung seiner Marx-Chronik dar, die er 1965 seiner Marx-Auswahlausgabe beigefügt hatte und die 1968 auch deutsch veröffentlicht wurde. [15] Rubel gliedert in seiner neuen Arbeit

12 Hans Joachim Lieber und Peter Ludz, *Zur Situation der Marxforschung*, Teil 1, Peter Ludz, *Zur Situation der Marxforschung in Westeuropa*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 10 (1958), H. 3, S. 454.

13 Wilhelm Dilthey, *Gesammelte Schriften*, Bd. 7, Stuttgart und Göttingen, 4. Aufl., 1965.

14 Gustav Mayer, *Friedrich Engels. Eine Biographie*, 2 Bde, Den Haag 1934, Bd. 1, S. 6.

15 *Marx-Chronik. Daten zu Leben und Werk*. Zusammengestellt von Maximilien Rubel, München 1968, 163 S.

Marx' Leben in sechs Hauptabschnitte, 1. 1818-1843 (Erstes Verlassen Deutschlands); 2. 1844-1849 (Vom Erscheinen der „Deutsch-Französischen Jahrbücher" in Paris bis zu Marx' Emigration nach London); 3. 1850-1856 (Marx' erste Londoner Jahre bis zum Umzug von Soho nach Maitland Park); 4. 1857-1863 (Wiederaufnahme der ökonomischen Studien bis zu seiner Reise auf den europäischen Kontinent); 5. 1864-1872 (Von der Gründung der Internationale bis zur Verlegung des Generalrats nach New York); 1872-1883: das letzte Jahrzehnt. Diesen Lebensabriß von Marx kontrastiert Rubel mit den allgemeinen Zeitereignisssen durch eine vorangestellte chronologische Übersicht der den einzelnen Abschnitten zugehörigen politischen, wissenschaftlichen und technischen Hauptdaten. Rubel sieht darin zwar mehr als eine bloße Illustration für die Biographie von Marx, weil Marx aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit für die „New York Tribune" und andere Zeitungen sich intensiv mit den politischen Vorgängen in der ganzen Welt beschäftigte. Weil Rubel sich aber jeder Kommentierung und Verbindung der Fakten enthält, kommt schließlich nur eine Materialsammlung heraus, eine neue Chronologie zu den bereits bekannten, in der man die Perspektive zu der definitiven Biographie nur schwerlich aufgetan findet. –

Dem jungen Marx ist unter gleichem Titel ein Buch von Nikolai Lapin gewidmet, das 1968 zuerst in Moskau in russischer Sprache erschienen ist. Schon die Tatsache, daß in der Sowjetunion eine solche Arbeit erschien, verdient Aufmerksamkeit, hat doch der junge Marx dort lange Zeit wenig systematische Beachtung gefunden, was u.a. auch daraus ersichtlich ist, daß in der zweiten russischen Ausgabe der Werke von Marx und Engels, die der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgten deutschen Ausgabe zugrunde liegt, entscheidende Schriften gerade des jungen Marx nicht enthalten sind. Auch die gerade für das Denken des jungen Marx so zentrale Thematik der Entfremdung hat in der sowjetischen philosophischen Diskussion lange Zeit kaum eine Rolle gespielt. Lapin nun bietet eine differenzierte Darstellung der geistigen Entwicklung des jungen Marx, vor allem in der Zeit von seinem 17. bis zu seinem 26. Lebensjahr, die diese in folgende Phasen gliedert: Suchen nach einer Weltkonzeption – Übergang zum Materialismus und Kommunismus – Entstehung des Marxismus als in sich geschlossener Weltanschauung. In der Gedankenführung erscheint dabei Lapin die Kritik des Hegelschen Staatsrechts von zentraler Bedeutung für den beginnenden Übergang zu Materialismus und Kommunismus; eine These, die die Frage erlaubt, ob nicht hier etwas in die Marxsche Arbeit von 1843 hineingedeutet wird, was erst Thema der „Deutschen Ideologie" von 1845/46 ist und da insbesondere des Feuerbach-Kapitels. Ebenso muß gefragt werden, ob die philosophisch-ökonomischen Manuskripte von 1844 schon mit Recht als „Quellen der Entstehung des Marxismus als geschlossener wissenschaftlicher Weltanschauung" gedeutet werden können. Diese Fragen müssen um so mehr gestellt werden, als Lapin in seiner Darstellung des jungen Marx die „Deutsche Ideologie" nicht mit einbezieht. Sie bleibt außerhalb der Zeitspanne, die er behandelt, was jedoch in sich deshalb nicht schlüssig ist, als Marx und Engels ihren geistigen Selbstverständigungsprozeß selber erst mit dieser Schrift von 1845/46 als abgeschlossen bezeichnen und auch insofern als Lapin in einem Schlußkapitel, das dem Verhältnis des jungen zum reifen Marx gewidmet ist, ohne nachhaltigen Rückgriff auf die „Deutsche Ideologie" nicht auskommt. Am Rande interessant ist die Tatsache, daß in dieser Arbeit von Lapin Rjazanov nicht nur namentlich erwähnt, sondern seine editorische Leistung in der alten MEGA ausrücklich gewürdigt wird, ein Vorgang, der in der Sowjetunion lange Zeit kaum vorstellbar war. –

In anderer, weniger biographisch gezielter Weise wendet sich Günther Herre der Entfremdungsproblematik zu. Herres Untersuchung bezweckt eine „historische Grundlage für ein in Forschung und Politik häufig umstrittenes Thema" (Vorbemerkung), um die weitgehend

„ideologischen Meinungskämpfen" unterliegende Marxdiskussion zu versachlichen und zu entideologisieren. Gerade die von Eduard Bernstein so genannte „Verelendungstheorie" scheint ihm ein solches Terrain, wo zum großen Teil ungeprüfte Meinungen und Pseudowissen aufeinanderprallen und sich die Plätze streitig machen (Einleitung). Deshalb ist es verdienstvoll, daß Herre in einer historischen Spezialuntersuchung, die vor allem auf den bisher unveröffentlichten handschriftlichen Exzerpten von Marx aus den Jahren 1843/51 basiert, die Genesis der Verelendungstheorie bei Marx darstellt. Sein Ziel ist, die existentiell-philosophische oder anthropologische Auffassung Marx', wie sie im Gefolge der Entdeckung der „Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte" in Mode kam und die den ökonomischen Marx weitgehend aussparte, zu revidieren. Er vertritt den Standpunkt, daß „Entfremdung", von den „Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten"an, nicht irgendeine essentiell-ontologische Situation des Menschen, eine condition humaine beschreibe, sondern speziell die Lage des Arbeiters in der kapitalistischen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts. Herre rekurriert damit auf den Stand der älteren Marxinterpretation von Kautsky und Bernstein, die in Marx sowieso nur immer den ökonomischen Marx gesehen hatte. Zugleich wendet sich Herre damit auch gegen eine Trennung der Marxschen Theorie in einen „jungen" humanistisch-existentialistischen und einen „alten" ideologischen Marx, in eine philosophische und eine ökonomische Hälfte. Schon die Kontinuität der Themen, so meint er, seit den frühen vierziger Jahren bis zu seinem Spätwerk, weise auf die Einheitlichkeit seines Werks hin. Der „Irrtum der Trennung" kehre in den Publikationen über die Entfremdung in der Aufteilung einer „absoluten" und „relativen" Verelendung wieder (Herre, S. 10 f.).
Herre unterscheidet in Marx' Lektüre der Literatur über Elend und Verelendung drei Rezeptionsphasen, die synchron mit seinen Lebensphasen in der Zeit zwischen 1843-49 sind, in denen sich Marx schrittweise an das Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in England als dem damals industriell forgeschrittensten Land heranarbeitet. In der ersten Phase 1842/43 war Marx noch sehr vom „Begriffsmuster der deutschen Pauperismusliteratur" des frühen 19. Jahrhunderts geprägt, gebraucht aber in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" zum ersten Mal den Begriff „Proletariat". Eine Beschäftigung mit Ökonomie läßt sich zwar erst für 1843/44 nachweisen, aber bereits durch die Debatte des Holzdiebstahlgesetzes, die er in der „Rheinischen Zeitung" kommentierte, war Marx auf ökonomische Fragen gestoßen, entgegen der von Engels popularisierten Meinung, daß er sich bei dem Wort 'Wirtschaftsform' überhaupt nichts denken konnte. Aus seiner Erfahrungsbasis, dem deutschen Milieu, stellte Marx dann in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" die Verbindung zu den französischen Zuständen her. In der zweiten Phase löst sich Marx unter dem Einfluß von Blanc und Sismondi von dem negativ besetzten Begriff des „Pöbels" – wie er in Deutschland gängig war – und gewinnt für seinen radikal-philosophischen Begriff des Proletariats die ökonomische Grundlage. Für die Weiterentwicklung seiner Gedankengänge wurde dann die Auseinandersetzung mit der an der Industrie orientierten Lehre Saint-Simons und der konträren Schule der Physiokraten, die den einzig produktiven Faktor der Wirtschaft in der Landwirtschaft sahen, ausschlaggebend. Aus ihr destillierte Marx schließlich eine Arbeitswerttheorie, die durch die weitere Rezeption der sozialistischen Kritiker der Ricardoschule (Thompson, Bray, Ravenstone etc.) den klassenkämpferisch-revolutionären Begriff des Proletariats bestimmte. Gleichzeitig damit entwickelt sich nach Herre bei Marx ein allgemeines Gesetz der Lohnverelendung. Dieses geht zwar von einem physischen Existenzminimum und einem Minimum des Lohns des Arbeiters aus, bleibt aber nicht wie das aus der Ricardo-Malthusschen Lohntheorie gewonnene „eherne Lohngesetz" Ferdinand Lassalles dabei stehen, sondern differenziert durch seine Arbeits- und Mehrwerttheorie (Herre, S. 157-171).

Da Herre vornehmlich referierend, nicht kritisch die Begrifflichkeit bei Marx untersucht, braucht hier darauf nicht näher eingegangen zu werden. Daß der scheinbar fugenlos rationalistische Wertbegriff in sich eine irrationale Konstruktion enthält, versuchte der Marx-Forscher Werner Becker in seiner „Kritik der Marxschen Wertlehre" [16] zu zeigen.
Bei allem Fleiß, den Herre auf die Präsentation des Materials des riesigen Umfangs der Marxschen Lektüre und der objektiven Fakten verwendet, verwundert es doch, daß er den subjektiven Faktor der Art und Weise dieser Lektüre von Marx völlig als quantité négliable übergeht. Sonst wäre er vielleicht zu ganz anderen Resultaten gelangt. So kam z.B. Peter Ludz bei einem „sorgfältigen Vergleich" der Exzerpte von Marx aus Adam Smith' Werk „The Wealth of Nations" zu dem Ergebnis, „daß Marx seine Exzerpte nicht korrekt gelesen und übersetzt hat, sondern durch seine eigene ausgeprägte Kommentierung, Kritik und Hervorhebung einzelner Stellen, besonders der nationalökonomischen Autoren, sich eine dichte Atmosphäre von Antipathie erst geschaffen hat; daß er durch seine Exzerpiermethode soviel in die 'Exzerpte' erst hineingelegt hat, wie er später, indem er auf diesen Exzerpten polemisch sein System aufbaute, wieder herauslas; daß also seine Quelle für den später systematischen Ideologieverdacht Marxens, der nach und nach sein ganzes Werk überzieht, diesen nachweisbar subjektiven Ursprung besitzt" (Ludz, a.a.O., S. 457). –
Wer insbesondere an der Marx-Engelsschen Geschichtstheorie in ihren universalhistorischen Aspekten und da vor allem an der Lehre von der Phasenabfolge der Geschichte kritisch interessiert ist, wird mit Gewinn die Arbeit von Wilhelm Backhaus über „Marx, Engels und die Sklaverei" lesen. In der materialistischen Geschichtskonzeption hat ja bekanntlich die Lehre von der antiken Sklavenhaltergesellschaft, und da insbesondere die These von der die Entwicklung der Produktivkräfte hemmenden Funktion der auf der Sklaverei beruhenden Produktionsordnung ihren ganz bestimmten Platz. Backhaus – selbst Althistoriker – nimmt den Erklärungswert dieser These in sehr differenzierten Analysen kritisch unter die Lupe. Dabei führt er nicht nur den Nachweis, daß sie für die antike Gesellschaft schlechthin nicht gilt, sondern begründet auch, daß Marx und Engels als die klassischen Vertreter dieser Theorie ein eigenständig erarbeitetes historisches Wissen über die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Strukturen der antiken Gesellschaft nicht besaßen. Was sie über die antike Sklaverei aussagen ist wesentlich nicht an der Antike selber erörtert. Aus den entsprechenden Textzusammenhängen bei Marx und Engels folgert Backhaus vielmehr stringent, daß das über die antike Sklaverei Gesagte teils primär, teils ausschließlich aus der Beschäftigung mit den Verhältnissen in Nordamerika abgeleitet ist. Dies allein ist aber nicht Gegenstand der Kritik. Vielmehr gesteht Backhaus das begrenzte Recht durchaus zu, Strukturen in den USA zur Zeit des Bürgerkrieges und seine historischen Voraussetzungen zum Verständnis der Antike heranzuziehen. Jedoch hätte dies vorausgesetzt, daß diese amerikanischen Verhältnisse so zur Kenntnis genommen worden wären wie sie tatsächlich waren. Gerade das aber ist nach Backhaus nicht der Fall. Die Sicht der Verhältnisse bei Marx und Engels ist nach Backhaus eindeutig durch ihre Abhängigkeit vom Abolitionismus ideologisch vorfixiert. Ihm folgend hätten Marx und Engels das rassistisch verbrämte Bild der südstaatlichen Sklavereiapologetik rezipiert und lediglich neu zu begründen versucht: „Es gewissermaßen auf den Kopf zu stellen, reichte nicht aus, der Realität näher zu kommen" (S. 298). Es läßt sich also feststellen – und dies zu begründen legt Backhaus umfang- und materialreiche Darstellungen der

16 Werner Becker, *Kritik der Marxschen Wertlehre*, Hamburg 1972, 158 S.

Sklaverei in den US Südstaaten vor –, daß die Sklavereithese von Marx und Engels schon für den Realitätsbereich nicht gilt, dem sie angeblich entnommen ist. –
Ohne erkennbaren Erkenntniswert für das Verständnis des historischen Materialismus ist eine anonyme, im Materialismus-Verlag Frankfurt/M. 1972 erschienene Neuauflage der von Hermann Duncker in den 20er Jahren herausgegebenen und eingeleiteten Textzusammenstellung über den historischen Materialismus. Interessant ist an dieser Neuauflage lediglich, daß in einer breiten Einführung des Verlages scharfe Kritik an Dunckers Theorie-Verständnis geübt wird und sich daran einiges über die ideologischen Spannungen und Differenzen zwischen DKP und KPD heute ablesen läßt. Um beachtenswerte Marx-Literatur handelt es sich dabei nicht.

NEUE LITERATUR

Jahrbuch Arbeiterbewegung. Hrsg. von Claudio Pozzoli, Bd. 1 (1973), **Über Karl Korsch**; Bd. 2 (1974), **Marxistische Revolutionstheorien**; Bd. 3 (1975), **Die Linke in der Sozialdemokratie** (= Arbeiterbewegung – Theorie und Geschichte). – Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag. 414, 376 und 368 S.

Nachdem seit einer Weile in der Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung die Forderung unumstritten scheint, endlich die Arbeiter selbst als Untersuchungsgegenstand zu erfassen, gibt es seit 1973 ein Unternehmen, daß diesem Trend geradezu widerspricht: Das „Jahrbuch Arbeiterbewegung" in der Fischer-Taschenbuchreihe „Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte". Die im ersten Bd. beschriebene Intention ist nicht unehrgeizig geraten. Zielgruppe soll ein breiteres Publikum sein, als es durch „akademische Publikationen" sonst erreicht wird. Jahrbücher wie Reihe „sollen dabei jeglichen 'wissenschaftlichen' Eklektizismus vermeiden, einer politischen Zielsetzung dienen und gleichwohl oder gerade deshalb zur Diskussion innerhalb der Linken beitragen. Neue Formen der Darstellung und Aufarbeitung historischer Erfahrungen sollen gesucht und ausprobiert werden." (Bd. 1, S. 7). Drei Bde sind bisher erschienen, genug, um in einem ersten Vergleich den Anspruch durch die Wirklichkeit erläutert zu sehen. Dem Herausgabekonzept folgend, hat jeder Bd. in sich unterschiedliche Teile. An Schwerpunktthemen, die den Bden den Titel geben und in mehreren Aufsätzen behandelt werden, gab es bisher eine Aufarbeitung des Marxbezugs bei Karl Korsch, eine Erörterung revolutionstheoretischer Implikationen im Denken von Marx, Lenin, Luxemburg und Trotzki und eine Auseinandersetzung mit der Linken in der Sozialdemokratie vor 1914 (Lenin, Liebknecht, Luxemburg). Hinzu kommt die Veröffentlichung von Dokumenten und Erinnerungen wie einer Reihe von Briefen von Karl Korsch aus den Jahren 1934-1939 (Bd. 2) oder einem Bericht von Cajo Brendel über die Gruppe Internationaler Kommunisten in Holland 1934-1939 (Bd. 2). Neben Einzelaufsätzen (wie in Bd. 2 und 3 über Arbeiterlieder in der Weimarer Republik und über die Arbeiterkorrespondentenbewegung) gibt es Bibliographien, Rezensionen, Hinweise auf Tagungen, Ausstellungen, für die Geschichte der Arbeiterbewegung relevante Bibliotheken etc. Außerdem hat die Redaktion Diskussionen veranstaltet, wie die über die Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung oder die Linke in der SPD nach 1945, die im „Jahrbuch" veröffentlicht werden. Daß ein solches Unternehmen insgesamt ganz einfach nützlich ist, steht außer Zweifel. Dieser Aspekt soll daher nicht weiter ausgeführt, sondern die spezifische Prägung dieser Jahrbücher untersucht werden. Hier zeigt sich, daß trotz der wenigen Gegenbeispiele die „Jahrbücher" von der Theorieauseinandersetzung bestimmt sind. Den Beiträgen in ihrer Mehrzahl wie auch dem ganzen Konzept liegt dabei eine bestimmte Zugangsweise zur Theorie zugrunde. Die Auseinandersetzung richtet sich auf die Prämis-

sen von Veränderungsstrategien, wie die Rolle der Partei, die Konstituierung von Klassenbewußtsein etc. Diese Theorieaspekte werden im Rückgriff auf einen Theoretiker dargelegt. Es geht also in einem ersten Schritt um eine Rekonstruktion des Denkens des Betreffenden. Was hierbei an Ertrag herauskommt, hängt von der Akribie ab, mit der – durchaus traditionell historisch-interpretativen Methoden folgend – der lebensgeschichtliche Zusammenhang, der unmittelbare Handlungskontext ernst genommen werden. Hier gibt es gute Beispiele (Georges Haupt, „Lenin, die Bolschewiki und die II. Internationale 1905-1914", Bd. 3 oder Michael Bruckmiller, „Marxismus als Realität", Bd. 1 über Korsch) und es gibt weniger ertragreiche. Wenn im Kontext solcher Analysen gelegentlich festgestellt wird, daß sich die Autoren den von ihnen behandelten Theoretikern verpflichtet fühlen (Bd. 2, S. 9), weist dies aber weiter auf ein mit den Kriterien handwerklicher Genauigkeit nicht mehr zu erschöpfendes Problem. Wie weit gelingt neben der Rekonstruktion die Einbeziehung und ausgewiesene Verdeutlichung der kritischen Dimension, mit der erwogen wird, warum ein behandelter Theoretiker Zustimmung finden, warum er in diesem oder jenem Punkt korrigiert werden soll? Historische Theorieanalyse kann auch zum Reden über vergangene Zustände geraten, die dann mit den Worten dessen beschrieben und durch desjenigen Brille gesehen werden, dessen Fähigkeit, seine Zeit gedanklich-praktisch zu begreifen, ja doch kritisch untersucht werden soll! Ein Beispiel ist hier der Beitrag von Annette Jost „Gewerkschaften und Massenaktion" über Rosa Luxemburg (Bd.3). Hier erscheint die zu erklärende Entwicklung als Aneinanderreihung „logischer Folgen" (s. Bd. 3, S. 82 und S. 83 Anm. 38); die kritische Dimension beschränkt sich auf Setzungen wie „Es ist erstaunlich" „ist kaum anzunehmen" und den Voluntarismusvorwurf (a.a.O., S. 82 und S. 97). Dies kann legitim scheinen, weil Geschichte hier als etwas vom Historiker genau Gewußtes begriffen wird. Die Kritik leitet sich aus der Verwundung her, daß der untersuchte Theoretiker (ein immerhin in offener Situation um deren Gestaltung Kämpfender!) das Gleiche nicht auch schon gewußt hat, kommt es doch dem heutigen Autor so vor, als sei es aus dessen Gedanken logisch ableitbar. Die Identifikation geht so weit, daß diese Gedanken weitergedacht und dem zu Untersuchenden im Nachhinein nahegelgt werden (a.a.O., S. 82 oben). Es scheint, als könne sich bei gegebener Nähe des Analyseschemas zwischen Untersuchtem und Untersuchendem der Unterschied zur herkömmlichen historisch-interpretativen Arbeit auf die andere (nämlich theoriebezogene) Gegenstandswahl beschränken. Ein anderes Beispiel ist Enzo Collottis Beitrag „Karl Liebknecht und das Problem der sozialistischen Revolution in Deutschland", Bd. 3). Auch er begründet seinen methodologischen Bezug (auf die objektiv richtige, subjektiv verfehlte Entwicklung) nur im Zirkelschluß, d.h. mit eben dem gleichen Gedanken, nur als Interpretation gewendet: „ . . . muß das Scheitern dieser Bewegung vielmehr erneut zur Einsicht führen, daß die Kluft zwischen der Entwicklung der objektiven Situation und der verfehlten Reaktion des subjektiven Elements als Resultat der Transformation der Arbeiterbewegung zu begreifen ist, wie dies Liebknecht in seinen Untersuchungen gezeigt hatte " (Bd. 3, S. 70). Wenn auch der – gemessen an Jost und Collotti – breit historisch reflektierende Paul Mattik („Marxismus und die Unzulänglichkeit der Arbeiterbewegung", Bd. 1) auf klassische Lösungen im Theoriestreit rekurriert (vgl. S. 196: die revolutionäre Situation aktualisiert das Klassenbewußtsein und die revolutionäre Theorie), zeigt sich, daß die angesprochene Frage nach der Klärung der eigenen kritischen Dimension sich nicht primär auf handwerkliche Ergänzungen bezieht.

Die Frage, ob es die „kritische Kritik" schon gibt und die weitere, was denn eigentlich die Dimension wäre, an der sich kritische Reflexion über die Bezugsautoren ausweisen kann, findet im „Jahrbuch" 3 ihre aktuelle Veranschaulichung in der Diskussion „Die Linke in der SPD nach 1945". Der einzige, der hier den ewig gleichen Diskussionszusammenhang sprengt, ist Karsten Voigt, indem er nämlich nicht Prämissen

oder Begriffshülsen – seien sie auch noch so ehrwürdig – anbietet, sondern die inhaltliche Erörterung der Problembereiche fordert, auf die Theorie antworten, die sie begreifen muß: eine Strukturkrise, für deren Bewältigung wie auch immer nichts gewonnen ist, indem man sie als „Krise im Kapitalismus" identifiziert; die genaue Füllung der Frage, was für wen unter wessen Beteiligung gelenkt und geplant werden sollte; das Problem der Dritten Welt, der gegenüber die deutschen Arbeiter z.T. auf der Seite der Ausbeuter stehen; das Technologie/Wachstum/Umweltproblem. Dies verbindet Voigt mit zwei Überlegungen. Zum einen übersehen diejenigen, die Krisenerscheinungen als Ausgangspunkt von Revolutionierung sich denken, daß das Ende solcher Versuche immer nur das Gegenteil des Erhofften ist. Dies hängt eng mit dem zweiten Gedanken zusammen. Die Theorie hat sich bisher als wenig zugkräftig im Kampf um emanzipatorische Alternativen erwiesen. Er konstatiert die (historisch wahrhaftig begründete) Befürchtung, daß, wenn man die Krise beim Namen nennt, „die Leute sich in die Arme derer flüchten, die ihnen versprechen, sie bekämen es in den Griff" (Bd. 3, S. 185 ff.) Die Theorie hat im öffentlichen Bewußtsein wenig Beweiskraft gegen eine Argumentation mit der Versprechung, es würde, wie es früher einmal war.
Hier treffen sich die historische und die aktuelle Problematik der Theorie. Entweder durch unkritische Identifikation oder durch das Zerreißen des historischen Proszesses in objektive Entwicklung (für die überlegener Realitätsgehalt postuliert wird) und, gemessen daran, „bloß" subjektiven Faktor kann eskamotiert werden, daß der historische Verlauf anders ist als ihn die thematisierten Theoretiker erwarteten. Es fragt sich aber, ob nicht so unter bestimmten Bedingungen entstandene Teile von Theorie als Versteinerung weitergeschleppt werden. Indem der Bereich, der mit dem Etikett subjektiver Faktor bezeichnet ist, daher letztendlich nach wie vor gleichgültig gemacht wird, bleibt die historische wie aktuelle Lücke zwischen Theorie und Alltagsdenken außerhalb des Problembewußtseins. Die Antwort auf die Frage, ob die „Jahrbücher" ihren eingangs zitierten Anspruch, neue Formen der Aufarbeitung historischer Erfahrung zu finden, einlösen, hängt davon ab, ob das skizzierte methodologische Dilemma in den Blick genommen wird.

Monika Kramme

BLANKE, Thomas, Rainer ERD, Ulrich MÜCKENBERGER und Ulrich STASCHEIT (Hrsg.): **Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland**, 2 Bde, Bd. 1: **1840-1933**; Bd. 2: **1933-1974** (= rororo-studium, Rechtswissenschaften). – Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1975. 299 und 315 S.

Die beiden Bde enthalten, überwiegend in Auszügen, 286 Quellentexte zur Geschichte des kollektiven Arbeitsrechts in Deutschland. Die Texte sind chronologisch geordnet und in vier Abschnitte aufgeteilt (1840-1914, 1914-1933, 1933-1945, 1945-1974), denen jeweils Erläuterungstexte vorangestellt sind, die in knapper Skizzierung die wesentlichen Auseinandersetzungen um das kollektive Arbeitsrecht in den betreffenden Perioden nachzeichnen.
Die Auswahl konzentriert sich nicht auf juristische Texte im herkömmlichen Sinne, wie Gesetze, Verordnungen, Gerichtsurteile und die dazugehörenden fachjuristischen Kommentierungen. Sie dokumentiert vielmehr vornehmlich die sozialen Auseinandersetzungen, die den rechtlichen Veränderungen zugrunde gelegen haben und die sozialen Konsequenzen veränderter rechtlicher Regelungen, wie sie sich in Reden, Aufrufen, Organisationsbeschlüssen, Flugblättern, zeitgenössischen Berichten u.ä. niedergeschlagen haben. Einen Schwerpunkt bilden die Forderungen der Arbeiterbewegung und ihre Aktionen für die Verbesserung oder gegen die Verschlechterung ihrer rechtlichen Situation, vor allem hinsichtlich der Freiheit, ungehindert für die Durchsetzung der eigenen Interessen eintreten zu können, was sich immer wieder auf die Frage zuspitzt: Koalitionsfreiheit, freie Wahl des Arbeitsplatzes, einschließ-

lich der freien Aufgabe, also des Streikrechts, und Beschränkung der aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln herrührenden unternehmerischen Willkür bei der Verfügung über die Arbeitsplätze durch betriebliche Kontrollinstanzen, hauptsächlich in Gestalt der Betriebsräte. Dokumentiert werden weiterhin die Reaktionen der Vertreter des Staatsapparates und der Unternehmer auf den Kampf der Arbeiterbewegung mit ihren je historisch durch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bedingten unterschiedlichen Konsequenzen, die sich in vielfältiger Weise in der konkreten arbeitsrechtlichen Gestaltung realisiert haben: angefangen bei der Einräumung der Koalitionsfreiheit durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 in der Hoffnung, dadurch die aufsteigende Arbeiterbewegung 'in den Staat' integrieren zu können, über die Bismarcksche Politik von 'Zuckerbrot und Peitsche' durch Sozialistengesetz und Sozialversicherung bis zur brutalen Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der physischen Vernichtung vieler ihrer Führer im Faschismus bei demagogischer Anknüpfung an Einrichtungen und Traditionen der Arbeiter, wie der angeblichen Überleitung der Gewerkschaftsorganisation in die „Deutsche Arbeitsfront" und der Feier des 1. Mai.

Die Texte ergeben ein plastisches Bild von der Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts und den sozialen Kräften, die diese Entwicklung bestimmt haben; zudem haben die Herausgeber ein weit über den Kreis der Fachwissenschaftler hinaus interessantes Lesebuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geschaffen.

Man mag über die Auswahl des einen oder anderen Dokumentes streiten können, insgesamt bietet die Dokumentation eine historisch korrekte Darstellung der wesentlichen Auseinandersetzungen um das kollektive Arbeitsrecht. Sinnvoll wäre es nur gewesen, wenn die Gegenposition zur Arbeiterbewegung, die der Unternehmer und Unternehmerorganisationen, an verschiedenen Stellen stärker herausgearbeitet worden wäre, um deutlicher zu machen, wo die eigentlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien verlaufen sind, um klarer noch den Charakter der Rechtsnormen als 'Waffenstillstandslinien' sichtbar zu machen. Kritik ist insofern am Kapitel über die Weimarer Republik anzumerken, in dem z.T. der Eindruck erweckt wird, als seien geradezu die reformistischen Gewerkschafts- und SPD-Führer die Hauptfeinde der Arbeiterbewegung gewesen. So wird der Kapp-Putsch von 1920, in dessen Verlauf die Putschisten Streik-'Rädelsführern' und Streikposten immerhin die Todesstrafe androhten, [1] mit keinem Wort erwähnt, auch nicht, daß es die ADGB-Führung war, die durch den sofort proklamierten Generalstreik das Signal für den erfolgreichen Widerstand gab. Auch hätte zur dokumentierten linken Kritik (aus dem „Roten Gewerkschaftsbuch" der SAP) an der Zwangsschlichtung von Tarifkämpfen aufgrund der Schlichtungsverordnung von 1923 zumindest eine Fußnote mit dem Hinweis gehört, daß die reaktionärsten Kreise der Schwerindustrie die schärfsten Gegner der Zwangsschlichtung waren, die in ihrer Beseitigung die Voraussetzung für den generellen Einbruch in das nach 1918 errichtete Tarifsystem sahen. [2]

Diese Kritikpunkte schmälern jedoch kaum das Verdienst, das sich die Herausgeber angesichts der schwierigen und unübersichtlichen Quellenlage und bei Berücksichtigung des embryonalen Zustandes der Arbeitsrechtsgeschichtsschreibung erworben haben. Sie haben einen wesentlichen Schritt getan, das geschönte und, was die Darstellung der Kämpfe um das kollektive Arbeitsrecht angeht, verfälscht-einseitige Bild der Arbeitsrechtsgeschichte in den großen Standardwerken des Arbeitsrechts, von denen an erster Stelle das Lehrbuch von Hueck-Nipperdey zu nennen ist, zu zerstören. Die Dokumentation leistet einen hervorragenden Beitrag, der Arbeitsrechtswissenschaft die

1 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929, Neudruck Frankfurt/M. 1968, S. 467.

2 Vgl. dazu: *Die Reform des Schlichtungswesens, Bericht über die Verhandlungen der XI. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim am 24. und 25. Oktober 1929*, Jena 1930, S. 17 ff.

notwendige historische Dimension zu verschaffen und gibt der Geschichtswissenschaft wichtiges Material über die Bedeutung rechtlicher Regelungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung in die Hand. Sie fordert dazu auf, die hier begonnene Arbeit, die gleichzeitig ein großer Arbeitsplan ist, durch entsprechende Monographien zu vertiefen.

Wolfgang Däubler und Burchard Bösche

Zeitgenossen von Marx und Engels. Ausgewählte Briefe aus den Jahren 1844 bis 1852. Hrsg. und annotiert von Kurt Koszyk und Karl Obermann (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Neue Folge, Bd. 6). – Assen und Amsterdam: Van Gorcum & Comp. 1975. 459 S.

Diese Quellenedition umfaßt einen Teil der Korrespondenz bürgerlicher und proletarischer Revolutionäre, der in der jetzt von den Instituten für Marxismus-Leninismus in Berlin und Moskau gemeinsam vorbereiteten neuen hundertbändigen Marx-Engels-Gesamtausgabe nicht berücksichtigt ist. Die meisten Schriftstücke entstammen den im Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte befindlichen Nachlässen von Karl Marx, Friedrich Engels, Johann Philipp Becker, Georg Weerth, Joseph Weydemeyer, August Willich und Wilhelm Wolff. Dazu kommen Briefe aus dem Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus in Moskau, dem Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, den Staatsarchiven von Potsdam, Merseburg und Dresden sowie den Bibliotheken und Archiven von Dortmund, Bonn, Osnabrück und Trier und dem Schiller-Nationalmuseum in Marbach.Die Sammlung enthält auch einen aufschlußreichen, bisher unbekannten Brief des Krefelder Bankiers und liberalen Politikers Hermann von Beckerath an Johann Jacoby vom 27. Juli 1847, der im IML-Archiv in Moskau liegt und in die von Edmund Silberner besorgte Gesamtausgabe des Jacoby-Briefwechsels 1816-1849 nicht aufgenommen ist (vgl. die Besprechung in IWK 1/1976). – Von den 266 Dokumenten des vorliegenden Bandes wurden 22 bereits früher in verschiedenen Sammelwerken und Zeitschriften publiziert. Die Briefe sind ein willkommener Beitrag zur Kenntnis der Frühphase der deutschen Arbeiterbewegung und der Revolution von 1848.
Die Termini a quo und ad quem sind gut gewählt. Die Briefe, deren überwiegende Mehrzahl aus den Federn der Kampfgefährten von Marx und Engels stammt, setzen im Jahr des schlesischen Weberaufstands ein, als das Proletariat Klassenbewußtsein zu entfalten begann, und enden im Jahr des Kölner Kommunistenprozesses, als die reaktionären Gewalten einen ephemeren Sieg errangen. Sowohl Elan und Aufopferungsbereitschaft als auch Illusionen und Fehlurteile der Revolutionäre gewinnen scharf umrissene Konturen. Im republikanischen Lager existierten nicht nur Gefühle der Verbundenheit und Freundschaft, sondern auch Spannungen und kleinliche Rivalitäten. In einem Schreiben August Willichs vom 6. Juli 1848 ist von den „fehlgeschlagenen Hoffnungen, der Verräterei, Betrügerei vieler Führer" der Demokraten, von niedrigen Leidenschaften, Mißtrauen und Haß die Rede (S. 180). Ergreifend sind die Solidaritätsbekundungen der Arbeitervereine von Rostock, Hamm, Meißen und Darmstadt an das Leipziger Zentralkomitee zur Zeit der Reichsverfassungskampagne im Sommer 1849, als die Reaktion bereits triumphierte. Aber noch lange nach der Niederlage der Revolution glaubten die Vorkämpfer für ein demokratisches Deutschland eine neuerliche Erhebung nahe; so arbeitete Karl von Bruhn in einem Schreiben an Konrad Schramm vom 2. April 1850 genaue Pläne für den Aufstand aus (S. 336-340), und sogar am 24. November 1851 erhoffte der nach Amerika emigrierte Gustav Technow den baldigen Ausbruch der Revolution, wie sein Brief an Gottfried Kinkel bezeugt (S. 419-426). – So wichtig und instruktiv die vorliegende Briefsammlung für die Forschung ist, so sehr ist Kritik an den nachlässigen, ja oft liederlichen und schluderhaften Anmerkungen angebracht. Bei den Kommentaren eines derartigen Quellenbandes ist unbedingt auf Zuverlässigkeit zu achten, da sonst

der Wert der Sammlung erheblich gemindert wird. Ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben, seien folgende Irrtümer und Fehler erwähnt:
Heinrich Heine promovierte nicht in Berlin zum Dr. jur. (S. 8), sondern in Göttingen. Er übersiedelte nicht Ende 1830 nach Paris (ebd.), sondern im Mai 1831. Heines Buch über Ludwig Börne erschien nicht 1846 (S. 18), sondern sechs Jahre früher. Börne wurde nicht 1789 geboren (ebd.), sondern 1786. Johann Jacoby trat nicht 1870 der Sozialdemokratie bei (S. 12), sondern erst am 4. April 1872. Der Naturwissenschaftler Lorenz Oken, der beim Wartburgfest hervortrat, lehrte nicht seit 1812 in Jena (S. 271), sondern bereits seit 1807. Seine Zeitschrift „Isis" erschien nicht seit 1816 in Leipzig (ebd.), sondern wurde erst nach den Karlsbader Beschlüssen 1819 dorthin verlegt; die Zeitschrift erschien 1816-19 in Jena. Der Herausgeber der „Stenographischen Berichte" der Frankfurter Nationalversammlung hieß nicht Hans Wigard (S. 193), sondern Franz, wie auch auf S. 223 richtig angegeben; daher erscheint auch im Register ein nicht existierender Hans Wigard. Der Brief Freiligraths an den emigrierten deutschen Demokraten Georg F. Seidensticker kann nicht am 14. März 1848 geschrieben sein (S. 137), weil der Verfasser ausdrücklich auf „das zu Berlin so nobel verspritzte Blut" und auf den Berliner Aufstand Bezug nimmt, der erst am 18. März stattfand. – Es ist auch bedauerlich, daß über den nach den USA ausgewanderten Demokraten Theseus Woydechowski, der an Wilhelm Wolff einen sehr informativen Brief schrieb (S. 384-393), nicht die geringste biographische Angabe zu finden ist. – Es ist unverständlich, daß ein von zwei so hervorragenden Historikern wie Kurt Koszyk und Karl Obermann herausgegebener Band so zahlreiche falsche und irrige Informationen enthält.

Walter Grab

RADDATZ, Fritz J. (Hrsg.): **Franz Mehring Werkauswahl**, 3 Bde, Bd. 1: **Die deutsche Klassik und die Französische Revolution**; Bd. 2: **Die deutsche Literatur und die Revolution von 1848**; Bd. 3: **Zur Philosophie und Poesie des Kapitalismus** (= Sammlung Luchterhand Bd. 170, Bd. 177 und Bd. 198). – Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1974 und 1975. 329, 237 und 261 S.

Nachdem Franz Mehring für die Forschung der Bundesrepublik über lange Jahre ein beinahe Unbekannter war, hat sich seit Anfang der sechziger Jahre ein zunehmendes Interesse an der Kenntnisnahme seiner Hinterlassenschaft herausgebildet. Dies schlug sich in der letzten Zeit in einigen Auswahl- oder Einzelveröffentlichungen aus seinem Werk nieder. Die jüngste Edition in dieser Reihe ist die in der Sammlung Luchterhand erschienene „Werkauswahl" in 3 Bden, die Fritz J. Raddatz herausgegeben und eingeleitet hat. Sie enthält außer einer Reihe kürzerer Literaturrezensionen die „Ästhetischen Streifzüge" und die Schillerbiographie. Das Auffällige dieser Neueditionswelle ist, daß sie sich nur auf die literaturbezogenen Beiträge des politischen Journalisten, Parteihistorikers und Literaturrezensenten Franz Mehring richtet. Diese Beiträge verdanken ihre Neuveröffentlichung aber augenscheinlich nicht ihrer entsprechenden Qualität. Im Gegenteil, Bedenken werden in Hülle und Fülle angemeldet. Franz Mehring kommt nur durch das Bedürfnis nach Rekonstruktion einer Tradition marxistischer Literaturgeschichte in die Lage, heute als Literaturtheoretiker auf dem Markt zu erscheinen. Hier gehören seine Schriften zu den Anfängen.
F.J. Raddatz, schon im Rundfunk mit mehreren Beiträgen über Mehring hervorgetreten , stellt seiner „Werkauswahl" eine ausführliche, thesenreiche Einleitung voran. Hier geht es, und das verdient die Erörterung an diesem Ort, längst nicht mehr um literaturkritische oder ästhetiktheoretische Qualität, sondern um das theoretische Selbstverständnis Mehrings. Um es vorwegzunehmen: In der abschließenden Charakterisierung haben wir vor uns einen „Rebell aus Trotz und Widersinn", „Revolutionär mit dem Elite-Bewußtsein", den

„Historiker der Arbeiterbewegung, der ihr die eigene Artikulation absprach" (S.61). Moral, eine „Mitleidsstruktur", ausgeprägt in seiner vorsozialdemokratischen Lebensphase, sei für ihn bestimmend gewesen: „Mehring mißtraut aller Erkenntnistheorie, wird sie als gesellschaftliche Hebelkraft verstanden". Und es geht weiter: „Kunst gar als Unterkategorie der Erkenntnistheorie wird schlichtweg nicht wahrgenommen; ist damit allerdings ein wesentlicher Bestandteil der marxistischen Ästhetik geleugnet – die Praxis als Kriterium der objektiven Wahrheit reduziert sich bei Mehring als nur gesellschaftliche, will sagen ad hoc politische Praxis" (S. 59). Dies heißt ja wohl, Mehring habe den Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis idealistisch zerrissen, indem er der Erkennbarkeit der objektiven Wahrheit „mißtraute". Seine Praxis wäre demnach die eines aufrichtigen Moralisten und voluntaristischen „Rebellen". Die Begründung dieser These versucht Raddatz, indem er die ästhetiktheoretischen Beiträge, in denen Mehring eine Vereinbarung seines historisch interpretierenden Standpunktes mit der Vorstellung von der Existenz eines spezifisch Kunstschönen sucht, zusammen mit seinen biographischen Beiträgen und z.T. seiner Volksbühnenerfahrung aus seinem Werk herausgreift. Sie alle interpretiert er dann als permanente, allgemeine theoretisch-programmatische Manifestation (die Schillerbiographie – eine „politisch-theoretische Standortbestimmung", S. 41; „Mehrings ideologische Position am stärksten geprägt" durch Schillers „Über naive und sentimentalische Dichtung", S. 48).

Und hier liegt die Crux: Waren in den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren die innerkommunistischen Ästhetikdebatten auch Debatten um das politische Selbstverständnis in verdeckter Form (s. Lukács), so ist dies auf die Zeit der Zweiten Internationale nicht übertragbar. Unter den gegebenen Bedingungen – innerparteiliche Meinungsfreiheit und Demokratie – formulierte Mehring sein politisch-theoretisches Konzept offen, schrieb er politische Stellungnahmen in reichlicher Zahl. Eine Menge dessen, was Raddatz in den Literaturbeiträgen sucht, ist also dort aufgrund der Zeitumstände gar nicht enthalten bzw. nicht ausgeführt. Die Thesen vom Elite-Standpunkt, von der Verweigerung der eigenen Artikulation lassen sich denn auch nicht halten. Nicht erst die Analyse seines Strategiekonzepts, schon die zeitbezogene Aufarbeitung der Volksbühnenaktivität und der Klassikerverarbeitung führt zu diesem Ergebnis, erst recht die Antwort auf die Frage, was Mehring mit seinem „Unter den Waffen schweigen die Musen" meinte: Er stellte nichts anderes als eben dies fest und hielt es nicht für die dringendste Aufgabe der Sozialdemokratie, hier Wandel zu schaffen. Wenn Raddatz aber behauptet, daß das Problem „virulent" war (S. 39), so ist gegenzufragen, bei wem? Wessen Anliegen ist es, die richtige Ästhetik zu haben? Oder: Wie relevant ist es, die richtige Ästhetik zu haben? Und hier enthält die These von Raddatz ja mehr. Sie konstatiert bei Mehring eine erkenntnistheoretische Reduktion gemessen an der korrekten marxistischen Position: Nun hängt, was zu beweisen ist, Mehrings Praxis mitnichten voluntaristisch in der Luft. Doch läßt sich tatsächlich in den ästhetiktheoretischen Schriften einiges finden, was man als „Abweichen" von der „marxistischen" oder besser „leninistischen" Norm interpretieren mag. Nur: Warum sollte Mehring eine mehr oder weniger leninistische erkenntnistheoretische Position vertreten (dann auch noch v o r Lenin!)? Warum nicht seine eigene, die ihm die denkimmanente Fundierung seiner Praxis in seiner Realität durchaus – und ohne Entwicklungsmetaphysik – ermöglichte ?

Es mag unbezweifelbar sein, daß eine solche Erörterung, wie sie diese Einleitung bietet, eine selbstklärende Funktion innerhalb der Literaturwissenschaft haben kann. Indem sie aber unter Ignorierung des ihnen eigenen Kontextes die herangezogenen Schriften im Kontext der Gegenwart nur als mögliche „historische Stützpunkte" für das nachgefragte – als „marxistisch" oder „materialistisch" verallgemeinerte – Verständnis von Literatur, Kunst und Erkenntnistheorie betrachtet, kann sie ihre Ergebnisse nur analog dem richtig/falsch-

Schema formulieren und liefert damit keinen Beitrag zur Erklärung der herangezogenen historischen Position.

Monika Kramme

ARMANSKI, Gerhard: **Entstehung des Wissenschaftlichen Sozialismus.** – Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1974. 243 S.

Gegenstand der Arbeit von Armanski über die „Entstehung des Wissenschaftlichen Sozialismus" sind dessen erste Entwicklungsstufen in Deutschland. Es geht A. um die Frage, in welchem gesellschaftlichen Konfliktzusammenhang sich Marx und Engels entwickelten und wie sie auf die objektiven Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen und ihre konkrete Gestalt in Deutschland eingingen. Die Untersuchung beabsichtigt, materialistisch vorzugehen, d.h. sie versucht, Entstehung und Entwicklungsgang des wissenschaftlichen Sozialismus auf den Stand und die Widersprüche der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung zu beziehen. Erklärte Absicht des Vf. ist es, dogmatische, theoretizistische und ungesellschaftlich-ungeschichtliche Rezeptionen des wissenschaftlichen Sozialismus zurückzudrängen. – In dem ersten Kapitel gibt A. einen Überblick über den Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Konflikte in Deutschland in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die ökonomische Entwicklung und die Bildung der sozialen Klassen werden im Anschluß an Arbeiten von Mottek und Kuczynski dargestellt. Der kompilatorische Charakter des ersten Kapitels tritt besonders im letzten Abschnitt zutage, in dem die politischen Ausdrucksformen der proletarischen Bewegung behandelt werden. Die Darstellung der Geschichte des Bundes der Geächteten, des Bundes der Gerechten ist im Detail unklar. Ist der Bund 1839 in Frankreich verboten gewesen? Verlagert sich das Organisationszentrum des Bundes zu Beginn der 40er Jahre nach London? Mit welchem Londoner Arbeiterverein arbeitet der Bund der Geächteten zusammen? Darüber hinaus tradiert A. die klassische Darstellung zur Bundesgeschichte von Engels, insofern auch bei A. die Umwandlung des Bundes der Gerechten in den Bund der Kommunisten mit der Einsicht der Arbeiter in die Richtigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus einhergeht.
Ein Beispiel für die zumindest als unsorgfältig zu bezeichnende Darstellungsweise von A. ist die Behauptung, daß in Paris 1844 die ersten Anfänge einer stark von Marx und Engels beeinflußten Arbeiterbewegung sichtbar wurden. Ist die Organisation des Bundes der Gerechten gemeint, die allerdings 1844 einen pazifistisch-cabetistischen Kommunismus vertritt? Von dieser rechthaberisch anmutenden Kritik einmal abgesehen, muß grundsätzlich nach dem Sinn des ersten Kapitels gefragt werden: Kann der Bezug des wissenschaftlichen Sozialismus zu den Widersprüchen der Gesellschaft dadurch hergestellt werden, daß die in Deutschland von 1800 bis 1848 vorhandenen wirtschaftlichen und sozialgeschichtlichen Zustände mehr oder weniger korrekt beschrieben werden? – Das zweite Kapitel zeigt den Stand der Entfaltung der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft in der Zeit vor der Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus auf. A. teilt diese Kritik einerseits in die bürgerliche und halbfeudale Literatur zur sozialen Frage, andererseits in die Kritik der Frühsozialisten ein, die eine antibürgerliche Alternative zu den deutschen Zuständen formulieren. In Hinblick auf die bürgerliche und halbfeudale Literatur kommt A. zu dem Ergebnis, daß diese Literatur kein nennenswertes Bildungselement bei der Entstehung des wissenschaftliche Sozialismus darstellt. Die Ausführungen zum Frühsozialismus zeigen, daß ein zu weit gefaßter Begriff von Frühsozialismus die theoretische Leistungsfähigkeit verliert. Weitling, Büchner, Stirner, Stromeyer, Lüning, Weerth, Heine, Heß, Grün u.a. werden unter den Frühsozialismus subsumiert und als gleichwertig in bezug auf ihren Beitrag zur Genese des wissenschaftlichen Sozialismus angesehen. Die eingebürgerten Vorurteile über den Frühsozialismus werden von A. weitergegeben: Individualismus, Schwär-

merei, utopische Ungeschichtlichkeit, Philantropie, Prinzipienreiterei sind die Attribute des frühen Sozialismus und sind der Unentwickeltheit der ökonomischen und politischen Verhältnisse geschuldet. A. versäumt es, den von ihm selbst zitierten Hinweis von Marx auf die Bedeutung des utopischen Sozialismus und Kommunismus inhaltlich auszufüllen und die Fragestellungen zu benennen, die Marx und Engels von ihren Vorläufern übernehmen. Marx schreibt, daß der Utopismus vor der Zeit des materialistisch-kritischen Sozialismus letzteren in nuce in sich barg. Über den frühen Sozialismus, wie ihn A. vorstellt, hätte Marx ein solches Urteil nicht abgeben können.
Im dritten und letzten Kapitel thematisiert A. die Analyse der allgemeinen Natur der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer konkreten Gestalt in Deutschland durch Marx und Engels. A. gibt die Kritik der wissenschaftlichen Sozialisten an Hegel, den Junghegelianern, Feuerbach, den wahren Sozialisten wieder, referiert auf der Grundlage der „Deutschen Ideologie" unter dem Titel „Dialektischer und historischer Materialismus" die materialistische Geschichtsauffassung und geht auf das Studium nationalökonomischer und sozialistischer Literatur von Marx und Engels ein. Im Gegensatz zu diesen Ausführungen sind die beiden letzten Abschnitte nicht zuletzt deshalb informativ, weil A. hier eine klare Fragestellung besitzt. Er fragt nach den ersten Resultaten der Kritik der politischen Ökonomie und ihren methodischen Grenzen in Hinblick auf das „Kapital". A. weist nach, daß der wissenschaftliche Sozialismus vor 1848 noch nicht zwischen allgemeiner und konkret-historischer Analyse unterscheidet, und daß es sich bei der Analyse der deutschen Verhältnisse durch Marx und Engels in methodischer Hinsicht um den Vergleich des Entwicklungsgrades der deutschen Verhältnisse im Spiegel der englischen handelt. Ein Grund für die fehlgehende Prognose des Revolutionsverlaufs von Marx und Engels, welche die Möglichkeiten der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft um 1848 unterschätzten, ist für A. dieser Entwicklungsstand der wissenschaftlichen Theorie.
Wenn die Arbeit von A. an dem selbstgesetzten Anspruch, nämlich historisch-materialistisch und undogmatisch die Genese des wissenschaftlichen Sozialismus zu erklären, gemessen wird, fällt das Urteil nicht befriedigend aus.

Alexander Brandenburg

BADER, Veit-Michael, Johannes BERGER, Heiner GANSMANN, Thomas HAGELSTANGE, Burkhard HOFFMANN, Michael KRÄTKE, Beate KRAIS, Lor KÜRSCHNER und Rüdiger STREHL: **Krise und Kapitalismus bei Marx**, 2 Bde (= Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik). – Köln: Europäische Verlagsanstalt 1975. Insges. 456 S.

Dieser, von einer Autorengruppe der Freien Universität Berlin verfaßte Grundlagentext für eine wissenschaftliche Untersuchung ökonomischer Krisen auf Basis der Marxschen Theorie, ist als eine Vorarbeit zu einer größeren, noch zu leistenden Arbeit gedacht, die einerseits den „Marxschen Ansatz" weiter ausbauen und andererseits die Diskussion konkurrierender theoretischer Ansätze in sich einschließen soll. So handelt es sich hier vornehmlich um eine Zusammentragung der Marxschen Äußerungen über die Krise, wie sie in dessen Gesamtwerk zu finden sind. Da sich die Krise jedoch nicht von dem kapitalistischen System ablösen oder gesondert behandeln läßt, ergab sich die Notwendigkeit, auf die Marxsche Kapitalismus-Kritik im allgemeinen einzugehen, obwohl die Verfasser ihre Aufgabe nicht als „rein philologische" betrachten und in der „schlüssigen Auslegung der Marxschen Texte nur ein Mittel, nicht das Ziel der Untersuchung sehen". Die Autoren halten es für notwendig, hervorzuheben, daß die „zyklischen Krisen", denen ihre Aufmerksamkeit gilt, von der Krise des Kapitalismus zu unterscheiden sind, die durch die „Spaltung der Welt in zwei Systeme" eingesetzt hat und „seit Lenin als Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus bezeichnet wird". Diese „all-

gemeine Krise" sei allerdings ebenfalls vorübergehend, da sie letzten Endes durch den Sozialismus beseitigt werden wird.
Auch für die Leser dieser Marx-Interpretation ist es notwendig, sich der politischen Einstellung ihrer Verfasser bewußt zu bleiben, da sie auf deren Beurteilung der zyklischen Krise zurückwirkt.
Marx selbst ist – nach Ansicht der Autoren – nicht mehr zu einer präzisen und systematischen Darstellung der Krise gekommen, da sein Arbeitsplan eine solche Behandlung für einen späteren Zeitpunkt, nach der Entwicklung der Konkurrenz, vorgesehen hatte. So wollen die Autoren einen „Beitrag zur Schließung" dieser im Marxschen System enthaltenen „Lücke leisten", nämlich, durch die „Einbeziehung des Problemkreises Handel und Kredit, Konkurrenz und Monopol, Staat und Weltmarkt". Dieses Versprechen wird in diesen Bänden noch nicht eingehalten. So muß auf die Fortsetzung der Arbeit gewartet werden.
Aber nicht nur in bezug auf die Krise, sondern auch in methodologischer Hinsicht seien die Arbeiten von Marx oft ergänzungsbedürftig. So versuchen die Verfasser, „mit Hilfe eines Rückgriffs auf die spekulative Logik Hegels zentrale operative Begriffe, die von Marx nicht oder nur beiläufig thematisiert sind, zu klären", und zwar schon deshalb, weil die Marxsche genetische Methode bis auf den heutigen Tag in der bürgerlich-ökonomischen Marx-Kritik falsch interpretiert wird. Aber auch hier wird nur wiederholt, was bei Marx mit Leichtigkeit zu finden ist, obwohl Hegel, mehr als gewöhnlich, in nähere Beziehung zu Marx gebracht wird.
Die dialektische Form der Darstellung im System der Kritik der Politischen Ökonomie, erfordert, – so die Verfasser – „eine strenge Unterscheidung zwischen begrifflich (oder logischer) Entwicklung und historisch (oder empirischer) Entwicklung, kann aber ohne die letztere überhaupt nicht verstanden werden", obwohl das Marxsche „Kapital" ausdrücklich eine Analyse des Kapitalismus sans phrase und nicht die einer bestimmten historischen Erscheinungsform ist. In diesem Zusammenhang gehen die Autoren auf Althussers Ablehnung der Dialektik ein wie auch auf den umstrittenen Begriff des „Kapitals im allgemeinen" als abstraktes Modell, im Gegensatz zu den „vielen Kapitalen" der aktuellen Konkurrenz, auf den sich Rosdolskys Interpretation der Marxschen Aufbaupläne des „Kapitals" bezieht, um zu dem Schluß zu kommen, daß, obwohl die von Marx geplanten Bücher über den Staat, Weltmarkt und Krisen nicht Gegenstand des „Kapitals" sind, über diese Gegenstände nichtsdestoweniger noch in derselben allgemeinen und notwendigen Weise Untersuchungen möglich sind, die die Methode im „Kapital" kennzeichnet, und daß diese Untersuchungen notwendige und unabdingbare Voraussetzung zur Untersuchung empirischer Verhältnisse auf der Grundlage der Marxschen Theorie darstellen.
Schließlich kommen die Autoren zum eigentlichen Gegenstand ihrer Untersuchung. Da nach Marx die wirklichen Weltmarktkrisen „als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden", und da die Analyse dieser Widersprüche notwendiges Moment der Darstellung des Bildungsprozesses des Kapitals ist, kann, den Autoren zufolge, von einer von dieser Darstellung gesonderten oder selbständigen Krisentheorie nicht gesprochen werden. Die abstrakte Möglichkeit der Krise ist stets gegeben durch die kapitalistische Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbare gesellschaftliche Arbeit darzustellen hat; ein Zustand, der nicht zusammenzufallen braucht. Die Möglichkeit der Krise entspringt der allgemeinen Natur der Warenmetamorphose, dem Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf, der Ware-Geld-Beziehung und setzt die Analyse der Wertrelationen, der Doppelnatur der Ware und der verschiedenen Wertformen voraus, was dann anhand der Marxschen Texte dargestellt wird.
Um zu verstehen, wie die Möglichkeit der Krise zur Wirklichkeit wird, muß auf die Struktur der Produktion eingegangen werden. Obwohl die Krise in der Zirkulation in Erscheinung tritt, ergibt sie sich nicht aus dem bloßen Dasein von Ware und Geld, sondern aus der Kapitalproduktion. So widmen die Verfasser einige Abschnitte der Klarstellung des Kapitalbegriffs, der Mehr-

wertproduktion und der Akkumulation, die im großen und ganzen die betreffenden Marxschen Ausführungen einwandfrei destillieren. Das durch die Akkumulation aufgeworfene Problem der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der sich daraus ergebenden Tendenz der fallenden Profitrate wird von den Verfassern gelegentlich kritisch behandelt, nicht nur in bezug auf den Marxschen Text, sondern auch in Abgrenzung von anderen Interpretationen der Marxschen Entwicklungstheorie. Aber da die abstrakte, sich rein auf die Produktion von Mehrwert beziehende Marxsche Akkumulationstheorie nach Meinung der Autoren dem Problem der wirklichen Krise nicht gerecht wird, da diese aus dem Gesamtprozeß der kapitalistischen Reproduktion abzuleiten ist, bleibt das Problem der fallenden Profitrate ein untergeordnetes, das nur empirisch und nicht allgemein zu lösen ist.

Ergibt sich die kapitalistische Krise aus dem Gesamtprozeß der kapitalistischen Reproduktion, da Mehrwert nicht nur produziert, sondern auch auf dem Markt realisiert werden muß, so ändert dies doch nichts daran, daß die Zirkulation die Produktion voraussetzt. Da für Marx das kapitalistische System und seine Entwicklung der Mehrwertproduktion dient, muß die dieser Entwicklung immanente Krisengesetzlichkeit aus den Produktionsverhältnissen erklärt werden. Durch die gedankliche Isolierung der Produktion vom Zirkulationsprozeß gelang Marx der Nachweis, daß die Krise, obwohl sie als Marktphänomen auftritt, ihre direkte Ursache wie ihre Aufhebung in Vorgängen innerhalb der Produktionssphäre findet und damit auf die Produktionsverhältnisse als Wert- und Mehrwertverhältnisse zurückzuführen ist. Der Doppelcharakter der Arbeitskraft als Wert und Gebrauchswert erlaubt die Mehrwertproduktion und damit die Akkumulation des Kapitals; eine Verminderung des Gebrauchswerts im Verhältnis zum Wert der Arbeitskraft muß die Akkumulation beeinträchtigen und damit die kapitalistische Produktion selbst gefährden.

Bei der Betrachtung der Reproduktion des Gesamtkapitals muß, wie bei der Mehrwertproduktion, auf den Gebrauchswert der Waren eingegangen werden, da die Realisierung des Mehrwerts von der Nachfrage nach Gebrauchswerten abhängig ist. Eine mehr oder weniger reibungslose Reproduktion des Kapitals setzt nicht nur die Einbehaltung von Wert, sondern auch von bestimmten Gebrauchswertproportionen voraus. Da diese Proportionalität erst nach der Produktion auf dem Markt herzustellen ist, ergibt sich die Möglichkeit der Disproportionalität, die sich als Krise äußern muß. Der zweite Bd. des „Kapitals" beschäftigt sich auf der Grundlage des abstrakten Werts mit der Notwendigkeit der proportionalen Reproduktion des Kapitals, um diese selbst verständlich zu machen. Die von Marx zu diesem Zweck verwandten Reproduktionsschemata wurden bald zum Anlaß einer Kriseninterpretation, die sich nicht mehr auf den Produktions-, sondern auf den Zirkulationsprozeß bezog.

Es ist diese Interpretation, die sich die Verfasser zu eigen machen: die Erklärung der Krise aus der Disproportionalität der anarchischen Kapitalproduktion wie sie sich aus dem Privateigentum ergibt. Resultiert die Krise aus der Disproportionalität, so kann sie durch Aufhebung der letzteren ausgeschaltet werden. Ein ökonomisches Ungleichgewicht könnte durch die zunehmende Kontrolle der Produktion mittels der Kapitalkonzentration zum Gleichgewicht werden, so wie es angeblich in den Marxschen Reproduktionsschemata entworfen wurde. Die Idee der Möglichkeit eines krisenfreien Kapitalismus wurde zuerst von Tugan-Baranowsky entwickelt, um dann von Hilferding mit Modifikationen aufgegriffen zu werden. Sie unterliegt dem Krisenbegriff Otto Bauers und ist ebenfalls in den Theorien Bucharins, Lenins und schließlich Rosdolskys zu finden. Bei den letzteren allerdings mit dem Unterschied, daß das Gleichgewicht nur für eine vorübergehende Möglichkeit gehalten wird und damit den Zyklus der Krise erklärt. Es ist diese Krisentheorie, nicht die von Marx, mit der sich die Autoren befassen und die sie Marx zuzuschreiben versuchen.

Nach Marx sind die sich aus der Wertpro-

duktion ergebenden Krisen Überakkumulationskrisen, die einer aufkommenden Diskrepanz zwischen der Profitproduktion und den Profitansprüchen weiterer Akkumulation entspringen. Sie äußern sich real in der Zirkulation als Überproduktions- oder Unterkonsumtionskrisen, da das Aussetzen der Akkumulation die allgemeine Nachfrage vermindert. Rein aus der Disproportionalität der Gebrauchswertproduktion resultierende Krisen beziehen sich nicht direkt auf die Mehrwertproduktion, sondern nur auf das Verhältnis zwischen privater und gesellschaftlicher Produktion. Die Autoren fühlen jedoch, – wie vor ihnen Lenin – daß die Disproportionalität zur Erklärung des Krisenzyklus nicht ausreicht und setzen ihr noch die besondere Disproportionalität zwischen Produktion und Konsumtion hinzu wie sie sich aus der beschränkten Kaufkraft der Arbeiter ergibt. Es stimmt zwar, daß Marx oft widersprüchliche Bemerkungen über die Krise machte und u.a. die Unterkonsumtion als den „letzten Grund" aller wirklichen Krisen bezeichnete. Aber auf Basis seiner Wert- und Mehrwerttheorie kann das nur besagen, daß der „letzte Grund" aller Krisen in der Mehrwertproduktion zu suchen ist, die allerdings die Unterkonsumtion der Arbeiter im Verhältnis zur Gesamtproduktion impliziert. Aber auf dieser ungenauen, und nicht sehr glücklich gewählten Ausdrucksweise läßt sich keine Überproduktionskrise aus dem Marxschen Werk herauslesen.

Es kann hier nicht näher auf die Begründungen der Auffassung der Autoren eingegangen werden, aber es soll doch betont werden, daß sie nicht leichthin entwickelt sind, sondern sich durch ein tiefschürfendes Eingehen auf all die Probleme, die sich aus der Marxschen Akkumulations- als Krisentheorie ergeben, auszeichnen. Damit kann die Lektüre dieses Buches auch denen nützlich sein, die diese besondere Interpretation der Marxschen Krisentheorie nicht teilen.

Paul Mattick

GÖRLICH, Joahnn Wofgang: **Semantik und dialektischer Materialismus. Darstellung und Analyse der modernen marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie in der DDR** (= Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Philosophische und Soziologische Veröffentlichungen, Bd. 10). – Wiesbaden: Harrassowitz 1969. 174 S.; WEYMANN, Ansgar: **Gesellschaftswissenschaften und Marxismus. Zur methodologischen Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR** (= Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 2). – Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1972. 170 S.

Beiden hier anzuzeigenden Büchern ist gemeinsam, daß sie sich um Darstellung und Analyse jener in der DDR vor allem seit den frühen sechziger Jahren unternommenen Versuche bemühen, neuere „westliche" wissenschaftliche Ansätze in den dialektischen Materialismus als Verallgemeinerung und Grundlage der Einzelwissenschaften zu integrieren. Bei der posthum veröffentlichten Studie von J. Wolfgang Görlich über die Entwicklung der Semantik in der DDR handelt es sich offenbar um eine Ergänzung seiner Werke über „Geist und Macht in der DDR" und „Zur Problematik der materialistisch-dialektischen Analyse und Interpretation physikalischer Forschungsergebnisse". Er verfolgt hier die Ausarbeitung einer marxistisch-leninistischen Semiotik und ihre Einarbeitung in den dialektischen Materialismus anhand des Buches von Adam Schaff, „Einführung in die Semantik" (Berlin/DDR 1966) sowie vor allem an den Arbeiten von Georg Klaus, „Semiotik und Erkenntnistheorie" (1964), „Moderne Logik" (1964), „Die Macht des Wortes" (1965), „Spezielle Erkenntnistheorie" (1965). Görlich gliedert in Anlehnung an Charles Peirce die Semiotik als den Gesamtbereich sprachkritischer Untersuchungen in Syntaktik (Beziehungen zwischen Zeichen), Semantik-Sigmatik (Beziehungen zwischen Zeichen und ihren Bedeutungen) sowie Pragmatik (Beziehungen zwischen Zeichen und ihren Schöpfern, Sendern und Empfängern). Nach einer die genannten Schriften in den jeweiligen Gebieten sorgfältig auswertenden Analyse kommt

der Verfasser zu dem Schluß, daß weite Bereiche des weltanschaulich bevormundeten Bezuges zu den Einzelwissenschaften von den DDR-Semiotikern zu einem nur noch wissenschaftstheoretischen bzw. metatheoretischen Verhältnis formalisiert worden seien. In diesen Punkten bewerte er die Konzeption der ostdeutschen Semantiker als „gut gebaute Wissenschaft" (S. 161). Schwächen sieht er im Blick auf eine theoriebezogene Methodologie, wo der apodiktisch-normative Ansatz der marxistischen Wertrelation den Werthorizont blockiere. Seine Prognose ist, daß auf die Dauer die rational-aufklärerische Potenz der semantischen Analyse noch stärker in die sich als Wissenschaft begreifende Ideologie einbezogen werden müsse.
Zu ähnlichen Befunden gelangt auch Ansgar Weymann, der am Ende seiner Studie über die methodologische Entwicklung der Sozialwissenschaften in der DDR dem dialektischen Materialismus bescheinigt, daß er einen Prozeß der „Säkularisation" und der „Pluralisierung" durchlaufen habe, wobei indes die „politische Treue des Wissenschaftlers" und das „letzliche Verfügungsrecht der Parteispitze über den erzielten 'Mehrwert' " (S. 123) nicht in Frage gestellt werden dürften. Freilich behandelt Weymann einen ungleich weiteren Themenkreis als Görlich. Er stellt den dialektischen Materialismus von Engels bis zum sowjetischen Marxismus dar und erkennt dort ein (ihn?) „verwirrendes Nebeneinander von kritischen Einsichten und tradierten Dogmen" (S. 31). Er behandelt ausführlich „Sprachphilosophie und Linguistik" und beweist hier seine gute Kenntnis der amerikanischen Literatur zu diesen Themen . Danach schließt er ein Referat einiger ostdeutscher Arbeiten zur Sprache von Mathematik und Philosophie an und widmet sich dann der Soziologie und Sozialpsychologie. Instruktiv schildert er die Diskussionen um die Notwendigkeit der Soziologie als selbständiger Wissenschaft, in der sich die Meinung durchsetzte, daß der historische Materialismus zwar Fundament der Soziologie, nicht aber mit ihr identisch sei. Da Weymann den methodologischen Wandel in der DDR-Soziologie gerade auch am Beispiel von Theorien der sozialen Klassen zeigen will, ist es peinlich, daß ihm hier der Fehler unterläuft, den DDR-Soziologen zu unterstellen, daß Genossenschaftsbauern zur Arbeiterklasse zählten (S. 87). Denn die „Klasse der Genossenschaftsbauern" [1] wird vielleicht dermaleinst in die Arbeiterklasse integriert werden, zeigt aber derzeit danach kein übertriebenes Verlangen. In der Philosophie schließlich stellt der Verfasser einen „Umbruchsprozeß" fest, der sich vor allem im Betonen der Bedeutung des Subjekts und methodologischem Individualismus ausdrückt. Insgesamt leidet seine Studie – offenbar eine Dissertation – unter einem gewissen Bildungsballast sowie darunter, daß die Gründe der jeweiligen Themenwahl unklar scheinen. Dies mag neben der Breite des Materials auch am Anspruch des Autors liegen, sowohl „systemimmanent" wie „positivistisch" vorzugehen (vgl. S. 9). – Obwohl beide Arbeiten sehr informativ sind, so fehlt ihnen doch m.E. ein über äußerst sparsame Andeutungen hinausgehender Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in den sechziger Jahren und den Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Wissenschaftspolitik, mit anderen Worten, auf die verstärkte Industrialisierung, De- (bzw. Re-)Zentralisierung und Effektivierung der Volkswirtschaft und die akzentuierte Qualifizierung der Wissenschaft als Produktivkraft.

Volker Gransow

1 Vgl. Wissenschaftlicher Rat für soziologische Forschung in der DDR (Hrsg.), *Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR. Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15.-17. Mai 1974*, Berlin 1975, S. 189.

REBENTISCH, Dieter: **Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik.** – Wiesbaden: Franz Steiner 1975. 321 S.

Ludwig Landmann (1868-1945) war kein Sozialdemokrat und kein Vertreter der Arbeiterbewegung. Er stammte aus einer assimilierten jüdischen Familie, war Jurist und vor allem Verwaltungsfachmann. Er gehörte zum „Verein für Sozialpolitik", stand dem Genossenschaftsgedanken aus der Schule Otto Gierkes nahe, hatte sich dem „Nationalsozialen Verein" Friedrich Naumanns angeschlossen und wurde 1924 mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion zum Frankfurter Oberbürgermeister gewählt. Landmann gehört in die Tradition sozialliberaler Kommunalpolitik in Deutschland.

Das vorliegende Werk ist historisch-politische Biographie und kommunalwissenschaftliche Monographie zugleich. Rebentisch verbindet geschickt die Analyse kommunaler Strukturen und Prozesse mit der biographischen Darstellung. Dadurch meidet er die Monotonie einer reinen Verwaltungsstudie und widersteht zugleich der Versuchung biographisch-personalistischer Ausschweifungen. In überzeugender Sachlichkeit und prägnanter Sprache stellt Rebentisch ein Stück Geschichte kommunaler Selbstverwaltung dar, dessen Kern im Vorwort folgendermaßen präzisiert wird: „Das wohldurchdachte Programm zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur, das durch mittelbare Wirtschaftsförderung und systematischen Ausbau aller Verkehrszweige, durch eine aktive Eingemeindungs- und Bodenpolitik und eine Modernisierung der Energieversorgung in überregionalen Dimensionen gekennzeichnet ist, diente der Selbstbehauptung der südpreußischen Provinzmetropole gegen die ökonomische und politische Anziehungskraft Berlins. Mithin zielte diese Strukturpolitik der kleinen, praktischen Schritte letztlich auf eine Neuordnung des inneren Reichsaufbaus im Sinne des dezentralisierten Einheitsstaates. Sobald in der Expansion der Frankfurter Kommunalwirtschaft prinzipielle gemeinwirtschaftliche Züge sichtbar werden, erwuchsen ihr Gegner. Aktionen gegen die „kalte Sozialisierung" trugen die parteipolitische Polarisierung in den städtischen Parlamentarismus hinein und leiteten dort den ambivalenten Prozeß der Zerstörung und Selbstauflösung der Weimarer Demokratie ein."

Den Historiker der Arbeiterbewegung dürften folgende Stichwörter besonders interessieren: Revolution und Arbeiterrat in Frankfurt (S. 79). Kommunalisierung und Kommunalwirtschaft (S. 90), Rhein-Mainischer Bezirkswirtschaftsrat (S. 105), Wirtschaftsdemokratische Verfassungsinterpretation (S. 144), Privatwirtschaft kontra Gemeinwirtschaft (S. 162), Angriff auf die Frankfurter Gasgesellschaft als Aktion gegen die „kalte Sozialisierung" (S. 244).

Den Höhepunkt der Arbeit bildet die Analyse des Köln-Frankfurter Kohlenfelderkaufs und der Auseinandersetzung zwischen Landmann und Adenauer. Selten wird die Verflechtung zwischen kommunaler Gemeinwirtschaft und privaten Konzerninteressen (IG Farben, Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat) so deutlich herausgearbeitet. Ebenso gelungen ist die Gegenüberstellung der Adenauerschen und Landmannschen Intentionen. Beide waren „Partner" in gleichen Geschäften gegen die private Energiewirtschaft. Während Adenauer „ganz pragmatisch zunächst einmal die Gasversorgung seiner Stadt zu bestmöglichen Bedingungen sichern" wollte (S. 212), verfolgte Landmann eine „eindeutig antiprivatwirtschaftliche Zielsetzung" (S. 205). Dem mochte Adenauer nicht nachhelfen. Gleichwohl machte der Kölner seinen „Schnitt", wogegen Landmann zurückstecken mußte. Das wirkt wie ein Vorspiel zu den Auseinandersetzungen um das „Ruhrstatut", wobei 25 Jahre später gemeinwirtschaftliche und privatkapitalistische Interessen von Adenauer ebenso geschickt in den Dienst seines politischen Erfolges gestellt wurden.

Freilich zieht Rebentisch solche Verbindungslinien nicht. Er beschränkt sich auf die präzise Beschreibung der unmittelba-

ren Vorgänge in ihrer dokumentarisch nachweisbaren Gestalt. Er meidet die besserwissende Rückschau und analysiert die Zusammenhänge im zeitgenössischen Kontext. Der Historiker erhält dadurch zuverlässige Informationen ohne die bisweilen lästige Beigabe vorschneller Interpretationen. Dahinter steht die Auswertung der einschlägigen Archive im Rhein-Main-Gebiet (Frankfurt, Mannheim u.a.) und die straffende Überarbeitung einer Frankfurter Dissertation von 1971/72 aus der Schule Paul Klukes.

Gerhard Beier

HOHORST, Gerd, Jürgen KOCKA und Gerhard A. Ritter (Hrsg.): **Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914** (= Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte). – München: C. H. Beck 1975. 186 S.

Diese Veröffentlichung ist von ihren Autoren als Ergänzung zu dem von Ritter und Kocka herausgegebenen Quellenbuch zur deutschen Sozialgeschichte 1870-1914 gedacht. [1] Darüber hinaus hat es der Intention der Verfasser entsprechend einen durchaus selbständigen Charakter als Arbeits- und Quellenbuch (vgl. S. 12). Die Autoren konstatieren, daß die in den letzten Jahren zu beobachtende „struktur- und gesellschaftliche Umorientierung" die verstärkte Berücksichtigung statistischer Methoden und Materialien auf ausgewählten Gebieten verlange, da deren Analyse ansonsten dilettantisch bliebe (S. 9 f.). Trotz der im ganzen für Deutschland nicht ungünstigen Quellenlage sei jedoch die historisch-statistische Aufarbeitung der neueren deutschen Geschichte – verglichen z.B. mit den „Historical Statistics of the United States" – auch nach Walter G. Hoffmanns „Wachstum der deutschen Wirtschaft" [2] noch immer ein Forschungsdesiderat (S. 10 f.). Diese Lücke wollen die Verfasser vorläufig wenigstens für das Kaiserreich schließen. Dies gilt nicht nur für das präsentierte Material dem Inhalt nach, sondern auch für die Möglichkeiten, die das Buch bietet, „daß an einem ausgewählten und begrenzten Gegenstand exemplarisch in den Gebrauch einfacher historisch-statistischer Methoden und in Probleme historisch-statistischer Analyse eingeführt und damit die Historikerausbildung in dieser wichtigen Hinsicht leichter ergänzt werden kann" (S. 12).
In vier Kapiteln werden zu den Problembereichen „Bevölkerung, Wanderungen und Urbanisierung", „Wirtschaft und Arbeit", „Soziale Verhältnisse und soziale Konflikte" sowie „Gesellschaft und Staat" von der Lebenserwartung nach Altersstufen und dem Wachstum deutscher Großstädte über den Index der Industrieproduktion und die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen sowie Haushaltsrechnungen von Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien und die Veränderung von Konsumgewohnheiten bis zum Analphabetismus und den Ergebnissen der Reichstagswahlen umfangreiche, überwiegend zwar schon bekannte, aber verstreute und hier erstmals zusammengestellte Materialien zumeist der amtlichen Statistik ausgebreitet (die Daten zur politischen Geschichte wurden entsprechend der inhaltlichen Akzentuierung des Bandes bis auf wenige begründete Ausnahmen im Kapitel „Gesellschaft und Staat" generell ausgeklammert). Einige Tabellen wurden neu erarbeitet, andere aus neueren geschichtswissenschaftlichen Analysen übernommen. Jedem Kapitel ist eine problemorientierte und interpretationsanleitende Einleitung vorangestellt: auch die Tabellen selbst erhalten – wo notwendig – einen Kommentar, der ihr Verständnis erleichtert oder erklärt wie die Verfasser bei eigenen Berechnungen vorgegangen sind.

1 Gerhard A. Ritter und Jürgen Kocka, *Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen.* Bd. 2. 1870-1914, München 1974.

2 Walther G. Hoffmann (und Mitarbeiter), *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts,* Berlin u.a. 1965.

Auf ein Ergebnis der Arbeit von Hohorst, Kocka und Ritter sei noch besonders hingewiesen, weil es einen Schlußpunkt unter eine seit Jahren geführte, z.T. ideologisch besetzte Debatte setzt. Gegenüber der älteren Forschung [3] können sie an Hand des von ihnen bearbeiteten Materials von Ashok V. Desai [4] zeigen, daß die Reallöhne der Arbeiter seit der großen Depression kontinuierlich stiegen und auch nach der Jahrhundertwende noch keineswegs stagnierten: [5] „Trotz ... der schwer exakt erfaßbaren Arbeitslosigkeit, vor allem in Jahren wirtschaftlicher Flaute, ist die sozialgeschichtlich äußerst bedeutsame und für jede Interpretation der deutschen Arbeiterbewegung wichtige Tatsache festzuhalten, daß Kaufkraft und Lebensstandard der Arbeiterschaft im Kaiserlichen Deutschland zunahmen, und zwar – im Unterschied zu England – auch noch im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg" (S. 97; vgl. auch S. 107 f.). [6]

Dieses Beispiel unterstreicht den Gesamteindruck, daß das Sozialgeschichtliche Arbeitsbuch für das Kaiserreich den Rekurs auf die Arbeit von Kuczynski für den, der die Bedanken der Autoren gegen dessen Methode teilt, [7] nunmehr erübrigt. Der Preis ist freilich gerade von denjenigen, an die sich der Band auch wendet, kaum aufzubringen: von Schülern und Studenten.

Helga Grebing

3 Vor allem: Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus,* Bd. 3, Berlin 1962, S. 298-304 und Bd. 4, Berlin 1967, S. 326-331.

4 Ashok V. Desai, *Real Wages in Germany 1871-1913,* Oxford 1968.

5 Jürgen Kuczynski, *a.a.O.*, Bd. 4, S. 331; ähnlich auch Hans Rosenberg, *Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa 1873-1896,* in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte,* Köln und Berlin 1966, S. 225-253, hier S. 239; zuletzt Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges,* Frankfurt/M. 1973, S. 85; Hans-Josef Steinberg, *Die Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes,* in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei,* Frankfurt/M. 1974, S. 59.

6 Bei dieser Aussage ist zu beachten, daß in der ihr zugrunde liegenden Tabelle nicht berücksichtigt sind die Landarbeiter, die in der Hausindustrie und in häuslichen Diensten Beschäftigten und Beamte, aber auch nicht diejenigen Arbeiter und Angestellten, deren Jahresverdienst über 3.000 Mark lag. Berücksichtigt man die Einwände von Thomas J. Orsagh (vgl. ders., *Löhne in Deutschland 1871-1913,* in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft,* Bd. 125, 1969) besonders gegen Desais Index der Lebenshaltungskosten, so läge eine Steigerung der Reallöhne nach 1900 sogar noch höher (vgl. den Hinweis auf S. 108).

7 Vgl. die Auseinandersetzung mit Jürgen Kuczynski in: *Archiv für Sozialgeschichte,* Bd. 14 (1974), S. 471-542.

MILLER, Susanne: **Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg** (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 53). – Düsseldorf: Droste 1974. 440 S.

Mit der hier anzuzeigenden Untersuchung von Susanne Miller liegt die erste Gesamtdarstellung zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Spaltungen während des Ersten Weltkrieges vor. Zwar sind in den letzten zwei Jahrzehnten unzählige Monographien über die SPD vor und nach 1914 veröffentlicht worden. Doch hatte es bisher – sieht man von Überblicksdarstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ab – niemand unternommen, die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung in der sozialen und politischen Krise des Weltkrieges zu schreiben. Der Grund hierfür ist gerade darin zu suchen, daß die Zahl der Einzelveröffentlichungen und der Quelleneditionen zur Geschichte von Weltkrieg und Arbeiterbewegung so groß geworden ist, daß zudem unveröffentlichtes Archivmaterial in solchem Ausmaß zu berücksichtigen wäre, daß ein einzelner Forscher sich kaum dieser Aufgabe stellen konnte. Susanne Miller gehört zu den wenigen, die Sekun-

därliteratur und vor allem Quellen so hervorragend kennen und editorisch wie monographisch in diesem Bereich tätig gewesen sind, daß sie sich an diese Arbeit wagen konnte. Welche Kritik am Detail und vielleicht auch methodisch an dieser Publikation immer geäußert werden mag, insgesamt ist der große Wurf gelungen und höchst verdienstvoll.

Gegenstand von Darstellung und Untersuchung ist die Entscheidung der SPD für die Kriegskredite am 4. August 1914, die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, die Entwicklung sowohl der Mehrheitspartei zu einer (potentiellen) Regierungspartei als auch der Minderheitengruppen, aus denen die USPD und in der Revolution die KPD hervorgingen. Entsprechend der organisatorischen und zahlenmäßigen Bedeutung stehen dabei MSPD und USPD im Vordergrund der Darstellung, die Spartakusgruppe und andere Linksgruppierungen hingegen nur am Rande. Auch auf die Geschichte der freien Gewerkschaften wird nur insoweit eingegangen als sie für das Verständnis der politischen Organisationen notwendig ist. Die Vf.in konzentriert sich zudem auf die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratie und ihre Politik im Kriege. Höchst differenziert werden die verschiedenen Windungen sozialdemokratischer Strategie, Taktik und Ohnmacht auf der Reichsebene nachgezeichnet und ausgewogen interpretiert. Nur stellenweise wird auf regionale und lokale Entwicklungen wie die in Berlin und Stuttgart verwiesen. Die soziale und ökonomische Entwicklung unter den spezifischen Bedingungen des Weltkrieges bleibt fast vollständig ausgeblendet, hier liegt die methodisch angreifbare Seite der Untersuchung.

Drei Probleme ziehen sich als roter Faden durch die Analyse: 1. Die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratie, die schließlich zur Spaltung und Gründung zweier Parteien führt; 2. Das Versagen der Sozialdemokratie, für die strikte Einhaltung des Burgfriedens innenpolitische Reformen bis hin zur Parlamentarisierung des Reiches und außenpolitische Konzessionen durchzusetzen; 3. Das Unvermögen der Mehrheitssozialdemokratie, die Interessen ihrer Mitglieder und der Arbeiterschaft während des Weltkrieges konsequent zu vertreten und dadurch die Massen an sich zu binden. Die Untersuchungsergebnisse der Autorin werden im folgenden knapp referiert.

Susanne Miller zeigt, wie die organisatorischen Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie, in der die Organisation fast zum Selbstzweck geworden war, bis weit in die Kriegszeit hineinwirkten. Gerade auf die Parteilinke traf das heute in der kritischen Sekundärliteratur häufig wiederholte Diktum vom Organisationsfetischismus zu: Es waren eben nicht die Linken, die die Spaltung anstrebten, vielmehr wurde diese von einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung an von den Rechten betrieben. So ging im Januar 1915 die Initiative zu einem Versuch, die Partei auf einen innerorganisatorischen Burgfrieden zu verpflichten, offenbar von Vertretern der Parteiminderheit aus. Die uneingeschränkte Freigabe der Diskussion hätte nämlich allein den rechten Flügel begünstigt, da die Linke durch die Kriegsumstände darin behindert war, offen die Regierungspolitik und die bürgerlichen Parteien zu kritisieren. Wie schon vor dem Kriege fanden auch nach dem August 1914 Sonderkonferenzen der innerparteilichen Gruppierungen statt, doch setzte die Organisation der Parteiopposition nur zögernd ein. Ein erster Bruch erfolgte am 2. Dezember 1914, als Karl Liebknecht im Reichstag im Alleingang gegen die Kriegskredite stimmte: Bei ihm und seinen (damals) wenigen Anhängern wurde der Konflikt zwischen Parteidisziplin und eigener Überzeugung kompromißlos zugunsten letzterer gelöst. Doch erst als im Frühjahr 1915 führende Kreise des Reiches Kriegszielforderungen in bis dahin unbekannter Offenheit und Aggressivität stellten, die dem vermeintlichen ursprünglichen Verteidigungscharakter des Krieges kraß widersprachen, wurde der organisatorische modus vivendi zwischen Parteimehrheit und -minderheit von außen gefährdet: Die Minderheit konnte hierzu nicht schweigen und veröffentlichte den Aufruf „Das Gebot der Stunde".

Im Sommer 1915 wurde dann der Differenzierungsprozeß immer deutlicher erkennbar, wenn auch die Gruppenbildung sich noch

nicht endgültig verfestigt hatte. Das Organisationsleben bestimmten noch jene Kräfte, die durch Kompromisse die Parteieinheit zu erhalten bestrebt waren. Zu ihnen gehörten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch die Parteilinken. Selbst nach der Spaltung der Reichstagsfraktion im Frühjahr 1916 mußte, so argumentiert Miller folgerichtig, die Minderheit das größte Interesse an der Erhaltung einer einheitlichen Parteiorganisation haben, in deren Rahmen sie als selbständige Fraktion im Parlament und ungehindert von den Fesseln der Fraktionsdisziplin agitieren konnte. Zudem bestanden bei der Minderheit Zweifel, ob eine eigene effektive Organisation unter den Bedingungen des Krieges überhaupt aufgebaut werden könnte. Im Krieg hatte sich die Stellung des Parteiapparates (allein aufgrund des großen Mitgliederschwundes) wesentlich verstärkt: Auch deswegen mußte die Minderheit ein Interesse an der Erhaltung der Parteieinheit haben, während auf der Rechten die Bestrebungen, die Minderheit von der Partei organisatorisch zu trennen, zunahmen. Zwei Faktoren trugen schließlich zur Parteispaltung mehr bei als andere, nämlich die Entwicklung in der Berliner Partei und der Kampf um die sozialdemokratischen Presseorgane. Miller sieht die Ursache für das Auseinanderbrechen der deutschen Sozialdemokratie nicht einfach in politischen Meinungsverschiedenheiten, vielmehr: „Es war vor allem ihr besonderer Disziplinbegriff. Die ungeheure Belastungsprobe, der er im Krieg ausgesetzt war, hielt er nicht aus, weil das organisatorische Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, ohne Möglichkeiten einer demonstrativen Vertretung ihres abweichenden Standpunkts, von der Minderheit als eine Vergewaltigung ihres Gewissens empfunden wurde" (S. 155). Im Nachhinein erscheint es nachgerade paradox, daß die Vertreter der Parteilinken im Kriege zunächst für einen Fraktions- und Organisationszwang eintraten, der für sie später zum unerträglichen Gewissenszwang wurde.

Das künftige politische Gewicht der neuen Partei, der USPD, hing davon ab, welche der heterogenen und zum Teil einander scharf bekämpfenden Gruppen auf der Linken ihr angehören würden. Praktisch reduzierte sich das Problem bald darauf, wie und welches Arrangement zwischen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Gruppe Internationale gefunden werden konnte, da die Hamburger und Bremer Linken sowie die Gruppe um Julian Borchardt außerhalb der Partei blieben. In bewußter Abkehr von der sozialdemokratischen Organisationspraxis,verabschiedete der Gothaer Gründungsparteitag der USPD Organisations-Grundlinien, nach denen die Stellung der Zentrale geschwächt und den lokalen Organisationen weitgehende Aktionsfreiheit zugebilligt sowie die Macht der hauptamtlichen Parteifunktionäre fast völlig aufgehoben wurde.

Susanne Miller untersucht die Ursachen, die dazu beitrugen, daß lokal und regional die USPD sich zu einer solchen politischen Kraft entwickelte, daß sie der Mehrheitspartei über längere Zeit ernsthaft Konkurrenz machen, sie z.T. sogar verdrängen konnte. Die Vf.in nennt vier Faktoren, die dabei eine Rolle spielten: 1. Die Sozialstruktur: Die USPD hat im allgemeinen in stark industrialisierten Gebieten Fuß gefaßt, die zu den traditionellen Hochburgen der Sozialdemokratie gehörten. Dazu zählten jedoch nicht der Süden und Südwesten des Reichs. 2. Die Rolle der Persönlichkeit: Lokale oder regionale Führungspersönlichkeiten gaben häufig den Ausschlag zugunsten der USPD. 3. Die lokale und regionale Parteipresse: Der Kampf um die Parteiblätter war ein Politikum ersten Ranges. Der große Einfluß des linken Flügels der Sozialdemokratie und später der USPD in Mitteldeutschland ist erheblich darauf zurückzuführen, daß es dort gelungen war, die Parteizeitungen (allen voran die „Leipziger Volkszeitung") zu kontrollieren. 4. Die lokale Parteigeschichte: In manchen Fällen hatte die lokale Partei aufgrund besonderer Umstände schon vor dem Weltkrieg eine Entwicklung genommen, die voraussehen ließ, daß innerparteiliche Opposition der Nährboden für eine radikale Partei, als die die USPD zunächst erschien, war.

Miller sieht trotz vieler negativer Aspekte der Parteispaltung, daß die Gründung der

USPD für die deutsche Arbeiterbewegung „eine gewisse Chance bedeutete, im letzten, so hoffnungslos verfahrenen Stadium des Wilhelminischen Kaiserreichs als Oppositionskraft aufzutreten" (S. 176). Millers These positiv gewendet wäre zu fragen, ob nicht darüber hinaus die USPD zumindest institutionell die Möglichkeit bot, eine Politik des Dritten Weges zu formulieren wie sie ansatzweise in der Rätebewegung der Novemberrevolution als Alternative dann auch sichtbar geworden ist. Charakteristisch für die ausgewogene Interpretation der Vf.in ist, daß sie die Strukturdefekte der USPD genau analysiert und gleichwohl nicht a-historisch und deterministisch das Scheitern der USPD schon mit ihrer Gründung vorprogrammiert sieht. Erst in der Novemberrevolution traten die grundlegenden Schwächen der Partei offen zutage: „Die innere Heterogenität, die Verschwommenheit ihrer Zielsetzung, der durch die Parteistruktur vorgegebene Mangel an straffer Führung, der durch Haases persönliche Weichheit und politische Unentschlossenheit noch verstärkt wurde. Der Geburtsfehler der USPD, die Vereinigung unvereinbarer politischer Elemente, hätte in der Revolutionssituation wahrscheinlich korrigiert werden können, wenn die damals kräftemäßig noch weit überlegene 'zentristische Richtung' eine energische und zielklare Führung besessen hätte" (S. 177). Innere Zerrissenheit und theoretische Konzeptionslosigkeit seien – so Miller – die Ursachen dafür gewesen, daß bald nach dem Krieg die USPD zu einem Tummelplatz wirklichkeitsfremder und verantwortungsloser Radikaler wurde. – Susanne Miller spitzt jene, seit den Untersuchungen Arthur Rosenbergs in der Sekundärliteratur immer wieder gestellte Frage scharf zu, warum die deutsche Sozialdemokratie ihren Entschluß, die Verteidigung Deutschlands u.a. durch Bewilligung der Kriegskredite zu unterstützen, mit ihrer Bereitschaft zum Burgfrieden, also zur Aufgabe jeder öffentlichen Opposition gegen die Regierung koppelte. Alle Forschungen zur deutschen Innenpolitik während des Weltkrieges haben gezeigt, daß die SPD gewissenhafter und ausdauernder als jede andere Partei (einschließlich der bürgerlichen und konservativen) die Burgfriedenspolitik einhielt. So vergingen Monate, bis die Sozialdemokratie nach Zustimmung zu den Kriegskrediten vorsichtig und zurückhaltend ihre eigenen Reformforderungen formulierte. Wo lagen hierfür die Ursachen? Miller führt verschiedene Gründe an: Der Sozialdemokratie mangelte es an Selbstvertrauen. Die Parteimehrheit glaubte, es sei unmoralisch, die durch den Krieg geschaffene Notlage des Vaterlandes zu politischen „Schachergeschäften" zu mißbrauchen. Die Effektivität der Landesverteidigung wurde für die Mehrheitsgruppe zum obersten Gebot, dem sie alles Handeln – und dies bedeutete faktisch Nichthandeln – unterordnete. Die MSPD identifizierte schließlich die Interessen der Arbeiterbewegung völlig mit dem Geschick des Reiches. Offensichtlich mangelte es der Sozialdemokratie – dies wird bei Miller beschrieben, wenn auch nicht systematisch expliziert – an einem Parlamentarismuskonzept, mit dessen Hilfe sie strategische Forderungen in taktische Einzelschritte während des Krieges hätte umsetzen können. So einleuchtend alle diese Gründe sind, sie vermögen insgesamt doch nicht zu erklären, warum die Sozialdemokratie unter den Bedingungen der sich zuspitzenden Klassengegensätze im Weltkrieg weder zu einer Partei der sozialen Revolution noch zu einer des konsequenten Parlamentarismus wurde, sondern letztlich in einer höchst fragwürdigen, ambivalenten Position verharrte. Erst wenn die Vorgeschichte der organisierten deutschen Arbeiterbewegung bis 1914 und wenn die soziale und ökonomische Entwicklung des Reiches im Weltkrieg in die Analyse einbezogen werden, kann eine Antwort umfassender ausfallen. Miller selbst weist darauf hin, daß die Partei ihren eigenen Traditionen verhaftet blieb, indem sie gegen soziale Ungerechtigkeiten und diktatorische Härten (wie Preiswucher, mangelnde Lebensmittel- und Kohleversorgung, Auswirkungen des Belagerungszustandes) opponierte, nicht aber eine grundlegende Reformpolitik (etwa auch nur in der Frage des preußischen Wahlrechts) betrieb.

Die Mehrheitssozialdemokratie wurde während des Krieges zunehmend in das politische System des Kaiserreichs integriert, wan-

delte ihren Charakter von dem einer Oppositionspartei vor dem Kriege zu dem einer potentiellen Regierungspartei in den ersten Kriegsjahren und (u.a. über den Interfraktionellen Ausschuß) zu dem einer tatsächlichen Regierungspartei 1917/18. Zur gleichen Zeit verselbständigte sich der Organisationsapparat gegenüber den Mitgliedern, und es zeichnete sich das ab, was später in der Weimarer Republik unter den Schlagworten „Verbonzung" und „Vergreisung" innerparteilich kritisiert wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die mehrheitssozialdemokratische Parteiführung von den großen Streiks im April 1917 überrascht wurde und ohne Verständnis auf sie reagierte. In dieser Zeit und in den folgenden Monaten wurde die USPD zur Führerin des Massenprotestes, sie wurde zur eigentlichen Oppositionspartei, während die MSPD Mitglieder und Anhänger verlor. In diesem Zusammenhang formuliert Miller eine der zentralen Thesen ihrer Untersuchung: „Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie, aus dem sie sich bis zu ihrem Untergang im Jahre 1933 nicht mehr zu befreien vermochte, kündigte sich in diesen Apriltagen [1917] an: Die MSPD verfolgte eine Politik, die sich nur gestützt auf eine breite Massenbasis hätte durchsetzen lassen, den Kontakt mit den in Bewegung geratenen Massen besaß sie jedoch nur noch unzulänglich und punktuell" (S. 292). Der Januarstreik 1918 wurde zum Lehrstück für die MSPD, sie stand damals auf dem Tiefpunkt ihres Einflusses auf die Arbeiterschaft. Die Partei sah sich gezwungen, auf die Massen künftig Rücksicht zu nehmen. In den Berliner Betrieben wurden – als Gegengewicht u.a. zu den Revolutionären Obleuten – Vertrauensleute organisiert. Umgekehrt schien für die USPD der Januarstreik als verheißungsvolle „Generalprobe" für die Novemberrevolution zu verlaufen, während der Spartakusbund relativ einflußlos am Rande blieb. In der MSPD und bei den freien Gewerkschaften, bei Ebert und Legien, nahmen jetzt Befürchtungen rapide zu, daß eine spontane Massenbewegung oder gar eine Revolution losbrechen könnte, ohne daß sie von den Führern der organisierten Arbeiterbewegung zu bändigen sei.

Die Untersuchung von Susanne Miller ist direkt aus den Quellen gearbeitet. Der Forschungsstand wird in einem einleitenden Kapitel referiert und diskutiert. In der Auswertung von Quellen und Sekundärliteratur ist die Arbeit vorbildlich. In bewußter Wendung gegen die bisherige Forschung, in der der 4. August 1914 entweder als große und überraschende Wende in der Politik der organisierten Arbeiterbewegung oder fast deterministisch als schon lange angelegt interpretiert worden ist, sieht die Vf.in in der Entwicklung der Sozialdemokratie während des Weltkrieges den Schlüssel zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, ja selbst in unserer Gegenwart. Die Tendenzen in der Sozialdemokratie, sich zu einer „Volkspartei" zu entwickeln (dieser Begriff wird leider systematisch nicht geklärt), seien mit der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD manifest geworden und hätten auf dem Würzburger Parteitag 1917 mit der explizit angemeldeten Anwartschaft auf die „Macht im Staate" einen Höhepunkt erreicht. Zugleich wäre die Scheu von Parteiführung und -mitgliedern charakteristisch gewesen, eindeutig mit der eigenen Vergangenheit zu brechen. Antikapitalistischer Verbalradikalismus und faktisch übernommene Stabilisierung von kapitalistischem System und bürgerlichem Staat kennzeichneten, so läßt sich folgern, die Ambivalenz der Sozialdemokratie.
Mit großem Interesse sehen wir dem von der Autorin angekündigten weiteren Band entgegen, in dem die in der Kriegsperiode angelegten Entwicklungen weiter verfolgt werden sollen.

Peter Lösche

CARSTEN, Francis L.: **Revolution in Mitteleuropa 1918-1919.** – Köln: Kiepenhauer & Witsch 1973. 334 S.

Francis L. Carsten ist in Deutschland durch sein 1964 erschienenes Buch über „Reichswehr und Politik 1918-1933" bekannt. Der Titel der hier anzuzeigenden neuen Arbeit von Carsten spannt die Erwartungen des Lesers hoch, erhofft er doch neben historischer

Darstellung einen Beitrag zur systematisch-vergleichenden Revolutionsforschung. In dieser Hinsicht allerdings wird der Leser enttäuscht, wenn auch durch viele neue und detaillierte Informationen über den Ablauf der Revolution 1918/19 in Deutsch-Österreich und im Deutschen Reich entschädigt. Carsten hat sich die Aufgabe gestellt, jene Geburtsfehler zu untersuchen, an denen die parlamentarische Demokratie in Mitteleuropa litt und die sie in der Zwischenkriegszeit nicht überwinden konnte. Neben Rußland waren Österreich-Ungarn und Deutschland die beiden autokratischen Reiche, die im Ersten Weltkrieg zerbrachen. Den Ablauf der Revolution in beiden Ländern schildert Carsten und verweist dabei auf parallele wie divergierende Entwicklungen.
So verlief, trotz einiger äußerer Ähnlichkeiten, die Rätebewegung in Österreich anders als in Deutschland. Während im Deutschen Reich die Räte aufgrund der Burgfriedenspolitik der SPD gegen die etablierten Arbeiterorganisationen sich konstituierten und Ausdruck spontaner proletarischer Opposition waren, wurden in Österreich die Räte von der dortigen Sozialdemokratie ins Leben gerufen. Im Gegensatz zu Deutschland haben dann dort die Arbeiterräte zu keinem Zeitpunkt der Revolution die politische Macht ausgeübt. Dies hatte mehrere Ursachen. Die österreichische Sozialdemokratie war in der Revolutionszeit organisatorisch nicht nur stärker und geschlossener und hatte sich nicht wie die SPD während des Weltkrieges gespalten, sondern sie stand in Theorie und Praxis links von der deutschen Sozialdemokratie und konnte daher auch oppositionelle Kräfte in ihren Reihen sammeln. Bekanntlich ist die Kommunistische Partei Österreichs, obwohl zwei Monate vor ihrer deutschen Bruderpartei gegründet, nie zu einer Massenbewegung geworden. In Österreich gab es, so Carsten, keinen Noske und keinen weißen Terror, der die Massen in die Arme der KP getrieben hätte. Die Stärke der österreichischen Sozialdemokratie zeigte sich auch darin, daß sie in den Betrieben ihre Vertrauensleute hatte und während der ganzen Kriegszeit den Kontakt zur Basis nicht verloren hatte, und daß dadurch eine zweite Betriebsorganisation in Form der Räte als überflüssig erschien. So fand erst im März 1919 die erste Nationale Konferenz der Arbeiterräte Österreichs statt, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die ursprünglich relativ offene Situation der Revolution wieder verengt hatte. Anders als in Deutschland blieben die Arbeiterräte und die Soldatenräte organisatorisch und politisch immer getrennt. Im Unterschied zu Deutschland gelang es zwar in Wien und in einigen anderen Industriestädten, eine Volkswehr aufzubauen und das alte Offizierskorps auszuschließen, doch war die Volkswehr von vornherein eng mit der österreichischen Sozialdemokratie verbunden und trat nicht als selbständiger politischer Faktor wie die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin oder anderen deutschen Großstädten auf.
Carsten vermag zu zeigen, daß trotz der genannten Unterschiede die Revolutionen in Österreich und Deutschland in den groben Zügen ihres Ablaufs parallel verliefen. So ging nach einer anfänglichen revolutionären Aufschwungphase die politische Entwicklung in beiden Ländern im Jahre 1919 nach rechts, die Arbeiterräte wurden endgültig in die Betriebe als Organe der Arbeits- und Sozialpolitik abgedrängt und restaurative Parteien und Organisationen, vor allem aber die sozialen Träger der Konterrevolution, gewannen zunehmend an Einfluß.
Carsten sieht die wirkliche Bedeutung der Revolution von 1918/19 darin, daß anstelle halbautoritärer Regierungsformen in Mitteleuropa Demokratien entstanden, daß das parlamentarische Regierungssystem und das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt wurden. Hingegen scheiterten alle Versuche der Arbeiterschaft, auch Gesellschaft und Wirtschaft zu demokratisieren. Diese Interpretation der Novemberrevolution ist keineswegs neu, sondern bestimmt seit fünfzehn Jahren die Forschung. Es ist aber das Verdienst Carstens, in einer gemeinsamen Untersuchung für Deutschland und Österreich Belege dafür zusammengetragen zu haben, daß die Geschichte der Revolution von 1918/19 eine Geschichte der verpaßten Chancen gewesen ist. In beiden Ländern setzten sich die restaurativen Tendenzen relativ

schnell durch, und schließlich stand in Deutschland wie in Österreich der Faschismus am Ende dieser Entwicklung. Carsten formuliert in diesem Zusammenhang eine der zentralen Thesen seiner Untersuchung, daß nämlich auch ohne tiefe Spaltung der organisierten Arbeiterbewegung wie in Deutschland das österreichische Proletariat dem Faschismus keinen zureichenden Widerstand entgegenzusetzen vermochte, mithin die Verantwortung für den Sieg des Faschismus nicht in dem Maße, wie in der bisherigen Forschung angenommen, in der organisatorischen und politischen Zerrissenheit der Arbeiterschaft zu suchen ist. So verdienstvoll es ist, daß Carsten die Revolutionen in Deutschland und Österreich 1918/19 umfassend dargestellt hat, so werden die Vergleiche zwischen beiden Revolutionen und zwischen den die Revolution tragenden Arbeiterbewegungen doch nur unsystematisch und letztlich zufällig aus der Deskription heraus getroffen. Zwar sind Vergleiche immer wieder in die Darstellung eingesprengselt, doch mangelt es an einem durch Kriterien ausgewiesenen Vergleichsraster wie an Ansätzen zu einer Typologisierung, mit deren Hilfe u.U. systematischer hätte verglichen werden können. An keiner Stelle des Buches werden die methodisch-theoretischen Probleme, die sich bei vergleichenden Analysen stellen, reflektiert oder auch nur angesprochen. Auch in Detailuntersuchungen zeigt sich ein analytisches Defizit. So etwa beschreibt der Verfasser ausführlich, daß auf der Ortsebene die Rätebewegung in Bayern besonders kräftig und aktiv gewesen sei, was überrasche, wenn man in Betracht ziehe, wie ländlich und betont katholisch der größte Teil des Landes war und wie schwach die bayerische politische Linke dastand. Dieses die Forschung bis heute immer wieder provozierende Problem, dieser Widerspruch zwischen relativ starker Rätebewegung und Rahmenbedingungen, die einer Rätebewegung eigentlich abträglich waren, hat Carsten nicht systematisch in eine Ursachenanalyse aufgenommen. Dabei ist hervorzuheben, daß Carsten in seiner Darstellung der Revolution sowohl die äußerste Rechte wie die Bauernräte wie die – sich besonders in Österreich, aber auch in Deutschland stellende – nationale Frage berücksichtigt hat und damit bisherige Verengungen in der Revolutionsforschung, die sich im wesentlichen auf die Arbeiter- und Rätebewegung bezog, überwindet. Hervorzuheben ist ferner, daß der Verfasser neben der Sekundärliteratur und publizierten Quellen auch unveröffentlichte Archivmaterialien herangezogen hat.

Trotz der vorgetragenen Einwände bleibt festzustellen, daß Carsten umfassend und detailreich die österreichische und die deutsche Revolution schildert, dabei seine Darstellung nicht nur auf Berlin und Wien beschränkt, sondern auch auf verschiedene Regionen und Provinzstädte eingeht. Aus diesem Grund könnte das Buch zu einem Standardwerk werden.

Peter Lösche

SCHNEIDER, Michael: **Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik.** Mit einer Einführung von George Gavry (=Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120). – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1975. 272 S.

Michael Schneider untersucht in dieser Arbeit die in der Weltwirtschaftskrise von der ADGB-Führung entwickelten Vorschläge für eine aktive Konjunkturpolitik,wie sie in dem nach Woytinski, Tarnow und Baade benannten WTB-Plan zum Ausdruck kamen. Dabei konnte Schneider zum ersten Male den jetzt im Archiv der sozialen Demokratie aufbewahrten Nachlaß Wladimir Woytinskis auswerten, der, damals Leiter des statistischen Büros des ADGB, als der eigentliche Promoter einer aktiven Konjunkturpolitik in den Reihen der freien Gewerkschaften anzusehen ist. Schneider geht thematisch über die die Arbeitsbeschaffungspolitik von SPD und ADGB behandelnde, bisher unveröffentlichte Dissertation von R.A. Gates („The Economic Policies of the German Freie Trade Unions

and the German Social Democratic Party 1930-1933". University of Oregon 1970) hinaus, indem er die Bedingungsfaktoren gewerkschaftlicher Politik in die Analyse mit einbezieht. Einem Überblick über die wirtschaftliche Lage der Jahre 1929-1932/33 sowie über die konjunkturtheoretischen Vorstellungen der bürgerlichen Nationalökonomie und der Sozialdemokratie (Kapitel 1) folgt die Analyse der gewerkschaftlichen Vorschläge zur Krisenbekämpfung, insbesondere des WTB-Plans (Kapitel 2), die Untersuchung der programmatischen Affinitäten und politischen Kontakte zu SPD und NSDAP (Kapitel 3) und die Beschreibung der Arbeitsbeschaffungspolitik der Reichsregierungen von Brüning bis Hitler (Kapitel 4). Diese Kapiteleinteilung erscheint unzweckmäßig, weil sie inhaltlich Zusammengehöriges trennt sowie zu häufigen Wiederholungen und zu Ungereimtheiten in der Argumentation des Autors führt.

Der WTB-Plan sah die Vergabe kreditfinanzierter staatlicher Arbeitsbeschaffungsaufträge in Höhe von 2 Milliarden RM vor, mit deren Hilfe 1 Million Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden sollten. Der Plan beruhte im wesentlichen auf Vorarbeiten Woytinskis, war jedoch im Gegensatz zu dessen ursprünglicher Absicht einer internationalen Hebung der Preise auf das Deutsche Reich beschränkt (S. 83 f.). Schneider würdigt den Plan bzw. die im dokumentarischen Anhang seiner Arbeit erstmals veröffentlichten „Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise" vom 23.12.1931 als „Durchbruch zu einer antizyklischen Konjunkturpolitik" (S. 84). Unter dem Druck der Krise habe sich die gewerkschaftliche Politik geändert (S. 46). Die Wirtschaftskrisen seien nicht mehr als unabänderliches Schicksal hingenommen und die unternehmerischen Gewinnerwartungen implizit als Faktor des Wirtschaftsaufschwungs anerkannt worden (S. 65 und S. 67) unter Abkehr von der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie, die einseitig die Krise über eine Belebung der Nachfrage habe beheben wollen (S. 58 f.).

Ausführlich geht Schneider auf das Verhältnis zwischen SPD und ADGB ein. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wurde zwischen beiden Organisationen kontrovers diskutiert. Umstritten war dabei nicht die Forderung nach Arbeitsbeschaffung an sich, sondern das – allerdings entscheidende – Problem der Finanzierung. Die SPD-Führung wollte nämlich die Arbeitsbeschaffung auf dem Anleihewege finanzieren, um die Kreditaufnahme oder gar die direkte Geldschöpfung zu umgehen (S. 130), die sie für inflationistisch hielt. Neben den – vor allem von Naphtali und Hilferding geäußerten – währungspolitischen Bedenken hebt Schneider die Bindung der SPD an die Regierung Brüning und ihre Deflationspolitik als bestimmenden Faktor für die Haltung der SPD hervor (S. 122 f.).

Diese Auseinandersetzung gilt dem Autor als Indiz für unterschiedliche Krisenstrategien von SPD und ADGB und als Aktualisierung traditioneller ideologischer und strategischer Differenzen (S. 164 f.). Schneider versäumt es jedoch, die (angeblichen) Unterschiede in den Krisenstrategien herauszuarbeiten. Die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Reparationszahlungen und hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung beim Bruch der großen Koalition, auf die Schneider in diesem Zusammenhang auch verweist (S. 111 ff. und S. 118), waren nämlich nur taktischer Natur, wobei in der Frage der Arbeitslosenversicherungsreform noch nicht einmal eine genaue Grenze zwischen *der* SPD und dem ADGB gezogen werden kann, denn eine Identifizierung der Haltung der SPD-Minister (außer Wissell) mit der Meinung der Gesamtpartei – wie sie Schneider vornimmt – ist angesichts der kontroversen Diskussion der Koalitionspolitik auf dem Magdeburger Parteitag nicht statthaft. Die Schwierigkeiten in der Zuordnung einzelner Persönlichkeiten zu SPD oder ADGB verweisen auf die Unmöglichkeit einer präzisen Abgrenzung beider Organisationen. So fungieren Naphtali und Tarnow sowohl als SPD-Politiker (S. 121 f. und S. 127 f.) und als Gewerkschafter (S. 74 f. und S. 132). Schneiders zutreffende Bemerkung, das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, „Ausdruck der sozialdemokratischen Strategie systemüberwindender Reformen" (S. 109),

sei von SPD und ADGB gemeinsam vertreten worden und sein Hinweis auf die Verwandtschaft gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Forderungen zumindest bis Juni 1930 (S. 124), begründen die von Schneider nicht vertretene These der programmatischen Übereinstimmung von SPD und ADGB auch während der Weltwirtschaftskrise. Diese ideologische Kongruenz ist auch für die Jahre 1931/32 nachweisbar.

Das Programm zum „Umbau der Wirtschaft", das umfangreiche Verstaatlichungen und die Einführung planwirtschaftlicher Instrumentarien vorsah, wurde von gewerkschaftlicher Seite initiiert und von der SPD übernommen. Eine Analyse des Umbauprogramms und seines Verhältnisses zur Konzeption der Wirtschaftsdemokratie fehlt bei Schneider. Seiner Meinung nach basierten das Arbeitsbeschaffungsprogramm und der Plan zum „Umbau der Wirtschaft" auf unterschiedlichen Zielsetzungen (Systemstabilisierung versus Systemüberwindung), deren Vermittlung in der zeitgenössischen Diskussion nicht geleistet worden sei. Es sei lediglich eine zeitliche Differenzierung in eine kurz- und langfristige Programmatik erfolgt (S. 96). Hier irrt Schneider, denn das Umbauprogramm war als Sofortmaßnahme gedacht, dessen Realisierung ein Schritt auf dem Weg zu einer krisenfreien sozialistischen Wirtschaft bedeuten sollte. – Schneider rückt die Diskussion um die Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierung deshalb in den Mittelpunkt seiner Analyse, weil er nur eine systemimmanente antizyklische Konjunkturpolitik als einen Ausweg aus der Krise akzeptiert. Eine rechtzeitige „Stabilisierung der bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse" (S. 191) hätte, nach Schneider, die Entwicklung zum Faschismus aufhalten können. Ein Wirtschaftsaufschwung wäre sowohl im Interesse der unter den Krisenfolgen leidenden „Arbeitnehmerschaft" als auch der „an der Erhaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung interessierten Schichten" gewesen (S. 32 sowie S. 191 und S. 213). Der Regierung Brüning, der bürgerlichen Nationalökonomie und „weiten Teilen der Unternehmer" wirft Schneider vor, die herrschaftsstabilisierende Funktion der aktiven Konjunkturpolitik verkannt und, den vermeintlichen kurzfristigen Interessen der Privatwirtschaft folgend, an der politisch verhängnisvollen Praxis des sozialen Abbaus festgehalten zu haben (S. 191).

Diese These Schneiders ist kritisch zu hinterfragen. Zum einen ist die Konjunktur auch durch eine antizyklische Konjunkturpolitik nicht beliebig manipulierbar, sondern ihre Wirksamkeit ist von der jeweiligen Phase des industriellen Zyklus abhängig, zum anderen darf nicht übersehen werden, daß selbst die „Gemäßigten" unter den deutschen Kapitalisten die Krise bewußt zu einer Revision der „Novembererrungenschaften" auf politischem und sozialpolitischem Gebiet nutzen wollten, während die „Radikalen" seit Mitte 1931 die Zerschlagung der Gewerkschaften anstrebten (vgl. Dirk Stegmann, „Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus", in: „Archiv für Sozialgeschichte", Bd. 13 (1973), S. 399-482, bes. S. 408 ff.).

Eine historisch konkrete Analyse der Klassenverhältnisse in Deutschland 1930-1933 kann davon nicht absehen, auch wenn generell kein Determinismus zwischen kapitalistischer Krise und faschistischer Krisenlösung behauptet werden kann. Daß die – politisch risikoreiche – Zerschlagung der Arbeiterbewegung ökonomisch für das Kapital vorteilhaft gewesen ist, zeigt z.B. die Stagnation der Löhne im Faschismus. Schneider modifiziert seine These vom gemeinsamen Interesse von Unternehmern und „Arbeitnehmern" schließlich selbst, wenn er, mehr verschleiernd als erhellend, von einer „tendenzielle[n] Interessengebundenheit einer konsequenten Konjunkturpolitik" spricht (S. 219) und damit die Priorität privatwirtschaftlicher Investitionen vor sozialpolitischen Maßnahmen meint und als Fazit der Arbeitsbeschaffungspolitik der Kabinette Brüning bis Hitler feststellt, daß die Realisierungschance einer aktiven Konjunkturpolitik um so größer wurde, je mehr der gewerkschaftliche Einfluß abnahm (S. 213). Unverständlich ist es, wenn Schneider in den Fragen von Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung Ansätze gemeinsamer Krisenpolitik von NSDAP und ADGB

sieht, hebt er doch selbst die unterschiedlichen Zielsetzungen beider Organisationen hervor (S. 146 f. und S. 153.) – Trotz der kritisierten Verkürzungen kann die Arbeit Michael Schneiders als die bisher gründlichste Untersuchung der Arbeitsbeschaffungspolitik des ADGB gelten.

Eberhard Heupel

SCHUSTER, Kurt G.P.: **Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes** (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 55). – Düsseldorf: Droste 1975. 290 S.

Die Geschichte der proletarischen Massenorganisationen in der Weimarer Republik hat bisher in der westdeutschen Forschung keinen Platz gefunden. So stellt diese Arbeit eine Pionierleistung dar, sieht man von einem kleinen Aufsatz von Wolfgang Abendroth über den Roten Frontkämpferbund (RFB) ab. Die Dissertation Schusters, die nun in einer überarbeiteten Fassung gedruckt vorliegt, steht in einer Reihe mit den gründlichen und umfassenden Arbeiten von Karl Rohe („Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold", Düsseldorf 1966) und Volker R. Berghahn („Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935", Düsseldorf 1966); sie steht diesen Untersuchungen im Hinblick auf die Fülle des aufbereiteten Materials kaum nach. Schuster stützt sich dabei vor allem auf Bestände des Staatsarchivs Bremen.
Die Analyse setzt ein mit der Oktoberniederlage der KPD 1923 und endet mit dem Verbot des RFB nach dem „Blutmai" 1929. Da einige DDR-Historiker bereits Arbeiten über den RFB vorgelegt haben (H. Lohse, „Die revolutionären Traditionen des RFB unter der Führung von Ernst Thälmann", phil. Diss. Leipzig 1956; H. Dünow, „Der RFB", Berlin (DDR) 1958; K. Finker, „Der RFB als Verkörperung der revolutionären Wehrhaftigkeit der deutschen Arbeiterklasse 1924-1929", phil. Diss. Potsdam 1958, u. a.), verzichtet Schuster mit gutem Grund auf eine breite Dokumentation der Geschichte des RFB und beschränkt sich auf die Schwerpunkte: Gründung des RFB, „Problematik einer proletarischen Kopie der Kampfbünde" (S. 41 ff.), Organisationsstruktur und Unterorganisationen, Einheitsfronttaktik sowie Opposition im RFB. Den Abschluß bildet ein Kapitel über die Vorgeschichte des Verbots; der Anhang bringt u.a. einige Angaben zur Mitgliederstärke und sozialen Zusammensetzung des Führungskorps des RFB.
Unter diesen hier grob skizzierten Aspekten setzt Schuster in Auseinandersetzung mit der DDR-Literatur neue Akzente. So gelingt es ihm, eine Fülle von Unterschlagungen, Entstellungen etc. in der DDR-Literatur zurechtzurücken und insbesondere die Vorgeschichte des RFB umfassend zu dokumentieren; – die Herausarbeitung der strategischen und taktischen Überlegungen in der SPD und den bürgerlichen Parteien, die zu diesem Verbot führten und die bis in die Gründungsphase des RFB zurückdatieren, gehört zu den besten Partien der Arbeit.
Schlüssig argumentiert Schuster gegen die von Lohse und Dünow vertretene Ansicht, der RFB sei spontan aus der Arbeiterschaft entstanden, „ohne Direktive der Partei und gegen die Fischer-Maslow-Zentrale" (S. 29); die innerparteiliche Diskussion, insbesondere zur Frage der „Militärspielerei", wird in ihren Grundzügen herausgearbeitet. Einen breiten Raum nimmt die Analyse der formalen organisatorischen Beziehungen zwischen RFB und KPD ein. Schuster kommt zu dem Schluß, daß das Verhältnis von RFB und Partei faktisch auf eine „Unterstellung" (S. 108) des RFB unter die Partei hinauslief. (Hier vermißt man einen Rekurs auf die Leninsche Avantgarde-Konzeption). Auf den Nachweis der Nicht-Überparteilichkeit bzw. Nicht-Unabhängigkeit des RFB von der KPD verwendet Schuster eine Mühe, die dem Gegenstand nicht angemessen ist (S. 25 ff., 104 ff.). Jeder Leser, der einigermaßen mit der Geschichte der KPD vertraut ist, weiß, daß die Massenorganisationen der KPD –

RFB, Rote Hilfe, Internationale Arbeiter-Hilfe u.a. – weder in der theoretischen Konzeption noch in der politischen Praxis unabhängig oder überparteilich waren, sondern eben Vorfeld- und Nebenorganisationen der KPD darstellten, wenngleich diese Organisationen aus taktischen Gründen in ihrer Selbstdarstellung auf dieser formalen Unabhängigkeit von der KPD insistierten.

Eine Skizze der Untergliederungen des RFB – Roter Frauen- und Mädchenbund (RFMB), Rote Jungfront (RJ) und Rote Marine (RM) – schließt sich an, die – insbesondere der RFMB und die RM – kaum mehr als eine „Kümmerexistenz" (S. 137) fristeten. Die Funktion des RFB als Organ der Einheitsfrontpolitik wird analysiert und die Schwankungen dieser Politik zwischen „Knüppeltaktik" und vertrauensvoller Annäherung an andere Wehrverbände dokumentiert. Dabei gelingt Schuster der Nachweis, daß diese Einheitsfront „von unten" insgesamt – wie insbesondere die zeitweise damit einhergehende „Zersetzungsarbeit" im Reichsbanner – kaum erfolgreich war. So wird auch die Legende von der machtvollen Einheitsfront während der Fürstenenteignungskampagne nachhaltig zerstört (S. 149 ff.). – Im Kapitel „Opposition im RFB" untersucht Schuster die verhältnismäßig schwer greifbaren oppositionellen Strömungen im RFB. Einige Verbindungen zwischen den Fraktionskämpfen in der Partei und dem RFB werden aufgezeigt, wobei jedoch diese Auseinandersetzungen teilweise personalistisch interpretiert werden (S. 169 ff.), was sicherlich auch auf die dürftige Materiallage zu diesem Komplex zurückzuführen ist. Die Opposition im RFB wird im Zusammenhang mit der politischen Rolle des RFB als Privatarmee der KPD mit nahezu ausschließlicher Demonstrationsfunktion analysiert; dabei wirkten einige Korruptionsfälle im RFB stimulierend auf die Formierung einer Opposition. Es gelang den Opponenten jedoch nicht, eine Konzeption zu entwickeln, die dem RFB zu einem größeren Eigengewicht gegenüber der Partei wie zu einer umfassenderen politischen Funktion verholfen hätte; die Kritik einiger Funktionäre, die als „Abweichler" aus der Partei gedrängt wurden, war „im Grunde unpolitisch" (S. 184). Auf den besonderen Stellenwert des Schlußkapitels über das Verbot des RFB im Rahmen der Arbeit wurde bereits hingewiesen.

Eine Kritik an dieser Arbeit hat am methodischen Verfahren und am Wissenschaftsverständnis des Autors anzusetzen. Andere Massenorganisationen, in die seit 1924 und, verstärkt seit 1929, die Aktivitäten der Parteianhänger mündete, bezieht Schuster in seine Arbeit nicht ein. So begibt er sich der Möglichkeit, eine Rückwirkung des Systems der Massenorganisationen (von denen es weit mehr als ein Dutzend gab, wenngleich diese Organisationen nur zum Teil tatsächlich „Massen" mobilisierten) auf die Partei zu analysieren. Schuster unternimmt nicht den Versuch, seinen Gegenstand in den Gesamtzusammenhang kommunistischer Politik zu integrieren, vielmehr wird der RFB isoliert betrachtet, der Parteigeschichte kommt „nur Hintergrundfunktion" (S. 158, vgl. auch S. 13) zu. Der komplizierte Mechanismus gegenseitiger Vermittlungsprozesse zwischen Massenorganisationen und Partei wird, da aktenmäßig nicht unmittelbar erschließbar, auf ein einseitiges Bestimmungsverhältnis reduziert. Eine Arbeitshypothese, die man in diesem Zusammenhang aufstellen könnte, wie z.B.: Der Verlust der politischen Perspektive der Partei nach 1923 lenkte die Aktivität eines bedeutenden Teils der Parteianhängerschaft in die Massenorganisationen, gerät nicht ins Blickfeld.

Hierzu muß aber auch bemerkt werden, daß Vorarbeiten, die das Verhältnis von Massenorganisation und Partei generell problematisieren und auf die sich Schuster hätte stützen können, nicht vorliegen.

Die Arbeit, die der „Legendenbildung" (S. 14) um den RFB entgegenwirken will, zeichnet sich durch ein nahezu völliges Defizit an Literatur-Diskussion aus. Dieser Mangel wird kompensiert durch eine ‚Kritik' der DDR-Forschung, der Schuster mühelos Fehler, Unterschlagungen, schiefe Gewichtungen etc. nachweisen kann (S. 9 ff., S. 209 ff.), ohne sich freilich mit dem „gesellschaftspolitischen Ballast" (S. 12), den die DDR-Historiographie mitschleppt, auseinanderzusetzen.

Das Stalinisierungskonzept Hermann Webers wird unbefragt übernommen (S. 14, S.27, S. 55, S. 88); die siet der Weberschen Arbeit einsetzende Diskussion um die Politik der KPD – sie ist mittlerweile kaum noch überschaubar – wird ignoriert. Die KPD wird als „totalitär" qualifiziert (S. 11, Anm. 8; S. 33), ein Bruch zwischen „westeuropäischer sozialdemokratischer Tradition und demokratischem Zentralismus mit dem Übergewicht der zweiten Komponente" (S. 107) diagnostiziert. Auch wenn man derartigen Aussagen der Tendenz nach vielleicht zustimmen kann, so gerinnen doch solche undifferenzierten Befunde schnell zu antikommunistischen Stereotypen. Das 'psychologische Einfühlungsvermögen', dem eine Neigung zur Personalisierung entspricht, wird ausschließlich gegen die KPD verwendet. Die völlige Ausklammerung des sozialen Bezugsfeldes und Bedingungsgeflechts kommunistischer Politik, deren kritische Reflektierung doch nicht mit Rechtfertigung in eins gesetzt werden kann, begünstigt freilich eine unkontrollierte Psychologie. So sieht Schuster offensichtlich in der KPD wie insbesondere im RFB nur eine Form 'politischen Rowdytums' (vgl. z.B. S. 216, auch S. 230), wenn er etwa eine Freude an „Demonstration mit klingendem Spiel" zu erkennen glaubt. Bei der Aktenkenntnis des Autors, aus der doch hervorgeht, daß der RFB keineswegs immer nur zu seinem Vergnügen auf die Straße ging, offenbart diese Bemerkung wenig Einblick in die politisch-sozialen Dimensionen kommunistischer Aktivität. Die kommunistischen Organisationsüberlegungen, die seit der Oktoberniederlage 1923 einen breiten Raum in der innerparteilichen Diskussion einnahmen, werden zur „Ersatzhandlung" (S. 115) deklariert. Andere Ungereimtheiten und Nicht-Verständnisse ließen sich nachweisen. So geht z.B. auch aus der von ihm zitierten Literatur hervor („Lehren der deutschen Ereignisse", Hamburg 1924, S. 42; vgl. auch Walter Fabian, „Klassenkampf um Sachsen", Löbau 1930, Neudruck Berlin/W. 1972, S. 162; hingegen Schuster S. 54), daß die Verhängung des Belagerungsstandes über das Reich und die Übergabe der vollziehenden Gewalt an den General Müller *vor* Aufnahme der Kommunisten in die sächsische Regierung erfolgte.
Den Gedanken, daß gerade in den kommunistischen Massenorganisationen im Vergleich zur Partei selbst eine verhältnismäßig unmittelbare Repräsentation der *Mitglieder*interessen erfolgte – also das Spezifikum einer Massenorganisation – bekommt Schuster nicht in den Blick. Dies stellt noch immer ein Desiderat der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung dar. – Trotz dieser kritischen Einwände bleibt es das Verdienst des Autors, äußerst materialreich einen Ausschnitt der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik rekonstruiert zu haben.

Hartmann Wunderer

BRAUNECK, Manfred (Hrsg.): **Die Rote Fahne. Kritik, Theorie, Feuilleton 1918-1933** (= Uni-Taschenbücher, Bd. 127). – München: Fink 1973. XVI, 513 S.

Im Zusammenhang mit der seit einigen Jahren wiederaufgenommenen Diskussion über Grundlagen und Möglichkeiten einer marxistischen Ästhetik wurde der „Roten Fahne" – führendes Presseorgan des Spartakusbundes bzw. der KPD bis zum Verbot im Jahre 1933 – zunehmend Interesse entgegengebracht. Braunecks Sammlung von Arbeiten aus dem „Feuilleton" dieser Zeitung erhebt den Anspruch, nachzuweisen wie die „Rote Fahne" „zusammen mit allen anderen Formen der revolutionären Publizistik ein entscheidendes Moment in der Konstitution einer proletarischen Öffentlichkeit in den 20er Jahren" (S. 36) bildete.
Allerdings weist bereits das umfassende, wenn auch nur in Umrissen über die äußere Geschichte der Zeitung informierende Vorwort indirekt auf die Begrenzungen hin, die sich aus dem Fehlen nachvollziehbarer Auswahlkriterien ergeben. Statt den Stoff strukturierend zu ordnen, hat Brauneck es vorgezogen, den chronologischen Ablauf als Ordnungsprinzip der einzelnen Beiträge beizubehalten. Seine Argumentation, damit würde den Beiträgen kein anderes als das vorgegebene Ordnungsschema aufgezwungen, überzeugt kaum, es sei denn, man folgt der Utopie einer über anderthalb Jahrzehnte

konsequent vorausgeplanten Kulturpolitik. Aus dem gesamten Erscheinungszeitraum werden 116 Beiträge erfaßt. Die Mehrzahl von ihnen ist übrigens auch Basismaterial anderer Sammlungen. (Die Dokumentation „Literatur im Klassenkampf" von Fähnders/Rector aus dem Jahre 1971, die lediglich die Jahre 1919-23 umfaßt, stellte z.B. 19 Aufsätze aus der „Roten Fahne" vor, die in Braunecks Sammlung sämtlich wieder erscheinen.) Daß bei diesem chronologischen Ordnungsverfahren, das ja zumindest den Anspruch nach Kontinuität suggeriert, mitunter zwischen zwei abgedruckten Beiträgen fast zwei Jahre vergehen (Nr. 42: Juni 1923 – Nr. 43: Mai/Juni 1925) fällt dabei (auch quantitativ) weniger ins Gewicht als die Diskrepanz zwischen der analytisch gewonnenen Aufgabenstellung des Feuilletons und der tatsächlichen Materialwiedergabe. Einerseits bestimmen – durch die Tendenz zur Herausarbeitung thematisch bestimmter Folgen (Dada-Streit, Volksbühne, Piscator usw.) – doch wieder inhaltliche Kriterien die einzelnen zusammenhängenden Blöcke, andererseits aber wird der Gegensatz zwischen Feuilleton-Praxis und Interpretation durch Auswahl an einigen Stellen deutlich erkennbar. Brauneck betont im Vorwort ausdrücklich: „Eine herausragende Rolle spielte in der 'Roten Fahne' die Information über das Radioprogramm und dessen ausführliche Diskussion" (S. 21). Im Sammelbd. erscheinen aber – außer drei grundsätzlichen Stellungnahmen zum Problemkreis kapitalistischer vs. proletarischer Rundfunk – keine dieser für den Tag geschriebenen Beiträge. Zu fragen ist aber (und das gilt gleichfalls für andere Rubriken, wie die Glosse „Was Dich interessiert"), ob sich nicht gerade aus den tagesbezogenen kleinen Formen Aufschlüsse gewinnen ließen, die vermittelnd zwischen die wiedergegebenen theoretischen Grundlagendiskussionen und die tägliche Arbeit im Feuilleton treten, dessen Aufgabe nach Brauneck die Verbreitung „der marxistischen Theorie in populärer Weise" (S. 21) ist.

Der Hang des Herausgebers zu repräsentativen Höhepunkten wird weiter sichtbar, wenn er auf die große Bedeutung der Fortsetzungsromane hinweist, die für „die Massen der Leserschaft sicherlich zum interessantesten Teil des Feuilletons" (S. 33) wurden. Überhaupt erscheint der Begriff „Feuilleton" ohne weitere Klärung als Bezeichnung für eine redaktionelle Sparte und für eine publizistische Aussageform, dabei bleibt das Versprechen „Feuilleton" des Untertitels weitgehend eine Chimäre. Die wiedergegebenen Arbeiten sind theoretische Abhandlungen und Kritiken – das „Feuilletonistische" (falls dieser Begriff hier überhaupt sinnvoll sein kann) bleibt ausgespart. Seine Vernachlässigung wird jedoch unverständlich, wenn Brauneck immer wieder auf seine Attraktivität hinweist. Hier drängt sich der Verdacht auf, diese Vernachlässigung resultiere eben aus einer versteckten Ablehnung der populären Stoffe. Dem Einwand, Fortsetzungsromane eigneten sich schlecht für den Wiederabdruck in einer Anthologie, kann mit Braunecks eigenem Hinweis begegnet werden, daß der „Fortsetzungsroman vor seiner ersten Folge ausführlich besprochen und sein Abdruck begründet" (S. 33) und daß „jeder Romanabdruck von einer Fülle von Leserbriefen kommentiert" (S. 38) wurde. In seinem Titelverzeichnis fehlt übrigens jeder Hinweis auf den Kollektivroman der Redaktion. Auch hier also hätte sich Gelegenheit geboten, das immer wieder in den Mittelpunkt gestellte Problem praxisorientierter Kulturpolitik und ihrer Bindung an den Leser herauszuarbeiten. Brauneck ist dieser eigenen Forderung nicht einmal in Ansätzen gerecht geworden.

Bodo Rollka

MENDEL, Edward: **Stosunki społeczne i polityczne w Opolu w latach 1918-1933.** [Die sozialen und politischen Zustände in Oppeln in den Jahren 1918-1933]. – Warszawa und Wrocław: Państwowe Wydanictwo Naukowe 1975. 238 S.

Die vorliegende Arbeit ist die Habilitationsschrift eines langjährigen Lehrers an der Pädagogischen Hochschule zu Opole in der Volksrepublik Polen. In Form einer

umfangreichen Monographie werden detailliert die Verhältnisse in der Hauptstadt der preussischen Provinz Oberschlesien in der Zeit der Weimarer Republik geschildert. Nach einem einleitenden Kapitel über die Stadt, ihre Einwohner und die Behörden schildert der Vf. die Lage der Arbeiter in den einzelnen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung. In dieser östlichen Beamtenstadt (1933 waren von 100 Beschäftigten 41,5 Beamte und Angestellte) gab es nicht ganz fünftausend Arbeiter; die meisten von ihnen kamen täglich von ihren Dörfern zu den Zement-, Tabak- und Textilfabriken gefahren. Nur das große Reichsbahnausbesserungswerk schien seine Facharbeiter am Orte ansässig gehabt zu haben. Obwohl Oppeln der Sitz vieler polnischer Verbände war und auch hier die Leitung der polnischen Bewegung sich konzentrierte (hier gab es ein polnisches Generalkonsulat seit 1930, hier wurden einige polnische Zeitungen verlegt, auch die Leitung des Teilverbandes I des Bundes der Polen in Deutschland hatte hier ihren Sitz), so war doch der Prozentsatz der Polen in der Stadt recht gering: Mendel schätzt die Zahl der „bewußten" Polen auf etwa 500 (S. 9). Somit ist das Bild der Klassenkämpfe und der Arbeiterbewegung in Oppeln als zur deutschen Geschichte gehörig zu betrachten. Der Vf. verfolgt in den nächsten Kapiteln all' die gewichtigen Ereignisse, die die politische Geschichte der Weimarer Zeit von der Novemberrevolution bis zur Machtergreifung durch die NSDAP bestimmten. Die Untersuchung liefert ein eigenartiges Bild: bei schwindendem Einfluß der SPD steigerte die KPD ihre Popularität immer weiter, doch machtbestimmend blieb immer noch das Zentrum, während die DNVP und die NSDAP, eifrig die Folgen der krisenhaften Zustände ausnutzend, immer mehr Anhänger um sich scharen konnten. Der Nationalitätenkampf, der so charakteristisch für den ehemaligen deutschen Osten war, bewirkte, daß hier die Rechtsparteien noch antirepublikanischer, nationalistischer und reaktionärer waren als im übrigen Reichsgebiet. Ebensowenig wie auf Reichsebene, gelang es auch hier den beiden Arbeiterparteien, dieser Entwicklung gemeinsam entgegenzutreten.
Die Arbeit stützt sich auf ziemlich gewissenhaft ausgewertete Materialien, die in Merseburg und Potsdam wie in Opole und Wrocław lagern. Die polnische Geschichtsschreibung hat übrigens schon zahlreiche Beiträge und Untersuchungen über die Weimarer Epoche in Oberschlesien geliefert; der Vf. konnte also die Ergebnisse geordnet in der gedrängten Form einer Monographie dem Leser unterbreiten.

Franciszek Hawranek

BERICHTIGUNGEN

Vorbemerkung: Obwohl sich die Redaktion darum bemüht, die bedauerliche Fehlerquote in den Beiträgen zu senken, ist dies in H. 1 (1976) noch nicht gelungen. Wir bitten daher folgende Korrekturen vorzunehmen:
Im Beitrag „Johann Jacobis Briefwechsel . . .": S. 4, Abs. 3, Z. 10: statt denn der herrschende lies dem der herrschende; S. 10, Abs. 3, Z. 6: statt einem Tag lies einen Tag; S. 13, Anm. 49, Z. 2 f.: statt bei Edmund Silberner, *Johann Jacobi in der Revolution . . .*, in: *Karl d'Ester, Arzt und Revolutionär . . .*, lies bei Edmund Silberner, *Johann Jacobi in der Revolution . . .*, in: *AfS*, Bd. 10 (1970), S. 212, und bei Karl Obermann, *Karl d'Ester, Arzt und Revolutionär . . .* Im Beitrag „Das Ende einer Legende . . .": S. 19, Anm. 3, Z. 2 v.o.: statt Lenin-Organ lies Leninbund-Organ; S. 22, Anm. 18, Z. 3 v.u.: statt jeder wirtschaftliche lies: jeder wirtschaftspolitische; Anm. 18, letzte Zeile: statt Das lies *Das;* S. 23, Anm. 25, Z. 4 v.o.: statt über sieben Millionen Wähler (47,1%. . .) lies dreizehn Millionen Wähler (37,3% . . .); S. 25, Anm. 34, lies: *Vorwärts*, Jg. 49 (1932), Nr. 566, vom 1. Dezember, (Abendausgabe); S. 35, Abs. 3, Z. 2 f. v.o.: statt Regierung jedem lies Regierung nicht jedem; S. 36, Abs. 4, Z. 4 f. v.o.: statt Außenpolitik lies Außenhandelspolitik; S. 39, Anm. ***: statt *schriftlich* lies *schriftliche;* S. 42, Abs. 3, Z. 8 v.o. statt widersetzte lies widersetze; S. 43, Abs. 1, Z. 4 v.u.: statt änderten lies

ändere; Abs. 2, Z. 11 v. o.: statt Interessen lies Interessenten. Auf S. 70, Ergänzung zu Nr. 881: statt des Staatsarchivs Mannheim, Bd. 3 Stuttgart: Kohlhammer [1976] lies: des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3. Stuttgart: Kohlhammer 1976. S. 88, Sp. 1, Z. 23 v.o.: statt Vereinigung lies Vereinbarung. S. 113, Sp. 2, Abs. 1, Z. 2 v.u. statt Vaterland lies Vater.

Die Redaktion

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Redaktion: Gerhard Beier, Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten und andere Auszubildende DM 7,–), Jahresabonnement DM 42,– (Studenten und andere Auszubildende DM 28,–) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13-19/20, Jg. 10 (1974) und Jg. 11 (1975) komplett und Jg. 12 (1976), H. 1. Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1-10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin
Gesamtherstellung: Union Presse Hass & Co., Spanische Allee 92, 1000 Berlin 38.

HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN

Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)
Herausgegeben von Henryk Skrzypczak

BEIHEFT 1
Hedwig Wachenheim
VOM GROSSBÜRGERTUM ZUR SOZIALDEMOKRATIE
Memoiren einer Reformistin
Für den Druck bearbeitet von Susanne Miller
XI, 155 Seiten Snolinbroschur DM 19,–

BEIHEFT 2
DIE FRÜHSOZIALISTISCHEN BÜNDE IN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
Vom „Bund der Gerechten" zum „Bund der Kommunisten" 1836-1847. Ein Tagungsbericht
Bearbeitet und herausgegeben von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verbindung mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk
Mit Beiträgen von Frolinde Balser, Jürgen Bergmann, Otto Büsch, Jacques Droz, Walter Grab, Jacques Grandjonc, Georges Haupt, Karin Hausen, Hans Herzfeld, Horst Lademacher, Peter Lösche, Shlomo Na'aman, Rudolf Neck, Hans Pelger, Gerhard A. Ritter, Reinhard Rürup, Francis Sartorius, Ernst Schraepler, Jean Stengers, Klaus Tenfelde
XVI. 208 Seiten Snolinbroschur DM 48,–
Die in vorliegendem Tagungsbericht zusammengefaßten Referate, Beiträge und Kommentare wurden im Juni 1973 von den Teilnehmern eines international zusammengesetzten zweitägigen Symposions in Berlin vorgetragen und diskutiert.

BEIHEFT 3
Dirk H. Müller
IDEALISMUS UND REVOLUTION
Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890-1894
VIII, 186 Seiten Snolinbroschur DM 44,–

BEIHEFT 4
Shlomo Na'aman
VON DER ARBEITERBEWEGUNG ZUR ARBEITERPARTEI
Der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation
XII, 184 Seiten Snolinbroschur DM 39,–

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN